

II. Arbeit im Berichtsjahr

Festveranstaltung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

am 25. Juni 1999, 10.30 Uhr
im Konzerthaus Berlin am Gendarmenmarkt

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften veranstaltete ihre jährlich stattfindende öffentliche Festveranstaltung am 25. Juni 1999.
Konzert mit Nicole Hagner (Klavier) und Viviane Hagner (Violine)
Johannes Brahms: Scherzo (Sonatensatz) op. posth.
Franz Liszt: Ungarische Rapsodie Nr. 2
Franz Waxman: Carmen-Fantasie

Begrüßung durch den Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Dieter Simon

Herr Senator Radunski, Herr Minister Reiche, meine Damen und Herren!
Namens und im Auftrag der Mitglieder und Mitarbeiter der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften heiße ich Sie bei unserer heutigen Festversammlung herzlich willkommen.

Wie in jedem Jahr soll mit dieser Veranstaltung unseren Gästen durch eine Mischung aus Vortrag, Ansprachen, Berichten und künstlerischer Darbietung Rechenschaft gelegt werden über die Entwicklung, die Interessen und das Leben der Wissenschaftsakademie der Hauptstadt.

Die beiden wichtigsten Ereignisse des vergangenen Jahres fanden allerdings nicht unter unserer Ägide statt, auch wenn wir über kenntliche Kausalketten Mitverantwortung tragen: wir haben eine neue Regierung gewählt und wir haben einen Krieg geführt.

Über die Auswirkungen dieser unserer bemerkenswerten Handlungen haben wir noch keine Gewißheit, so daß wir einstweilen auf Vermutungen angewiesen sind. Gewißheit haben wir, was die Regierung betrifft, seit gestern insofern, als wir jetzt wissen, daß uns die Regenten beim Sparen einen Paradig-

menwechsel bescheren werden. Was das genau bedeuten soll, hat der Bundeskanzler nicht gesagt. Vielleicht ist damit gemeint, daß an die Stelle von „etwas“ einsparen, „alles“ einsparen tritt.

Ich hoffe, daß Senator Radunski und Minister Reiche dem entgegenzutreten werden. Denn Sie werden sicher nicht einstellen, was Sie im letzten Berichtsjahr so entschieden gefördert haben. Ich freue mich, daß Sie heute bei uns sind, und darf mich bei Ihnen vorweg und vor allem für die vielfältige Fürsorge bedanken, die Sie – je nach Ihrer Zuständigkeit – unseren beiden Immobilien haben angedeihen lassen: dem Haus am Gendarmenmarkt und der Stätte in Blankensee. Diese werden das solide Fundament sein, auf dem die aufstrebende Akademie ihren geistigen Bau errichten kann.

Als Spitzenpolitiker stehen Sie gegenwärtig – beide auf verschiedenen Seiten – im Wahlkampf. Wir hoffen selbstverständlich, daß Sie uns erhalten bleiben. Sollte aber der launische Souverän Wahlvolk anders entscheiden, werden wir als brave Akademiker traurig „le roi est mort“ murmelnd, um umgehend in ein treuherziges „vive le roi“ ausbrechen zu können.

Die Wissenschaft schließt eben immer an den Staat an. So auch in der Begrüßung. Ich begrüße die Vertreter unserer Schwesterakademien – an ihrer Spitze Herrn Zintzen, den Präsidenten der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften. Unser gemeinsamer waghalsiger Versuch, die Union gegenüber dem Staat zu stärken und sie gegenüber ihren Mitgliedern zu schwächen, hat uns, wenn auch noch keinen strahlenden Erfolg, so doch wenigstens ein häufigeres, immer angenehmes persönliches Zusammentreffen beschert.

In anderer Weise in vergleichbarer Situation zwischen Skylla und Charybdis befindet sich der freundschaftlich begrüßte Benno Parthier, Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, der sich ständig unseren Umarmungsversuchen ausgesetzt sieht und bei aller Freundschaft doch zögern muß, sich allzu hastig in die Arme der BBAW zu werfen, weil ihm von vielen Seiten besorgte Warnungen vor den Berliner Bruderküssen zugeflüstert werden.

Herzlich willkommen heiße ich die Vertreter der ausländischen Akademien, vor allem jene aus den Territorien des ehemaligen Ostblocks. Mit Ihnen hoffen wir auf ein rasches gemeinsames Fortkommen beim Bau des europäischen Hauses.

Von der Allianz der deutschen Forschungsorganisationen begrüße ich unsere Mitglieder Hubert Markl, den Gründungspräsidenten dieser Akademie und jetzigen Präsidenten der Max Planck-Gesellschaft, sowie Detlev Ganten, den Vorsitzenden der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft. Beiden sind wir zu großem Dank verpflichtet. Herrn Markl, weil er klaglos, wenn auch nicht entzückt den Zugriff der bedürftigen Akademie auf die besten Köpfe seiner Ge-

neralverwaltung duldet, Herrn Ganten, weil er trotz größter eigener Belastung fröhlich in verschiedensten Gremien der Akademie zum Wohle derselben wirkt.

Den Präsidenten und Vizepräsidenten der Berliner und Brandenburger Universitäten, von denen wir nicht nur einen nicht geringen Teil unserer Mitglieder beziehen, sondern mit denen wir auch sonst in vielerlei Kontexten eng zusammenarbeiten, gilt mein kollegialer Willkommensgruß.

Ich begrüße achtungsvoll die Vertreter der Parlamente von Berlin und Brandenburg, von denen die Akademie, die eine der ganz wenigen gemeinsamen wissenschaftlichen Einrichtungen der beiden Länder darstellt, nach wie vor einen erneuten – und diesmal hoffentlich glücklicheren und glückenden – Anlauf zur politischen Vereinigung dieser Region erwartet.

Ich grüße Frau Kelleher, die hochgeschätzte amerikanische Wissenschaftlerin, Politikerin und Managerin, die mit unauffälliger Energie damit befaßt ist, einer symbolbeladenen Berliner Einrichtung, dem Aspen-Institut, wieder den alten Glanz zu verleihen.

Einen herzlichen Willkommensgruß entbiete ich den Sendboten der diplomatischen Vertretungen zahlreicher Länder. Deutschland gilt allgemein nicht gerade als ein Muster- und Meisterland diplomatischer Künste. Daß man aber auch hierzulande in diplomatischen Dingen nicht ganz unbegabt, ja manchmal geradezu genial ist, haben die deutschen katholischen Bischöfe in verzweifelter Lage großartig bewiesen. Eine Bescheinigung mit dem Vermerk auszustellen, es handele sich keinesfalls um eine Bescheinigung, es sei denn andere wollten sie unbedingt für eine solche ansehen, entspricht genau dem Kunststück, das gemeinhin für unmöglich gehalten wird: sich den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen.

Ich freue mich über die anwesenden Vertreter der Medien, die ohne ihre kritische Aufgabe zu vergessen, mit Sorgfalt und Differenzierungsvermögen uns und unsere Tätigkeit regelmäßig in Schrift, Ton und Bild einer breiteren Öffentlichkeit vermitteln.

Schließlich begrüße ich noch alle jene, die in vielfältiger Weise, ohne ihr anzugehören, für unsere Akademie wirken oder mit ihr verbunden sind, vor allem die Mitglieder der Betreuungskommissionen und Arbeitsgruppen, sowie alle Anwesenden aus dem großen Kreise unserer Freunde und unserer Förderer.

Sie alle, die Sie hierher gekommen sind, verbindet heute der Umstand, Teilnehmer dieser Festversammlung zu sein – ich hoffe, daß Sie am Ende finden werden, es sei nicht wertlos gewesen, den Vormittag mit uns zu verbringen.

Herr Senator Radunski, darf ich Sie um Ihr Grußwort bitten!

Grußwort des Senators für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin, Peter Radunski

Herr Kollege Reiche,
Herr Präsident Professor Simon,
sehr geehrte Akademiemitglieder,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
man kommt immer wieder voller Spannung zu dieser jährlichen Festveranstaltung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften; erlebt man sie doch stets als gelungene Alternative zum Ritual akademischer Feiern – wenngleich nicht ohne Würde. Dabei bewegt gewiß viele der hier Versammelten die Frage, wen der Präsident denn wohl diesmal genüßlich aufs Korn wird nehmen wollen, wodurch nicht nur der Unterhaltungswert der Veranstaltung erhöht wird, sondern – je nach Betroffenheit – regelmäßig auch ein Anlaß zu Nachdenklichkeit, Besinnung oder Erstaunen gegeben ist. Man versammelt sich in diesem schönen Saal des Konzerthauses gegenüber dem Sitz der Akademie und dem neuen Wissenschaftsforum an einem der schönsten Plätze Europas und fühlt sich auf diese Weise in ein quasi magisches Dreieck der wissenschaftlichen Ausstrahlung des Ortes einbezogen.

An dieser Stelle will ich gleich eine gute Botschaft verkünden: Zwar ist es uns nicht gelungen, die notwendigen Mittel für eine vollständige Sanierung des Akademiegebäudes rechtzeitig zum 300jährigen Jubiläum im nächsten Jahr aufzubringen – Sie alle kennen die schwierige Finanzlage des Landes Berlin –, aber den gemeinsamen Anstrengungen der Volkswagen-Stiftung, der Akademie und des Senats ist es zu verdanken, daß die Restaurierung der alten Kassenhalle der Seehandlung in Angriff genommen werden kann. Damit erhält die Akademie einen repräsentativen Plenarsaal, der zugleich die Symbiose mit dem Wissenschaftsforum unterstützen wird. Auch wird der Senat die *Schokoladenseite* des Akademiegebäudes, die zum Gendarmenmarkt weist, in einen dem Platz und der Umgebung angemessenen Zustand versetzen. Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich Ihnen versichern: Der Berliner Senat hält daran fest, daß die Akademie in *ihrem* Gebäude am Gendarmenmarkt eine dauerhafte, auskömmliche Heimstatt haben soll, und daß wir – bei aller gebotenen Offenheit gegenüber wohlmeinenden Investoren – jedes Angebot zur Sanierung des Anwesens primär unter diesem Gesichtspunkt bewerten werden.

Die BBAW wurde im Jahre 1993 in dem Bewußtsein neu gegründet, daß es neben den notwendigen und unverwechselbaren wissenschaftlichen Aufgaben der Hochschulen, der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Forschungsförderorganisationen in dieser Region eine wissenschaftliche In-

stitution geben muß, in der der beste wissenschaftliche Sachverstand aller Fachdisziplinen zusammengeführt wird, um die großen gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Probleme und Fragen unserer modernen Industriegesellschaft auf der Grundlage des aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstandes umfassend und soweit erforderlich disziplinübergreifend zu formulieren, zu bewerten, prospektivisch zu verarbeiten und die so gewonnene Einsicht auch öffentlich verständlich und überzeugend darzustellen.

So versteht sich die BBAW nicht als eine „Gelehrten-Sozietät“ sondern vor allem als eine „Arbeitsakademie“. Damit ist die Erwartung verbunden, daß sie sich zu einer einmaligen und unverwechselbaren wissenschaftlichen Einrichtung an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit entwickeln wird. Von ihr als Stätte wissenschaftlicher Arbeit, Reflexion und Kommunikation sollten Wissenschaft und Gesellschaft einen entsprechenden Nutzen ziehen.

Ein substantielles Element des Wirkens der BBAW sind die Arbeitsgruppen. Trotz aller Klagen ist die BBAW durch die Länder Berlin und Brandenburg finanziell mit 3,5 Mio. DM pro Jahr hierbei gut ausgestattet.

Mit dieser Bewertung greife ich auf die Erfahrungen zurück, auf die mein Haus mit der Finanzierung der sogenannten interdisziplinären Forschungsverbunde verweisen kann. In der Regel mit nur 180 TDM jährlich für den Unterhalt einer Geschäftsstelle ausgestattet, ist es dort gelungen, einen notwendigen, sichtbaren und anerkannten Beitrag zur Vernetzung der Forschungslandschaft, zur Herausarbeitung von Forschungsschwerpunkten und zum Aufbau von Kompetenzfeldern in Berlin zu leisten.

Die Leistungen der Arbeitsgruppen der Akademie müssen sich daran messen lassen. Ich gehe davon aus, daß nach mehr als 5jähriger Erfahrung die BBAW ein gegebenenfalls kritisches Resümee zu diesem Instrument zieht und es in konstruktiver Weise weiterentwickelt. Ob die BBAW eine Akademie „neuen Typs“ ist, wird sich zu einem nicht unbeträchtlichen Teil an dieser Stelle offenbaren.

Nach meinen Informationen haben Sie, Herr Präsident, ja die Initiative ergriffen und in einem Memorandum Ihre Gedanken zu den „Verhältnissen“ und „Visionen“ der BBAW niedergelegt. Ich gehe davon aus, daß Sie, sehr geehrte Akademiemitglieder, im Plenum ausführlich darüber diskutiert haben und zu Schlußfolgerungen für die Weiterentwicklung der BBAW gekommen sind oder kommen werden. Die BBAW greift damit wohl auch den Beschluß der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom Herbst 1997 zur Sicherung der Qualität in der Forschung in Deutschland auf und bringt sich in die aktuelle Diskussion über Wettbewerbsfähigkeit und Kooperationsmöglich-

keiten, über Schwerpunktsetzungen und Evaluierung wissenschaftlicher Institutionen ein. Auf dem Weg zu einem die großen Fragen der Zeit anpackenden – darf ich sagen – „hauptstädtischen Think-Tank“ unterzieht sich die BBAW zu guter Zeit einer selbstkritischen Analyse ihrer Arbeit. Sie muß sich fragen – und fragen lassen – inwieweit sie die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt hat.

Die BBAW hat dafür gute strukturelle und personelle Voraussetzungen. Sie setzt zugleich auf die große 300jährige Tradition der Preußischen, Leibniz'schen Akademie. Dabei ist gar nicht zu allererst bedeutsam, ob die Unverwechselbarkeit der Einrichtung – wenn sie denn real geworden ist – sich in einer neuen institutionellen Qualität oder einer Namensänderung niederschlägt. Vielmehr kommt es darauf an, sich auf der Grundlage einer selbstkritischen Analyse der eigenen Arbeit an den Erwartungen von Wissenschaft und Gesellschaft zu messen und entsprechend weiterzuentwickeln. Es steht für mich dabei ganz außer Zweifel, daß der BBAW mit der realen, nunmehr unmittelbar bevorstehenden Hauptstadtwerdung Berlins eine ganz besondere, zwanglos überregionale Bedeutung zuwachsen wird. Sie wird sich hohen Erwartungen ausgesetzt sehen, die auch dem von Ihnen, Herr Präsident, identifizierten Umstand geschuldet sind, daß – ich zitiere – „gegenwärtig zentrale Probleme aus dem Interferenzbereich von Wissenschaft und Politik sowie Wirtschaft und Wissenschaft ungelöst sind, nicht angemessen bearbeitet werden können und zum Teil noch auf ihre präzise Beschreibung warten“. Hinzu kommt, diese Meinung wird wohl von allen verantwortlichen Akteuren geteilt, welche sich in jüngster Zeit mit dieser Thematik befaßt haben, das spezifisch deutsche, föderale Defizit, daß es gegenwärtig keine Organisation der deutschen Wissenschaft gibt, welche im internationalen Konzert der großen Akademien und Learned Societies verbindlich für die deutsche Wissenschaft sprechen könnte und als gleichgewichtiger Partner anerkannt würde.

Wenn ich also hier implizite an die Diskussion zur Gründung einer Nationalakademie oder eines Nationalkonvents anknüpfe, eine Diskussion die ja ganz unabhängig von der Entwicklung der BBAW auf überregionaler Ebene geführt wird, so bin ich mir der Probleme bewußt, welche mit einer solchen Institution ganz allgemein und in unserem föderalen System im besonderen verbunden sind. Die BBAW tut gut daran, wenn sie mit diesem Thema gelassen umgeht. Vielleicht sollten wir es mit der Umkehrung eines alten Adenauer Wortes halten: „Nie davon sprechen, immer daran denken.“

Vor diesem Hintergrund begrüße ich die Initiative der beiden ältesten deutschen Akademien, der BBAW und der Leopoldina, in enger Kooperation und durch gemeinsame Vorhaben sich den großen gesellschaftlichen Fragen in einem Institutionen, Disziplinen und Regionen übergreifenden Ansatz zu stellen.

Im Bereich der Biomedizin hat die BBAW auf meine Bitte hin eine Expertise vorgelegt, für die ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken möchte. Diese wird wesentlich zur weiteren Entwicklung des Forschungsprofils für die Region beitragen. Profilierung und Dokumentation, strategische Weichenstellungen und Netzwerkbildungen in der Forschung und – darauf aufbauend – ein wirksames Wissenschaftsmarketing für die Region Berlin-Brandenburg sind die Ziele, welche sich das von meinem Haus ins Leben gerufene *Strategieforum Wissenschaft, Forschung, Innovation* gesetzt hat. Wir werden uns erlauben, in diesem Kontext erneut an die Akademie mit der Bitte um Evaluierung einzelner Potentiale heranzutreten.

Ich bin sicher, daß die „Junge Akademie“, welche Sie gründen wollen, viel zur Beweglichkeit und Flexibilität des Akademielebens beitragen wird und kann mir schon jetzt gut vorstellen, wie quirlige, junge Nachwuchswissenschaftler von hohem Kaliber die Wissenschaftslandschaft in Berlin bewegen werden und gewiß auch der Politik, wie sie in der deutschen Hauptstadt gemacht werden wird, so manchen frischen Impuls geben. Vielleicht hilft dies dann auch den Berliner Hochschulen, ihren höchstkarätigen Nachwuchs prospektiv und frühzeitig ausfindig zu machen und so von einer überwiegend nachfrageorientierten Berufungspolitik zu einem angebotsorientierten Verhalten zu gelangen.

Wie Sie wissen, hat der Senat am 1. Juni dieses Jahres den mit den Hochschulen ausgehandelten Verträgen zugestimmt. Es sind Ergänzungsverträge: Sie ergänzen die Rahmenverträge von 1997 mit ihrer Laufzeit bis 2000 um weitere zwei Jahre. Diese Ergänzungsverträge sind alles andere als Verwaltungsroutine. Sie sind in einer außerordentlich schwierigen Zeit die Bewährungsprobe für die Rahmenverträge, mit denen Berlin eine Vorreiterrolle für eine neue Beziehung zwischen Staat und Hochschule übernommen hat.

Mit den rechtsverbindlich vereinbarten Plafonds für 2001 und 2002 galt und gilt es, die gesetzliche Vorgabe einzulösen, in Berlin 85.000 personalbezogene Studienplätze auszufinanzieren, und zwar in einer qualitativ vertretbaren Struktur. Die Vorgabe des Wissenschaftsrats anlässlich seiner Ausbauempfehlung zu Adlershof, daß von den 85.000 Studienplätzen 12.000 in den Naturwissenschaften angesiedelt sein müßten, war außerordentlich hilfreich, um Neigungen zu einem kostensparenden Discountangebot entgegenzutreten zu können.

Ausgangspunkt für die Plafondsverhandlungen waren nicht nur die knapp bemessenen Zuschüsse für das Jahr 2000 sondern vor allem die Hypothek von zusätzlichen Beiträgen der Hochschulen zur Haushaltskonsolidierung, die sich für die drei Jahre 2001 bis 2003 auf knapp 135 Millionen DM belaufen. Ich will Ihnen meine Freude darüber nicht verhehlen, daß es gemeinsam mit

der Finanzsenatorin gelungen ist, diese Hypothek zu tilgen und darüber hinaus die Hochschulen von zusätzlichen Lasten freizustellen, die sie nicht steuern können. Das gilt insbesondere für den Zuwachs der Versorgung und Beihilfen und für die Tarifvorsorge. Einschließlich einer Sachmittelsteigerung gibt es für die Hochschulen anstelle des von vielen befürchteten Minus nunmehr im Jahre 2001 ein Plus von 34 Millionen DM; in 2002 liegt der Zuschuß sogar um 76 Millionen DM höher als im Jahr 2000.

Durch die vereinbarten Zuschüsse können die gesetzlich vorgegebenen 85.000 Studienplätze definitiv gehalten werden. Wir reden über ausfinanzierte Studienplätze und nicht über Studierende: In Berlin werden wir auch auf längere Sicht davon auszugehen haben, daß auf den 85.000 Studienplätzen weiterhin 130 bis 140.000 Studierende eine qualifizierte Ausbildung erhalten. Wir bleiben die Stadt mit den meisten Studierenden in Deutschland.

In den Rahmenverträgen von 1997 hatten es die Hochschulen übernommen, ihre Fächer und Ausstattungsstruktur auf die Zielzahl von 85.000 Studienplätzen auszurichten. Das ist fristgerecht geschehen. Ich habe den Wissenschaftsrat gebeten, diese Strukturpläne zu begutachten, damit wir zu einer optimalen Nutzung der Ressourcen, insbesondere zu einer überzeugenden Abstimmung des Fächerangebots der räumlich – wenn auch noch nicht immer mental – eng benachbarten Berliner Hochschulen kommen. Ich bin dem Wissenschaftsrat dankbar, daß er, anknüpfend an seine zahlreichen anderen gutachterlichen Hilfestellungen für Berlin, diese Aufgabe übernommen hat. Die Arbeiten sind im vollen Gange. Sein Votum wird eine Chance sein für eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Berliner Hochschulen. Ich erwarte aber auch, daß der Wissenschaftsrat darüber hinaus den Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen empfehlen wird, die durchaus vorhandenen Brücken der Zusammenarbeit, wie gemeinsame Berufungen, verstärkt zu nutzen und auszubauen. Ein so reichhaltiges Wissenschaftspotential wie das Berliner darf sich nicht länger nachsagen lassen müssen, es bleibe in Ermangelung von Synergien hinter seinen Möglichkeiten zurück.

Wie gut unsere Wissenschaft aber auch sein mag, wir müssen dies auch einer breiten Öffentlichkeit vermitteln. Aus meiner Sicht ist gerade dies eine ganz wichtige Aufgabe der Akademie. Es gilt, den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft auf einem für den einfachen Steuerzahler verständlichen Niveau zu fördern und Wissenschaft faßbar, ja anfaßbar zu machen. Ich denke dabei an das von den Präsidenten der großen Wissenschaftsorganisationen jüngst unterzeichnete Memorandum zum „Public Understanding of Science and Humanities“, das dieses Ziel präzisiert. Sie selbst, Herr Präsident, haben in Ihrem Grußwort zur Eröffnung des Wissenschaftsforums am 5. Mai dieses

Jahres darauf aufmerksam gemacht, daß die Geistes- und Sozialwissenschaften dabei nicht vergessen werden dürfen. Hier erwarten wir, daß sich die BBAW als Institution und sich ihre Mitglieder als Personen einbringen, sich vielleicht sogar zu einem der Motoren der Initiative machen, wenn sie das bisher versäumt haben sollten. Erlauben Sie mir aber, an dieser Stelle auf unser breit angelegtes und sehr spannendes Sommerprogramm „Berliner WissensWerte“ hinzuweisen, welches versucht, Berliner Wissenschaft und Forschung in ansprechender und verständlicher Form für die breite Bevölkerung darzustellen und dabei auch deren praktische Nutzbarkeit herauszuarbeiten. Über die ganze Stadt verteilt können Sie von jetzt an für mehrere Wochen eine breite Palette von Wissenschaft zum Anfassen erleben. Dabei zeigen nicht nur die drei für dieses Weite Feld zuständigen Berliner Senatsverwaltungen, daß sie – allen gelegentlichen öffentlichen Unkenrufen zum Trotz – gemeinsam und wohl abgestimmt Beachtliches auf den Weg bringen können. Das Programm illustriert auch, wie ertragreich das Zusammenwirken von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit den für die Technologieentwicklung und für das Berlin Marketing zuständigen Institutionen in dieser Stadt sein kann.

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder der Akademie, bei all den Diskussionen, die jetzt vor Ihnen stehen, wird Ihnen die Ungestörtheit der jetzt durch Sie in Betrieb zu nehmenden Tagungsstätte in Blankensee nützlich sein. Lassen Sie mich die jetzt weitgehend gesicherte Finanzierung dieser Tagungsstätte zum Anlaß nehmen, zum Schluß die gute Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg zum Wohle der BBAW hervorzuheben. Diese manifestiert sich, trotz gelegentlicher Finanzierungsprobleme, nicht nur, aber ganz besonders an diesem Orte. Ich sehe in Blankensee für die Zukunft eine Stätte der Begegnung von Wissenschaftlern und einen Ort des Dialogs zwischen Wissenschaft und anderen Teilen der Gesellschaft, der letztlich der Auseinandersetzung mit aktuellen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Problemen in räumlicher Nähe zur deutschen Hauptstadt dienen wird, in herausgehobener Lage einer – dessen bin ich gewiß – aufgrund ihrer wissenschaftlichen Kreativität insgesamt prosperierenden Region Berlin-Brandenburg.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen gutes Gelingen im kommenden Jahr und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Bericht des Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Dieter Simon

Das Schweigen der Lämmer

I.

„Der Krieg geht tiefer, und je angestrengter wir so tun, als ginge er uns nichts an, desto mehr dringt er in uns ein“ schrieb Slavenka Drakulić, die auch in Deutschland gut bekannte kroatische Schriftstellerin 7 Wochen nach dem Beginn des Luftkriegs gegen die Serben.

Inzwischen, nach weiteren 4 Wochen, hat der Krieg ein Ende genommen. Die Anstrengung, so zu tun, als gehe uns das Geschehen auf dem Balkan nichts an, darf aufgegeben werden. Wir können gelassen prüfen, ob der Krieg in uns eingedrungen ist und uns verändert hat oder ob alles wieder ist wie früher. So wie es uns unsere Börse vorgemacht hat, von der am zweiten Tag nach der Einstellung der Angriffe die herzerfrischende Meldung zu hören war: „Die Börse hat den Kosovo abgehakt“. Also sozusagen: „Ende gut, alles gut“? – nur daß wir nicht getanz und in die Luft geschossen haben, wie die Serben, als das Bombardement endete, was aber nichts besagt, denn wir haben auch am Anfang und zwischendurch nicht getanz. Alles wie früher oder sogar besser? Die Demokratie hat donnernd gesiegt? Die Europäer freuen sich und zahlen den angerichteten Schaden – mit Ausnahme der Kollateralschäden, denn die sind schon bezahlt.

Ob wir geblieben sind, was wir waren, oder ob wir tatsächlich verändert wurden, wird sich zuerst an unserem Reden über die Ereignisse zeigen. Vermutlich werden die Wissenschaftler jetzt doch ihr Schweigen brechen – im Zweifel schon deshalb, weil der Kommentar, also die Bewertung *post festum*, eine ihrer liebsten Äußerungsformen ist. Warum haben sie eigentlich die ganze Zeit, von einigen wenigen und unauffälligen Ausnahmen abgesehen, so beharrlich geschwiegen? Andere taten dies doch auch nicht. Schriftsteller und Künstler, Kulturkritiker, Philosophen und Theologen haben sich ausführlich zu Wort gemeldet. Unsere bedeutendste überregionale Tageszeitung hat einen fulminanten und erregenden Diskurs über den Krieg angezettelt. Die Wissenschaft dagegen war seltsam abwesend. Die Studenten: reglos. Die Assistenten: unsichtbar. Die Professoren: stumm. Emsige Stille auch in den vielen außeruniversitären Werkstätten der Wissenschaft.

Nichtbefassungspolitik? Oder ist den Wissenschaftlern nur nichts eingefallen? Oder litten sie heftig an ihrer bekannten deutschen Krankheit, dem Mangel an Zivilcourage? Wollten sie voller Bescheidenheit ihre persönliche Meinung

nicht als Expertise verkaufen? Oder waren sie schlicht – ein Wort, dem man in den Journalen der letzten Monate am häufigsten begegnete – „hilflos“?

Eine spannende, eine schon fast wissenschaftliche Frage, eine Frage auch und gerade für einen Rückblick. Weshalb sich der Rechenschaftsbericht des Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften für diesmal nicht nur in der schon fast traditionellen Wohlge-launtheit präsentiert.

Es soll nicht einmal so scheinen, als verfolge die Wissenschaft unbeschwert ihre Erkenntnisziele und gebe sich blauäugig dem Wahn hin, nur friedvollen Zwecken nachzugehen, so daß Krieg als Resultat politischer Entscheidungen nichts sei, womit Akademiker sich angelegentlich zu befassen hätten. Auch die dem Goethejahr eigentlich gemäße geruhsame Heiterkeit, die reimt, daß „an Sonn- und Feiertagen“ „wenn hinten weit in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen“ nichts Besseres zu finden sei, „als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei“ – sie verbietet sich. Nicht nur sind die Zeiten des idyllisch distanzierten Bürgergeplauders global irreversibel vergangen, sondern wir sind auch – wenngleich überwiegend überrascht und verstört – unversehens selbst unter die Draufschläger geraten.

Und das, obwohl wir uns im Artikel 26 unserer an Pfingsten dieses Jahres üppig gefeierten, bravourösen Verfassung feierlich vorgeschrieben haben, daß von deutschem Boden nie wieder ein Angriffskrieg ausgehen dürfe. Unbeschadet der Interpretationskünste der Verfassungsjuristen und Weltbürgerkundler sowie des beruhigenden Umstandes, daß gegen niemanden nach § 80 StGB wegen Vorbereitung einer Aggression ermittelt wird, kann man sich nur schwer des Eindrucks erwehren, daß das Unheil irgendwie doch auch vom wiedervereinigten Boden seinen Ausgang genommen habe, weshalb aus dem kollektiven Gedächtnis längst obsolet geglaubte Denkfiguren und Ideologiefragmente wie der „Tyrannenmord“ oder der „gerechte Krieg“ unerwartet emporstiegen und von den Intellektuellen beklommen hin und her gewendet wurden.

Jedenfalls hier – in Berlin und in dieser Akademie – haben wir Anlaß, uns nach dem Umgang mit dem Krieg und dem Schweigen der Lämmer zu befragen, uns, die wir uns lauthals als jene bekennen, die nicht nur das Erbe der Vergangenheit verwalten, sondern die nationale Gegenwart zur Artikulation und zur Verantwortung bewegen wollen. Das muß auch gelten, wenn diese Gegenwart für Euterpe, die Muse der Wissenschaft, gerade nicht zu sprechen ist, weil sie einem Mars ohne Kollateralschäden huldigt.

Selbstbefragung gewährt außerdem einen Vorsprung. Denn die Fremdbefragung wird nicht ausbleiben. Unsere Zukunft arbeitet bereits an der empirischen Erhebung, wo Fragebögen ausgefüllt werden müssen, Kästchen anzu-

kreuzen sind und Skalen sorgsam gestufter Antworten von „sehr wichtig“ bis „weiß nicht“ ein ausgewogenes Urteil erheischen. Im Vorfeld, solange wir gleichsam nur proben, dürfen wir es uns noch einfach machen. Einfach, das heißt: fünf Fragen nach dem Akademiker im Kriege – gestellt nach dem Kriege, in gestellter Szene, wenn die Rechnungen bezahlt werden – im übrigen aber das Wetter wieder schön, die Angst historisch und die Verantwortung symbolisch geworden sind. Die Antworten sind unverbindlich – heute haftet nur der, der spricht.

II.

Frage eines Bürgers: Was machen die Wissenschaftler eigentlich im Kriege? Machen sie sich auch, vielleicht besondere, Gedanken, und wenn ja, welche?

Antwort eines Akademikers: Was sollen die Wissenschaftler schon machen? Sie gehen ihrer Wissenschaft nach. Ihr Hauptgeschäft ist schließlich die Wissenschaft. Und soweit diese nicht selbst dem Krieg hilft, weil sie zum Beispiel – was nur sie kann – an der Entwicklung von intelligenten kriegschirurgischen Eliminiergeräten, Aufspürapparaten, Giftzerstäubern und anderen Vernichtungsmitteln mit Hochschulabschluß werkelt, hat sie mit Krieg und Frieden nicht eigentlich etwas zu schaffen. Wie überall, wo man nichts merkt, triumphiert der Alltag.

Was das heißt? Das heißt für die Akademie: Wir wählen neue Mitglieder (115 sind wir jetzt) und entpflichten alte. Wir stellen neue Mitarbeiter ein (262 – darunter 124 Wissenschaftler – haben wir zur Zeit) und versuchen uns (meist erfolglos) von anderen zu trennen.

Wir planen unverdrossen unser 300-jähriges Jubiläum, das ohne jede Rücksicht auf äußere Ereignisse im nächsten Jahr in Erscheinung treten wird. Wir führen regelmäßig unsere ordentlichen und außerordentlichen Akademievorlesungen durch. Wir verleihen unsere Preise und sind deren Stiftern dankbar. Wir schicken unser Circular in Umlauf, arbeiten für den „Disput über Wissen“ an unserer Zeitschrift „Gegenworte“, die sich prächtig entwickelt und es zu schaffen scheint, auf Altes einen neuen Blick zu werfen und Neues nicht erst zu entdecken, wenn es schon alt geworden ist. Wir treffen uns mit den Staatssekretären aus den für uns zuständigen Wissenschaftsministerien zum Gedankenaustausch am Stammtisch. Wir vergeben unsere kleinen Stipendien, präsentieren den gütigen Förderern eine anspruchsvolle wissenschaftliche Causerie und planen und beantragen neue Akademievorhaben und tagen mit und in ihren zahlreichen Betreuungskommissionen. Wir vergessen den 250. Geburtstag des Olympiers aus Frankfurt nicht, der, wenn auch nicht leidenschaftlich, doch unser Mitglied gewesen ist. Eine Ausstellung läuft schon,

eine zweite wird rechtzeitig zum Geburtstag fertig werden. Wir bereiten Tagungen vor: New Cultures mit dem Einsteinforum ist die nächste, „Das Europa der Diktaturen“ zusammen mit dem Hannah Arendt Institut für Totalitarismusforschung, dem Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Studien und dem Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte folgt auf dem Fuße, das dritte Kolloquium zur Akademiegeschichte sowie die „Qualitätsbewertung in der Wissenschaft“ und „Der Ursprung der Sprache“ schließen sich chronologisch in rascher Sequenz an.

Wir kümmern uns um unser Haus, das fortdauernd die spekulativen Gelüste verschiedenster Wohl-Täter anlockt, die ihre Wohltaten allerdings nicht für uns, sondern für sich planen. Nachdem uns aber der hochgesinnte Hauptstadtregent persönlich eine neue Fassade in Aussicht gestellt hat, mag die Hoffnung berechtigt sein, daß nach mehr als 50 Jahren die damaligen Kriegsschäden auch im Inneren beseitigt werden können. Bomben wirken lange nach – auch wenn die äußeren Spuren längst getilgt sind. Ein Architektenwettbewerb hat erfolgreich stattgefunden. Ermutigendes Kopfnicken bei potentiellen Sponsoren wurde gesichtet. Es scheint nicht mehr ausgeschlossen, daß wir mit dem einstweilen nur durch ein großes Portal mit uns verbundenen Wissenschaftsforum alsbald nicht nur gemeinsame Sache, sondern auch gemeinsame Sachen machen können.

Zu dem, was nur mit anderen zu bewerkstelligen ist, gehören auch die wissenschaftlichen Tagungen, die wissenschaftspolitischen Planungen, die Beratungssitzungen, Workshops und Hirnübungen, kurz, all das, wozu wir uns eine Tagungsstätte außerhalb der Groß- und Hauptstadt gewünscht haben, weil nur dort Muße und Konzentration, die Mütter jedes innovativen Schaffens, zu garantieren sind. Wir haben die Stätte, Schloß und Park Blankensee, am 17.10. 98 bekommen – leer freilich, ohne Stuhl, Tisch und Bett, aber kundig renoviert, idyllisch gelegen und nachgefragt. Nach einigen Beschwerlichkeiten, Friktionen, selbst leichten Verstimmungen über Bewirtschaftungskonzept, Betriebsorganisation, Tagungsstättenleitung und manches andere, was zur Eröffnung eines solchen Hauses dazugehört, scheint jetzt das angestrengt kooperative, manchmal auch agonale Zusammenwirken von Brandenburg und Berlin zum Nutzen der Akademie doch zum Erfolg zu führen. Am 1. Juli soll der Tagungsbetrieb aufgenommen werden. Am 10. Juli werden wir prüfen, ob sich der schöne Ort auch für Sommerfeste eignet. Sie sind jetzt schon eingeladen, weil es jedenfalls lustig werden wird.

Aber es wird natürlich nicht nur verwaltet, administriert und organisiert in der Akademie, sondern auch geforscht und gedacht. Wir haben drei neue interdisziplinäre Arbeitsgruppen eingerichtet. Eine zum Thema „Gemeinwohl und Gemeinsinn“, eine weitere unter dem Titel „Gesundheitsstandards“, eine

dritte möchte die „Sprache des Rechts“ unter den Stichworten „Vermitteln, Verstehen, Verwechseln“ untersuchen. Da die Arbeitsgruppe RULE ihre Arbeit unter Vorlage eines besonders schönen Abschlußbandes beendet hat, arbeiten im Referat Interdisziplinäre Arbeitsgruppen zur Zeit 6 Gruppen und 8 fachübergreifende Initiativen. Das Digitale Wörterbuch der Deutschen Umgangssprache hat es geschafft, den Vorsitzenden seines Kuratoriums zum Bundespräsidenten wählen zu lassen und kann nicht nur deshalb, sondern auch wegen des vielversprechenden Engagements Österreichs und der Schweiz auf rasche Fortschritte hoffen.

Das Referat Akademienvorhaben mit gegenwärtig 29 Arbeitsstellen ist nachhaltig in Bewegung geraten. Alle Vorhaben haben sich inzwischen mehr oder minder deutlich auf drei vorgegebene Ziele eingelassen:

- Umstrukturierung von der reinen Wissenserschließung zur auch wegweisend arbeitenden Forschungsstelle,
- umfassende digitale Modernisierung,
- nachdrückliche Vermittlung aller Resultate an die Öffentlichkeit.

Ein geglücktes Beispiel für das letztere ist die weltweite, positive Resonanz auf den ersten mehrteiligen Band der renovierten Marx-Engels-Gesamtausgabe. Für die Umstrukturierung durch Einbau innovativer Forschung können die praktisch gewordenen Versuche, ein Alexander von Humboldt-Forschungszentrum zu schaffen, zitiert werden. Die digitale Modernisierung schließlich läßt sich am eindrucksvollsten an jenem unserer Forschungsbereiche studieren, der – heute eher irreführend – „Wörterbuch der ägyptischen Sprache“ heißt.

In den Stammreihen der Vorhaben wurden im letzten Jahr 27 Bände publiziert, 91 Aufsätze in Sammelbänden und Zeitschriften kommen hinzu.

Für die Details der Arbeitsergebnisse darf und muß der Interessierte auf das in Kürze erscheinende Jahrbuch der Akademie verwiesen werden.

Aber auch ohne aufgegliederte Aufzählung sieht man: Wissenschaftler haben keine Zeit, an den Krieg zu denken, und folgerichtig noch weniger, um darüber öffentlich zu reden.

III.

Frage eines Akademiemitglieds: Aber hätten wir Wissenschaftler nicht wenigstens eine Erklärung zum Krieg abgeben sollen?

Antwort eines anderen Akademikers: Wenn Wissenschaftler Erklärungen zur Politik abgeben, begeben sie sich in doppelte Gefahr. Äußern sie sich moralisch und allgemein, stehen sie anschließend eventuell blamiert da – wie jene letztlich bedauernswerten 93 deutschen Professoren, die sich wegen ihrer Erklärung „An die Kulturwelt“ vom Jahre 1914 später als bellizistische Krie-

gernaturen apostrophieren lassen mußten. Der Belgrader Akademie der Wissenschaften wird es allen Anzeichen nach mit ihrem „Memorandum zur Lage des serbischen Volkes“ von 1986 vermutlich ähnlich ergehen. Äußern sich die Wissenschaftler aber politisch und konkret, scheinen sie, da sie gemeinhin als Experten anerkannt sind, besondere Sachkunde in Anspruch zu nehmen, die sie tatsächlich aber nicht besitzen. Das wird ihnen dann sofort vorgehalten. Den Herren fehle doch wohl die außen- und militärpolitische Kompetenz, ließen Strauß und Adenauer 1957 verbreiten, als die Göttinger Erklärung der Kernphysiker zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erschien. Zur Abwehr solcher Argumente sehen sich die Erklärenden zu der Feststellung genötigt, daß sie sich nicht als Experten, sondern nur „als Staatsbürger“, „als Lehrer der Jugend“ oder einfach „als Menschen“ äußern. Das schwächt ihre öffentliche deklamatorisch-pädagogische Position und rückt sie unvermeidlich in die Nähe des Stammtisches. Stammtischparolen von Wissenschaftlern wird nicht nur die übliche Verachtung zuteil, sondern sie schädigen auch den Ruf der Experten als Experten.

Hätten wir aber ungeachtet dieser wenig verlockenden Konstellation gleichwohl eine Erklärung abzugeben uns bemüht – wir hätten sie nicht zustande gebracht. Da das Wissenschaftssystem sich der Wahrheit als oberstem Wert verpflichtet fühlt, ist Konsens schlechterdings undenkbar in einer Situation, in der die Fototafeln eines erschütterten Kriegsministers, die Kitschphrase vom „humanitären Krieg“, der militante Neologismus „Souveränitätsfanatiker“, die Placebo-Losung „Weltinnenpolitik“ und die giftige Schmähung der „Kriegstreiber“ in einer wüsten Gemengelage auftauchen. Selten hat man in einer ansonsten doch eher homogenen Gruppe soviel Uneinigkeit, Meinungsverschiedenheit und Zwist gehört und gespürt wie in diesem Fall.

Einig war man sich vermutlich nur darin, daß unsere Politiker im Krieg standen, bevor sie es noch richtig begriffen hatten. Auch wenn die Anekdote nicht stimmen sollte, daß der plötzlich zum Kriegsminister mutierte Verteidigungsminister nur 15 Minuten Zeit hatte, um den NATO-Plänen zuzustimmen – sehr viel gründlicher kann der Ablauf kaum bedacht worden sein. Anlaß zur Schadenfreude bestand gleichwohl nicht. Denn offenkundig haben bei uns Land und Bürger großes Glück gehabt. Weniger wegen des relativ glimpflichen Ausgangs des teuren Abenteuers als wegen des Umstandes, daß der Krieg von Parteien getragen wurde, die unbestritten auf eine explizit unkriegerische, partiell pazifistische Tradition zurückblicken. Diese Tradition hätte sich im umgekehrten Falle, also einer Regentschaft durch die heutige Opposition, zweifellos bis zu Aufruhr und innerer Unruhe verselbständigt. So aber nahm man an der Regierung je nach eigener Färbung entweder einen leichten melancholischen Hauch wahr, wie er zum Handeln tragischer Figu-

ren gehört, oder ein ironisches Timbre, weil jemand anders klingt als er gestimmt ist – beides kein geeigneter Gegenstand für eine dramatische Erklärung durch die Wissenschaft.

Im übrigen konnte man eine eher geringe Solidarität der Wissenschaftler mit ihrer Regierung beobachten. Am stärksten ist sie sicher noch bei jenen ausgeprägt, die wie schon ihre Vorgänger und Vorvorgänger zum Beispiel in technischen Distrikten mittelbar oder unmittelbar für den Krieg arbeiten. Niemand legt sich leichthin mit seinem Brotherrn an. Am wenigsten identifiziert sind dagegen jene, die im Dienste der Wirtschaft stehen. Sie verspüren in der Regel keine über die allgemeine Loyalitätspflicht des Staatsbürgers hinausgehende Neigung zur Eintracht mit dem Regenten. Wieder anders ist es bei den im Staatsdienst beamteten Wissenschaftlern. Sie wissen, was sie den Regierenden schuldig sind. Schließlich sind mit ihrer Finanzierung herkömmlich bestimmte Verpflichtungen verbunden. „Bringschuld“ pflegt man neuerdings in naßforschem Mißbrauch eines Fachworts der Juristen das zu nennen, was zu jenen Zeiten, als die Akademie noch die Preußische Akademie der Wissenschaften hieß, einfach als „Pflicht“ bezeichnet wurde. Zur Staatsdienerpflicht aber gehört es, zu Zeiten den Mund zu halten. Was natürlich nicht völlig unkritisch geschehen muß. Einzelnen wird das Recht auf Widerspruch zugebilligt. Theologen zuvörderst. Dann den Philosophen, den Militärexperten, auch den Juristen, etwas entfernt schon den Historikern oder Ethnologen. Der ordinäre Naturwissenschaftler, die Mediziner, Mathematiker oder Philologen sollten dagegen von vorlauter Zungensucht Abstand nehmen.

Wo von Innen und Außen so wenig Ermutigung einzuwerben ist, da herrscht ein schlechtes Klima für gemeinsame Erklärungen. Da geht die Neigung dahin, den Standpunkt der Standpunktlosigkeit einzunehmen. Der ist moralisch durchaus vertretbar, nämlich dann, wenn alle Standpunkte entweder im Recht oder im Unrecht sind. Und beides schien im vorliegenden Fall häufig gut begründbar.

Also werden Wissenschaftler wohlberaten sein, wenn sie, falls überhaupt, nur zu Fragen der Wissenschaft oder der Wissenschaftspolitik Erklärungen abgeben. Was schließlich nicht bedeutet, daß sie in allen anderen Dingen zum Schweigen verurteilt wären. Die Medien sind in der Regel gern bereit, professorale Bekundungen aller Art zu veröffentlichen, so daß sie ihre politischen Ansichten ungeschminkt zum besten geben können. Unter den Bedingungen der Unfreiheit ist das bekanntlich anders. Es wäre sicher aussichtslos gewesen, 1933 den Versuch zu machen, die Medien gegen die Entlassung jüdischer Kollegen zu mobilisieren. Entsprechende Versuche sind allerdings auch nicht bekannt geworden.

IV.

Frage eines Journalisten: Wenn man keine Erklärung zum Krieg abgeben kann, kann man aber vielleicht den Krieg wissenschaftlich erklären?

Antwort eines Akademikers: Akademiker wären keine Wissenschaftler, versuchten sie nicht, das Unverständliche zu verstehen und es den anderen zu erklären. „Es hat also der Mensch seine innere und äußere Umwelt selbst zu ordnen. Dafür zur Verfügung stehen ihm äußere Erfahrungen und inneres Rückerkennen“, hat Gottfried Benn unter der Losung „Erkenne die Lage!“ seinen Zeitgenossen und allen Späteren ins Stammbuch geschrieben. Wie also ist die Lage?

Manche glauben, daß es sich bei dem Krieg um eine gerechte Sache gehandelt habe oder jedenfalls jetzt handele, da der Erfolg irgendwie Recht zu geben scheint. Die Rechtsfrage hat Konjunktur, wobei allenfalls auffällt, daß Nichtjuristen besonders prominent an den juristischen Träumen beteiligt sind. Das Ergebnis ist noch unklar, aber jedenfalls wird der 24. März 1999 ein welthistorisches Datum werden. Denn wir sind die Zeugen einer Revolution, die noch nicht weiß, ob der Tag als Markstein ruchlosen Übergangs vom Völkerrecht zum Faustrecht oder als kühner Schlußstrich unter das alte, im Souveränitätsmodell befangene Denken im Gedächtnis bewahrt werden wird.

Manche träumen davon, der scheußliche Abschluß dieses vom Ethnonationalismus entstellten Jahrhunderts möge einen tieferen Sinn gehabt haben. Man montiert sich ein gutes Gewissen durch die Beschwörung höherer Werte. „Humanitärer Krieg“ nennt sich diese, nicht bloß sprachliche Verirrung. Der höhere Wert sind die Menschenrechte der Vertriebenen, zu deren Schutz wir aufgebrochen sind, ohne sie mit den eingesetzten Mitteln schützen zu können. Zwar muß dann wohl die bewährte Formel des Immanuel Kant aufgegeben werden, wonach „kein Staat ... sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staates gewaltsam einmischen [soll]“. Aber das läßt sich rechtfertigen. Nicht bloß mit Bildern, die uns anschreien, oder mit der rhetorischen Frage, ob denn Souveränität wirklich grenzenlos sein dürfe. Man kann darauf verzichten, jemanden als „Souveränitätsfanatiker“ zu beschimpfen oder Pazifismus mit Zynismus gleichzusetzen, wenn es gelingt, die faktische, bald Gewohnheit werdende Weiterentwicklung des Völkerrechts wissenschaftlich darzulegen oder – noch besser – wenn man Kant mit der „humanitären Intervention“ überholt, indem man die kosmopolitische Weltgesellschaft, den Weltverfassungsstaat ohne Nationen und Ländergrenzen für angebrochen erklärt.

Jedenfalls virtuell, denn realiter sagen uns Bennis „äußere Erfahrungen“, daß es zur Zeit eigentlich überall nach Zunahme und nicht nach Abnahme des Natio-

nalismus aussieht. Aber kosmopolitische Virtualität genügt schon für den logischen Schluß, daß keine Grenzen verletzt werden konnten, so daß Kant doch noch gilt, und sei es auch nur im Verhältnis zu den Extraterrestrischen.

Zu den rechtlichen Erklärungen gesellen sich die moralischen Urteile. Zum Beispiel, daß wir es unserer Geschichte schuldig wären, das brutalste und gewalttätigste Regime Europas zu beseitigen. Was freilich nicht geglückt ist. Oder, daß die Menschenrechte vor Frieden gehen müssen, wenn der Boden für Demokratie, Marktwirtschaft und andere Werte bereitet werden soll. Was aber gewinnt verbrannte Erde durch westliche Werte, bei deren „innerem Rückerinnern“ zudem regelmäßig der Wert unserer Waffenlieferungen auf den Balkan vergessen wird. Andererseits behauptet sich auch die Vorstellung, die NATO sei mittels Bomben auf der Suche nach einer neuen Identität, die Waffenproduzenten hätten einen Intelligenztest ihrer Superwerkzeuge benötigt oder die Amerikaner wollten sich in typischer Mischung aus Imperialismus und Altruismus als Weltpolizisten inszenieren ... und was dergleichen halbplausiblen Traumgesichte mehr sind.

Was also erkennt der nüchterne Wissenschaftler angesichts dieser Lage?

Die Lage ist unkenntlich und deswegen sind der Lehren viele. Historische und machtpolitische, philosophische, theologische, juristische und ethnologische An- und Einsichten häufen sich und versperren einander die Sicht.

Es bleibt: Der Balkan ist der Balkan. Und: der Wissenschaftler gehört tatsächlich zu den Hilflosen. Seine bittere Lehre formuliert ihm Thomas Bernhard: „Was mit den Menschen zusammenhängt, ist immer grotesk, und der Krieg und seine Umstände und Zustände sind die grotesksten“. Aber die Hauptlehre: „Nie wieder Krieg!“ ist genauso anfällig für die Zeitläufte wie Heraklits Weisheit, daß der Krieg „der Vater aller Dinge“ sei – anfällig wie wir selbst.

Als Forschungsprojekt wird aufzunehmen sein, was die Vertriebenen künftig mit den Menschenrechten, die wir ihnen gerettet haben, anfangen werden.

Der NATO-General hatte Recht, wenn er am 26. Mai, als die Zweifel an den Bombengründen sich allmählich nachhaltig meldeten, durch das Radio funkte: „Unsere Gründe sind noch genau so gut wie am Anfang“. Ganz richtig. Es war von Anfang an klar und der in diesen Tagen zu beobachtende Abzug einer nahezu intakten serbischen Armee hat es nochmals gezeigt: Die Kriegsziele – auch die gegen die ursprünglichen später eingetauschten – waren niemals zu erreichen. Dieser Krieg ist wissenschaftlich nicht zu erklären.

Die Welt aber sieht auch ohne Wissenschaft: Die fehlende europäische Sicherheitsordnung kann nicht durch Bomben herbeigedonnert werden. Der Wissenschaftler kann jetzt nur noch versuchen, mitzuschreiben und dadurch mitzuentcheiden, wie später einmal von diesem Krieg erzählt werden wird.

V.

Frage eines Staatssekretärs: Wenn ich recht verstehe, ist es den Wissenschaftlern weder möglich, eine politische Erklärung zum Kriege abzugeben, noch eine wissenschaftliche Erklärung der Kriegspolitik zu finden. Hoffentlich steht es bei der Wissenschaftspolitik besser?

Antwort eines Akademikers: Auf diese Frage sind viele Antworten möglich: Unseriös wäre die Feststellung, daß die Akademie viel zu wenig Mittel hat, um eine Wissenschaftspolitik, die sich lohnt, ins Auge fassen zu können. Schließlich sind wir – wie alle heutzutage – dankbar, wenn unsere Finanzierungsträger „Überrollen“ in Aussicht stellen und unsere Bemühungen um die Flexibilisierung des Budgets unterstützen. Korrekter wäre: wir waren erfolgreich, was angesichts unserer finanziellen Grundlagen mehr als erstaunlich ist. Und völlig präzise: Ohne als Unterstützung verkleidete Behinderungen wären wir vielleicht sogar weiter.

Ein Beispiel für das Letztere: Es ist willkommen und erfreulich, wenn uns das Parlament zur Mittelumschichtung aus abgestandenen Akademienvorhaben in aktuelle und gesellschaftlich relevante Unternehmungen ermuntert. Aber die energische verwaltungsmäßige Einforderung solcher Taten wirft uns zurück, solange der wohlmeinende Souverän nicht auch die Möglichkeit hat, sicherzustellen, daß auf dem Verschiebeweg die Mittel nicht vollständig verloren gehen. Brave sozialpolitische Absichten hat schließlich sogar das Arbeitsrecht. Aber solange öffentlich bedienstete Wissenschaftler mit den Schutznormen für Industriearbeiter umhegt werden, wird jede akademische Qualitätsbesinnung zur hilflosen Geste.

Ein Beispiel für den Erfolg: Die bevorstehende Gründung der Jungen Akademie. Höchstens 50 junge Wissenschaftler im jüngeren Erwachsenenalter (zwischen Promotion und Habilitation) – also in einer Zeitspanne, die für die Ausbildung wissenschaftlicher Eliten besonders bedeutsam ist, wo aber die staatlichen Programme bisher ausgesprochen lückenhaft sind oder überhaupt fehlen – werden in die Lage versetzt, sich in größter Freiheit transdisziplinären Aufgaben zu widmen. Die Vorbereitungen für diese Neugründung sind abgeschlossen. Die Ausschreibung ist angelaufen. Das Experiment kann im nächsten Jahr zum 300-jährigen Geburtstag der Akademie an den Start gehen. Es ist ein Experiment, das gleichzeitig ein zweites, viel wichtigeres, unterstützen und auf den Weg bringen soll. Wir gründen nämlich „Die Junge Akademie“ gemeinsam mit der Leopoldina, der Gesellschaft der Naturforscher in Halle. Dem gemeinsamen Geschöpf ist außer der Nachwuchsförderung die Aufgabe zgedacht, eine mehr als projektmäßig unverbindliche Zusammenarbeit zwischen BBAW und Leopoldina einzuläuten. Es handelt sich um den Testfall für den Bau eines großen Vereinigungsreaktors.

Ich füge einige Beispiele für wissenschaftspolitische Essayistik an, die in der Regel für ein Geringes möglich ist: ein Strategiepapier über die Wissenschaftsentwicklung Brandenburgs, das vor einigen Tagen im Kabinett in Potsdam diskutiert wurde; ein Papier über die Schwerpunktbildung Molekulare Medizin in Berlin, das in der vorigen Woche Senator Radunski übergeben werden konnte; ein Gentechnologiebericht, den wir als Periodicum über Stand und Zustand der gentechnischen Forschung vorbereiten; ein Anlauf zu einer im Jahre 2001 zusammen mit der Leopoldina einerseits, mehreren Wissenschaftsorganisationen andererseits durchzuführenden Wissenschaftsmesse, die uns endlich das *public understanding*, das öffentliche Verständnis für die Wissenschaften und ihre Anliegen verschaffen soll.

Abschließend noch einige betrubliche Beispiele für Investitionen, die unsere Wissenschaftspolitik wesentlich effizienter machen würden, wenn wir die Möglichkeit hätten, sie zu bezahlen: es fehlen uns immer noch die Experten, die die Digitalisierung der Akademiearbeit endgültig auf den Weg bringen können; es fehlt uns dringend der Arbeitsplatz für den Ausbau der internationalen Beziehungen, an deren Installation der Vizepräsident ebenso unverdrossen wie einsam werkelt; es fehlen uns die Arbeitsplätze für ein professionelles, nicht laienhaft und unbeholfen durch den Präsidenten und seine Generalsekretärin betriebenes Fundraising; und – *last not least* – die Betreuung der Publikationen, Broschüren, Prospekte und Plakate der Akademie lebt von der Hand in den Mund.

Also mit einem Wort: Die Wissenschaftspolitik läuft gut und macht Spaß. Allenfalls: Die Kosten versalzen das Vergnügen.

VI.

Frage eines Kindes: Wird es auch eine Wissenschaftspolitik für die Jugoslawen geben oder nur für uns?

Antwort eines Akademikers: Wissenschaftspolitik für Jugoslawien – und seine Nachbarn – kann gegenwärtig nur in der Gewährung von Hilfe bestehen. Diese Hilfe kann sich sicher nicht darin erschöpfen, daß die Wissenschaftler sich darauf berufen, sie würden bereits als Staatsbürger mit ihren Steuern dazu beitragen wieder aufzubauen, was nicht sie, aber andere mit ihrer Billigung zerstört haben. Es wird auch nicht genügen, daß die Wissenschaft ihre Berücksichtigung in einem Marshall-Plan für den Balkan fordert – ein Plan, der kommen muß, weil er angesichts der zerstörten zivilen Infrastruktur des Landes unvermeidbar ist. Es ist schließlich überhaupt nicht angebracht, andere aufzurufen, etwas zu unternehmen. Denn es entspricht rechtshistorisch gut bezeugtem Menschengedenken, daß die Täter selbst etwas tun müssen – und leider befinden wir uns in diesem Fall unter ihnen. Außerdem sollten wir zei-

gen, daß uns unser Krieg verändert hat im vorhin zitierten Sinne von Slavenska Drakulić.

Wissenschaftler können allerdings nur mit den bescheidenen Mitteln der Wissenschaft helfen. Und was sie damit zu bewerkstelligen in der Lage sind, ist das, was in Forschung und Lehre ohnehin ihr tägliches Geschäft ist: Ergebnisse formulieren und sich an Kollegen und andere Wissenschaftler wenden, um sie auszutauschen und zu diskutieren, Studenten unterrichten und im In- und Ausland als Wissenschaftsbotschafter auftreten. Daraus Hilfe abzuleiten bedeutet wenig und viel zugleich. Wenig, da nur ein winziger Teil der Notleidenden betroffen ist. Viel, weil es stets von größtem Gewinn ist, wenn dem friedvollen Miteinander via Wissenschaft irgendwo zum Durchbruch verholfen wird. Außerdem sind Wissenschaftler Multiplikatoren der Rationalität. Friede und Vernunft: wieviel Wissenschaft dazu beitragen kann, hat man nicht zuletzt in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg erfahren.

Deshalb startet in diesen Tagen eine „Balkan-Initiative“ der Berliner und der Brandenburgischen Wissenschaft. Was „Balkan“ geographisch heißt, ist, wie nach anderen Slavoj Žižek kürzlich wieder gezeigt hat, eine Frage der Perspektive. Für die einen beginnt er hinter Wien, für die anderen hinter Belgrad, für die dritten hinter Paris. Bei unserem Vorhaben meinen wir das heutige Jugoslawien und seine unmittelbaren Nachbarn. Die Initiative gilt den Wissenschaftlern dieser Region.

Initiatoren sind die Präsidenten der drei Berliner Universitäten, Jürgen Ewers, Peter Gaegtens und Hans Meyer, die Präsidenten der drei Universitäten Brandenburgs, Wolfgang Loschelder, Ernst Sigmund und Hans Weiler, der Rektor des Wissenschaftskollegs, Wolf Lepenies, der Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin, Friedhelm Neidhardt, der wissenschaftliche Vorstand des Max-Delbrück-Zentrums für Molekulare Medizin Berlin-Buch, Detlev Ganten und die Gesamtheit der Mitglieder der Berlin Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Ferner haben aus dem Raum Berlin und Brandenburg zahlreiche Direktoren und Institutsleiter der Herrmann von Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz ihre Mitwirkung an und ihre Unterstützung der Initiative in Aussicht gestellt.

Es geht nicht darum, ein Programm der Umerziehung zu entwerfen, um westeuropäische Wertestandards zu vermitteln; eine politisch und sozial destabilisierte Region geistig zu kolonisieren oder die arrogante geschichtsvergessene westeuropäische Einmischungspolitik mit wissenschaftlichen Mitteln fortzusetzen.

Es geht darum, Hilfe von Wissenschaftlern für Wissenschaftler zu organisieren, in der Hoffnung, die ihnen gemeinsamen Grundhaltungen so zu stärken,

daß sie in das Fundament einer gemeinsamen europäischen Zukunft eingehen werden. Es geht darum, die Wissenschaftler auf dem Balkan untereinander und mit uns wieder in das normale wissenschaftliche Gespräch zurückzuführen, wobei jenen wissenschaftlichen Einrichtungen, die in unmittelbarer Nachbarschaft der Kriegsregion arbeiten, eine führende Rolle zufallen soll. Und es geht um wissenschaftliche Hilfe bei der gigantischen Aufbauanstrengung, die jetzt nötig ist, wobei einige Einsichten aus unserer jüngsten Geschichte von allgemeinem Nutzen sein könnten.

Für die Initiatoren bedeutet dies, daß sie – an der BBAW – eine Kopfstelle bilden und daß zunächst jeder in seinen schmalen Ressourcen kramt, um Stipendien, Gastprofessuren, Austauschprogramme, Sommerkurse, Aufbauworkshops und was immer es in diesem Bereich an Möglichkeiten gibt, aufzuspüren und als erste Hilfe zur Verfügung zu stellen. Aber wir werden uns auch um öffentliche und private Unterstützung und Mittel bemühen.

Wenn Sie helfen wollen, können Sie noch heute beginnen. Vielleicht hat der Krieg ja auch Sie verändert.

Medaillen

Dr. Hartmut Rahn erhält die Leibniz-Medaille der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

(Laudatio zur Verleihung der Leibniz-Medaille
von Akademiepräsident Dieter Simon)

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften verleiht Dr. Hartmut Rahn, dem früheren Generalsekretär der Studienstiftung des deutschen Volkes, die Leibniz-Medaille.

Die Akademie möchte einen Mann ehren, der, wie kaum ein anderer, sein gesamtes berufliches Leben der Förderung derer gewidmet hat, ohne die Wissenschaft und Kultur in unserem Lande ärmer wären: der besten, tatkräftigsten, neugierigsten, mutigsten, nachdenklichsten Studierenden. Er hat damit der deutschen Wissenschaft, ihren Institutionen und über diese hinaus der nicht-akademischen „Außenwelt“, in die sie hineinwirkt, unschätzbare Dienste erwiesen.

Hartmut Rahn wurde 1930 in Fürstenwalde geboren, ist also ein Brandenburger Landeskind. Seine Gymnasialzeit begann im pommerschen Stolp, das Abitur machte er in Schloß Salem. Als Marburger Student der Anglistik, Germanistik und Soziologie gehörte er zu der ersten Generation von Nachkriegsstudenten, die den Sprung ins Ausland wagte: London und Amherst waren seine Universitäten. Er promovierte 1962 in Frankfurt am Main.

Schon drei Jahre zuvor, 29jährig, mit erster Berufserfahrung als Buchhändler und Universitätsassistent, trat er als Referent in die Geschäftsstelle der Studienstiftung ein. Zehn Jahre danach übernahm er von seinem Vorgänger, Heinz Haerten, das Amt des Generalsekretärs, das er über ein Vierteljahrhundert bis zu seiner Pensionierung vor nun vier Jahren ausübte.

Damals, bei der Verabschiedung aus dem aktiven Dienst, sprach der Präsident der Studienstiftung, Herr Altner, im Blick auf die Institution von einer „Ära Rahn“, und er konnte den Anspruch, den das Epitheton stellt, belegen. Eine Ära – wenn auch in einer eher zweifelhaften Bedeutungsvariante des Wortes – war es auch für die deutschen Universitäten, in denen und mit denen die Studienstiftung, recht oder schlecht wie diese zu leben hat. *Daß* und *wie* die Stiftung alle Krisen, Krankheitsschübe, scheinbare und tatsächliche Paradigmenwechsel in ihrer universitären Umwelt überlebt hat – wohl alle in diesem Saal wissen: Hartmut Rahn hinterließ sie quicklebendig, immer ein wenig unbequem, in ihrem Qualitätsanspruch unerbittlich wie eh und je –, das zeigt deutlicher, als manch wortreiches Portrait es könnte, die Mischung aus beharrli-

chem Durchsetzungswillen, rational beherrschtem Optimismus und nie versiegendem Einfallsreichtum, die den Mann an ihrem Steuer kennzeichnete. Daß auch ich in dieser Ära unter Ihnen dienen durfte, habe ich nicht vergessen.

Er verstand es, in den auffrischenden Winden Sturmböen der 68er Jahre zu kreuzen, ohne das Ziel der Studienstiftung aus dem Auge zu verlieren: die Förderung der Besten durch motivierende Herausforderung ihrer Begabung. Er hätte den Kurs wohl kaum halten können ohne die unerschütterliche Überzeugung, daß die Singularität des Individuums unter allen schützenswerten Gütern einer Gesellschaft das höchste sei. Neben dieser Überzeugung stand die Hoffnung, daß die Studienstiftung ein Ethos des Dienens vermitteln könnte, wie er selbst es vorbildlich lebte. Dies war auch seine Antwort auf die ständig gegenwärtigen Fragen, aber auch auf Unterstellungen bezüglich der Position der Studienstiftung zum Begriff der Elite: „Die Zukunft wird mit Sicherheit Menschen verlangen, die mit Können, mit Tatkraft, Optimismus, Vertrauen und nachdenklicher Bescheidenheit auf die Probleme zugehen – und die dann eine Elite bilden, ohne sich selbst dafür zu halten.“

Als im Schlepptau der sogenannten Bildungsreform die Segel der Massenuniversität schlaffer wurden, erfand Rahn für das kleine Schiff der Studienstiftung Hilfs- und Außenbordmotoren: Er intensivierte die Abiturientenauswahl und systematisierte sie neu, er wurde zum Pionier der Schülerwettbewerbe und öffnete die Stiftung für deren Gewinner, er forderte die Hochschulen, deren Stipendiatenvorschläge allmählich zum Rinnsal verkümmerten, zur Nominierung der besten Vorexamens- und Vordiplomabsolventen auf und zwang sie so, sich ihre Studenten genauer anzusehen. Seiner theoretischen Neugier folgte er mit der Gründung eines Instituts für Test- und Begabungsforschung, aus dem der über viele Jahre erfolgreich eingesetzte Zulassungstest für Medizinstudenten hervorging und das sich bis heute mit der Entwicklung von modernen Auswahlverfahren, mit Langzeitstudien zum Ausbildungs- und Berufsweg von Schülern und Studierenden sowie mit der Ausgestaltung spezieller Förderungskonzepte für Hochbegabte befaßt. Schließlich – und vor allem anderen: Er intensivierte und erweiterte kontinuierlich ein einzigartiges Förderungsinstrument, in dem die Studienstiftung zu Recht das Herzstück ihrer Arbeit sieht: die Sommerakademien. In seiner Amtszeit als Generalsekretär haben mehr als 20.000 Stipendiaten an Akademien teilnehmen und, wie sonst kaum mehr, in einer glücklichen Momentaufnahme die Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden erleben können. Ein Stück idealer Universität ist so, dank der Studienstiftung, bis heute erhalten geblieben.

Einer Akademie, die im Blick auf die allerorts beschworene „Globalisierung der Wissenschaft“ sich anschickt, ihre eigenen internationalen Beziehungen

zu entwickeln und zu konkretisieren, steht es schließlich gut an, in Hartmut Rahn auch einen Mann zu ehren, der seit mehr als 30 Jahren und vor aller Mode in seiner eigenen Institution unermüdlich die gleichen Ziele verfolgt hat. In der Pflege und Erweiterung des Sprachkursprogramms der Studienstiftung sah er früh seine besondere Aufgabe, und ungezählte Stipendiaten sind durch ihn und durch seine Mitarbeiter angeregt, gedrängt, bisweilen nahezu genötigt worden, ein Jahr ihres Studiums im Ausland zu verbringen. Sie werden ihm und der Stiftung diese frühe, auf späteren Wegstrecken nicht mehr einzuholende „Lebenserfahrung“ danken.

Daß nicht wenige solcher dankbaren ehemaligen Stipendiaten hier im Raum sitzen, werden Sie, Herr Rahn, vermutlich ahnen.

Preise

*Heinz Schilling,
Vorsitzender der Preisträgerfindungskommission 1998*

Mein sehr verehrten Damen und Herren,
die letzte Preisverleihung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in diesem Jahrtausend gibt Anlaß, sich an die erste Veranstaltung dieser Art im deutschen Raum zu erinnern:

Ausgangs des 15. Jahrhunderts schlug der Vorsitzende der damaligen Preisträgerfindungskommission, Kurfürst Friedrich von Sachsen, den Philosophen, Humanisten und Dichter Konrad Celtis als würdigsten aller denkbaren Preisträger vor. Kaiser Friedrich III. stimmte aus imperialer plena potestas zu, und die Preisverleihung fand im April 1487 auf einer in der Reichsstadt Nürnberg berufenen Fürstenversammlung statt, und zwar in drei bemerkenswerten Szenen:

- In der ersten reichte der Humanist eine umfangreiche Bittschrift ein, in deren Anhang ältere Beispiele von ähnlichen Preisverleihungen außerhalb des Reiches dokumentiert waren.
- Es folgte der Vortrag einer Ode, die Celtis eigens zu Ehren des Kaisers gedichtet hatte.
- Die dritte und wichtigste Szene spielte dann hoch oben auf der Reichsburg in festlichem Fürstenrund
 - der Kaiser krönte den Preisträger mit dem Lorbeerkranz,
 - rief ihn zum Poeta laureatus aus
 - und küßte ihn auf beide Wangen zum Zeichen der brüderlichen Egalität im Geiste.

500 Jahre später hat die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften einige eher unbedeutende Änderungen in diesem Preisverleihungszeremoniell vorgenommen:

- der Präsident verzichtet darauf, die Preisträger zu küssen, weil die Gleichheit heute grundgesetzlich festgeschrieben ist (Entlastungsfunktion einer geschriebenen Verfassung!),
- und nicht er, sondern der Vorsitzende der Preisträgerfindungskommission übergibt die Preise, gleichsam als kaiserlicher beziehungsweise präsidentlicher Herold.

Ansonsten ist das Verfahren aber durchaus das gleiche geblieben:

- Die interessierte Öffentlichkeit, namentlich die 842 ordentlichen Mitglieder der deutschen Akademien als Fürsten des Geistes, wurden gebeten, sich

nach potentiellen Poeta laureati umzusehen, allerdings nicht nur in deutschen Landen.

- Wir erhielten 38 Vorschläge, von denen sich 11 auf Wissenschaftlerinnen und 27 auf Wissenschaftler bezogen.
- Die mit Vertretern aus den 5 Klassen unserer Akademie besetzte Preisträgerfindungskommission zog 12 der vorgeschlagenen Wissenschaftler in die engere Wahl, und zwar 3 weibliche und 9 männliche, über die 23 Gutachten eingeholt wurden.
- Aus diesem Kreis wählten wir die drei diesjährigen Preisträger aus, die vorzustellen ich die Ehre habe.
- Bevor ich das tue, möchte ich mich aber ganz herzlich bei allen Kollegen bedanken, die uns durch ihre substantielle und daher mühevollen Vorschläge oder Gutachten geholfen haben, die nicht leichte Auswahl aus dem hochqualifizierten Kandidatenfeld zu treffen.

Ich walte nun meines Heroldamtes und verkünde die diesjährigen Preisträger, wobei ich die drei Herren bitte, zunächst noch Platz zu behalten und erst nach Abschluß meiner Ausführungen auf das Podium zu kommen, damit ich ihnen Urkunden und Preisgeld übergeben kann.

Daran anschließend wird der Träger des Akademiepreises der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften auch in Stellvertretung seiner beiden Kollegen einen kurzen Vortrag aus dem Bereich seiner Forschungen halten.

Zunächst der Akademiepreis der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, dotiert mit 40.000 DM. Er geht an Professor Dr. Franz-Ulrich Hartl, geboren 1957, seit 1997 Direktor des Max-Planck-Instituts für Biochemie (Martinsried). Professor Hartl hat in den vergangenen Jahren entscheidende Beiträge geleistet zur Faltung von Proteinen, die durch Hitzeschockproteine (Chaperone) und Chaperonine unterstützt bzw. katalysiert wird. Sein Verdienst ist es, daß er mit einer Vielzahl von sehr eleganten genetischen, molekularbiologischen und biochemischen Studien, die in den letzten Jahren durch Zusammenarbeit mit Kristallographen strukturell unterstützt wurden, aufzeigen konnte, wie die Abläufe dieser sehr komplexen Vorgänge im Detail aussehen.

Den mit 20.000 DM ausgestatteten Preis der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, gestiftet von der Monika-Kutzner-Stiftung zur Förderung der Krebsforschung, erhält Dr. Jürgen Behrens, geboren 1958, seit 1993 am Max-Delbrück-Zentrum für Molekulare Medizin in Berlin tätig. Dr. Behrens hat mit seinen Untersuchungen zur Funktion und zum molekularen Wirkungsmechanismus des epithelialen Zelladhäsionsmoleküls E-Cadherin

sowie zur Entstehung der bei verschiedenen Krebserkrankungen veränderten Genexpression von E-Cadherin einen grundlegenden Beitrag zur molekularen Tumormedizin geleistet. Entscheidend war dabei, daß E-Cadherin als Invasions- beziehungsweise Metastasierungs-Suppressor identifiziert und darüber hinaus entscheidende Hinweise zum Verständnis der molekularen Ursachen der gestörten Zelldifferenzierungs- und Wachstumskontrolle in Karzinomen gefunden wurden.

Schließlich der mit 15.000 DM dotierte Preis der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, gestiftet von der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung, der vornehmlich für eine Arbeit aus dem Themenfeld „Mensch, Natur, Technik“ vergeben wird. Ihn erhält in diesem Jahr Professor Dr. Markus Riederer, geboren 1956, seit 1994 Professor für Botanik II (Ökophysiologie und Vegetationsökologie) und Leiter des Botanischen Gartens der Universität Würzburg. Professor Riederer hat mit seinen Arbeiten zur Erforschung der Strukturen und Funktionen pflanzlicher Oberflächen zu Luft und Boden, die den Stoffaustausch regeln, eine Ökologie der Pflanzengrenzflächen begründet, die statt der bisherigen weitgehend morphologisch-anatomischen Beschreibungen auf physikalisch-chemischen Grundlagen funktional und quantitativ ist. Indem auf dieser Basis bestimmt werden kann, mit welchen Prozessen Pflanzen Stoffe, wie Gase und Pflanzenschutzmittel, aber auch Schadstoffe aufnehmen oder abwehren, hat Herr Riederer einen wichtigen Beitrag zur Umweltforschung geleistet.

*Ansprache anlässlich der Verleihung
des Akademiepreises, Franz-Ulrich Hartl*

Meine Damen und Herren,

ich möchte zunächst der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften für die wunderbare Anerkennung danken, die mir durch die Verleihung des diesjährigen Akademiepreises zuteil wird. Ich betrachte den Preis als Auszeichnung der Leistung meiner gesamten Arbeitsgruppe und möchte ganz besonders den Beitrag einer großen Zahl begeisterter Doktoranden und Postdoktoranden sowie besonders auch meiner Frau und langjährigen Mitarbeiterin, Manajit Hartl, hervorheben.

Ich will versuchen, Ihnen kurz und in allgemein verständlicher Weise zu verdeutlichen, worum es bei unserer Arbeit geht.

Wir beschäftigen uns mit einem grundlegenden Problem in der Biologie, der Frage, wie Proteine in der Zelle falten. Genauer gesagt versuchen wir, die molekularen Maschinen der Zelle zu verstehen, die diesen Prozess betreiben,

die sogenannten molekularen Chaperone, was soviel wie molekulare Anstandsdamen bedeutet. Was sind Proteine und was hat man unter Proteinfaltung zu verstehen?

Proteine oder Eiweißmoleküle sind die Träger fast aller zellulären Lebensfunktionen. Sie sind die molekularen Bestandteile einer Zelle, die die Arbeit tun. Proteine katalysieren als Enzyme die Stoffwechsellleistungen der Zelle, sie haben wichtige Aufgaben als Transportproteine, denken Sie nur an das Sauerstoff transportierende Hämoglobin im Blut. Sie geben der Zelle ihre Struktur. Im Muskel sind sie verantwortlich für die Kontraktilität und sie vermitteln als Botenstoffe die Kommunikation zwischen Zellen. Dies sind nur einige ganz wenige Beispiele für die funktionelle Vielfalt der Proteine.

Proteine sind kettenförmige Polymere aus Aminosäurebausteinen, wobei die Aminosäuren in einer ganz spezifischen Sequenz vorliegen. Im Durchschnitt sind mehrere hundert solcher Bausteine, es gibt davon 20 verschiedene, aneinandergereiht. Die Sequenz der Aminosäuren ist in der Gensequenz gespeichert. Erst im funktionellen Protein wird also die genetische Information des Organismus verwirklicht. Eine menschliche Zelle enthält etwa 10.000–20.000 verschiedene Proteine. Diese werden in der Zelle an eigens dafür vorgesehenen Maschinen, den Ribosomen, synthetisiert.

Um nun funktionell aktiv zu werden, muß eine neugebildete Aminosäurekette zuerst in eine ganz definierte dreidimensionale Form falten. Der Mechanismus dieses Faltungsvorgangs ist der Gegenstand unserer Forschung. Proteinfaltung ist von grundlegender Bedeutung in der Biologie, weil es sich dabei um den letzten Schritt handelt, der für die Verwirklichung genetischer Information nötig ist.

Das Problem der Faltung kann man grob vereinfacht folgendermaßen darstellen. Stellen Sie sich eine Perlenkette mit mehreren hundert Perlen vor, wobei 20 verschiedenfarbige und in ihrer Form leicht abweichende Perlen vorkommen. Diese sind die 20 Aminosäurebausteine. Nach der Synthese ist die Kette zunächst ungefaltet, d. h. langgestreckt. Eine tatsächliche Proteinkette mit 300 Bausteinen hat in diesem Zustand eine Länge von etwa 1.000 Å, das ist ein zehntausendstel Millimeter. Das ist enorm groß für zelluläre Verhältnisse. Im gefalteten Zustand ist die Kette aber ein Kneuel von nur 30 Å Durchmesser, das sind 3 Millionstel Millimeter. Um diese enorme Kompaktierung in eine ganz spezifische Zusammenlagerung zu erreichen, müssen die Perlen der Kette, d. h. die Aminosäuren, eine Vielzahl von Wechselwirkungen miteinander eingehen. Dabei interagieren sowohl Perlen miteinander, die in der Kette eng benachbart sind, als auch Perlen, und das ist besonders wichtig für die endgültige Raumstruktur, die in der Kette weit voneinander entfernt sind.

Der korrekt gefaltete Zustand der Kette ist der energetisch stabilste; er wird letzten Endes allein von der Sequenz der Perlen, d. h. von der genetischen Information, bestimmt. Jedoch können auf dem Faltungsweg eine große Zahl inkorrekt Wechselwirkungen auftreten. Es kommt beim Faltungsprozeß, der in Sekunden bis Minuten abläuft, häufig zu Fehlern. Man muß sich dabei klarmachen, daß die Zahl der Faltungsmöglichkeiten astronomisch ist, etwa 10^{30} für eine Kette mit hundert Aminosäuren, das ist eine eins mit dreißig Nullen. Nur eine dieser Formen entspricht aber der korrekt gefalteten und funktionell aktiven Form. Sie muß beim Faltungsprozeß gefunden werden. Die Entdeckungen meiner Gruppe haben dazu beigetragen zu verstehen, wie die Zelle es schafft, Fehler bei der Proteinfaltung zu vermeiden bzw. zu korrigieren.

Fehler bei der Faltung können zur ungeordneten Verklumpung, zur Aggregation ungefalteter Proteinketten und deren Ablagerung in der Zelle führen. Solche Proteinketten werden nie funktionell aktiv.

Es zeigt sich nun, daß Zellen eine Klasse von Komponenten enthalten, deren Aufgabe es ist, die Aggregation entfalteter Proteinketten zu verhindern und deren korrekte Faltung zu steuern. Diese Komponenten nennen wir molekulare Chaperone, eben die molekularen Anstandsdamen. Sie sind selbst Proteine. Ihre Funktion besteht darin, falsch gefaltete Proteinketten zu erkennen und gegen Aggregation abzuschirmen. Sie erfüllen damit eine Aufgabe nicht unähnlich der des menschlichen Chaperons, indem sie nämlich unerwünschte Assoziationen zwischen interagierenden Partnern, in diesem Fall Proteinmolekülen, unterbinden.

Unsere Arbeiten haben sich auf ein besonders faszinierendes molekulares Chaperon konzentriert, das GroEL und seine Verwandten, die in allen Zellen vorkommen. GroEL bildet praktisch einen Mikrozyylinder mit Deckel. In den Zylinder werden die ungefalteten Proteinketten gleich nach ihrer Synthese an den Ribosomen eingeschlossen. Im geschlossenen Innenraum des Zylinders, einer Art Käfig, können sie dann ungestört ihren Faltungsprozeß durchlaufen. Dadurch, daß nur jeweils ein einzelnes Molekül in den Zylinder eingeschlossen wird, ist die Gefahr der Aggregation mit anderen Ketten beseitigt. Nach etwa 15 Sekunden öffnet sich der Deckel dieses Faltungstopfes in einer genau regulierten Reaktion und das fertig gefaltete Protein kann in die zelluläre Lösung austreten, um seine Funktion zu erfüllen. Diesen Mechanismus konnten wir durch die Anwendung moderner biochemischer und biophysikalischer Methoden entschlüsseln.

Was soll nun die Zukunft auf diesem Gebiet bringen? Neben dem GroEL sind an den Faltungsprozessen noch eine Vielzahl weiterer zellulärer Faktoren beteiligt, von denen ständig neue entdeckt werden und deren Mechanismus noch

ungeklärt ist. Wir wollen die molekularen Mechanismen der Proteinfaltung in möglichst allen Einzelheiten verstehen, nicht nur weil es sich hier um Abläufe von grundlegender biologischer Bedeutung handelt, sondern auch weil zunehmend klar wird, daß es eine Reihe wichtiger Erkrankungen gibt, die ihre Ursache in der Mißfaltung spezifischer Proteinmoleküle haben.

Hierzu gehören eine Reihe vererbbarer und neurodegenerativer Erkrankungen, wie die Zystische Fibrose, eine der häufigsten tödlich verlaufenden vererbaren Defekte. Es gehören hierzu auch die Alzheimersche Erkrankung, die Chorea Huntington und die in letzter Zeit sehr im Licht der Öffentlichkeit stehenden Prionerkrankungen, die in meiner Abteilung bearbeitet werden. Es gibt konkrete Hinweise, daß bei manchen dieser neurodegenerativen Erkrankungen molekulare Chaperone entweder direkt beteiligt sind oder zumindest als molekulare Werkzeuge dienen können, um die Mechanismen dieser Erkrankungen zu erforschen.

Ich danke Ihnen.

Zugewählte Mitglieder

*Vorstellung der neuen Mitglieder
durch den Vizepräsidenten Helmut Schwarz*

Herr Präsident, verehrte Festversammlung!

Naive Gemüter, Jugendlichkeitsfetischisten und Verfechter von Quotenregelungen werden vom Ergebnis der Zuwahlen zur Akademie, über das ich Sie informieren darf, enttäuscht sein, denn, beispielsweise, wurde das durchschnittliche Lebensalter der Mitglieder nur um 0,4 Jahre gesenkt – wahrlich kein Quantensprung: Mit 56,4 Jahren sind unsere Mitglieder zwar nicht mehr die Jüngsten, im Durchschnitt aber immer noch deutlich jünger als die in den meisten anderen in- und ausländischen Akademien. Wer hierin Merkmale einer gerontokratisch strukturierten Gesellschaft erkennen will, sollte allerdings wissen, daß es bei Zuwahlen keinen Königsweg gibt, der zu einer wesentlichen Verjüngung führt.

Da sich unter den dreizehn neu zugewählten ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern keine Kollegin befindet, sank der ohnehin nicht hohe Frauenanteil; er liegt jetzt bei 6,4%. Es spendet weder Trost noch ist es eine Entschuldigung, daß wir – was den Frauenanteil betrifft – immer noch besser dastehen als die meisten unserer Schwesterakademien. Aber ohne Ambitionen entwickeln zu wollen, aus der Berliner Akademie eine Institution zur Geschlechterförderung zu machen, muß die Aufgabe, exzellente Wissenschaftler in dem schmalen akademischen Sektor der Professorinnen aufzuspüren und für eine Mitarbeit in der Akademie zu gewinnen, mit größerer Anstrengung als bisher betrieben werden.

Allerdings, Grund zur Klage besteht nicht, denn bei den 1999 zugewählten Mitgliedern, denen die Urkunden im Anschluß an die Festsitzung im kleinen Kreis überreicht werden, fehlt es nicht an Exzellenz: Ob Leibniz- oder andere Forschungspreise, Medaillen aller Art oder Ehrendokorate – Rang und Zahl der nationalen und internationalen Auszeichnungen unserer Neumitglieder sind ähnlich beeindruckend wie die von ihnen wahrgenommenen Funktionen in der Wissenschaft, im Wissenschaftsmanagement und an den Schnittstellen zur Gesellschaft. Wenn sich diese fachliche Qualifikation der Neuen mit dem von uns von ihnen erwarteten Engagement verknüpfen läßt, dann haben die Zuwahlen ihren ersten Zweck erfüllt, nämlich brillante Köpfe an einem Ort zusammenzuführen mit dem Ziel, dem Gemeinwohl zu dienen.

Zugewählt wurde von der Biowissenschaftlich-medizinischen Klasse der an der Humboldt-Universität tätige Genetiker Professor Thomas Börner, dessen grundlegende Arbeiten zur Plastidenforschung den hohen inter-

nationalen Rang – auch seiner früheren Wirkungsstätte in Halle – begründet haben.

Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse wählte den Engländer Alexander Bradshaw, der vor wenigen Monaten Berlin nach über 20 Jahren verlassen und die Leitung des MPI für Plasmaphysik in München übernommen hat. In Berlin bleibt Herr Bradshaw vielen unvergessen, hat er doch maßgeblich zur Profilierung von BESSY I beigetragen, und daß BESSY II, eine der weltweit modernsten Synchrotronstrahlungsquellen in Berlin gebaut worden ist, ist auch Bradshaws Verdienst.

Münster, Harvard, erneut Münster, Wuppertal, Princeton und seit 1995 Bonn, das deutsche Mekka der Mathematik – dies sind die Stationen von Gerd Faltings, der mit seinem Beweis der Mordellschen Vermutung Weltruhm erlangte und dafür als – bisher – einziger Deutscher die Fields-Medaille – das Nobelpreisäquivalent in der Mathematik – erhielt. Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse hat ihn zum außerordentlichen Mitglied gewählt.

Die grundlegende Erkenntnis, daß es Streß auch in der Welt der Moleküle gibt, ist dem Mikrobiologen Michael Hecker von der Universität Greifswald zu verdanken, der international beachtete Untersuchungen zur Rolle von Streßproteinen im Stoffwechsel von Zellen durchgeführt hat. Offensichtlich kann Nahrungsaufnahme auf molekularer Ebene – und vermutlich nicht nur dort – Streß auslösen. Aber deshalb auf Essen und Trinken zu verzichten, hieße, Herrn Hecker gründlich mißverstanden zu haben.

Hein Kötz, ein Meister des wissenschaftlichen Disputes, von einer Kollegin als „diskursive Persönlichkeit“ beschrieben, ist Fellow am legendären Trinity College in Cambridge, hauptamtlich ist er Direktor am MPI für Ausländisches und Internationales Privatrecht in Hamburg. In unserer Akademie wird Professor Kötz der sozialwissenschaftlichen Klasse angehören, und wer ihn kennt, weiß, daß er vor Grenzüberschreitungen nicht zurückschrecken wird. Wir freuen uns darauf.

Die Technikwissenschaftler haben 1999 nur ein einziges Mitglied aufgenommen; es handelt sich um Dr. Klaus Lucas, derzeit der Universität Duisburg verbunden und demnächst in Aachen tätig. Mit Professor Lucas haben wir einen Ingenieurwissenschaftler gewonnen, der wichtigste Beiträge zum Umweltschutz und zur Energie- und Stoffwirtschaft geleistet hat.

Erst mit 27 Jahren – ein für die Kreativität von Mathematikern beunruhigend hohes Alter – hat er sein erstes Problem, das aus der Differentialgeometrie stammt, gelöst; allerdings brachte ihm dieser Beitrag schlagartig weltweit Ruhm ein, mit der Folge, daß er schon vor der abgeschlossenen Habilitation Berufungen auf Professuren erhielt, die ihn dann über Bochum, Princeton,

Freiburg und Zürich schließlich nach Leipzig geführt haben, wo der heute 37jährige Stefan Müller seit 1996 das MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften leitet. Stefan Müller ist das jüngste Mitglied der Akademie.

Nicht wesentlich älter als Herr Müller, ebenfalls ordentliches Mitglied der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse und auch einer der zahlreichen Leibniz-Preisträger ist der Geologe Onno Oncken vom Geoforschungszentrum in Potsdam, gleichzeitig Professor für Geologie an der Freien Universität Berlin. Von ihm stammen geophysikalische Modelle, die wesentlich dazu beigetragen haben, geologische Prozesse im Werden und Vergehen der Erde zu verstehen.

Wer ist's? Studiert hat er neben Geisteswissenschaften und Wissenschaftsgeschichte auch Ägyptologie und Russisch, die Habilitation erfolgte in Medizinischer Genetik, Professor wurde er zunächst in München für das Fach Allgemeine Biologie, und internationales Aufsehen erregten seine Arbeiten über die genetische Analyse ägyptischer Mumien, Untersuchungen, die ihm im Alter von nur 39 Jahren den Titel eines Ehrendoktors der Universität Zürich – und später viele andere Ehrungen – einbrachten. Die Rede ist von Svante Pääbo, Direktor am MPI für Evolutionäre Anthropologie in Leipzig. Von seinen theoretischen und weitgespannten evolutionsbiologischen Arbeiten wird nicht nur die Biowissenschaftlich-medizinische Klasse sondern die gesamte Akademie profitieren.

„Symmetrie, Raum und Zeit“ war der Titel eines Vortrages, den Martin Quack am 4. Oktober 1990 vor der Akademie der Wissenschaften zu Berlin hielt, und wäre die Westberliner Akademie nicht aus politischen Gründen aufgelöst worden, so wäre der Vortragende vermutlich nicht erst 1999 Mitglied einer Akademie in Berlin geworden. Martin Quack, ordentlicher Professor für Chemie an der ETH Zürich, gehört zu den wenigen Naturwissenschaftlern, die gleichzeitig in der Welt der Elementarteilchen wie der Molekülchemie zu Hause sind. Fundamentale Fragen zu formulieren, anspruchsvolle Experimente zu konzipieren und die Theorie souverän zu beherrschen, dies sind einige der Markenzeichen von Martin Quack, dessen Virtuosität in der Chemischen Physik von einem Kollegen einmal mit der Mozarts in der Musik verglichen worden ist.

Da Herbert Roesky schon ordentliches Mitglied der Göttinger Akademie der Wissenschaften ist und die Union der Akademien in – zumindest für mich – unverständlicher Weise innerhalb der Unionsakademien keine Doppelmitgliedschaften als ordentliche Mitglieder zulässt, konnte Herr Roesky in Berlin „nur“ noch außerordentliches Mitglied werden. Daraus darf kein Nachteil erwachsen, denn mit Professor Roesky haben wir nicht nur einen der höchstdekorierten deutschen Chemiker gewonnen, sondern vor allem eine Persönlich-

keit, die maßgeblich für den Rang der Naturwissenschaft in der Öffentlichkeit und speziell in der schulischen Erziehung wirbt und wirkt. „Public Understanding of Science“ muß Herrn Roesky nicht erklärt werden.

Fast einen Bestseller könnte man Wolfgang Roths Buch „Das Gehirn und seine Wirklichkeit“ nennen, und die eleganten Arbeiten des Direktors des in Bremen ansässigen Hanse-Wissenschaftszentrums zum Grenzgebiet von Neurobiologie und Erkenntnistheorie haben in der Fachwelt große Beachtung gefunden. Auch für ihn, der 1969 zunächst in Philosophie und fünf Jahre später in Zoologie promoviert worden ist, der darüber hinaus Germanistik und Musikwissenschaft als seine Studienfächer angibt, gilt, daß er die Grenzen der Biowissenschaftlich-medizinischen Klasse ignorieren wird.

Die Akademie – wie Sie schon bemerkt haben – ist nicht gehindert, auch Ausländer aufzunehmen. Dies ist schon mehrfach geschehen, und von den 114 ordentlichen Mitgliedern sind 4 Ausländer und von den 49 außerordentlichen stammen oder arbeiten 14 im Ausland. Mit der Wahl ausländischer Gelehrter will die Berliner Akademie allerdings weder eine internationale Akademie werden, noch sich die Internationalität einer Akademie sichern. Letztere muß durch die Zusammenarbeit mit ausländischen Wissenschaftlern und deren Institutionen geschehen, und diese Zusammenarbeit wird von uns aktiv angestrebt. Mit einer Zuwahl ausländischer Kollegen will die Akademie sich allerdings der Mitarbeit von Personen versichern, deren Kompetenz helfen wird, über einen nationalen Rahmen hinausgehende Probleme aufzugreifen. Charles Weissmann, langjähriger Direktor des Instituts für Molekularbiologie der Universität Zürich und seit einiger Zeit in London tätig, wird als einer der originellsten Molekularbiologen unserer Zeit angesehen. Seine Beiträge zum Verständnis von Infektionskrankheiten sind fast singulär, und wollte ich nur stichwortartig eine Skizze seines wissenschaftlichen Œvres liefern (in dem es um Prione, Interferone oder knock-out Mäuse geht) und daneben auch noch – wenigstens bruchstückhaft – die Charles Weissmann verliehenen Ehrungen erwähnen, dann bräuchte ich hierfür vermutlich soviel Zeit wie ich für die knappe Vorstellung aller übrigen 1999 gewählten Mitglieder insgesamt benötigt habe. Der Hinweis, daß Herr Weissmann in diesem Jahr in den Orden Pour le mérite gewählt worden ist, mag genügen, um seinen Rang anzudeuten.

Auf unsere neuen Mitglieder sind wir stolz, wir sind überzeugt, daß sie unseren Erwartungen entsprechen und die Mitgliedschaft in der Berliner Akademie nicht mit der in einem Honoratiorenverein verwechseln, sondern das Leben in der Akademie aktiv gestalten helfen.

Herzlichen Dank.

Der Mythos vom Sprachverfall

Festvortrag von Wolfgang Klein¹

(Festveranstaltung der Berlin-Brandenburgischen Akademie
der Wissenschaften am 25. Juni 1999)

Vide, domine deus meus, et patienter, ut vides, vide, quomodo diligenter observent filii hominum pacta litterarum et syllabarum accepta a prioribus locutoribus, et a te accepta aeterna pacta perpetuae salutis neglegant: ut qui illa sonorum vetera placita teneat aut doceat, si contra disciplinam grammaticam sine adspiratione primae syllabae hominem dixerit, magis displiceat hominibus, quam si contra tua praecepta hominem oderit, cum sit homo.

Ich sehe im leichten Dunkel hier, daß einige unter ihnen ein wenig verrätselt sind. Keine Angst, ich habe nicht vor, diese ganze Rede auf Latein zu halten, obwohl es ja einer Akademie wie der unseren, zumal in der letzten Rede in diesem Jahrtausend, glaube ich gut anstünde, wenn man noch einmal diese alte verklingende Tradition beleben würde, gleichsam ein Schwanengesang. Aber mein Latein ist recht rostig geworden, das Ihre ist es wahrscheinlich auch, so daß es wohl eher ein Rabengekrächse würde als ein Schwanengesang, schlecht zu verstehen und auch schlecht anzuhören, zwei Eigenschaften, die man eigentlich bei jeder Rede, sei es nun feierlich oder nicht, vermeiden sollte. Vor dreihundert Jahren, als diese Akademie gegründet wurde, hätte man sich das nicht leisten können. Da bestand die ganz klare und unhinterfragte Vorstellung, daß ein würdiger Gegenstand, ein würdiger Anlaß auch eine würdige Sprache erfordert, und das konnte auf keinen Fall Deutsch sein, vielleicht schon Französisch – aber eigentlich gab es nur eine, nämlich die lateinische Sprache, die man für einen solchen Zweck verwenden mußte. Diese Vorstellung ist Teil einer allgemeineren Denkweise über Sprache und Sprachliches, zu der auch das, was ich hier den „Mythos vom Sprachverfall“ nenne, gehört.

Es ist dies eine umfassende Vorstellung, die in ihrer klassischen Form zumindest drei Bestandteile hat. Der erste ist die Idee, daß Sprachen nicht gleichwertig sind. Man kann sie in gewisser Weise abstufen. Das ist keine ganz triviale Idee; heute würden die meisten Sprachwissenschaftler sie wahrschein-

1 Dies ist, von der Korrektur einiger Versprecher abgesehen, die unveränderte Nachschrift einer freien Rede, die bei der Festversammlung der Akademie am 25. Juni 1999 gehalten wurde. Ich danke Marlene Jonas für die Transkription der Tonbandaufnahme.

lich entschieden bestreiten, obwohl ich mir selbst nicht im klaren darüber bin, ob sie das in ihrer Praxis tatsächlich so meinen. Aber damals jedenfalls hatte man diese Idee. Die zweite Komponente, davon logisch ganz klar zu trennen, ist die Vorstellung, daß das Latein und einige ihm vergleichbare Sprachen den ersten Rang einnehmen. Vergleichbare Sprachen – das sind zum Beispiel Hebräisch, Griechisch, in etwas späterer Zeit bei uns auch das Sanskrit. Die dritte Vorstellung – davon wiederum zu trennen – ist der Gedanke, daß Veränderungen in einer solchen Sprache, also zumal dem Lateinischen, unbedingt Verschlechterungen sind, daß es einen Verlust darstellt, einen Verfall der Sprache, wenn sich das Lateinische in irgendeiner seiner Formen verändert. Diese Vorstellungen waren sehr fest. Woher kommen sie?

Wie bei allen solchen Mythengeflechten, deren Geschichte und Ursprung sich im Dunkel der Vorgeschichte verliert, kann man das nicht so genau sagen; aber ich glaube, man kann auch hier wiederum drei Ursachen auseinanderhalten. Die erste dieser Ursachen ist natürlich der Mythos vom goldenen Zeitalter, also die Vorstellung, daß alles früher sehr viel besser war. Wir alle wissen, daß das falsch ist. Wenn man in die Geschichte schaut, ist eigentlich früher fast alles immer sehr viel schlechter gewesen; da wurden die Zähne noch ohne Betäubung gezogen, aber wahrscheinlich bezieht sich diese Vorstellung auf eine Zeit, in der man überhaupt kein Zahnweh hatte und auch auf die Zeit, da den Menschen die Sprache durch Gott gegeben wurde: es war also gleichsam eine „heilige Zeit“. Und dies bringt mich zum zweiten Punkt, der zur Entstehung dieser Denkweise geführt hat. Diese besonderen Sprachen, zumal das Lateinische, das sind die Sprachen der kanonischen Schriften – im Grenzfall auch der heiligen Schriften; bei Latein kann man letzteres nicht ganz so sagen, obwohl man schon hervorheben muß, daß im Abendland die Bibel primär in ihrer lateinischen Form gewirkt hat. Es sind aber jedenfalls die Sprachen der kanonischen Schriften, denen wegen des Gegenstandes auch ein besonderer Status zukommt. Der dritte Grund ist ganz anderer Art. All diese Sprachen, das Lateinische zumal, haben einen sehr grossen Formenreichtum. Sie kennen das alle noch, man sagt *amo, amas, amat, amamus, amatis, amant*. Das heißt, ein Wort als bedeutungstragendes Element kommt nicht nur in einer Form vor, sondern in sehr vielen Abwandlungen, und dies ist eine Eigenschaft, die nicht nur dem Latein zu eigen ist, sondern noch in stärkerem Maße beispielsweise dem Sanskrit oder dem Griechischen. Deshalb ist das Abgehen von einem solchen Formenreichtum, wie man es dann zunehmend beobachtet, in jedem Fall ein Verlust. Man kommt von reicheren Formen zu ärmeren Formen; deshalb ist eine Veränderung immer ein Verfall. Dies glaube ich, sind die drei entscheidenden Gründe, die in irgendeiner diffusen Weise hier zusammengewirkt haben.

Es hat nichts genutzt. Wenn man den Lauf der Geschichte betrachtet, muß man sagen, daß die weniger vollkommenen Sprachen, die Volkssprachen, sich durchgesetzt haben. Mit Volkssprachen meine ich zunächst jene Sprachen, die sich aus dem Latein über das Vulgärlatein zu den romanischen Sprachen entwickelt haben, also Französisch, Spanisch, Italienisch und dergleichen, Rumänisch. Aber ich meine auch das Deutsche, das ja – Sie werden es wissen – eigentlich ‚Volkssprache‘ heißt, abgeleitet von dem Wort *diot*, das Volk bedeutet. Diese Sprachen haben sich durchgesetzt. Wie kommt das? Schwer zu sagen. Ein Darwinist würde wahrscheinlich behaupten, na ja, es ist halt offenkundig so, daß diese Sprachen für ihre Zwecke besser geeignet waren: sie waren besser angepaßt, sie haben das, was sie leisten sollen, besser geleistet. Ich selbst glaube nicht, daß das wirklich der Fall ist; ich glaube, daß man auf geschichtliche Verhältnisse eine darwinistische Betrachtungsweise nur in Grenzen anwenden kann. Daß zum Beispiel das Englische im Augenblick ein so ungeheures Übergewicht hat, liegt sicherlich nicht – oder jedenfalls nicht allein, sollte man vorsichtshalber sagen – an den ungeheuren strukturellen Vorzügen der englischen Sprache, sondern es hat eine Reihe anderer Gründe. Wie auch immer – die Volkssprachen haben sich durchgesetzt. Vielleicht wäre es einmal interessant, in diesem Prozeß der langwierigen Durchsetzung, der sich über gut tausend Jahre erstreckt, zu erfahren, was diejenigen, die an ihm beteiligt waren – manchmal *nolens volens* übrigens – selbst darüber gedacht haben. Es gibt leider relativ wenig Zeugnisse, die das in klarer Weise belegen; aber ein sehr schönes findet sich bei einem unserer ersten bedeutenden Dichter, Otfried von Weisenburg, der um das Jahr 850 eine Evangelienharmonie in deutschen Reimversen geschrieben hat. Er hat nicht nur dieses geleistet, sondern hat sich auch über die deutsche Sprache selbst geäußert, und zwar sagt er – jetzt muß ich nochmals zum Lateinischen wechseln – die deutsche Sprache sei *inculta et indisciplinabilis et insueta capi regulari freno gramaticae artis*, also unzivilisiert und undisziplinierbar und nicht gewöhnt, in die strengen Zügel der grammatischen Kunst genommen zu werden. Er hat es immerhin geschafft, und so besteht ein eigentümlicher Widerspruch zwischen der Notwendigkeit – wie er sie empfunden hat –, die heilige Schrift auf Deutsch wiederzugeben, und seiner Einschätzung der Möglichkeiten dieser Sprache selbst. Einige Jahrhunderte später finden wir ein anderes, berühmteres Zeugnis, nämlich Dantes Traktat *De vulgari eloquentia*. Dante hat sich zur Brauchbarkeit des Italienischen als einer Sprache der Dichtung, nicht einer heiligen Schrift geäußert, und er hat die Volkssprache bereits gelobt und hat ihre Vorzüge deutlich herausgestrichen – Vorzüge vor allem im lexikalischen Bereich, die das Italienische seiner Zeit über das Lateinische hinausheben. Die Einstellung hatte sich also vier Jahrhunderte

später deutlich gewandelt. Ich kann diesen Prozeß hier nicht im einzelnen nachzeichnen. Man mag sich fragen, wann er eigentlich zu Ende gekommen ist, wann die Volkssprachen wirklich gesiegt haben. Und wenn man darüber nachdenkt, kommt man darauf, daß das ungefähr die Zeit der Renaissance sein muß, also eine Zeit, die wir zunächst als eine Wiederbelebung der Antike empfinden, so heißt das Wort ja eigentlich auch. Aber wenn man es sich überlegt, könnte man vielleicht auch zu der Meinung kommen, daß man die Renaissance gleichermaßen als ein letztes großes Aufflammen der antiken Tradition ansehen kann, bis diese Glut dann erloschen ist, bis auf einige Reste in der Kirche oder in der Akademie oder dergleichen. Jedenfalls ist es so, daß sich gegen Ende des 16. Jahrhunderts die Volkssprachen durchgesetzt haben.

Und nun geschieht etwas sehr Eigentümliches. Es stehen nämlich Männer auf – damals gab es nur Männer in diesem Bereich – die in dem Augenblick, als die Volkssprachen sich durchgesetzt haben, das Bedürfnis empfinden, diese Sprachen zu reinigen und zu schützen. Was entsteht, sind die Sprachvereine und die Akademien. Die erste Akademie in diesem Sinne, die *Accademia della Crusca* in Florenz, hatte das ausdrückliche Ziel, die italienische Sprache zu reinigen und zu schützen. Dieses ist eigentlich, wenn man es sich überlegt, ein recht bizarrer Gedanke. Denn wovor wird diese Sprache, die italienische Sprache jener Zeit, eigentlich geschützt, vor welchen Einflüssen, was wird hier eigentlich gereinigt? Die Sprache ist zunächst einmal ein Produkt des *vulgus*, der unteren Volksschichten. Das sind aber genau jene, die Unreinheiten hineinragen, denn was aus dem Lateinischen hineinkommt, wird eigentlich nicht als unrein empfunden. Das heißt, die Florentiner Akademie und einige weitere, auf die ich noch komme, haben eigentlich den Sinn, die Sprache, so wie es sie damals gab, vor ihren eigenen Schöpfern zu schützen. Die *Accademia della Crusca* war, wie gesagt, die erste dieser Akademien. Die mit Abstand berühmteste ist natürlich die *Académie Française*, die aus einem Sprachverein hervorgegangen ist. Unsere Akademie, kann ich freilich sagen, hatte nicht dieses ursprüngliche Ziel. Zwar hat Leibniz bereits gefordert, daß man sich auch mit der deutschen Sprache beschäftigen solle, und es hat auch eine Reihe von Wirkungen gezeitigt. Aber er hatte eigentlich nicht die Vorstellung, daß die Akademie primär der Sprachreinigung dienen sollte, sondern sein Ziel war durchaus auch ein wissenschaftliches.

Wie kann man die Arbeit dieser frühen Akademien würdigen? Mir scheint, wenn man es im nachhinein betrachtet, ist ihre Wirkung eine durchaus negative. Man kann es am deutlichsten sehen an der *Académie Française* und an ihren verschiedenen Wörterbüchern und Grammatiken. Ich glaube, daß keine einzige Akademie, kein einziger Sprachverein, außer vielleicht durch die Ge-

dichte, die dort gelegentlich geschrieben worden sind, jemals irgendwie etwas Kreatives zur Entwicklung einer Sprache beigetragen haben. Es ist immer so gewesen, daß man versucht hat, die Entwicklung zu hemmen, bestimmte Wörter, die neu aufgenommen worden sind, wiederum auszumerzen. Es ist nie der Versuch gemacht worden, die Sprache weiterhin zu entfalten. Ich überlasse es Ihnen im Moment, darüber nachzudenken, und mache einen Schwenk zu einem Land, in dem man keine solche Akademie gegründet hat – man fragt sich, ob dies ein Zufall ist: England. Vielleicht ist es deshalb kein Zufall, weil die Idee, die englische Sprache von fremden Einflüssen zu reinigen, vollkommen grotesk ist. Das Englische ist nämlich eine Mischsprache. Man stelle sich vor, die Engländer wären um das Jahr 1700 auf die Idee gekommen, das Englische von allen französischen Einflüssen zu reinigen. Das ist ein vollkommen absurder Gedanke. Jene Sprache – und auch dies bitte ich zu bedenken – die sich eigentlich unter allen am weitesten durchgesetzt hat, ist das Produkt einer vollkommenen Mischung von germanischen und romanischen Elementen. Allerdings eine Mischung, die dann zu einer Art von Synthese geführt hat. Auch dies ein Punkt, der später noch zu überlegen sein wird.

Der Umstand, daß man in England keine Akademie mit diesem Ziel gründete, hat allerdings nicht dazu geführt, daß man gleichzeitig die Idee des Sprachverfalls aufgegeben hätte. Ganz im Gegenteil, der bedeutendste englische Sprachwissenschaftler des 18. Jahrhunderts, Dr. Samuel Johnson, hat diesem Gedanken in seinem berühmten Wörterbuch von 1775 im Vorwort sehr klar Ausdruck verliehen. Bevor ich dieses Zitat bringe, will ich noch einmal erwähnen, daß es immer ein Schock ist für jede Akademie mit Langzeitvorhaben zu entdecken, daß dieser Mann ein grandioses Wörterbuch *allein* in zehnjähriger Arbeit zustande gebracht hat. Dr. Johnson sagte: „Languages like governments have a natural tendency to degeneration.“ Man weiß nicht recht, ob er das, wie so oft, als halben Witz gemeint hat. Wenn ich vielleicht ein weiteres Zitat, diesmal aus dem Wörterbuch selbst, ausführen darf – er hat uns auch diese wunderbare Definition des Patriotismus gegeben, wenn er sagt, er sei die letzte Zuflucht eines Schurken, „the last resort of a rascal“. Man weiß nicht so recht, hat er es ernst gemeint oder hat er es nicht ernst gemeint, und das mag auch vielleicht für das Zitat zur Degenerierung gelten.

Wie war es in Deutschland? Ich sagte, die Akademie, die es hier gab, nämlich die unsere, hatte primär nicht das Ziel der Sprachpflege und Sprachreinigung. Es gab aber sehr wohl Leute, die ebendieses Ziel verfolgt haben. Der bedeutendste deutsche Sprachwissenschaftler im 18. Jahrhundert – überhaupt einer der bedeutendsten, die je gelebt haben, er wird gelegentlich ein wenig unterschätzt – war Johann Christoph Adelung. Er hat bedeutende Wörterbücher er-

stellt – übrigens auch allein; er hat bedeutende Grammatiken erstellt – auch dies in erstaunlich kurzer Zeit –, und er hat, als eines seiner letzten Werke, eine Zusammenstellung von kurzen Beschreibungen verschiedener Sprachen herausgebracht, mit kurzen Texten, meistens übrigens dem Vaterunser; es ist im Jahre 1806 erschienen und hieß *Mithridates*. Im Vorwort dazu bringt er eine Äußerung, die sehr klar zeigt, wie trotz Kenntnis sehr vieler Sprachen die Vorstellung vom Sprachverfall und seiner Bindung an den Formenreichtum noch geherrscht hat. Er sagt über das Chinesische, eine Sprache, die er nur am Rande gekannt hat – aber immerhin, er bringt ein längeres Zitat daraus: „Der Sineser hat sich durch seine steife Einsilbigkeit den Weg zu jeder höheren Kultur verschlossen, während die Sprache des Huronen und des Grönländers alles in sich trägt, um sich zur Sprache eines Voltaire oder sogar eines Plato zu erheben.“ Dieses war im Jahre 1806 – ungefähr zu der Zeit, als der bedeutendste deutsche Sprachwissenschaftler des 19. Jahrhunderts – Jacob Grimm – mit seinen ersten Veröffentlichungen begonnen hat. Jacob Grimm, Sie wissen es, ist nicht nur berühmt als Sprachwissenschaftler und Begründer der Germanistik, sondern auch als Märchenerzähler, und der eine oder andere bringt dies auch in einen gewissen Zusammenhang. Ich glaube nicht, daß man dies so sehen sollte; aber es ist doch interessant festzustellen, daß sich bei Grimm in der Frage der Sprache eigentlich immer seine romantische Ader der frühen Zeit und seine positivistische Arbeit der späteren Jahre, der Akademiejahre, denn er war ja ein glanzvolles Mitglied dieser Akademie, überkreuzen. In seinen frühen Äußerungen findet man sehr klare Behauptungen über die Vorzüge der älteren Sprachen. Die alten Menschen sagten, sie sind größer, heiliger, schöner gewesen. In seinen späteren Äußerungen hingegen hat er ein ganz eigentümlich differenziertes Bild. Er spricht beispielsweise im Vorwort zu seiner Sprachgeschichte von 1854, aber nicht nur dort, von einem mythischen Gegensatz der Entwicklung, der sich wie in allen Lebensbereichen auch in der Sprache findet – *Verfall im Leiblichen – Aufstieg im Geistigen*. Mit Verfall im Leiblichen meint er in der Tat das Zurückgehen der Formen, mit Aufstieg und Entwicklung im Geistigen meint er die größere Differenziertheit der Darstellungsmöglichkeiten, die eine Sprache allmählich gewinnen kann. Und interessanterweise ist es so, daß Jacob Grimm, der durchaus auch einige nationalistische Äußerungen hinterließ, das Englische für die vollkommenste aller Sprachen gehalten hat. Er hat – auch dies sehr erstaunlich – die Ausbreitung des Englischen damals ganz klar vorausgesagt, und zwar nicht aufgrund politischer Entwicklungen, sondern einfach weil er von den strukturellen Vorzügen dieser Sprache überzeugt war. Grimm war nicht der letzte, der sich wertend in diesem Sinne geäußert hat, aber er war einer der letzten. Im Verlaufe der zweiten Hälfte des vergangenen

Jahrhunderts ist es dann mit der Sprachwissenschaft so gegangen wie mit fast allen anderen Wissenschaften. Man hat sich von Wertungen zusehends zurückgezogen. Das gilt für alle Gebiete. Es ist wie beispielsweise in der Biologie. Ich habe vor einiger Zeit mit großem Vergnügen gelesen, daß der große Brehm noch vom Pavian gesagt hat, er sei von Aussehen so häßlich wie von Charakter schlecht. Ein heutiger Biologe würde das natürlich nicht sagen, er muß sich also mit dem bleichen Grottenolm genauso beschäftigen wie mit dem edlen Panther, und ich glaube, daß mehr Nobelpreise mit der Untersuchung der unscheinbaren Fruchtfliege gewonnen worden sind als mit der des schillernden Eisvogels. Da geht es der Sprachwissenschaft nicht anders. Man betrachtet die Frage der Wertung als eine, die der Wissenschaft zunächst einmal nicht zukommt. Man muß alles beschreiben, analysieren, erklären, aber nicht werten. Das ist in der Tendenz auch meine Meinung; aber eigentlich ist es eine aus verschiedenen Gründen etwas unbefriedigende Meinung. Der erste Grund ist, daß es offenkundig ein großes öffentliches Anliegen ist, den Verfall der Sprache, die Bewahrung der Sprache, den Ausbau der Sprache zu untersuchen; man möchte vom Wissenschaftler klare Auskünfte dazu haben. Ich bin eigentlich nicht der Meinung, wie Brecht im *Galilei*, daß die Wissenschaft nur den Sinn haben soll, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern; aber sich sozusagen vollkommen zurückzuziehen und keine Aussagen zu den Dingen zu machen, die den Menschen bewegen, das ist auch nicht die rechte Haltung. Für die Sprachwissenschaftler heißt das, daß auch sie sich überlegen sollten, wie all diese Wertungen zustande kommen und ob sie irgendwie gerechtfertigt sind. Zum zweiten Grund: Ob die Sprachen beispielsweise wirklich gleichwertig sind oder ob bestimmte Sprachstufen gleichwertig sind, ist gar keine so dumme Frage. Ich glaube zum Beispiel nicht, daß man – sagen wir einmal – eine Abhandlung von Habermas ohne weiteres ins Grönländische übersetzen könnte oder ins Tagalog. Ich glaube aber, daß man sie ohne weiteres ins Englische übersetzen kann oder ins Französische; jedenfalls haben das Leute bereits versucht. Die Frage, ob Sprachen gleichwertig sind, ist also nicht so leicht zu beantworten. Der Sprachwissenschaftler sollte eigentlich in der Lage sein, dazu etwas zu sagen. Es gibt noch einen dritten Grund: der ist vollkommen emotionaler Natur – aber so geht es ja eigentlich immer – nämlich den, daß der Sprachwissenschaftler natürlich auch seine konkreten Erfahrungen mit der Sprache und der eigenen Sprache hat. Da gerät man schon manchmal ins Schleudern mit der Wertfreiheit, wenn man Sachen liest wie die folgenden: „Weiterhin bestimmt man in der main page den key mode, die pitch eg parameter für range, rate scaling und velocity, die pitch fluctuation, die lfo parameter (die wave form wird graphisch dargestellt), das feedback, den key sync und den transpose

Faktor.“ Da denkt man sich, muß das eigentlich sein? Das ist keine wissenschaftliche Frage, aber doch eine Frage, die einen bewegen kann. Man fängt an, darüber nachzudenken, daß es vielleicht unabhängig von dem bloßen Kriterium der Beharrung – *Es muß so bleiben, wie es war – wie immer es war, es muß so bleiben!* – vielleicht auch andere Gesichtspunkte geben mag, nach denen man Sprachen und auch die Veränderung von Sprachen betrachten kann.

Bevor man diese Frage allerdings anschneidet, sollte man sich überlegen, was da eigentlich bewertet wird. Ich habe bis jetzt immer gesagt ‚die Sprache‘. Aber unter ‚Sprache‘ kann man sehr unterschiedliche Dinge verstehen, und es ist in der Sprachwissenschaft üblich, zumindest drei Begriffe klar auseinanderzuhalten. Zunächst das allen Menschen angeborene *Sprachvermögen* – wie es in einem berühmten Ausdruck des Schweizer Linguisten Ferdinand de Saussure heißt – die *langage*. Das ist die Verwendung des Wortes ‚Sprache‘, etwa wenn man sagt, der Mensch ist das einzige Lebewesen, das eine Sprache hat, das die Fähigkeit zur Sprache besitzt. Nun werden wir alle mit dieser Fähigkeit geboren, aber natürlich nicht mit irgendeiner bestimmten Sprache, die müssen wir erst einmal lernen. Deshalb braucht man einen zweiten Begriff von ‚Sprache‘, den der *Einzelnsprache*, des einzelsprachlichen Systems. Also das Lateinische, das Hebräische, das Russische, das Twi, das Guugu Yimidhirr. All das sind einzelne Sprachen. Das ist ein zweiter Sprachbegriff und es ist ganz klar, daß man unter dem Aspekt der Bewertung ganz andere Maßstäbe haben muß. Ein dritter Begriff von ‚Sprache‘ ist nicht so leicht davon zu trennen, nämlich der Gebrauch, den man von den Möglichkeiten der Sprache im konkreten Fall macht – der *Sprachgebrauch* also oder die Sprachnutzung. Saussure, der schon erwähnte Schweizer Linguist, hat diese beiden letzteren Begriffe als *langue* und *parole* einander gegenübergestellt. Man hat also drei Begriffe: das angeborene Sprachvermögen, die einzelne Sprache, wie zum Beispiel das Deutsche, und dann die konkrete Nutzung der Sprache, beispielsweise in irgendeinem Rechtstext, in einer Anzeige oder auch in einer Rede, wie etwa dieser hier. Dies muß man sehr wohl auseinanderhalten, wenn man von Bewertungen redet.

Was können nun vernünftige Kriterien der Bewertung sein? Ich denke, nach einigem Überlegen kommt man auf sehr naheliegende Dinge. Das erste ist, daß das, was man ausdrückt, genau das wiedergeben sollte, was man eigentlich sagen möchte. Es muß der Sache entsprechen, um die es geht. Es gibt, etwas anders gesprochen, so etwas wie eine Verantwortung gegenüber der Sache, die man ausdrücken möchte, und die Sprache muß zum einen diese Möglichkeiten bereitstellen, zum anderen muß der Sprecher in der konkreten Situation entsprechenden Gebrauch von diesen Mitteln machen. Verantwor-

tung gegenüber der Sache also. Dies reicht aber nicht, sondern man muß sich auch überlegen, ob das, was man gerade sagt, bei jenem, den man davon überzeugen oder dem man es mitteilen will, ankommt, ob er es verstehen kann. Es gibt – etwas anders ausgedrückt – so etwas wie eine Verantwortung gegenüber dem Hörer oder auch Leser. Ein besonderer Fall dieser Verantwortung gegenüber dem Hörer ist das, was man ein wenig technischer, die kommunikative Reichweite nennt. Das Gegenteil dazu wäre etwa ein eng begrenzter Dialekt, der nur von wenigen verstanden wird, anders gesagt, man sollte im Prinzip möglichst viele ansprechen können. Das – wie bereits hervorgehoben – ist nur ein Sonderfall des Kriteriums der Verantwortung gegenüber dem Hörer. Es gibt nun ein drittes Kriterium, das ein bißchen problematischer ist, nämlich, daß man nicht nur das sagen sollte, was man eigentlich sagen will, nicht mehr und nicht weniger, und daß man es so sagen sollte, daß der, mit dem man redet, es versteht, sondern es sollte irgendwie vielleicht auch noch schön sein; es gibt, um es so zu sagen, auch eine Art Verantwortung gegenüber den Musen. Das ist natürlich sehr problematisch. Man kann bekanntlich über Geschmack nicht streiten – jedenfalls nicht mit Leuten, die keinen haben. Ich glaube aber nicht, daß diese Frage jenseits aller wissenschaftlichen Überlegungen steht. Man kann sich durchaus überlegen, was welchen Leuten unter welchen Bedingungen gefällt. Dies ist eine Frage, die man empirisch studieren kann und wofür es gute und vernünftige Argumente gibt, man darf nur nicht sozusagen das eigene Urteil in den Vordergrund schieben. Vielleicht gibt es noch weitere Kriterien, die aber nicht so wichtig sind. Eines ist sicherlich die Einfachheit des Lernens – kann man eine Sprache leicht lernen oder nicht. Dieses Kriterium ist deshalb nachrangig, weil es sich auf jene bezieht, die die Sprache nicht beherrschen oder noch nicht beherrschen. Es spielt aber eine große Rolle, wenn es darum geht, eine zweite Sprache zu erlernen. Und so hängt der mangelnde Erfolg des Deutschen derzeit sicherlich zu einem großen Teil auch davon ab, daß es nach allgemeiner Auffassung relativ schwer zu erlernen ist, während das Englische – zumindest in den ersten Schritten, vielleicht später nicht – vergleichsweise leicht zugänglich ist. Dasselbe gilt übrigens in etwas anderer Weise für das Erlernen der Schriftsprache in der Schule, also bei unseren Kindern. Wie gesagt, die Lernbarkeit ist sicher auch ein Kriterium, das man bedenken sollte, aber es ist vielleicht ein wenig nachrangig gegenüber den drei genannten, denen, glaube ich, jeder vernünftige Mensch zustimmen würde.

Werden diese Kriterien nun angewandt? Wenn man sich etwa die Diskussion über Sprache in der Öffentlichkeit, über das, was die Menschen an der deutschen Sprache bewegt, anschaut, kann man eigentlich nicht zu dieser Auffassung kommen. Das, was normalerweise betrachtet wird, sind vergleichsweise

marginale Erscheinungen, beispielsweise der Gebrauch einer ganz bestimmten Form, die Rechtschreibung und dergleichen mehr. Ich komme darauf gleich zurück und gebe zunächst einige Beispiele dafür, wie man die drei Kriterien auf die drei Begriffe *langage*, *langue*, *parole* in der Tat vernünftig anwenden könnte. Was das menschliche Sprachvermögen betrifft, sieht man eigentlich nicht, wie man es bewerten könnte. Es ist uns irgendwie gegeben und soweit wir wissen, verändert es sich auch nicht. Wir wissen nicht genau, wann dieses menschliche Sprachvermögen entstanden ist, wir wissen, daß der Zeitpunkt seiner Entstehung mindestens fünfzigtausend Jahre zurückliegen muß. Unsere Akademie hat im Dezember eine Konferenz über den Ursprung der Sprache. Danach werden wir vielleicht mehr darüber sagen können. Was man bestenfalls bewerten könnte, ist, ob das menschliche Sprachvermögen eher ein Fluch oder ein Segen ist. Das scheint eine etwas abwegige Frage zu sein, wenn man bedenkt, daß einerseits alle unsere höheren kulturellen Leistungen, beispielsweise Akademien wie die unsere, auf dem Vermögen der Sprache beruhen. Auf der anderen Seite hat uns die Sprache ermöglicht, Wahnideologien zu entwickeln, die dann wiederum ihrerseits zu Massenmorden geführt haben, Ideologien, die ohne die Sprache nie hätten zustande kommen können. Ich denke mir manchmal, wenn die Tiere der Welt einmal eine Abstimmung darüber machen würden, wer eigentlich das verabscheuenswerteste Lebewesen ist, dann glaube ich, hätten wir Menschen hohe Chancen, als No. 1 herauszukommen. Zum Glück haben die Tiere keine Sprache und daher auch kein Stimmrecht.

Wie ist es nun mit der *langue*, dem einzelsprachlichen System, also beispielsweise dem Deutschen gegenüber dem Lateinischen, gegenüber dem Englischen und dergleichen. Je nachdem, welchen Aspekt man im besonderen meint, muß man dabei differenzieren. Die Sprachwissenschaftler sind sich darüber einig, daß alle Sprachen zwei wesentliche Komponenten haben: auf der einen Seite die Lexik, also der Wortschatz, die Wörter, die zur Verfügung stehen, auf der anderen Seite die Grammatik. Bei der Grammatik unterscheidet man im allgemeinen noch einmal die Morphologie – das ist im wesentlichen die Flexion, also die Abwandlung von Formen – und die Syntax im etwas engeren Sinne – d. h. die Aufeinanderfolge und der Aufbau von einzelnen Sätzen. Kann man also Sprachen im Hinblick auf ihre Lexik bewerten? Ich glaube, diese Frage ist ganz offenkundig zu bejahen. Die Schwierigkeiten, die beispielsweise Otfried von Weisenburg hatte, waren ganz im Gegensatz zu dem, was er gemeint hat, mit Sicherheit keine grammatischen, sondern lexikalische Schwierigkeiten. Er hatte das ungeheure Problem, für viele Wörter, die in den Evangelien auftreten, deutsche, d. h. deutsche im Sinne dieser Zeit, Äquivalente zu finden, und die gab es in vielen Fällen nicht. Sie können das

ganz einfach nachvollziehen, wenn Sie sich vor Augen führen, wie schwierig es ist, die Bibel in eine bisher nicht geschriebene Sprache zu übertragen. Gibt es zum Beispiel irgendein Wort in dieser Sprache, das dem Begriff der Hölle entspricht? Bei Otfried war es in der Tat so, er konnte auf ein derartiges Wort im Deutschen zurückgreifen. Aber in vielen Sprachen gibt es einfach kein Äquivalent. Was bleibt den Missionaren in einem solchen Fall zu tun? Sie müssen irgendetwas erfinden, irgendeine Umschreibung. Um ein Beispiel anzuführen, das vielleicht nicht ganz so offenkundig ist, nehmen Sie den in der Bibel zentralen Begriff der Liebe, der ja ganz unterschiedliches bedeuten kann im Deutschen: die Liebe zu Gott, die Liebe zu den Kindern, die Liebe zu dem Ehepartner, zu Freundin, Freund; er bedeutet auch die sexuelle Liebe. Ich habe mich oft gefragt, ob es nicht häufig passiert ist, daß, wenn irgend jemand das Wort Liebe in Tagalog übersetzt hat, es nicht ganz einfach die sexuelle Liebe bedeutet, so daß da sehr merkwürdige Deutungen des Gebots *Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst!* herauskommen. Wie auch immer – eines sollte relativ klar sein: der Wortschatz ist ein ganz entscheidender Faktor in der Bewertung einer Sprache – nach ihm *kann* man Sprachen werten. Und der außerordentliche Erfolg des Englischen – ich habe vorhin gesagt, daß es da auch nichtsprachliche Gründe gibt – liegt nach meinem Dafürhalten zu einem großen Teil daran, daß es über den reichsten Wortschatz aller uns bekannten Sprachen verfügt. Deshalb ist es wichtig, den Wortschatz zu bereichern und deshalb ist es wichtig, den Wortschatz nicht zu reinigen. Wenn man sich den ‚Grimm‘ anschaut – übrigens etwas, das ich Ihnen sehr empfehlen kann, es ist immer noch ein großes Vergnügen, den ‚Grimm‘ zu lesen –, stellt man fest, daß es sehr viele Wörter gibt, die in der Tat verschwunden sind. Freilich ist es so, daß man bei den meisten nicht den Eindruck hat, als würde man sie ernsthaft vermissen, weil andere an ihre Stelle getreten sind. Ich würde eigentlich gern einmal ein Experiment machen. Ein Wort, das mir vor kurzem auffiel, das mir gut gefallen hat und im Grimm steht, ist das Wort *dalest*. Das kennt keiner von Ihnen mehr; es bedeutet soviel wie ‚zu guter Letzt‘ oder ‚schließlich‘, ‚endlich‘. Man könnte also sagen: „Nachdem er drei Stunden gesucht hatte, hat er dalest ein Paar Schuhe gekauft“. Wenn wir uns alle einigen würden, die – ich glaube – 600 Zuhörenden und ich selbst, von nun an dieses Wort wieder zu gebrauchen, hätten wir zumindest eines wieder erreicht: eine kleine Bereicherung der deutschen Sprache. Ich denke, dies ist überzeugend genug – der Reichtum des Lexikons ist ein ganz entscheidender Wertungsfaktor für das Ausdrucksvermögen einer Sprache.

Wie verhält es sich nun mit der Grammatik und hier im besonderen mit der Morphologie? Sie werden sich erinnern an das Wort von Otfried, an das Wort

von Adelung. Das war ja eigentlich das rote Tuch, jene Entscheidung, die in erster Linie Anlaß gegeben hat zu der Idee vom Sprachverfall, davon daß diese schönen alten Formen verschwunden und verfallen sind. Und in der Tat liegt es irgendwie nahe, wenn man diese Abwandlungsmöglichkeiten hat, daß der Ausdrucksreichtum doch sehr viel größer sein muß. Das ist übrigens die Meinung praktisch aller Linguisten noch heute. Ich bin mir aber nicht sicher, daß das im allgemeinen so zutrifft. Ich will ein Beispiel geben, das vielleicht besonders drastisch ist, um den Punkt deutlich zu machen, und dann ein weniger klares, aber gewichtigeres, bei dem man dasselbe Argument auch machen kann. Im Deutschen haben wir eine Genusunterscheidung, wir sagen *der Löffel, die Gabel, das Messer, das Pult, das Mikrophon, die Flasche* und dergleichen. Diese Genusunterscheidung ist uns sehr heilig. Sie ist ein wesentliches Element der deutschen Sprache. Sie führt zu Konsequenzen in der weiteren Morphologie, etwa für die Kongruenz. Was würde eigentlich passieren, wenn diese Unterscheidung verschwinden würde, wenn man also einfach immer nur, wie im Englischen, einen Artikel hätte? Die Flexion würde sich ein wenig vereinfachen. Würde das Deutsche in seinem Ausdrucksvermögen in irgendeiner Weise leiden? Ich will gar keine Antwort darauf geben. Sie mögen es sich einmal für sich selbst überlegen. Nun ist die Genusunterscheidung nicht funktional in dem Sinne, daß sie etwas ausdrücken würde. Aber es gibt sehr viele morphologische Abwandlungen, die in der Tat etwas ausdrücken, und ein gutes Beispiel dafür ist das Tempussystem des Deutschen. Wir haben nicht wie beispielsweise das Chinesische einfach nur ein Wort für *gehen, ging, gegangen* oder *gehst* und *wirst gehen*, sondern wir können das Wort flektieren, in verschiedene Formen setzen. Dies hat sicherlich Vorzüge, weil wir dadurch klarmachen können, ob sich eine Handlung auf die Gegenwart, die Vergangenheit oder die Zukunft bezieht, ein bereicherndes Element, das man nicht gerne vermissen würde. Aber es hat auch einige Nachteile: es verleiht der Sprache etwas Zwanghaftes. Wenn ich zum Beispiel irgendeine Geschichte erzähle, wenn ich sage: „Gestern, als ich hier über den Gendarmenmarkt gegangen bin, da ist mir etwas Merkwürdiges passiert ...“, dann ist eigentlich vollkommen klar, daß alles, was folgt, in der Vergangenheit steht. Ich kann mir aber nicht, wie andere Sprachen das können, eben das Chinesische, diesen Hinweis schenken, sondern ich muß in jedem Satz wiederum die Vergangenheit markieren. Die Sprache hat also auf diese Art und Weise zwar in einem gewissen Sinne eine Bereicherung, aber sie hat zugleich etwas Zwanghaftes. Sie *zwingt* uns, etwas auszudrücken. Die Struktur unserer deutschen Sprache *zwingt* uns, etwas auszudrücken, was auszudrücken eigentlich vollkommen überflüssig ist. Hier ist es vollkommen klar, und man würde eigentlich sagen, daß eine Sprache, die zwar die Möglichkeit hat, aber diesen

Zwang nicht, eigentlich eine bessere Sprache ist. Ich weiß nicht, wie Sie darüber denken, aber es scheint mir ein naheliegender Gedanke zu sein. Der berühmte Linguist Roman Jakobson hat einmal gesagt, daß sich die Sprachen nicht so sehr durch das unterscheiden, was sie ausdrücken können, sondern durch das, was sie ausdrücken müssen. Und dieses Zwänglerische der Sprache ist nicht unbedingt als ein Vorzug zu sehen. Statt also den Verlust mancher Flexionsformen als Verfall anzusehen, sollte man ihn vielleicht eher als einen Gewinn betrachten, weil er uns eine größere Flexibilität im Ausdruck erlaubt, also in der Tat erlaubt, genau das zu sagen, was wir wollen. Und wir haben ja auch Adverbien, also Wörter wie *gestern* oder *vor drei Tagen* und dergleichen, wenn wir die Zeit eines Geschehnisses deutlich machen wollen. So viel zu dem Aspekt *langue*, also zu der Sprache und der Art und Weise, wie man die Sprache als System bewerten kann.

Nun kommt es in vielerlei Hinsicht gar nicht darauf an, welche Möglichkeiten eine Sprache uns eröffnet, sondern darauf, welchen Gebrauch man davon macht. Das Deutsche hat zwar vielleicht nicht so viele Wörter wie das Englische, aber doch auch hunderttausend oder zweihunderttausend – darüber kann man streiten. Aber das Problem ist, daß die meisten Leute nur einen verschwindend geringen Teil davon verwenden. Man hat gezählt, daß zum Beispiel in Adenauers Memoiren achthundert verschiedene Wörter vorkommen. Das ist nun ein ganz extremes Mißverhältnis, aber ich glaube Goethe als der wortreichste deutsche Dichter überhaupt, der auch sehr viel geschrieben hat, verwendete ungefähr sechzehn- bis zwanzigtausend. Wenn das Goethewörterbuch fertig ist – das wird noch ein wenig dauern – werden wir das ganz genau sagen können.² Jedenfalls bleiben alle, selbst die elaboriertesten Sprecher, wesentlich hinter diesen Möglichkeiten zurück. Deshalb ist eine interessante Frage der Sprachbewertung nicht so sehr das Potential, als vielmehr das, was der einzelne in gegebenen Fällen davon nutzt. Und ich will auch hier einige Beispiele betrachten, wie man dies wertend ansehen kann.

Ich beginne mit einem Punkt, den Sie alle aus den Feuilletons kennen. Wenn man sich anschaut, was dort kritisiert wird, dann sind es unter anderem Wörter, die allgemein als häßlich empfunden werden, wie zum Beispiel *beinhalten*. Aber ein ganz klassischer Fall sind auch Wörter, die man dort als ‚Füllwörter‘ oder als ‚Füllsel‘ bezeichnet, zum Beispiel *irgendwie* oder *schlechthin* oder *eigentlich*. Sie kennen das alle, daß man sagt: „Eigentlich

2 Hier habe ich mich geirrt; wie mir Herr Mattausch, der Leiter des Goethewörterbuchs der Akademie nach dem Vortrag sagte, war Goethe wesentlich wortreicher als ich dachte. WK.

gefällt's mir gut hier (oder) mir ist irgendwie kalt“ und dergleichen. Das wird kritisiert: *„Ist Dir jetzt kalt, ist Dir nicht kalt?, Gefällt's Dir oder gefällt's Dir nicht hier? – dann sag's auch klar!“* Ich weiß nicht, ob die Leute, die derlei schreiben, sich das überlegt haben. Mir scheint, es ist ein erheblicher Unterschied, und den kann ich sehr gut nachfühlen, ob jemand sagt: „Eigentlich gefällt's mir gut hier“ oder ob er sagt: „Mir gefällt es gut hier“. Wenn jemand sagt: „Eigentlich gefällt's mir gut hier“, also ein Füllwort dieser Art anfügt, dann denkt man, daß noch etwas folgt, daß er vielleicht sagen will: „Eigentlich gefällt's mir nicht gut hier“. Wenn man solche Wörter vermeiden würde, wenn man sie gar aus der Sprache überhaupt herausstreichen, wenn man also all diese Füllsel weglassen würde, nähme man sich eine ganz wesentliche Differenzierungsmöglichkeit in diesen Fällen. Das heißt, die Möglichkeit – das war mein erstes Kriterium –, genau das auszudrücken, was man ausdrücken will, würde einfach wegfallen. Es wäre ebenso verständlich, denke ich, aber es würde ein Ausdrucksmittel fehlen. Ist es, das war das zweite Kriterium, weniger verständlich, wenn man solche Wörter verwendet? Ich glaube, dies kann man niemandem weismachen, das versteht jeder sehr gut, der Deutsch kann. In der Frage, ob es schön ist oder nicht, können die Meinungen freilich sehr geteilt sein. Aber es ist ein ästhetisches Urteil, das in diesem Falle – ich habe wirklich ein verbreitetes Beispiel gewählt – sehr schwer nachzuvollziehen ist. Dieses einfache Beispiel spricht dafür, daß man die Dinge nach vernünftigen Kriterien aber wohl differenzierter betrachten muß. Die Verwendung von solchen Wörtern ist also keineswegs ein Zeichen von schlechtem Deutsch, sondern sie zeugt von differenziertem Ausdrucksvermögen.

Lassen Sie mich jetzt ein ganz anderes Beispiel betrachten, bei dem man auch die Spannung zwischen den verschiedenen Kriterien der Bewertung gut sehen kann. Es handelt sich um die Sprache des Rechts. Wir alle kennen Beispiele dafür, daß irgendwelche Paragraphen oder Verwaltungstexte so formuliert sind, daß kein vernünftiger Mensch sie verstehen kann. Wir lesen es gelegentlich hinten im ‚Spiegel‘, im ‚Hohlspiegel‘; wir amüsieren uns immer königlich darüber, und es ist auch in gewisser Weise ein öffentliches Thema, sich darüber zu mokieren. Aber die Sache ist nicht so einfach. Wenn man nämlich mit einem Juristen darüber redet, dann wird der sagen, na ja, vielleicht könnte man das einfach oder einfacher sagen, aber dann würde es nicht mehr das sagen, was es sagen soll. Das heißt, für juristische Zwecke müssen Sachverhalte in einer bestimmten Weise formuliert werden, weil man sonst der Verantwortung gegenüber der Sache – wie ich es vorhin genannt habe – nicht mehr gerecht würde. Es stellt sich natürlich trotzdem die Frage, ob man nicht beide Verantwortungen, nämlich die Verantwortung dem Leser, dem

Adressaten gegenüber und die Verantwortung gegenüber der Sache irgendwie in Einklang bringen kann. Wie Herr Simon vorhin sagte, hat die Akademie gerade gestern die Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe ‚Sprache und Recht‘ beschlossen, die sich genau dieses Thema vornehmen soll; die also nicht einfach die Sprache des Rechts kritisieren, sondern untersuchen soll, was geschieht, wenn man Texte in bestimmter Weise paraphrasiert, die auch untersuchen soll, wie unterschiedliche Adressaten, beispielsweise Laien und Richter, ganz bestimmte Texte in bestimmten Zusammenhängen interpretieren, wie sie einzelne Wörter deuten und wie die Verschiedenheiten in der Interpretation zustande kommen können. Ich begnüge mich mit diesen Beispielen und komme jetzt zu dem Punkt, den ich vorhin schon angekündigt habe.

Ist es tatsächlich so, daß in der Sprachkritik, in der öffentlichen Diskussion über die Sprache solche Bewertungskriterien wie die eben genannten herangezogen werden? Die Antwort darauf ist, glaube ich, ganz klar: *Nein*. Wenn Sie sich einmal im Feuilleton umsehen, was kritisiert wird, was diskutiert wird, dann geht es um andere Probleme; und wenn Sie sich – und jetzt komme ich auf den Punkt, mit dem wahrscheinlich schon viele von Ihnen hier gerechnet haben – die lebhafteste Diskussion, die hitzige, die kriegerische Debatte um die Rechtschreibreform ansehen, dann kommt man zu der Meinung, daß solche Kriterien eigentlich überhaupt keine nennenswerte Rolle spielen. Ich will das am Beispiel der Rechtschreibreform ganz kurz erläutern. Ich schicke übrigens eines voraus, damit nicht falsche Meinungen entstehen: Ich bin weder ein Anhänger noch ein Gegner der Rechtschreibreform. Das einzige, was mich wundert, ist, wie die Leute sich darüber so echauffieren können. Ich nehme eines der typischen Beispiele der Rechtschreibreform: da ist bekanntlich vorgesehen, daß das alte ‚scharfe s‘, das ß, unter bestimmten Bedingungen weggelassen werden soll. Das Wort *Schluss* beispielsweise soll in Zukunft mit zwei s geschrieben werden, wie es in der Schweiz übrigens schon seit langem üblich ist. Ist das gut oder schlecht?

Betrachten wir die Sache unter den drei besagten Kriterien: Wenn ich einen Satz bilde, einen Text formuliere und schreibe dann *Schluss* mit zwei s, ist dies der Sache weniger gemäß oder gemäß als zuvor? Drückt es diesselbe Sache besser aus oder schlechter? Die Überlegung ist einfach absurd. Es drückt sie genausogut aus. Ist es verständlicher oder ist es unverständlicher für irgendeinen Leser oder Hörer? Da würde man natürlich auch sagen, na ja, das ist ganz schnurz, das ist ganz offenkundig gleichgültig. Vielleicht ist diese Frage nicht ganz trivial, denn ein Argument, das oft gebracht wurde, ist, daß man dann ältere Schriften, also Sachen, die im vergangenen Jahrhundert oder bis vor kurzer Zeit geschrieben worden sind, nicht mehr so gut lesen

kann. Ich selbst halte diese Überlegung für ganz abwegig. Ich glaube, daß sich kein einziger Mensch davon abhalten läßt, Jean Paul zu lesen oder Kleist, nur weil auf einmal *Schluss* mit zwei s statt mit einem scharfen s geschrieben wird. Ich glaube, daß es überhaupt kein nennenswertes Kriterium dafür gibt; es ist genauso verständlich wie vorher, es ist genauso klar wie vorher. Ist es schöner – das ist die Verantwortung gegenüber den Musen – oder weniger schön? Das ist vielleicht eine Geschmacksfrage. Wenn man sich ein wenig mit der Geschichte der Schrift und Schriften beschäftigt hat, dann muß man sagen, daß dieses Zeichen einfach ein Eindringling ist, daß es eigentlich ursprünglich nicht vorgesehen war, nicht anders als die Großschreibung, die ja auch eine Vermengung zweier Schriften ist. Ein Sprachpurist also, jemand der die deutsche Sprache reinigen will, der müßte diese Elemente auf jeden Fall daraus entfernen. Ich selbst bin kein Purist, ich habe da keine entschiedene Meinung. Es gibt noch ein letztes Kriterium, das man hier anwenden kann. Ich habe es vorhin als nachgeordnetes Kriterium angeführt; es ist das der Lernbarkeit. Ist es für Kinder leichter, ist es für Ausländer beispielsweise, die unsere Sprache lernen, leichter – ich glaube, die Antwort ist ganz eindeutig: ja, es wird leichter. Es wäre noch leichter, wenn man nicht noch Ausnahmen zuließe, sondern einfach wie in der Schweiz üblich, in all diesen Fällen ein doppeltes ss schreiben würde. Man würde ein Hindernis beseitigen. Nun bin ich nicht der Meinung, daß man den Kindern unbedingt das Leben unter allen Umständen leichter machen sollte, oder leicht machen sollte; aber ich denke, man könnte die Zeit, die man hier spart, nützen, um ihnen etwas Wichtigeres und Bedeutenderes beizubringen.

Ich habe vorhin gesagt, ich bin weder ein Anhänger noch ein Gegner der Rechtschreibreform. Aber es wundert mich, mit welcher Leidenschaft die Kämpfe hier gefochten werden, und das bringt mich doch irgendwie zum Nachdenken, jedenfalls als Sprachwissenschaftler von Beruf. Weshalb regen sich die Leute gerade über eine solche Sache so ungeheuerlich auf? Ich weiß es nicht, ich weiß es wirklich nicht. Aber ich habe einige Überlegungen dazu, die ich Ihnen zum Abschluß vortragen will. Ich glaube nämlich, daß dies mit unserem Anfangspunkt zusammenhängt, mit der Frage, wie man überhaupt über Sprache und Sprachliches denkt, und zwar sowohl als Laie wie zu einem gewissen Teil durchaus auch noch als Wissenschaftler. Das Ausgangsfaktum der Sprache ist, wie vorhin gesagt, daß wir alle von Natur aus die Gabe haben, eine Sprache zu lernen. Dieses biologisch gegebene Sprachvermögen setzen wir dann ein, um in einer bestimmten sozialen Umgebung die Sprache eben dieser sozialen Umgebung zu lernen. Das heißt, wir eignen uns bis zu einem Alter von vier, fünf Jahren ein bestimmtes sprachliches Verhalten an. Dieses sprachliche Verhalten muß mit dem der sozialen Umgebung nicht

vollkommen übereinstimmen, aber es muß ihm so entsprechen, daß eine Verständigung, zumindest in Grenzen, möglich ist. Das schließt nicht aus, daß man gewisse Abweichungen davon hat. Wenn es das nämlich nicht gäbe, würde sich eine Sprache niemals entwickeln, sondern man würde einfach immer wieder wie ein Tonband dasselbe weiter reproduzieren. Wir alle haben jedenfalls in einem bestimmten Lebensalter die Fähigkeit zum sprachlichen Verhalten, also die Fähigkeit, unsere Gedanken, Wünsche, Hoffnungen und dergleichen in Laute umzusetzen, und wie durch ein Wunder – und das ist es eigentlich – sind diese Gedanken, Wünsche und Hoffnungen bei irgendwelchen anderen angelangt. Das ist der Ausgangspunkt. Zu diesem sprachlichen Verhalten kann man nun, um ein berühmtes Begriffspaar zu borgen, ein ‚naives‘ und ein ‚sentimentalisches‘ Verhältnis haben. Das naive Verhältnis ist das, welches der normale Sprachbenutzer hat, das auch jeder Sprachbenutzer hat, dessen Sprache keine Schriftsprache ist. Das sentimentalische Verhalten ist jenes, das einsetzt, wenn man aus irgendeinem Grunde angehalten wird, über die Sprache selbst nachzudenken. Diese Erfahrung haben wir alle, die wir eine Schriftsprache gelernt haben, allerspätestens in der Schule gemacht. Und ich glaube, die Art und Weise, wie sich unser Bild von der Sprache in der Schule formt, ist auch der Quell der Idee vom Sprachverfall, vom möglichen Sprachverfall, und der großen Erregung über die Rechtschreibung und ihre Bedeutung.

Dieser Prozeß ist nicht ganz einfach zu beschreiben. Es ist ein Prozeß der Vergegenständlichung und der Verrechtlichung des unmittelbaren naiven sprachlichen Verhaltens. Zu diesem Prozeß gehören zumindest die folgenden Stücke. Zunächst muß es so sein, daß eine bestimmte sprachliche Erscheinung gleichsam auffällig wird, daß man nicht nur einfach redet, sondern sie auch beachtet, daß sie eben als eine Erscheinung, sozusagen als *Gegenstand*, vor Augen tritt. Das sieht man übrigens sehr oft bei Kindern in einem gewissen Lebensalter, in dem sie nicht nur einfach etwas sagen, sondern sich darüber wundern, daß man es gerade so sagt. Wir alle aber haben diese Erfahrung allerspätestens in der Schule dann gemacht, wenn wir direkt darauf hingewiesen wurden. Das ist der erste Schritt; es müssen bestimmte sprachliche Erscheinungen ‚metasprachlich sichtbar‘ werden. Der zweite Schritt ist, daß man diese sprachlichen Erscheinungen irgendwie als *Teil eines Ganzen* zu empfinden beginnt, also nicht nur als eine Einzelercheinung, ein merkwürdiges Wort, sondern es entsteht der Gedanke: es gibt so etwas wie ‚die Sprache‘ dahinter. Der dritte Schritt ist, daß man dann versucht, diesen noch sehr vagen Begriff der Sprache zu bestimmen und von zusammengehörigem Sprachlichem klar abzugliedern, zu sagen, dieses gehört zur Sprache, dieses ist die deutsche Sprache, dieses ist die französische Sprache. Dieser Schritt ist

schon wesentlich problematischer, denn was sind eigentlich die Entscheidungskriterien dafür, daß man irgendetwas zur deutschen Sprache rechnet? Man würde zunächst einmal sagen, na ja, das ist das, was die Deutschen halt so reden. Aber die Frage ist durchaus nicht trivial. Wenn Sie sich einmal überlegen, welche Leute hier in Berlin Deutsch reden und in welcher unterschiedlichen Form, dann ist es sehr schwer zu sagen, was eigentlich das Deutsche ausmacht. Wenn Sie beispielsweise einen Gegenstand, der ein wichtiger Teil meiner eigenen Forschung ist, die Sprache ausländischer Arbeiter, betrachten, würde man die zum Deutschen schlagen wollen? Wahrscheinlich nicht, aber was ist letzten Endes das Kriterium dafür? Kann es eine strukturelle Eigenschaft sein oder sonst etwas. Es ist nicht leicht zu entscheiden.

Damit kommen wir zum letzten Schritt. Sobald dieser Begriff – der Begriff der deutschen Sprache, der französischen Sprache und dergleichen – in irgendeiner Weise konstituiert ist, müssen einzelne Züge gleichsam Rechtskraft erlangen: der Verstoß gegen bestimmte vorgegebene Eigenschaften dieser Sprache wird sanktioniert. Und dies ist das, was in der Schule geschieht, bei uns allen in der Schule geschehen ist. Der Punkt, an dem dies am deutlichsten wird, ist mit Sicherheit die Rechtschreibung. Die Rechtschreibung, der Umstand, daß man in einer ganz bestimmten Weise schreiben muß – das ist die erste große normative Erfahrung eines jeden Kindes außerhalb des Elternhauses. Die Rechtschreibung aber ist in vielen Punkten ganz willkürlich. Es gibt keinen tieferen Grund, ob man *Schluss* mit zwei s oder mit scharfem s schreibt, ob man *rauh* am Ende mit oder ohne h schreibt, also ohne h wie *Frau* und *genau*, oder mit h, wie es jetzt ist. Der einzige Grund, daß ein Kind dies lernen muß, ist, daß der Lehrer es ihm so sagt. Und er sagt ihm: Du mußt das lernen, weil es so im Duden steht. Es ist keine Norm, die sich aufgrund ihres eigenen Sinnes selbst trägt, sondern es ist eine Norm, weil es eine Norm ist. Und ich glaube, dieses prägt sich ganz eminent ein. Das Eigentümliche an diesem Prozeß der Vergegenständlichung und der Verrechtlichung ist, daß es keine rechten Instanzen gibt, die darüber entscheiden. Er hat sich in merkwürdiger Weise entwickelt. Ich will auch das noch einmal an einem Beispiel kurz erläutern. Ein Fall, der oft diskutiert wird, ist die Wahl des Kasus bei Präpositionen. Im Deutschen ist es so, daß die Präpositionen manchmal zwei Kasus haben, dann hat es eine funktionale Differenzierung. In *vor dem Tisch*, *vor den Tisch* oder *in das Haus* oder *in dem Haus* drückt die Entscheidung zwischen Akkusativ und Dativ einen Bedeutungsunterschied aus, und das ist oft wichtig. Aber es gibt auch Präpositionen, die zwanghaft einen bestimmten Kasus vorgeben, und sie könnten auch einen anderen haben. Das klassische Beispiel dafür ist *wegen*: *wegen dem*, *wegen des*. Das Gegenbeispiel ist *trotz*: *trotz dem*, *trotz des*. Das Kuriose in dieser Sache ist, daß *trotz*, bei dem sich

heute der Genitiv durchgesetzt hat, ursprünglich eigentlich den Dativ verlangt hat. Man sagte also ursprünglich *trotz dem guten Wetter*. Man erkennt es noch heute an der Bildung *trotzdem*. Bei *wegen* sehen wir genau den umgekehrten Prozeß, d. h., die Form *wegen dem* ist inzwischen sehr üblich in der gesprochenen Sprache geworden, aber sie ist nach wie vor in gewissen Grenzen sanktioniert. Die Frage, die ich hier diskutieren will, ist eigentlich nicht, ist dies richtig oder falsch, sondern die Frage ist, wie kann man überhaupt entscheiden, welches die richtige Form ist; die ehrliche Antwort darauf wäre zu sagen: Das weiß man nicht. Das einzige Kriterium ist letzten Endes das Verhalten der einzelnen Sprecher, daß sie so sagen oder anders. Dies würde man natürlich nicht sagen, sondern wir sagen: „Ja, im Duden, da steht, wie es heißen muß.“ Aber woher wissen die Macher des Dudens, wie das eigentlich heißen muß? Die Macher des Dudens sind ja auch Menschen, die man genau aufzählen kann, vier oder fünf, und das sind keine Götter, sondern sie lesen den „Mannheimer Morgen“ und noch einige andere Zeitungen und sagen: „Aha, immer mehr Leute sagen *wegen dem*, jetzt wollen wir’s zulassen“. Aber das ist natürlich eine relativ willkürliche Entscheidung. Man könnte es genau umgekehrt sagen. Es gibt keinen Richter in dieser Angelegenheit, und gerade weil es keinen Richter gibt, gibt es letzten Endes nur eine Möglichkeit, die über alle Kriterien, über alle Zweifel erhaben ist: *Man bleibe bei dem, was immer war*. Da kann man sicher sein. Auf Deutsch war es immer so, daß es hieß *wegen des*, und so muß es denn auch sein. Die wahre Quelle des Mythos vom Sprachverfall, der Idee, daß die Sprache schlechter wird, wie auch die wahre Quelle dieser ungeheuren Entrüstung über die Rechtschreibreform ist genau dies: die ursprüngliche normative Erfahrung zum einen und zum andern der Umstand, daß eigentlich nur die Beharrung uns ein gewisses Maß an Sicherheit gibt.

Das könnte man vielleicht noch verstehen, wenn es nicht zu absurden Konsequenzen in einer Reihe von Punkten führen würde. Ich denke, wenn zum Beispiel irgend jemand sagen würde „21 ist eine Primzahl“, dann würde er sich lange nicht so lächerlich machen, als wenn er sagen würde: „23 ist eine Primzahl“, ‚Prim‘ aber mit *ie* schreiben würde: Priemzahl. Nun könnte man sagen, daß nur ein Dummkopf Prim mit *ie* schreiben kann. Aber es zeigt eine eigentümliche Wertung, wenn man denkt, daß jemand, der etwas Falsches sagt, etwas offenkundig Falsches sagt, höher zu achten sei als jemand, der etwas Richtiges sagt oder schreibt, aber in einer schlechten Schreibweise.

Nun, ich bin mir sicher, daß das, was ich hier erzähle, letztlich keinen einzigen Menschen überzeugen wird. Deshalb dachte ich mir, vielleicht sollte ich mir eine Stütze nehmen, eine wirkliche Autorität. Ich habe jemanden gefunden, der diesen Gedanken eigentlich noch in sehr viel klarerer Form formuliert hat,

eine der größten Autoritäten des Abendlandes, der auch noch den Vorzug hat, ein Heiliger zu sein und drittens eine hervorragende Sprache zu sprechen und diese Sprache auch noch sehr gut, denn er war ein Lehrer der Rhetorik. Ich meine den Heiligen Augustinus. Und der hat sich genau zu dieser Angelegenheit geäußert. Er hat nämlich gesagt:

„Vide, domine deus meus, et patienter, ut vides, vide, quomodo diligenter observent filii hominum pacta litterarum et syllabarum accepta a prioribus locutoribus, et a te accepta aeterna pacta perpetuae salutis neglegant: ut qui illa sonorum vetera placita teneat aut doceat, si contra disciplinam grammaticam sine adspiratione primae syllabae hominem dixerit, magis displiceat hominibus, quam si contra tua praecepta hominem oderit, cum sit homo.“

Oder um es in einer weniger vollkommenen Sprache auszudrücken: ‚Schau an, Herr, schau in Deiner gewohnten Langmut, wie sorgfältig die Menschen die von den früheren Sprechern übernommenen Regeln der Silben und Buchstaben befolgen und die von Dir übernommenen Regeln des göttlichen Heils mißachten, so daß jemand, der [...] gegen die Vorschrift der Grammatik das Wort Mensch ‚homo‘ ohne ein h am Anfang ausspricht, seinen Mitmenschen mehr mißfällt als jemand, der gegen Deine Vorschrift seinen Mitmenschen, der doch ein Mensch ist, haßt.‘

Das ist vielleicht ein wenig hochgestochen gesagt. Man darf vielleicht auch daraus nicht folgern, daß der Heilige Augustin überhaupt nichts davon gehalten hätte, sich gut auszudrücken, ganz im Gegenteil. Wenn man nämlich seine Schriften liest, sieht man, daß er sich außerordentliche Mühe gegeben hat, klar zu schreiben, genau das auszudrücken, was er sagen wollte, und verständlich zu schreiben. Er wollte nur ein wenig die Werte zurechtrücken. Und ich denke, wenn wir alle uns, wenn wir etwas sagen oder etwas schreiben, ein bißchen überlegen würden: ‚sage ich wirklich das, was ich meine, sage ich es so, daß es mein Gegenüber verstehen kann, sage ich es vielleicht auch noch schön, daß es gefällt?‘ – wenn wir alle dies tun würden, dann würden wir zwar nicht den Sprachverfall bekämpfen, denn das ist nicht nötig, aber wir würden *unsere* Sprache verbessern.

Die Künstler der Festveranstaltung



Viviane Hagner

Viviane Hagner wurde in München geboren und studierte in Berlin, Amsterdam und New York bei Abraham Jaffe, Thomas Brandis, Viktor Lieberman und Pinchas Zukerman. Nach ihrem Debüt unter Gerd Albrecht im Jahr 1989 wurde sie eingeladen, in dem legendären Konzert zu spielen, in dem das Israel Philharmonic Orchestra und das Berliner Philharmonische Orchester unter der Leitung von Zubin Mehta gemeinsam in Tel Aviv aufgetreten sind. Inzwischen trat sie mit dem Berliner Philharmonischen Orchester, der Staatskapelle Berlin, der City of Birmingham Symphony, der Tschechischen Philharmonie und dem Philharmonischen

Orchester Rotterdam unter Claudio Abbado, Daniel Barenboim und Sir Roger Norrington auf. Sie hat auf vielen bedeutenden Festivals gespielt, unter anderem in Ascona, Ravinia, Reykjavik, beim Rheingau Musik Festival, in Salzburg und in Schwetzingen. 1999 debütierte sie in New York beim *Mostly Mozart Festival*, wo sie gemeinsam mit Pinchas Zukerman die *Sinfonia concertante* von Mozart gespielt hat.

Nicole Hagner wurde in Berlin geboren und studierte in Berlin und Salzburg bei Klaus Hellwig und Hans Leygraf. Sie hat zweimal den Wettbewerb „Jugend musiziert“ gewonnen und ist seitdem unter anderem mit der Dresdner Philharmonie unter Michel Plasson und mit dem Polish Chamber Philharmonic Orchestra unter Woitech Raijski aufgetreten. Sie war Gast bei vielen Festivals, unter anderem beim Rheingau Musik Festival, beim Festival Mecklenburg-Vorpommern und in Ravinia.

Als Duo haben Viviane und Nicole Hagner Konzerte in ganz Europa, den USA, Südamerika und in Japan gegeben.

Im November des Jahres 1999 ist die erste CD des Duos bei EMI erschienen.



Nicole Hagner

Aus dem Plenum

Plenarsitzungen

12. Februar	Geschäftssitzung
24. Juni	Geschäftssitzung
26. November	Geschäftssitzung und Wissenschaftliche Sitzung: Die Akademiepreisträger 1999 stellen sich mit Kurzvorträgen zu ihren Arbeiten vor (Vortrags- und Diskussionsveranstaltung)

Zur Arbeit des Plenums

Unter den Mitgliedern der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften hat eine Grundsatzdebatte begonnen. Mehr als sechs Jahre Arbeit der Akademie nach ihrer Neukonstituierung im Sommer 1992 veranlassen die Mitglieder zu Bilanz und Retrospektive, zur Gegenüberstellung von Gründungsintentionen und Realität, zur Selbstbesinnung und Fokussierung der mittel- und langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten im gesellschaftlichen Zusammenhang. Das vom Präsidenten der Akademie vorgelegte *Brevier „Akademie der Wissenschaften – Das Berliner Projekt“* enthält Bestandsaufnahme und Problemanalyse sowie Überlegungen zu möglichen Entwicklungsperspektiven der Hauptstadtakademie. Es fußt auf einer breiten Diskussion der Akademiemitglieder. Im Juni hatte sich das Plenum mit ersten praktischen Fragen seiner Implementierung befaßt, mit dem Ergebnis, daß eine grundsätzliche Verfassungsdiskussion unausweichlich ist. Ein vom Vorstand eingesetzter Verfassungsrat, dem die Mitglieder Martin Grötschel,

Hubert Markl, Karl-Ulrich Mayer, Randolf Menzel, Jürgen Mittelstraß, Benno Parthier, Wulff Plinke, Dieter Simon, Günter Stock und Hans-Günther Wagemann angehören, ist beauftragt, ausgehend von den Aufgaben der Akademie adäquate Strukturen und Instrumente zu überlegen, die geeignet sind, bestehende Hemmnisse zu beseitigen und die Mitglieder für die Arbeit in der Akademie zu motivieren. Noch im ersten Halbjahr 2000 erhalten die Mitglieder vorläufige Überlegungen des Verfassungsrates zur Kenntnis, um sich frühzeitig an dem Meinungsbildungsprozeß beteiligen zu können.

Die *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften* und die *Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina* planen, mittelfristig eine auf konkreten Projekten beruhende *enge Kooperation* aufzubauen. Innovation, nationales Interesse und Themen, für die beide Akademien gemeinsam besondere, andernorts nicht vorhandene Kompetenz besitzen, sollen das Kriterium für die Auswahl der Kooperationsprojekte der beiden ältesten Wissenschaftsakademien Deutschlands sein. Ein aus Mitgliedern beider Akademien gebildetes Leitungsgremium (ihm gehören an Paul B. Baltes, Detlev Ganten, Siegfried Großmann, Karl-Ulrich Mayer, Jürgen Mittelstraß, Volker ter Meulen, Benno Parthier, Helmut Schwarz, Dieter Simon, Ernst-Ludwig Winnacker und Sigmar Wittig sowie Beatrice Fromm als Generalsekretärin der BBAW) ist damit betraut, den Kriterien entsprechende Felder der Zusammenarbeit zu identifizieren und tragfähige Kooperationsprojekte ausfindig zu machen.

Erstes gemeinsames Projekt soll die Gründung einer *Jungen Akademie* sein. Dies war von den Gremien beider Akademien im Frühjahr 1999 beschlossen worden. Gemäß dem Statut soll im Unterschied zu den bisher gegebenen Möglichkeiten, wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern, mit der Jungen Akademie eine Institution geschaffen werden, in der Nachwuchswissenschaftler, die bereits mit ihrer Promotion auf sich aufmerksam gemacht haben, die Gelegenheit erhalten, im Umfeld der eigenen Wissenschaftlergeneration und über die Grenzen der Disziplinen hinweg die Felder der gemeinsamen Forschungsarbeit selbst zu bestimmen und sich in eigener Verantwortung zu organisieren. Die Junge Akademie unter dem institutionellen Dach der beiden „Mutterakademien“ soll zudem dazu beitragen, dem hochbegabten wissenschaftlichen Nachwuchs Stimme und Gehör im deutschen Wissenschaftssystem zu verschaffen. Bis zu 50 Mitglieder werden der Jungen Akademie angehören, die Wahl erfolgt für die Dauer von fünf Jahren und ist mit einem einmaligen Budget von jeweils 50 TDM verbunden. Mit der Wahl der ersten Mitglieder wurde das Leitungsgremium von BBAW und Leopoldina beauftragt. Für den Vorabend der Jubiläumssitzung der BBAW ist – vorbehaltlich der Finanzierungssicherung – der feierliche Gründungsakt für

Die Junge Akademie vorgesehen (siehe auch Jahrbuch 1999, Kapitel III, Die Junge Akademie).

Auf der Festversammlung der Akademie am 25. Juni 1999 hat Präsident Dieter Simon im Namen der Mitglieder der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, der Präsidenten und Rektoren der Berliner und Brandenburger Universitäten, des Rektors des Wissenschaftskollegs zu Berlin, des Präsidenten des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und des wissenschaftlichen Vorstandes des Max-Delbrück-Centrums zur *Balkan-Initiative der Berliner und Brandenburger Wissenschaft* aufgerufen. Den Initiatoren geht es darum, Hilfe von Wissenschaftlern für Wissenschaftler im heutigen Jugoslawien und seinen unmittelbaren Nachbarländern zu organisieren – verbunden mit der Hoffnung, das Fundament einer gemeinsamen europäischen Zukunft zu stärken. Gleichzeitig geht es um wissenschaftliche Hilfe bei den enormen Aufbauanstrengungen, die jetzt nötig sind. Der Initiative haben sich bis Jahresende die meisten der wissenschaftlichen Einrichtungen der Region Berlin/Brandenburg angeschlossen. Unabhängig davon, was Hoch- und Fachschulen bzw. Forschungsinstitute planen, haben auch einzelne Forscher, Hochschullehrer und Akademiemitglieder ihre Bereitschaft zur Unterstützung der Initiative erklärt. Damit ist die *Balkan-Initiative der Berliner und Brandenburger Wissenschaft* die bundesweit einzige Hilfsaktion, die auf regionalem Prinzip basiert. Zur Koordinierung der zahlreichen Initiativen und zur Beförderung der gezielten Unterstützung von Wissenschaftlern aus der betroffenen Region wurde an der Akademie eine Geschäftsstelle eingerichtet (siehe Jahrbuch 1999, Kapitel II, *Balkaninitiative*).

Die Akademie betrachtet es als eine ihrer vordringlichsten Zukunftsaufgaben, ihre *Beziehungen zu ausländischen Wissenschaftsakademien* und vergleichbaren Institutionen auszubauen und – sofern möglich – auf eine vertragliche Grundlage zu stellen. Zukünftige engere Kooperationen sollen sich dabei vor allem auf die Durchführung konkreter gemeinsamer wissenschaftlicher Vorhaben sowie den Austausch von Wissenschaftlern und Informationen beziehen. Auf diesem im Verantwortungsbereich des Vizepräsidenten Helmut Schwarz liegenden Gebiet konnten im Berichtsjahr entscheidende Fortschritte erzielt werden. Nachdem bereits 1996 mit der Griechischen Akademie der Wissenschaften in Athen (*Akadimia Athinon*) eine Rahmenvereinbarung geschlossen worden war, konnten Ende 1999 auch die Beziehungen zur Tschechischen Akademie der Wissenschaften (*Akademie Ved České Republiky*), der wichtigsten wissenschaftlichen Einrichtung dieses Landes, vertraglich geregelt werden. Beide Akademien planen, im Frühjahr 2000 einen ersten ge-

meinsamen Workshop zum Thema „Evolution and Natural Selection – A Model for Understanding Societies?“ durchzuführen. Für das Jahr 2000 ist die Unterzeichnung weiterer Vereinbarungen in Vorbereitung.

Im Hinblick auf das bevorstehende Jubiläum hatte sich die Akademie um die Wiederbelebung früherer Akademiebeziehungen insbesondere zu Paris und Moskau/Petersburg bemüht. Nach bereits 1998 begonnenen Gesprächen auf der Ebene der Akademieleitungen war die Leibniz-Forschung, namentlich die Reihe 8 „*Naturwissenschaftlich-medizinisch-technische Schriften von Leibniz*“ für eine *Kooperation Paris-Moskau/Petersburg-Berlin* als tragfähig erachtet worden. Im Berichtsjahr konnten die Bemühungen zum Aufbau der Kooperation unter Federführung von Eberhard Knobloch entscheidend vorgebracht werden. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf elektronischem Wege sind erprobt. Auf russischer Seite wird an den Handschriften bereits gearbeitet. Die Mitarbeit der Pariser Kollegen ist ab 2001 geplant. Für die Finanzierung wurde in Bezug auf die Beteiligung der Russischen Akademie ein Antrag an die DFG gestellt, für die Kooperation mit Frankreich sollen EG-Mittel eingeworben werden. Die Koordination der Zusammenarbeit und die Endredaktion soll von einer Berliner Arbeitsstelle wahrgenommen werden, deren Finanzierung über das Akademienprogramm beantragt ist.

Auch mit der *American Academy of Arts and Sciences* (AAAS) bahnt sich eine erfolgversprechende Kooperation an. Nach früheren Kontakten hatte sich die AAAS im Frühjahr mit einem konkreten Kooperationsvorschlag an die Akademie gewandt. Das Plenum hatte sich nach dessen eingehender Diskussion unter den Mitgliedern grundsätzlich für eine Zusammenarbeit ausgesprochen. Auf der Grundlage des um einige im besonderen Interesse der deutschen Seite liegenden Aspekte ergänzten Vorschlages fand Ende September 1999 ein binationales Treffen in Cambridge (USA) statt, an dem die BBAW durch die Mitglieder Wolfgang Giloi, Karl-Ulrich Mayer, Helmut Schwarz und Dieter Simon vertreten war. Im Ergebnis wurden zwei Themen für eine zukünftige Zusammenarbeit identifiziert. „Universities between Autonomy and Responsibility“, „Aspects of Academic Careers“. Zu dem ersten Thema soll voraussichtlich 2001 eine Konferenz durchgeführt werden, vorbereitet durch zwei zum Teil im zeitlichen Umfeld der Jubiläumsfeierlichkeiten liegende Vorkonferenzen.

Die hierfür gewonnene Vorbereitungsgruppe (Peter Weingart, Axel Börsch-Supan, Renate Mayntz, Eberhard Schmidt-Abmann) hat zugleich den Auftrag, die Weichen für das zweite Thema zu stellen.

Das Plenum nahm regelmäßig den *Bericht des Vorsitzenden des Konvents der interdisziplinären Arbeitsgruppen* über die Tätigkeit der bestehenden und

über die Vorbereitung neuer Arbeitsgruppen und interdisziplinärer Initiativen sowie die Aktivitäten des Konvents entgegen und beschloß auf dessen Empfehlung die Einrichtung der interdisziplinären Arbeitsgruppen *Gesundheitsstandards* zum 1. Oktober 1999 und *Sprache des Rechts* zum 1. September 1999 (siehe Jahrbuch 1999, Kapitel II, Konvent). Es folgte der Empfehlung des Konvents zur befristeten Einrichtung von Beschäftigungspositionen für den Leiter der EDV-Gruppe an der Akademie, für die Redaktion der Zeitschrift *Gegenworte* sowie für das Sekretariat der Generalsekretärin.

Mitte Juni übergab der Präsident dem Berliner Wissenschaftssenator Peter Radunski die *Empfehlungen der Akademie zur weiteren Entwicklung von Forschungsschwerpunkten der Molekularen Medizin in Berlin*. Die Empfehlungen schließen an die Ergebnisse des von Wolfgang Gerok geleiteten Arbeitskreises an. Der Arbeitskreis war im ersten Halbjahr 1997 ins Leben gerufen worden, nachdem der Senator die Akademie um Beratung bei der zukunftsfähigen Gestaltung der molekularmedizinischen Forschung gebeten hatte. In einer gemeinsamen Pressekonferenz wurden die Empfehlungen im Juli der Öffentlichkeit vorgestellt.

Das Plenum hat den Vorschlag der Geisteswissenschaftlichen Klasse unterstützt, eine temporäre *Arbeitsstelle „Martin-Buber-Gesamtausgabe“* an der Akademie einzurichten und die Klasse mit den erforderlichen Vorbereitungen betraut. Die Arbeitsstelle soll die Aufgabe haben, die Martin-Buber-Ausgabe wissenschaftlich zu betreuen. Sie soll sich aus Drittmitteln finanzieren (s. u. Berichte der Klassen).

Das Plenum befaßte sich mit dem Ende 1997 verabschiedeten Beschluß des Berliner Abgeordnetenhauses, insgesamt *500 TDM aus den Mitteln zur Förderung der Langzeitvorhaben der Akademie für modernere Forschung* freizusetzen. Das Anliegen steht grundsätzlich im völligen Einklang mit den Bemühungen der Akademie zur Modernisierung und Effektivitätssteigerung im Bereich der Langzeitvorhaben. Mit Blick auf die betroffenen Bundesmittel in gleicher Höhe war Anfang 1998 mit der Berliner Wissenschaftsverwaltung Einvernehmen dahingehend erzielt worden, das Ziel durch Umschichtung innerhalb des Akademienprogramms zu erreichen. Einen Teil der Mittel konnte die Akademie durch die vorzeitige Schließung der Wissenschaftshistorischen Studien und die Erweiterung der Alexander von Humboldt-Forschung erbringen, für den größeren Teil ist der Auftrag jedoch nicht erfüllt, da die akademieinterne Umschichtung den Regularien des Akademienprogramms widerspricht und nur in Ausnahmefällen möglich sein wird. Somit besteht die doppelte Gefahr, daß einerseits freigesetzte Mittel nicht in der Verfügung der Akademie bleiben, andererseits durch Arbeitsrechtsprechung zusätzliche Belastungen für den Gesamthaushalt der Akademie und damit vor allem für

die interdisziplinären Vorhaben entstehen. Beschlußmotiv und Realisierungsmöglichkeit stehen damit zueinander im Widerspruch. Diesen Umstand zum Anlaß nehmend, suchte der Präsident das Gespräch mit dem Wissenschaftssenator und den Abgeordneten.

Seit Herbst 1998 ist die Akademie Hausherr auf *Schloß Blankensee* und verfügt damit über eine eigene *wissenschaftliche Tagungsstätte*. Nachdem im Oktober 1998 in Anwesenheit von Berlins Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen, Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe und Wissenschaftsminister Steffen Reiche die feierliche Übergabe erfolgt war, offenbarten sich zum Jahreswechsel 1998/99 erhebliche Schwierigkeiten die Finanzierung und die Betriebsorganisation für die Tagungsstätte betreffend. Dem Bemühen der verantwortlichen Politiker von Berlin und Brandenburg, im Einvernehmen mit der Akademie zu Lösungen zu gelangen, ist es zu verdanken, daß im Sommer 1999 der Tagungsbetrieb offiziell aufgenommen werden konnte. Durch die Vermittlung von Mobilair durch das Land Brandenburg, durch rd. 230 TDM Berliner Lottomittel sowie eine Spende der Schering AG in Höhe von 50 TDM kann schrittweise eine angemessene Einrichtung des Hauses realisiert werden. Im Juni 1999 verabschiedete das Plenum eine Teilsatzung, um für die Bewirtschaftung der Tagungsstätte einen Betrieb gewerblicher Art einrichten zu können.

Über den eigenen Bedarf hinaus soll Schloß Blankensee vor allem ein Angebot an die Wissenschaftslandschaft der Region sein. Bisherige Erfahrungen mit akademieinternen und externen Nutzern stimmen zuversichtlich, daß dieses Anliegen Realität werden kann.

Das Plenum wählte 10 ordentliche und 3 außerordentliche Mitglieder zu. Die öffentliche Bekanntgabe der *Zuwahlen* und die Übergabe der Mitgliedsurkunden erfolgten auf der Festveranstaltung am 26. Juni im Konzerthaus Berlin. Weitere Zuwahlvorschläge aus den Klassen wurden beraten.

Das Plenum folgte der Empfehlung des Vorstandes, Adrienne Heritier und Timothy Garton Ash auf deren Antrag in den Stand eines außerordentlichen Mitglieds zu versetzen. Beide hatten unter Hinweis auf die anhaltend starken dienstlichen Verpflichtungen, die einer regelmäßigen Wahrnehmung ihrer Akademieplichten entgegenstehen, um diese Entlastung gebeten.

Das Plenum entband im Februar Walter Burkert, im Juni Otto Fiedler, Klaus Pinkau und Klaus Zernack, im November Hans-Joachim Queisser von ihren Pflichten als ordentliche Mitglieder – sie hatten im Berichtsjahr das 68. Lebensjahr vollendet. Der Präsident würdigte ihre Leistungen für die Akademie.

Das Plenum bestätigte die Wahl von Randolph Menzel *zum Sekretar der Bio-wissenschaftlich-medizinischen Klasse* und von Volker Erdmann zu dessen Stellvertreter. Der Funktionswechsel erfolgte zum 1. Juli.

Für die Dauer von fünf Jahren wurden in der November-Sitzung des Plenums Christine Windbichler, Wilhelm Voßkamp und Hans-Günther Wagemann zu Mitgliedern des *Kuratoriums der Hermann und Elise geborene Heckmann Wentzel-Stiftung* wiedergewählt, Thomas Börner und Gerhard Ertl traten die Nachfolge von Heinz Bielka und Ernst Schmitz an.

Die Mitglieder des Plenums befaßten sich mit Vorschlägen zur Vergabe der Helmholtz-Medaille und der Leibniz-Medaille (siehe Jahrbuch 1999, Kapitel II). Sie folgten der Empfehlung der *Preisträgerfindungskommission* zur Vergabe des Akademiepreises 1999 sowie der Preise der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, gestiftet von der Monika Kutzner-Stiftung zur Förderung der Krebsforschung sowie von der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung (siehe Jahrbuch 1999, Kapitel II, Preise 1999).

Ab 2001 wird die Akademie auf Beschluß des Plenums einen weiteren Preis verleihen können, den *Preis der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, gestiftet von der Commerzbank-Stiftung*. Der Preis ist mit 30.000 DM dotiert und soll alle zwei Jahre an junge Wissenschaftler für herausragende Leistungen in den Geistes- und Sozialwissenschaften verliehen werden.

Im Februar verabschiedete des Plenum eine *Satzungsänderung*, mit der insbesondere die Quoren für Zuwahlen neu geregelt wurden. Danach wird im Unterschied zum bisherigen Verfahren fortan auf das 2/3-Anwesenheitsquorum verzichtet. Die Festlegung, daß bei Zuwahlen die Zustimmung der Mehrheit der stimmberechtigten nichtbeurlaubten Mitglieder erforderlich ist, blieb von der Neuregelung unberührt.

Nach regelmäßigen Berichten zum *Haushalt* des laufenden Jahres und zu den Verhandlungen mit den Zuwendungsgebern für die Folgejahre beschloß das Plenum im November auf Empfehlung der Haushaltskommission den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2000.

Berichte der Klassen

Klassensitzungen

12. Februar

<i>Sozialwissenschaftliche Klasse</i>	Akademieoffene wissenschaftliche Klassensitzung: <i>Reinhard Selten</i> „Eingeschränkt rationale strategische Interaktion“
<i>Geisteswissenschaftliche Klasse</i>	Geschäftssitzung
<i>Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse</i>	Geschäftssitzung
<i>Biowissenschaftlich-medizinische Klasse</i>	Geschäftssitzung
<i>Technikwissenschaftliche Klasse</i>	Geschäftssitzung und wissenschaftliche Sitzung: <i>Dagmar Schipanski</i> spricht über die Entwicklung gasdetektiver Sensoren sowie über die Simulation von Bauelementen

9. April

<i>Geisteswissenschaftliche Klasse</i>	Geschäftssitzung und wissenschaftliche Sitzung: <i>Aleida Assmann</i> „Die Gegenwart der deutschen Vergangenheit. Die Walser-Bubis-Debatte in historischer Perspektive“ (veröffentlicht in <i>Berichte und Abhandlungen</i> , Band 7 unter dem Titel: „Erinnerung als Erregung. Wendepunkte der deutschen Erinnerungsgeschichte“)
--	--

16. April*Technikwissenschaftliche Klasse*

Geschäftssitzung und wissenschaftliche Sitzung:

Rainer Hascher spricht über Möglichkeiten des energiebewußten Bauens**27. April***Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse*

Geschäftssitzung und wissenschaftliche Sitzung:

Reinhard Lipowsky „Perspektiven der biologischen Physik“**24. Juni***Geisteswissenschaftliche Klasse
Sozialwissenschaftliche Klasse*

Geschäftssitzung

Geschäftssitzung und wissenschaftliche Sitzung:

Beate Kohler-Koch „Demokratie ohne politische Gesellschaft“*Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse*

Geschäftssitzung und wissenschaftliche Sitzung

Klaus Pinkau „Nachweis der Einsetzbarkeit der Fusion als Ergebnis zielorientierter Grundlagenforschung“*Biowissenschaftlich-medizinische Klasse*

Geschäftssitzung und wissenschaftliche Sitzung

Karl Sperling „Die menschliche Genkarte: ihre Bedeutung für Biologie und Medizin“*Technikwissenschaftliche Klasse*

Geschäftssitzung und wissenschaftliche Sitzung:

José Encarnacao spricht über zukunftsweisende F&E-Trends und Anwendungen für neue Medien in der Informations- und Kommunikationstechnologie**27. August***Geisteswissenschaftliche Klasse*

Geschäftssitzung und Causerie zum 250. Geburtstag von Johann Wolfgang von Goethe:

Conrad Wiedemann „Goethe und Berlin“
Wilhelm Voßkamp „Goethe und Thomas Bernhard“

27. September*Technikwissenschaftliche Klasse*

Geschäftssitzung

1. Oktober*Biowissenschaftlich-medizinische Klasse*

Geschäftssitzung und wissenschaftliche Sitzung:

Frieder Scheller erläutert die Geschichte des Instituts für Biochemie der Universität Potsdam im Biotechnologiepark Luckenwalde sowie die Organisation des Biotechnologieparks und führt durch die Labors; er spricht über die Entwicklung und den neuesten Stand der Biosensoren *Dieter Fürst* (Institut für Biochemie/Biologie der Universität Potsdam) spricht über Struktur, Entwicklung und Biochemie des quergestreiften Wirbeltiermuskels

3. November*Mathematisch-naturwissenschaftliche, Biowissenschaftlich-medizinische, Technikwissenschaftliche Klasse*

Gemeinsame wissenschaftliche Sitzung: „Virtuelle Welten: Simulation der Wirklichkeit“

Peter Noll „Virtualität – Realität aus technikwissenschaftlicher Sicht“*P. Deuffhard* „Der virtuelle Krebspatient“*Th. Elbert* „Bildgebung von Hirnfunktionen: Geistes- oder Geisterbilder?“**25./26. November***Sozialwissenschaftliche Klasse*

Geschäftssitzung und wissenschaftliche Sitzung zum Thema:

Menahem E. Yaari „The Economics of Justice“*Axel Börsch-Supan* „Understanding Saving“**26. November***Geisteswissenschaftliche Klasse
Sozialwissenschaftliche Klasse
Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse*

Geschäftssitzung

Geschäftssitzung

Geschäftssitzung

<i>Biowissenschaftlich-medizinische Klasse</i>	Geschäftssitzung und wissenschaftliche Sitzung: <i>Wolfgang Sterry (HUB)</i> „Behandlung maligner Tumoren der Haut durch immunologische Verfahren“
<i>Technikwissenschaftliche Klasse</i>	Geschäftssitzung und wissenschaftliche Sitzung: <i>Wolfgang Bleck</i> spricht über Eigenschaften, Umformbarkeit und Korrosionspotentiale nichtrostender Edelstähle <i>Manfred Geiger</i> spricht über Metallumformung mit Laserstrahl und damit verbundene Innovationspotentiale
<i>Geisteswissenschaftliche, Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse</i>	Gemeinsame wissenschaftliche Sitzung: <i>Carl Friedrich Gethmann</i> „Wahrheit und Beweisbarkeit. Heytings formale Regeln der intuitionistischen Logik“ <i>Helmut Schwichtenberg (München)</i> „Beweise und Programme“

Die Arbeit der Klassen konzentrierte sich im Berichtsjahr zum einen auf die bereits Ende 1998 begonnene Grundsatzdebatte zu Aufgaben und Struktur der Akademie, die mit der Publikation des von Dieter Simon herausgegebenen Breviers „Akademie der Wissenschaften. Das Berliner Projekt“ ein erstes Zwischenergebnis erreicht hat und nach Vorliegen der Überlegungen des Verfassungsrates für die künftige Entwicklung der Akademie konzentriert fortgesetzt wird. Im Rahmen dieser Debatte spielte – insbesondere in der Geisteswissenschaftlichen Klasse – auch die Neuordnung des Betreuungssystems für die Langzeitvorhaben eine zentrale Rolle. Die Klasse hatte sich mit Nachdruck dafür ausgesprochen, die in der Verantwortung der gesamten Akademie liegenden Projekte auch durch die Bildung entsprechender klassenübergreifender Gremien zu dokumentieren. Bislang hatte die Betreuungsarbeit entscheidenden Raum in der Arbeit der geisteswissenschaftlichen Klasse eingenommen, wodurch umfänglich Kräfte gebunden waren und für wissenschaftliche Aktivitäten, wie sie in anderen Klassen möglich sind, nicht zur Verfügung standen. Unabhängig von diesem Anliegen der Geisteswissenschaftlichen Klasse hatte der Vorstand im Zusammenhang mit der für Anfang 2000 anstehenden Neuberufung der Betreuungskommissionen eine Erweiterung dieser durch Mitglieder vorwiegend aus der Mathematisch-naturwissenschaftlichen, der Biowissenschaftlich-medizinischen und der Technik-

wissenschaftlichen Klasse erwogen. Neben der auf diese Weise installierten Zuständigkeit aller Klassen für die Langzeitvorhaben würden auch die so eingebrachte interdisziplinäre Komponente und die „zunftfremde“ Denkweise von Vorteil sein, ebenso wie die zu erwartende Objektivierung von Entscheidungen vor allem im Personalbereich.

Ebenfalls im Zusammenhang mit der Grundsatzdebatte standen in den Klassen neben der Diskussion und Wahl von neuen Mitgliedern Fragen der künftigen Zuwahlstrategie. Neben der Altersfrage spielten vor allem disziplinenbezogene Gesichtspunkte eine Rolle, wie die in einigen Fällen schwierige Zuordnung zu einer Klasse (Informatik, Psychologie) oder die Schwierigkeit, unter klassendominanten Zuwahlregularien inter- und intradisziplinär orientierte Zuwahlen vorzubereiten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Klassenarbeit bestand in der Gestaltung und weiteren Planung des wissenschaftlichen Programms in den Klassen (vgl. obenstehende Sitzungsübersicht), zum entscheidenden Teil auch im Zusammenwirken mehrerer Klassen – wie bei dem Symposium der Mathematisch-naturwissenschaftlichen, der Biowissenschaftlich-medizinischen und der Technikwissenschaftlichen Klasse über Virtuelle Welten – oder als Angebot einer Klasse für die übrigen – wie bei dem Vortrag von *Reinhard Selten* über „Eingeschränkt rationale strategische Interaktion“. Die Geisteswissenschaftliche Klasse nahm das Goethe-Jubiläum zum Anlaß, um im Zusammenwirken mit Archiv und Bibliothek ein vielfältiges Programm für den Vorabend des Goethegeburtstages vorzubereiten. Einer Causerie in der Klasse folgte die Eröffnung einer Ausstellung, die als Resultat der Spurensuche in den Akademiebeständen einen Eindruck über das dichterische und wissenschaftliche Schaffen des Jubilars vermittelte. Den virtuellen Besucher erwartete ein die Ausstellung unterstützendes und erweitertes Angebot im World Wide Web (Goethe-Server). Mit einem öffentlichen Vortrag von Otto Krätz (München) „... daß ich erkenne, was die Welt im Innersten zusammenhält.“ Goethe und die Naturwissenschaften“ fand der Vorabend des Goethe-Geburtstages seinen gebührenden Abschluß. In einer gemeinsamen wissenschaftlichen Sitzung erinnerten die Geisteswissenschaftliche Klasse und die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse an einen Akademie Vortrag des niederländischen Mathematikers A. Heyting im Jahre 1929.

Die Sozialwissenschaftliche und die Biowissenschaftlich-medizinische Klasse bereiten für Anfang 2000 eine gemeinsame Sitzung zum Thema „Angewandte Neurowissenschaften: Das Bild vom Menschen und die moderne Neurowissenschaft“ vor. Unter Federführung der Biowissenschaftlich-medizinischen Klasse laufen die Planungen für ein Anfang 2001 terminiertes akademieinternes Symposium zu „Evolutionstheorie und soziale Gemein-

schaften“ sowie ein Symposium der BBAW gemeinsam mit der Prager Akademie zum Thema „Evolution and Natural Selection: A Model for Understanding Societies“ im Frühjahr 2000.

Von der Geisteswissenschaftlichen Klasse ging die Initiative für die Akademievorlesungen im Wintersemester 1999/2000 aus, die mit fünf Veranstaltungen zur Individualität eine breite öffentliche Resonanz fanden.

Ebenfalls zur Diskussion in den meisten Klassen standen Überlegungen zur Vorbereitung kontroverser wissenschaftlicher Auseinandersetzungen für die im Rahmen der wissenschaftlichen Konventssitzungen stattfindenden Veranstaltungen „Wissenschaft im Streit“, die inhaltliche Vorbereitung, insbesondere Themenfindung für den Aufbau einer Kooperation mit der American Academy of Arts and Sciences sowie die von den Akademiemitgliedern gemeinsam mit namhaften Vertretern der Berliner und Brandenburger Wissenschaft ins Leben gerufene Balkan-Initiative. Die Idee, gemeinsam mit den Berliner und Brandenburger Universitäten eine Sommerakademie in Blankensee einzurichten, um dem Nachwuchs so die Chance des frühzeitigen Zusammentreffens mit ausgewiesenen Wissenschaftlern zu geben, wurde in mehreren Klassen diskutiert und begrüßt.

Für die Geisteswissenschaftliche Klasse waren es darüber hinaus vor allem Themen im Zusammenhang mit den Langzeitvorhaben, die die Arbeit der Klasse bestimmten: sie empfahl dem Plenum die Erweiterung der Leibniz-Ausgabe im Rahmen der Kooperation Berlin-Paris-Moskau/Petersburg und die Übernahme der Kant-Ausgabe ab 2002, sie befaßte sich mit den Betreuungskommissionen, der turnusmäßigen Überprüfung von Langzeitvorhaben der BBAW sowie mit Problemen im Zusammenhang mit CIL-Inschriften im Internet. Die gravierenden Schwierigkeiten im Vorhaben Deutsche Inschriften des Mittelalters, die Befassung mit diesbezüglichen Urteilen externer Gutachter und Stellungnahmen der Mitarbeiter, schließlich die Empfehlung der zuständigen Betreuungskommission waren Gegenstand der Klassensitzungen und mündeten in dem Votum der Klasse gegenüber Vorstand und Plenum zum weiteren Vorgehen.

Die Vorbereitungen der interdisziplinären Arbeitsgruppen „Sprache und Recht“ und „Gesundheitsstandards“, der Fortgang der Arbeit der Arbeitsgruppe „Berliner Akademieggeschichte im 19. und 20. Jahrhundert“ sowie die Tagung „Origins of Language“ im Dezember 1999 standen auf der Tagesordnung. Die Klasse unterstützte, die von Conrad Wiedemann vorgestellte Projektidee „Berliner Klassik“ als interdisziplinär besetzte Studien- bzw. Arbeitsgruppe zu etablieren. Sie sprach sich für die Bildung einer temporären Arbeitsstelle an der Akademie aus, um die Martin-Buber-Ausgabe wissenschaftlich zu betreuen. Die nach Zustimmung des Plenums für die weiteren

Vorbereitungen gebildete Kommission, der die Mitglieder Peter Schäfer, Aleida Assmann, Conrad Wiedemann, Wilhelm Voßkamp, Jürgen Mittelstraß und Jürgen Trabant angehören, konnte bereits zum Jahresende erste Ergebnisse vorlegen: Zur Finanzierung von Forschungsarbeiten zum Editionsprojekt wurde ein Antrag an die GIF gestellt, ein zweiter Antrag an die DFG war in Vorbereitung. Die Modalitäten zur Überführung einer derzeit an der Freien Universität angesiedelten und von der Krupp-Stiftung bis Ende 2000 finanzierten Arbeitsstelle werden mit der FU verhandelt. Die Editionsrichtlinien sind ausgearbeitet. Für die in Zusammenarbeit mit der Israelischen Akademie der Wissenschaften geplante Arbeit sind Symposien geplant zu den Themen „Jüdische Renaissance“ und „Israelisch-arabischer Dialog“. Von den insgesamt 15 Editionsverträgen sind bereits 20 abgeschlossen, Ende 1999 wurde das erste Manuskript erwartet.

Die Klasse unterstützt mit Nachdruck die Initiative von Bernd Seidensticker, im Rahmen der Jubiläumsaktivitäten gemeinsam mit der Akademie der Künste ein Symposium über „Antike und Gegenwart“ vorzubereiten.

Für die Sozialwissenschaftliche Klasse waren es vor allem Fragen im Zusammenhang mit den interdisziplinären Initiativen sowie der Konventsarbeit, die debattiert wurden: so die Beteiligung an dem wesentlich von Herrn Hucho initiierten Gentechnik-Report und der Arbeitsgruppe „Sprache und Recht“. Die Klasse beteiligte sich an der Meinungsbildung im Zusammenhang mit den Ergebnissen des gemeinsam mit der Reimers-Stiftung veranstalteten Kolloquiums zum Thema „Was kann ein Institut für Evolutionswissenschaften leisten“.

Weitere inhaltliche Themen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse waren die geplante Kooperation mit der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina und die Bildung einer Jungen Akademie, des weiteren Überlegungen für wissenschaftliche Veranstaltungen gemeinsam mit anderen Klassen.

Für die Biowissenschaftlich-medizinische Klasse stand im Zentrum des Interesses die Aussprache zu dem von Herrn Hucho initiierten Gentechnologiebericht, der nicht auf allgemeine Stellungnahmen zielt, sondern die in Deutschland laufenden Aktivitäten dokumentieren und kritisch begleiten soll. Die Klasse überlegte ihre Beteiligung an der Arbeitsgruppe Gesundheitsstandards und sprach sich in Auswertung des mit der Reimers-Stiftung veranstalteten Kolloquiums zur Evolutionswissenschaft dafür aus, die weitere Entwicklung aktiv mitzugestalten.

Gemeinsam mit der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse bereitete sie einen Vorschlag für die Verleihung des Preises der Wolf Foundation (Israel) vor und nominierte einen Kandidaten für die Nachwahl in den Senat

der DFG. Die Klasse wählte Randolf Menzel für die Dauer von drei Jahren erneut zu ihrem Sekretar und Volker Erdmann zu dessen Stellvertreter.

Die internationale Wirksamkeit der Technikwissenschaftler Deutschlands und damit die Arbeit des Konvents für Technikwissenschaften bildete einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit der Technikwissenschaftlichen Klasse. Ebenso befaßte sich die Klasse regelmäßig mit dem Stand der Arbeiten der Arbeitsgruppe über Strategien zur Abfallenergieverwertung sowie des Projekts zum Selbstverständnis der Technikwissenschaften. Sie überlegte ihre Beteiligung bei der AG Gesundheitsstandards und befaßte sich mit der Initiierung neuer Projektideen. Von der Klasse ging ein Vorschlag für die Verleihung des Leibniz-Preises der DFG aus. Die Klasse übernahm eine aktive Rolle bei der Gestaltung des Ehrenkolloquiums der TU Dresden anlässlich des 85. Geburtstages von Werner Albring.

Sie wählte Reinhard Hüttl für die Dauer von drei Jahren erneut zum Sekretar und Bernd Hillemeier zu dessen Stellvertreter.

Die Suche nach Kandidaten für die Vergabe der beiden herausragenden Auszeichnungen der Akademie, der Helmholtz- und der Leibniz-Medaille, die Benennung von Vertretern für das Kuratorium der Hermann und Elise geborene Heckmann Wentzel-Stiftung sowie für Kommissionen im Zusammenhang mit der Preisverleihung, der Reformierung des Förderkreises, der Überarbeitung der Vergaberichtlinien für Akademiestipendien waren ebenso Gegenstand der Klassenarbeit wie die Werbung für den Förderkreis der Akademie und die Bereitschaft, frühere Akademiemitglieder anlässlich herausragender Gedenktage mit einem Artikel im Tagesspiegel zu würdigen.

Bericht aus dem Konvent

11. Februar
15. Sitzung

Geschäftssitzung, insbesondere
Einrichtung des AK *Vorbereitung eines Gentechnologieberichtes*
Bericht des Projekts *Selbstverständnis der Technikwissenschaften*

23. Juni
16. Sitzung

Geschäftssitzung, insbesondere
Einrichtung der AGen *Sprache des Rechts. Vermitteln, Verstehen, Verwecheln* (Berichterstatter: K. U. Mayer) und *Gesundheitsstandards* (Berichterstatter: P. Költzsch)
Berichte der AG *Gemeinwohl und Gemeinsinn*, des AK *Vorbereitung eines Gentechnologieberichtes* und des Projektes *Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts*

25. November
17. Sitzung

Geschäftssitzung, insbesondere
Diskussion und Beschlußfassung über die Arbeitsberichte der laufenden Arbeitsgruppen und Arbeitskreise für 1999
Wahl des Konventsvertreters und seines Stellvertreters im Vorstand

Im Berichtszeitraum hat der Konvent der Akademie die Arbeit der laufenden interdisziplinären Vorhaben kritisch begleitet und zwei neue Arbeitsgruppen eingerichtet. Ausführliche Berichte über die Vorhaben finden sich im Kapitel Interdisziplinäre Arbeitsgruppen und Initiativen (vgl. S. 177ff.).

Neu gewählt hat der Konvent seinen Vertreter im Vorstand der Akademie. Die bisherigen Amtsträger Wolfgang Fratzscher und Klaus Zernack scheiden im Jahr 2000 aufgrund der bevorstehenden Beendigung ihrer Arbeitsgruppen aus dem Konvent aus.

Als Konventsvertreter im Vorstand wurde Hasso Hofmann gewählt. Sein Stellvertreter ist Hanfried Helmchen.

Verwendete Abkürzungen

AG Arbeitsgruppe

AK Arbeitskreis

Interdisziplinäre Arbeitsgruppen und Initiativen

Wolf-Hagen Krauth

I Arbeitsgruppen

Im Berichtszeitraum hat die interdisziplinäre Arbeitsgruppe *Altern und gesellschaftliche Entwicklung*, deren Ziel es war, Gegenwart und Zukunft des Alterns aus multi- und interdisziplinärer Perspektive zu untersuchen und zur Weiterentwicklung des Erkenntnisstandes der gerontologischen Forschung beizutragen, ihre Forschungen abgeschlossen (vgl. Bericht der AG S. 187 ff.). Das Forschungsvorhaben wurde über einen langen Zeitraum auch durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Zum Projektende wurden dem Ministerium die von Paul B. Baltes und Karl Ulrich Mayer herausgegebene englischsprachige Monographie „The Berlin Aging Study: Aging from 70 to 100“ und der vom Projekt vorgelegte Abschlußbericht übergeben. Die zentrale Datenbank der AG, die sich im Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung befindet, wird zukünftig interessierten Altersforscherinnen und -forschern aus aller Welt zur Verfügung stehen.

Die drei Arbeitsgruppen *Strategien zur Abfallenergieverwertung – ein Beitrag zur Entropiewirtschaft*, *Berliner Akademiegeschichte im 19. und 20. Jahrhundert* und *Gemeinwohl und Gemeinsinn* haben ihre Tätigkeit fortgesetzt.

Neu eingerichtet wurden im Juni die Arbeitsgruppen *Sprache des Rechts*, *Vermitteln*, *Verstehen*, *Verwechselln* und *Gesundheitsstandards*.

Ausführliche Berichte finden sich auf den folgenden Seiten.

II Fachübergreifende Initiativen

Fortgesetzt haben ihre Tätigkeit die Arbeitskreise *Frauen in Akademie und Wissenschaft* und *Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts (DWDS)*.

Besonders ertragreich für die Weiterführung der Forschungsarbeiten des AK *Frauen in Akademie und Wissenschaft* war der im Dezember 1998 durchgeführte internationale Workshop, bei dem unter anderem Londa Schiebinger (Pennsylvania), Norton Wise (Princeton) und Soraya de Chadarevian (Cambridge) die Ergebnisse der bisherigen Projektarbeit kommentierten (vgl. den Bericht des AK S. 257 ff.).

Das Projekt *DWDS* hat 1999 die Arbeit an seiner als Pilotstudie angelegten CD-ROM beendet. Sie enthält ein Corpus von 11 Mio. Wörtern ausgewählter literarischer, wissenschaftlicher, journalistischer Prosa des gesamten 20. Jahrhunderts. Dieses Werkstück bildet die Grundlage für einen DFG-Antrag zum Aufbau eines elektronischen Corpus der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts in den Jahren 2000 und 2001. Der Antrag ist von der DFG außerordentlich positiv begutachtet worden. Mit dem elektronischen Corpus wird die Basis für die Erstellung des Wörterbuches im Rahmen lexikographischer Arbeit in den Folgejahren geschaffen. Das Corpus wird in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sowie der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften erstellt (vgl. den Bericht des AK S. 277 ff.).

Im Berichtszeitraum hat die von Günter Spur geleitete Projektgruppe *Selbstverständnis der Technikwissenschaften* ihre Arbeiten abgeschlossen. Ziel war es, Grundlagen für die Neubestimmung des Selbstverständnisses der Technikwissenschaften zu erarbeiten und sich um die Formulierung einer ganzheitlichen Wissenschaftslehre der Technik zu bemühen. Angesichts der immer stärkeren Integration von Technik und Technikwissenschaften in die Gesellschaft wird unter dem Begriff „Technosophie“ die Institutionalisierung verstärkter und dauerhafter Reflexionsbemühungen vorgeschlagen (vgl. den Bericht der Projektgruppe S. 289 ff.).

Neu eingerichtet wurde im Berichtszeitraum der AK *Vorbereitung eines Gentechnologieberichtes*, dessen Federführung in Händen von Ferdinand Hucho liegt. Ziel ist die Erarbeitung der Konzeption für ein kontinuierliches in zweijährigem Rhythmus durchgeführtes Monitoring des Standes, der Perspektiven und Probleme der verschiedenen Felder der Gentechnik in der Bundes-

republik Deutschland. Der Arbeitskreis strebt die Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe an (vgl. den Bericht des AK S. 271 ff.).

Ihre Arbeiten abgeschlossen hat die von Mitchell G. Ash (Wien), Paul B. Baltes und Friedhart Klix (Berlin) initiierte Studiengruppe *Berlinbezogene historische Studien des Faches Psychologie*, die sich zwei Aufgaben gestellt hatte. Zum einen wurde unter dem Arbeitstitel „Szenen der Psychologiegeschichte in Berlin“ die Konzeption für ein interdisziplinär orientiertes Sonderheft der *Zeitschrift für Psychologie* erarbeitet. Entwürfe der Beiträge wurden in der Studiengruppe diskutiert. Die Veröffentlichung ist für das Jahr 2000 vorgesehen. Die zweite Aufgabe zielte vor dem Hintergrund einer Empfehlung des Konvents der Akademie, innovative wissenschaftshistorische Themen aufzugreifen, auf die Erarbeitung eines Rahmens für ein interdisziplinäres psychologiehistorisches Forschungsvorhaben, das disziplin-, wissenschafts-, kultur- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte in eine fruchtbare Beziehung zueinander setzt und damit die Disziplin und ihre Entwicklung in einen breiten ideen- und gesellschaftshistorischen Kontext einbettet. Die Studiengruppe strebt die Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe *Psychologisches Denken und psychologische Praxis in wissenschaftshistorischer und interdisziplinärer Perspektive* an (vgl. S. 293 ff.).

Ebenfalls in der Vorbereitungsphase für die Bildung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe befinden sich die beiden Projekte *Berliner Klassik* und *Informationstechnik und Arbeitswelt*.

Das unter Federführung von Conrad Wiedemann betriebene Projekt *Berliner Klassik* prüft, ob durch eine interdisziplinäre Rekonstruktion der ungewöhnlichen Kulturblüte Berlins in der Zeit zwischen 1786 und 1815 eine Alternative zur Weimar-Jenaischen Klassik profiliert werden kann. Hierzu sollen bekannte und weniger bekannte Werke und Ereignisse dieser Epoche mit ihren stadtinternen und -externen Korrespondenzen und Oppositionen, ihren soziokulturellen Voraussetzungen und ihrer kommunikativen und institutionellen Vernetzung in Beziehung gesetzt werden.

Im Zentrum des Projektes *Informationstechnik und Arbeitswelt* steht die Untersuchung der Beziehung Mensch und Technik. Besonderes Augenmerk wird auf die Chancen und Herausforderungen gelegt, die durch die ‚Virtualisierung‘ immer breiterer Bereiche der Arbeitswelt entstehen. Analysiert werden sollen Stand und Trajektorien kurrenter Methoden und Systeme, ihre technischen, wirtschaftlichen, rechtlichen wie auch organisatorischen und psychischen Auswirkungen sowie die Gestaltungsmöglichkeiten für die Weiterentwicklung.

Erfolgreich fortgesetzt wurde die Arbeit der Zeitschrift *Gegenworte*, die sich dem disziplinen- und gesellschaftliche Bereiche übergreifenden Disput über Wissen verschrieben hat. Im Berichtszeitraum sind zwei Ausgaben erschienen. Das Heft 3 beschäftigt sich unter dem Titel „Muß Wissenschaft hinein ins Leben. Zwischen Popularisierung, Legitimation und Dialog“ mit Wissenschaft und Öffentlichkeit; Heft 4 „Von Tieren und Forschern. Vernunft – Verleumdung – Streitkultur“ setzt sich mit Tierversuchen, Tierschutz und neuen Gesetzgebungsinitiativen auseinander.

Internationale Konferenzen, Kongresse, Tagungen und Colloquien

Colloquium „Was kann ein Institut für Evolutionswissenschaft leisten?“ (9. April 1999)

Das gemeinsam mit der Werner Reimers Stiftung veranstaltete Colloquium knüpfte an die Veröffentlichung des Memorandums einer Gruppe von jüngeren Wissenschaftlern an. Im Rahmen der von der Reimers Stiftung durchgeführten und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützten ‚Suchprozesse für innovative Fragestellungen‘ hatte die Gruppe vorgeschlagen, den vielfältigen, oft aber nur zwischen Biologie und den importierenden Disziplinen wie etwa Ökonomie, Linguistik, Psychologie und Soziologie verlaufenden Austausch von Perspektiven, Konzepten und Methoden der Evolutionstheorie zu bündeln und Synergien durch koordinierte Forschungsanstrengungen in einem Institut für Evolutionswissenschaft zu schaffen. In den Kurzvorträgen, von seiten der Akademie sprachen Wolf Singer und Manfred Bierwisch, und der Diskussion wurden die Chancen und Erfordernisse eines solch transdisziplinären Unternehmens hervorgehoben. Wenngleich eine schnelle Institutsgründung wenig Befürworter fand, war es doch die einhellige Meinung, daß das Thema lohnt, ernsthaft weiterverfolgt zu werden. Die Akademie wird sich unter Federführung von Randolf Menzel in der nächsten Zukunft in einer inter- und transdisziplinären Perspektive der Evolutionsthematik annehmen. Den Auftakt wird ein Symposium im April 2000 bilden, bei dem gemeinsam mit der Tschechischen Akademie gefragt wird, ob Evolution und natürliche Selektion ein Modell für das Verständnis von Gesellschaften zu bieten vermögen.

Tagung *The New Cultures* (8.–10. Juli 1999)

In Verbindung mit dem 40. Jahrestag von C. P. Snows berühmtem Vortrag zu den „Two Cultures“ veranstaltete die Akademie gemeinsam mit dem Einstein Forum in Potsdam eine internationale Fachtagung. Unter dem Titel *The New*

Cultures diskutierten Wissenschaftsforscher und Praktiker aus Natur- und Geisteswissenschaften anhand von Beispielen etwa aus der jüngeren Evolutions- und Hirnforschung, inwieweit wichtige Bereiche der Gegenwartswissenschaft – Linguistik, Geographie, Informatik oder die Kognitionswissenschaften wären hier zu nennen – sich einer solchen Dichotomie entziehen. Erkennbar wurde, daß die akademischen Vorbehalte innerhalb der Kulturkreise oft größer sind als zwischen ihnen. Offen blieb, ob die Zwei-Kulturen-Semantik weniger der Beschreibung von Sachverhalten der Forschung denn als Mittel zur Aberkennung von Wissenschaftlichkeitsprädikaten in der Auseinandersetzung um den Anteil an schrumpfenden Forschungsetats dient.

Vortragende: Kurt Bayertz (Münster), Manfred Bierwisch, John Dupré (London), Jürgen Ehlers, Sander L. Gilman (Chicago), Frank Hartmann (Wien), Matthias Kroß (Potsdam), Eberhard Knobloch, Jürgen Kurths (Potsdam), Stephan Meyer (München), Volker Panzer (Berlin), Trevor J. Pinch (Ithaca/New York), Minister Steffen Reiche (Brandenburg), Gerhard Roth (Bremen), Dieter Simon, Rudolf Stichweh (Bielefeld), Erhard Stölting (Potsdam), Francisco J. Varela (Paris), Franz M. Wuketits (Wien).

Binationales Meeting in Kooperation mit der American Academy of Arts and Sciences, Cambridge (MA), (22. – 23. September 1999)

Im Zuge der Absicht der BBAW, ihre Zusammenarbeit mit anderen ausländischen Akademien auszubauen und zu intensivieren, hatte der Präsident bereits 1998 Kontakt mit der American Academy of Arts and Sciences (AAAS) in Cambridge (MA) aufgenommen. Bei einem diesbezüglichen Treffen mit Leslie Cohen Berlowitz, Executive Officer der AAAS, hatte diese vor allem die Bemühungen der AAAS auf dem Gebiet der „Higher Education“ erläutert.

Im Frühjahr 1999 hatte die AAAS ihrerseits einen konkreten Vorschlag für eine wissenschaftliche Kooperation beider Akademien auf dem Gebiet der „Higher Education“ unterbreitet. Dieser Vorschlag wurde von den Mitgliedern der BBAW auf seine Fruchtbarkeit hinsichtlich einer potentiellen Kooperation mit der AAAS geprüft und schließlich um einige thematische Aspekte im Umkreis von „Wissenschaft und Bildung“ ergänzt, die vor allem für die deutsche Seite von besonderem Interesse sind.

In diesem Zusammenhang hatte am 22. und 23. September 1999 im Akademiegebäude in Cambridge ein binationales Meeting stattgefunden, dessen Ziel darin bestand, neue Bereiche einer künftigen Zusammenarbeit beider Akademien zu definieren. Die BBAW wurde dabei von Dieter Simon, Helmut Schwarz, Wolfgang Giloi und Karl Ulrich Mayer vertreten. Die amerikanische Seite wurde durch Robert Adams (University of California, San Diego),

Leslie Berlowitz, Henry Ehrenreich (Harvard University), Roger Geiger (Pennsylvania State University), Carmine Gibaldi (St. John's University, New York), Jerome Kagan (Harvard University), Robert Rosenzweig (President Emeritus, Association of American Universities), Corinne Schelling und Steven Tepper (beide AAAS) repräsentiert.

Die zweitägigen Sondierungsgespräche fanden in einer konstruktiven Atmosphäre statt. Beiden Delegationen gelang es, zwei interessante und vielversprechende Zukunftsthemen aus dem Bereich „Higher Education“ – nämlich „Universities between Autonomy and Responsibility“ und „Aspects of Academic Careers“ – zu identifizieren, von deren vergleichender Betrachtung sowohl das deutsche als auch das amerikanische System profitieren können.

Beide Akademien hatten sich im Rahmen dieses Meetings darauf verständigt, mit dem Thema „*Universities between Autonomy and Responsibility*“ zu beginnen: Daher wurden auf beiden Seiten je eine kleinere Arbeitsgruppe von Akademiemitgliedern gebildet, die bereit und in der Lage ist, für dieses Projekt eine entsprechende Konzeption zu erarbeiten, welche ihrerseits in mehreren Schritten (gedacht ist an etwa zwei bis drei Vorkonferenzen/Workshops zur Abstimmung und zum Vergleich der Arbeitspapiere) zu einer Abschlußkonferenz gegen Ende des Jahres 2001 führen sollte.

Fernerhin werden beide Arbeitsgruppen auch versuchen, im Rahmen ihrer Tätigkeit die Weichen für das zweite Thema („*Aspects of Academic Careers*“) zu stellen.

Für eine Mitwirkung in der deutschen Arbeitsgruppe konnten die Akademiemitglieder Peter Weingart als deren Leiter/Koordinator gewonnen werden; darüber hinaus gehören ihr Renate Mayntz, Axel Börsch-Supan und Eberhard Schmidt-Aßmann an. Wolfgang Giloi und Karl Ulrich Mayer, die beide bereits an dem Sondierungsmeeting in Cambridge teilgenommen hatten, werden ihrerseits das Projekt weiter begleiten.

Kongreß *Das Europa der Diktaturen: Steuerung – Wirtschaft – Recht* (21. bis 23. Oktober 1999)

Gemeinsam mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (Dresden), dem Zentrum für Zeithistorische Forschung (Potsdam) sowie dem Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte (Frankfurt am Main) veranstaltete die Akademie einen internationalen Kongreß in Berlin, der der Frage nach den Chancen und Grenzen einer Steuerung komplexer gesellschaftlicher Teilbereiche durch Recht nachging, die in den vergangenen beiden Jahrzehnten wie nur wenige andere Themen die Diskussion über die Zukunft der demokratischen Wohlfahrtsstaaten geprägt hat. Was vom Staat

gesteuert werden kann, was sich die Politik zumuten will und soll, wird im Zusammenhang mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Sicherung des Gemeinwohls oder der Folgen der Globalisierung, um nur die prominentesten zu nennen, Gegenstand lebhafter und ausdauernder Debatten. Im Zentrum standen allerdings nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse der rechtsstaatlichen Demokratie, sondern die vielfältigen Formen der modernen Despotie, wie sie im Europa des 20. Jahrhunderts als Reaktion auf den Prozeß der sozialen Differenzierung hervorgebracht worden sind. Wissenschaftler aus den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaft, Wirtschaftsgeschichte, Rechtsgeschichte und Rechtswissenschaft beleuchteten anhand der historischen Erfahrung mit dem Einsatz rechtlicher und außerrechtlicher Formen der Steuerung der Wirtschaft in europäischen Diktaturen dieses Jahrhunderts – etwa dem Spanien Francos, Portugals unter Salazar, dem italienischen Faschismus, dem Nationalsozialismus, der DDR – die Mechanismen, Chancen und Grenzen gesellschaftlicher Steuerung. Mit diesem entschiedenen internationalen und interdisziplinären Profil beabsichtigte die Akademie, die Vertreter unterschiedlicher Forschungs- und Disziplinukulturen in einen Dialog zu bringen, um nachhaltige Impulse für die weitere wissenschaftliche Arbeit zu geben. Zugleich sollten die Möglichkeiten eines Anschlusses an die laufenden gesellschaftlichen Debatten verbessert und damit ein Schritt aus der Selbstgenügsamkeit heraus getan werden, die der Wissenschaft nicht selten eigen ist.

Vortragende: Johannes Bähr (Dresden), Klaus von Beyme, Christoph Boyer (Dresden), Martine Fabre (Montpellier), Antonio Serrano-Gonzales (Barcelona), Dieter Gosewinkel (Berlin), Christoph Gusy (Bielefeld), Ludolf Herbst (Berlin), Karl-Otto Hondrich (Frankfurt/M.), Michael Hutter (Witten Herdecke), Christoph Kleßmann (Potsdam), Günter Krause (Berlin), Armel Le Divellec (Paris), Jirí Pernes (Prag), Joaquim Ramos Silva (Lissabon), Joachim Rückert (Frankfurt/M.), Pierangelo Schiera (Trento/Berlin), Uwe Schimank (Hagen), Peter Steinbach (Berlin), Dieter Simon, Wolfgang Streeck, Helmut Willke (Bielefeld).

Konferenz *Qualitätsbeurteilung in der Wissenschaft* (27. November 1999)

Das Ziel der Initiative, die von Randolf Menzel, Friedhelm Neidhardt und Peter Weingart ausging, war es, gemeinsam mit hochrangigen Vertretern von Wissenschaftspolitik, Wissenschaftsförderern und Wissenschaftseinrichtungen den zunehmenden Evaluierungsbetrieb in Wissenschaft und Forschung nicht erneut unter technischen oder programmatischen Aspekten zu betrachten, sondern eine zukunftsorientierte Reflexion der bisherigen Praxis, ihrer Ziele, Folgen und Nebenwirkungen anzustoßen. Eingeladen, durch Kurzvorträge Impulse für die Diskussion zu geben, waren: Stefan H. E. Hornbostel

(Gütersloh), John R. Krebs (Oxford), Ben R. Martin (Sussex), Barend van der Meulen (Twente), Staatsminister Hans J. Meyer (Dresden), Ministerin a. D. Helga Schuchardt (Hamburg).

Teilgenommen haben an der Veranstaltung: Günter Abel (Berlin), Alexander Bradshaw (Garching), Hans-Jürgen Ewers (Berlin), Detlev Ganten, Ingolf V. Hertel, Randolph Menzel, Friedhelm Neidhardt, Wulff Plinke, Frank Pobell (Dresden), Martina Röbbcke (Berlin), Eberhard Schmidt-Aßmann, Christoph Schneider (Bonn), Gerhard Schreier (Bonn), Dagmar Simon (Berlin), Dieter Simon, Andreas Stucke (Köln), Friedrich Tegelbeekers (Köln), Peter Weingart, Ekkehart Winter (Essen), Ministerialdirigent Hansvolker Ziegler (Bonn).

Die Initiatoren werden in einer Publikation die sich aus ihrer Sicht aus der Veranstaltung ergebenden Folgerungen für Qualitätsbeurteilungs- und Qualitätssicherungsmaßnahmen in Wissenschaft und Forschung darlegen.

Dem Thema widmet sich überdies Heft 5 des Akademie-Journals *Gegenworte*.

Tagung *Ursprung der Sprache* (16.–18. Dezember 1999)

Mit der von Jürgen Trabant konzipierten internationalen Tagung wurde der Reigen der mit der Dreihundertjahrfeier in Zusammenhang stehenden Veranstaltungen fortgesetzt. Die Beschäftigung mit dem Sprachursprung hat in der Akademie eine lange Tradition. Angestoßen wurde sie 1710 von Leibniz' „Brevis designatio meditationum de originibus gentium ductis potissimum ex indicio linguarum“. Maupertuis hat als Akademiepräsident den Sprachursprung als ein zentrales wissenschaftliches Problem auf die Tagesordnung gesetzt. Marksteine der Diskussionen waren Herders berühmte Preisschrift „Abhandlung über den Ursprung der Sprache“ (1772), Jacob Grimms Preisschrift „Über den Ursprung der Sprache“ von 1851 sowie Hugo Schuchardts Akademievortrag im Jahr 1920.

Die Frage des Sprachursprungs ist heute wieder auf der Tagesordnung der sprachthematisierenden Disziplinen, weil Evolutionsbiologie, Genetik, Kognitionspsychologie und Paläoanthropologie eine ganze Reihe neuer Einsichten in die Vorgeschichte des Menschen gebracht haben, denen sich auch die Linguistik nicht mehr verschließt. Wie im 18. Jahrhundert berühren die Fragen die Stellung des Menschen im Kosmos: Was an der Sprache ist angeboren, was erworben? Was ist Natur, was Kultur? Was ist überhaupt Sprache, wozu dient sie? Ist Sprache Stimme, ist sie Denken? Was ist das erste Wort? Können wir Frühformen der Sprache, eine Ur-Sprache rekonstruieren?

Von der Seite der Biologie entwarfen Philip Lieberman, Terrence Deacon, Eörs Szathmáry und Manfred Bierwisch durchaus divergierende Szenarien

des Ursprungs. In welchem Ausmaß sich die Linguistik heute auf die Fragestellung einläßt, war vermutlich die große Überraschung der Tagung: Ray Jackendoff, Wolfgang Klein, Bernard Comrie, Jean Aitchison, Jim Hurford, Mike Beaken, Merrit Ruhlen und Volker Heeschen entwickelten, von ganz verschiedenen Sprachauffassungen ausgehend, unterschiedliche, aber auch komplementäre Vorstellungen zur ersten Sprache und zur vorgeschichtlichen Evolution der Sprache. Wie weit interdisziplinäre Kooperation schon gehen kann, zeigte der gemeinsame Vortrag der Biologin Eva Jablonka und des Linguisten Daniel Dor, die eindrucksvoll die Verzahnung natürlicher und kultureller Evolution der Sprache vorführten. Die wissenschaftshistorischen Ausführungen von Joachim Gessinger, Wolfert von Rahden und Henri Meschonnic führten schließlich die weltanschaulichen Implikationen und politischen Motivationen der Sprachursprungs-Debatte in der Vergangenheit vor Augen, was zu entsprechenden Fragen am aktuellen Interesse Anlaß gab.

Weitere Informationen über die interdisziplinären Vorhaben der Akademie lassen sich in der Broschüre *Interdisziplinäre Vorhaben* und auf den Webseiten der Akademie (www.bbaw.de/iag) finden.

III Veranstaltungen der interdisziplinären Arbeitsgruppen und Initiativen

- AG *Abfallenergieverwertung*, Workshop „Verwertung von Reststoffen und Nutzung von Biomasse“
- AG *Abfallenergieverwertung*, Workshop „Thermodynamische, ökonomische und historische Bewertung und Einordnung der Abfallenergieverwertung“
- Studiengruppe *Berlinbezogene Studien zur Psychologiegeschichte*, Workshop
- AG *Gemeinwohl und Gemeinsinn*, Tagung „Gemeinwohl und Gemeinsinn. Soziomoralische Ressourcen moderner Gesellschaften“
- AG *Abfallenergieverwertung*, Workshop „Technische Optionen für Energieversorgungssysteme und ihre soziale Bewertung“
- AG *Abfallenergieverwertung*, Workshop „Technische Entwürfe und gesellschaftliche Wertung einer Entropiewirtschaft“
- AG *Berliner Akademiegeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, Internationale Konferenz „Die Akademien der Wissenschaften zu Berlin im geteilten Deutschland 1945–1990“

- AK *Frauen in Akademie und Wissenschaft*, 2. Workshop „Barrieren und Karrieren im Arbeitssystem Wissenschaft: Organisation und Disziplin“
- AK *Vorbereitung eines Gentechnologieberichtes*, Symposium „Gentechnologiebericht“
- AG *Abfallenergieverwertung*, Internationale Konferenz „Abfallenergieverwertung – ein Schritt von der Energie- zur Entropiewirtschaft“

IV Publikationen

Neben den kurzen Beschreibungen des Forschungsstandes im Jahrbuch der Akademie haben die einzelnen Mitglieder und Mitarbeiter der Arbeitsgruppen und Initiativen eine Vielzahl von Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Zeitschriften vorgelegt. Als Band sind folgende Publikationen bereits erschienen bzw. im Erscheinen:

Baltes, P. B. & K. U. Mayer (Eds.): *The Berlin Aging Study: Aging from 70 to 100*, New York: Cambridge University Press, 1999.

Fischer, W. (Hg. unter Mitarbeit von R. Hohlfeld & P. Nötzoldt): *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Krieg und Frieden, in Republik und Diktatur 1914–1945*, Berlin: Akademie Verlag (im Erscheinen).

Friederici, Angela D. & Randolph Menzel (Hg.): *Learning: Rule Extraction and Representation*, Berlin, New York: Walter de Gruyter Verlag, 1999.

Kocka, J. (Hg. unter Mitarbeit von R. Hohlfeld & P. Th. Walther.): *Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich*, Berlin: Akademie Verlag, 1999.

Kocka, J. (Hg. unter Mitarbeit von P. Nötzoldt und P. Th. Walther): *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*, Berlin: Akademie Verlag (im Erscheinen).

Nötzoldt, P.: *Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946–1972*, Berlin: Akademie Verlag (im Druck).

Schelkle, W., W.-H. Krauth, Kohli, M. & G. Elwert (Hg.): *Paradigms of Social Change: Modernisation, Development, Transformation, Evolution*, Frankfurt/New York: Campus/St. Martins Press, 2000.

Spur, G.: *Technologie und Management: Zum Selbstverständnis der Technikwissenschaften*, München: Carl Hanser Verlag, 1998.

Arbeitsgruppe *Altern und gesellschaftliche Entwicklung (AGE)*
Projektgruppe *Berliner Altersstudie (BASE)*

Paul B. Baltes, Karl Ulrich Mayer, Hanfried Helmchen,
Elisabeth Steinhagen-Thiessen, Karl M. Neher

*1 Die Arbeitsgruppe „Altern und gesellschaftliche Entwicklung“
(AGE) und ihre Projekte*

Die interdisziplinäre Arbeitsgruppe *Altern und gesellschaftliche Entwicklung (AGE)* wurde 1987 von der ehemaligen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gegründet und war seit 1994 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) fortgeführt worden. Das Ziel der Arbeitsgruppe AGE war es, Gegenwart und Zukunft des Alterns aus multi- und interdisziplinärer Perspektive zu untersuchen und zur Weiterentwicklung des Erkenntnisstandes gerontologischer Forschung beizutragen. Dazu hatte sie 1988 zwei miteinander verbundene Projekte entwickelt, die 1989 begonnen wurden.

Das erste Teilprojekt, die Erarbeitung eines Perspektivenbandes zum Thema *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung*, konnte bereits 1991 abgeschlossen werden.

Das zweite Teilprojekt, die *Berliner Altersstudie (BASE)*, wurde in Kooperation mit Instituten und Forschungsgruppen der Psychiatrischen Klinik und Poliklinik der Freien Universität Berlin und des Virchow-Klinikums der Humboldt-Universität zu Berlin¹ sowie dem Max-Planck-Institut für Bildungsforschung durchgeführt und stand seit 1992 im Mittelpunkt der Tätigkeiten der Arbeitsgruppe. Ab 1995 konzentrierten sich die Arbeiten vornehmlich auf die Weiterführung der Berliner Altersstudie. Entsprechend lag die wissenschaftliche Verantwortung seither vor allem bei der Projektgruppe Berliner Altersstudie. In dieser Projektgruppe waren fünf Mitglieder der ursprünglichen Arbeitsgruppe vertreten.

1 Das Klinikum Rudolf Virchow der Freien Universität Berlin, mit dem die Arbeitsgruppe seit 1989 kooperiert hat (FE Innere Medizin und Geriatrie sowie FE Psychiatrie), wurde im Jahr 1995 als Virchow-Klinikum der Humboldt-Universität zu Berlin zugeordnet. Die Psychiatrische Klinik und Poliklinik ist seitdem Bestandteil des Klinikums Benjamin Franklin (früher Klinikum Steglitz) der FU Berlin. Hieraus ergibt sich, daß die Berliner Altersstudie seit 1995 mit der FU Berlin und der Humboldt-Universität kooperiert.

Im Juni 1999 endeten offiziell die Tätigkeiten der interdisziplinären Arbeitsgruppe *Altern und gesellschaftliche Entwicklung* an der BBAW. Die Projektgruppe Berliner Altersstudie wird allerdings auch nach der Auflösung der Arbeitsgruppe AGE weiter bestehen bleiben und auch zukünftig wissenschaftlich tätig sein.

In den folgenden Abschnitten werden (a) die Projekte der Arbeitsgruppe nochmals zusammenfassend dargestellt, (b) die abschließenden Arbeitsschwerpunkte im Jahr 1999 beschrieben und (c) ein Ausblick auf die zukünftigen Arbeiten der Projektgruppe Berliner Altersstudie gegeben.

1.1 Perspektivenband zum Thema „Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung“ (Teilprojekt 1)

Das erste Teilprojekt, die Erarbeitung eines Perspektivenbandes zum Thema *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung*, wurde 1991 abgeschlossen. Der Band verbindet in seinen 28 Originalbeiträgen Ergebnisse gerontologischer Grundlagenforschung mit praktischen Fragen des Alterns. Er wurde 1992 als Forschungsbericht der Akademie der Wissenschaften zu Berlin und 1994 in zweiter Auflage als Studententext zur Gerontologie veröffentlicht (Baltes, P. B. & J. Mittelstraß [Hg.], *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung*. Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Forschungsbericht 5, Berlin: de Gruyter, 1992; Baltes, P. B., Mittelstraß, J. & U. M. Staudinger [Hg.], *Alter und Altern: Ein interdisziplinärer Studententext zur Gerontologie*, Berlin: de Gruyter, 1994).

1.2 Die Berliner Altersstudie (Teilprojekt 2)

Die Berliner Altersstudie (BASE) zeichnet sich durch Konzentration auf das hohe und höchste Alter, durch die Arbeit mit einer für das ehemalige Berlin (West) repräsentativen Stichprobe sowie durch Multi- und Interdisziplinarität der Datenerhebungen und der Auswertungen aus.

Theoretische Orientierungen und Forschungsschwerpunkte der Berliner Altersstudie.

Den wissenschaftlichen Fragestellungen und Hypothesen liegen vier theoretische Orientierungen gerontologischer Forschung zugrunde: (1) differentielles Altern, (2) Kontinuität und Diskontinuität im Alterns- und Lebensverlauf, (3) Kapazitäts- und Handlungsreserven älterer Menschen und (4) Altern als systemisches Phänomen. An der Studie sind vier Forschungseinheiten beteiligt, Innere Medizin und Geriatrie, Psychiatrie, Psychologie sowie Soziologie

und Sozialpolitik, die sich auf folgende Forschungsschwerpunkte konzentrierten:

- *Forschungseinheit (FE) Innere Medizin und Geriatrie*: Objektive Gesundheit (kardiovaskuläres System, Bewegungsapparat und Mobilität, Zahnstatus und orale Funktionen, Immunsystem und -funktionen, respiratorisches System und Lungenfunktion, Referenzwerte), subjektive Gesundheit, funktionelle Kapazität (objektive Leistungsfähigkeit, Versorgung von Behandlungs- und Pflegebedürftigen), Risikoprofile, Multimorbidität und Behandlungsbedarf.
- *FE Psychiatrie*: Erfassung psychiatrischer Altersmorbidity (psychische Krankheit, depressives und dementielles Syndrom, subdiagnostische Psychopathologie), Determinanten psychiatrischer Altersmorbidity (frühere Erkrankungen, Multi- und Komorbidity) und Umgang mit psychiatrischer Altersmorbidity (Gesundheits- und Krankheitsverhalten, Alltagskompetenz und Selbstwirksamkeit).
- *FE Psychologie*: Selbst und Persönlichkeit (Selbstbeschreibungen, Persönlichkeitsdimensionen, selbstregulative Prozesse), Intelligenz und Kognition (Mechanik und Pragmatik der Intelligenz) sowie soziale Netzwerke (Struktur und Veränderungen der Netzwerke, soziale Unterstützung, Zufriedenheit mit den sozialen Beziehungen, soziale Beziehungen im Rückblick).
- *FE Soziologie und Sozialpolitik*: Lebensverlauf und Generationenschicksal (soziale Herkunft, Wanderungs-, Bildungs- und Erwerbsverläufe, Partnerschaften und Familienbildung im Lebensverlauf), späte Phasen des Familienverlaufs (aktuelle Sozialstruktur der Familie und ihre Veränderungen, Sozialstruktur der Generationen), Handlungsressourcen und gesellschaftliche Beteiligung (Wohnstandard und -umwelt, soziale Versorgung, Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben), wirtschaftliche Lage und soziale Sicherung (Einkommensquellen und -verwendung, Transferleistungen).

Leitungsgremium und Projektgruppe der Berliner Altersstudie.

Primär verantwortlich für die Berliner Altersstudie sind Prof. Dr. P. B. Baltes (Leiter der FE Psychologie, MPI für Bildungsforschung) und Prof. Dr. K. U. Mayer (Leiter der FE Soziologie und Sozialpolitik, MPI für Bildungsforschung). Sie bilden zusammen mit Prof. Dr. H. Helmchen (Leiter der FE Psychiatrie, Psychiatrische Klinik und Poliklinik, Klinikum Benjamin Franklin, Freie Universität Berlin) und Prof. Dr. E. Steinhagen-Thiessen (Leiterin der FE Innere Medizin und Geriatrie, Virchow-Klinikum, Humboldt-Universität zu Berlin, und Evangelisches Geriatriezentrum Berlin) das *Leitungsgremium der Berliner Altersstudie*. Darüber hinaus sind Dr. M. Bor-

chelt (FE Innere Medizin und Geriatrie), PD Dr. F. Reischies (FE Psychiatrie), Dr. I. Maas (FE Soziologie und Sozialpolitik) und PD Dr. J. Smith (FE Psychologie) am Leitungsgremium beteiligt. Für die Koordination der Berliner Altersstudie war Dr. K. M. Neher verantwortlich.

Die *Projektgruppe der Berliner Altersstudie* besteht aus mehr als 40 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und repräsentiert ein breites Spektrum wissenschaftlicher Disziplinen (siehe Übersicht 1). Die Wissenschaftler/-innen der Projektgruppe sind den vier Forschungseinheiten der Studie zugeordnet und kooperieren sowohl bei den theoretisch-methodischen Planungen und den Datenerhebungen als auch bei den Auswertungen und bei Veröffentlichungen von Ergebnissen der Studie. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Zusammenarbeit sind regelmäßige Projektsitzungen, an denen immer etwa 20–25 Wissenschaftler/-innen der Projektgruppe teilnehmen.

Das Untersuchungsdesign der Berliner Altersstudie.

Zum ersten Meßzeitpunkt der Berliner Altersstudie (Hauptstudie, 1990–93) wurde eine nach Alter und Geschlecht geschichtete heterogene Stichprobe von 70- bis über 100jährigen in einem 14-Sitzungs-Intensivprotokoll untersucht, in dem Instrumente aus allen vier beteiligten Forschungseinheiten zur Anwendung kamen. Die 14 Sitzungen des Intensivprotokolls dauerten jeweils etwa eineinhalb Stunden und die Erhebungsmethoden variierten von strukturierten Interviews, Beantwortung von Fragebögen und Selbstbeurteilungen anhand von Skalen bis hin zu psychologischen und neuropsychologischen Tests sowie internistischen, psychiatrischen und zahnmedizinischen Anamnesen und Untersuchungen (einschließlich klinisch-chemischer Analysen von Blutproben, Röntgenstatus der Zähne, Doppler-Sonographie der aufsteigenden Halsgefäße und computertomographisch-densitometrischer Messungen).

Insgesamt nahmen 516 Personen im Alter von 70 bis über 100 Jahren an diesem umfangreichen Untersuchungsprogramm teil. Sie bilden die Kernstichprobe der Berliner Altersstudie. Männer und Frauen der Altersgruppen von 70–74, 75–79, 80–84, 85–89, 90–94 sowie 95 und mehr Jahren (einschließlich über 100jährige) sind in dieser Kernstichprobe mit jeweils 43 Personen vertreten.

Seit 1993 wurde die Berliner Altersstudie längsschnittlich fortgeführt. Ausgangspunkt bildeten die 516 Personen der BASE-Kernstichprobe. Die Überlebenden dieser Kernstichprobe, die ihre Bereitschaft geäußert hatten, weiter an der Studie teilzunehmen, wurden über weitere drei Meßzeitpunkte verfolgt (1993/94, 1995/96 und 1997/98). Bei der längsschnittlichen Fortführung wurden zwei Strategien verfolgt: (1) die Sammlung möglichst umfangreicher In-

formationen über die zeitlichen Verläufe in der körperlichen und geistigen Gesundheit, der psychischen Funktionstüchtigkeit und den sozioökonomischen Lebensbedingungen jedes Überlebenden aus der Kernstichprobe und (2) die regelmäßige Einholung von Daten zur Mortalität der Studienteilnehmer beim Landeseinwohneramt Berlin.

Mit den Längsschnittdaten wurde es möglich, die querschnittlichen Befunde des ersten Meßzeitpunkts (Hauptstudie) zu ergänzen und zu überprüfen. So lassen sich nun (1) nicht nur Altersdifferenzen, sondern auch Alternsprozesse erfassen, (2) Stabilitäten und Veränderungen über die Zeit in verschiedenen Funktionsbereichen abschätzen und (3) kausale Hypothesen über Determinanten von Langlebigkeit bzw. Mortalität testen.

*Tabelle 1
Design der BASE-Längsschnittstudie: Meßzeitpunkte und Erhebungsinhalte*

Merkmale	Meßzeitpunkte			
	Zeitpunkt 1 1990–93	Zeitpunkt 2 1993–94	Zeitpunkt 3 1995–96	Zeitpunkt 4 1997–98
Untersuchungsprogramm	<i>Intensivprotokoll (IP) in 14 Sitzungen:</i> 1 Multidisziplinäre Ersterhebung 3 Psychiatrie 3 Soziologie 4 Geriatrie 3 Psychologie	<i>Kurzprotokoll in 1 Sitzung:</i> 1 Multidisziplinäre Ersterhebung	<i>Reduziertes IP in 6 Sitzungen:</i> 1 Multidisziplinäre Ersterhebung 1 Psychiatrie 1 Soziologie 1 Geriatrie 1 Psychologie 1 Alltagskompetenz	<i>Reduziertes IP in 6 Sitzungen:</i> 1 Multidisziplinäre Ersterhebung 1 Psychiatrie 1 Soziologie 1 Geriatrie 1 Psychologie 1 Alltagskompetenz
Teilnehmer mit vollständigem Protokoll	N = 516	N = 361	N = 206	N = 132
Überlebende der Kernstichprobe	–	N = 431	N = 313	N = 239

Umfang und Inhalte der längsschnittlichen Datenerhebungen.

Der Erhebungsumfang war zu den jeweiligen Meßzeitpunkten unterschiedlich (s. Tabelle 1). Nach der ersten intensiven Datenerhebung mit 14 Sitzungen wurde zunächst in einer kleinen Zwischenbefragung (Meßzeitpunkt 2, 1993–1994) nur die multidisziplinäre Ersterhebung (Sitzung 1 des Intensivprotokolls) durchgeführt. Am dritten und vierten Meßzeitpunkt (1995–96 und 1997–98) wurde jeweils ein auf sechs Sitzungen reduziertes Intensivprotokoll

(einschließlich der multidisziplinären Ersterhebung) erhoben, das alle zentralen längsschnittlichen Fragestellungen der vier Forschungseinheiten abdeckte.

Zentrale Befunde der Berliner Altersstudie.

Für den Zeitraum von 1991 bis 1999 liegen insgesamt mehr als 270 Publikationen in Form von Büchern, Buchkapiteln und Fachartikeln und über 520 Kongreßbeiträge zu Ergebnissen der Berliner Altersstudie vor. Die zentralen querschnittlichen Befunde der Berliner Altersstudie (Hauptstudie) sind ausführlich in den beiden Ergebnismonographien zur Berliner Altersstudie dargelegt (Baltes, P. B. & K. U. Mayer [Eds.], *The Berlin Aging Study: Aging from 70 to 100*, New York: Cambridge University Press, 1999; Mayer, K. U. & P. B. Baltes, [Hg.], *Die Berliner Altersstudie*. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften – Interdisziplinäre Arbeitsgruppen, Forschungsberichte Bd. 3, Berlin: Akademie Verlag, 1996). Erste wichtige längsschnittliche Befunde der Berliner Altersstudie aus allen vier Forschungseinheiten wurden 1999 als Publikationspaket bei einer renommierten internationalen Fachzeitschrift eingereicht und werden voraussichtlich im Jahr 2000 publiziert.

2 Arbeitsschwerpunkte im Jahr 1999

Wichtige allgemeine Arbeitsschwerpunkte der BASE-Projektgruppe im Jahr 1999 bildeten (1) der abschließende Aufbau der zentralen BASE-Längsschnittdatenbank am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, (2) die inhaltliche Dokumentation der zu allen Meßzeitpunkten erhobenen Variablen, (3) die Durchführung von längsschnittlichen Datenanalysen zu den Hauptfragestellungen der Berliner Altersstudie und (4) die Fertigstellung und Einreichung eines Publikationspakets zu längsschnittlichen Befunden der Berliner Altersstudie bei einer international renommierten Fachzeitschrift. Auf diese Arbeitsschwerpunkte wird im folgenden näher eingegangen.

2.1 Aufbau der Längsschnittdatenbank

Bis Mitte 1999 wurden aus den Forschungseinheiten alle Intensivprotokoll-daten des vierten Meßzeitpunkts an die zentrale BASE-Datenbank am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung übermittelt. Anschließend wurden Kontrollprozeduren eingeleitet, damit zum Abschluß des Datenbankaufbaus nochmals alle Variablenbereiche auf längsschnittlicher Ebene verglichen und

überprüft werden konnten. Diese Kontroll- und Korrekturmaßnahmen werden voraussichtlich im ersten Halbjahr 2000 abgeschlossen sein.

2.2 Dokumentation der BASE-Längsschnittdatenbank

Die im Jahr 1998 begonnene englischsprachige Dokumentation der Längsschnittdatenbank konnte im Herbst 1999 abgeschlossen werden. Diese Dokumentation ermöglicht es, daß sich sowohl die Mitglieder der BASE-Projektgruppe als auch externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einen schnellen Überblick über das Design, die eingesetzten Erhebungsinstrumente und alle verfügbaren Variablen der vier Forschungseinheiten verschaffen können. Auf diese Weise wird gewährleistet, daß der einzigartige Datensatz der Berliner Altersstudie der Wissenschaftswelt erhalten bleibt und auch zukünftig effektiv für Auswertungen genutzt werden kann. Neben der Beschreibung der von den Forschungseinheiten längsschnittlich eingesetzten Erhebungsinstrumentarien wurden alle Einzel- und Konstruktvariablen erfaßt, beschrieben und zu den jeweiligen Erhebungsinstrumenten in Beziehung gesetzt. Zudem ist die Dokumentation der Variablen in internetfähigem (HTML-) Format erstellt, so daß sie nach Öffnung der Datenbank effektiv einer breiten Öffentlichkeit bereitgestellt werden kann.

2.3 Durchführung längsschnittlicher Analysen

Anfang 1999 erschien die englischsprachige Monographie zu den Querschnittsbefunden der Berliner Altersstudie (Baltes, P. B. & K. U. Mayer [Eds.], *The Berlin Aging Study: Aging from 70 to 100*, New York: Cambridge University Press, 1999). Die Ergebnisse der Hauptstudie stehen seither auch der internationalen Fachöffentlichkeit in kompakter Form zur Verfügung.

Im Jahr 1999 standen in erster Linie Längsschnittanalysen mit den Daten der ersten drei Meßzeitpunkte im Vordergrund. Die allgemeinen Schwerpunkte der Analysen lagen (a) auf der Prüfung, inwieweit die in der Hauptstudie festgestellten Altersdifferenzen als Schätzung von Altersprozessen valide sind, (b) auf der Beantwortung von Fragen selektiver Langlebigkeit und Mortalität im hohen Alter, (c) auf Fragen zur frühzeitigen (präklinischen) und differentiellen Diagnostik von Demenzerkrankungen und zum Verlauf von Depressionen, (d) auf der Untersuchung von Bedingungen erfolgreichen Alterns und (e) auf Fragen zum Phänomen eines mit dem bevorstehenden Tod einhergehenden „terminalen“ Funktionsabfalls („terminal decline“). Als Ergebnis konnte ein Paket von Manuskripten mit wichtigen längsschnittlichen Befunden aus allen vier Forschungseinheiten der Berliner Altersstudie erstellt

und bei einer internationalen, interdisziplinär ausgerichteten Fachzeitschrift zur gemeinsamen Veröffentlichung eingereicht werden. Darüber hinaus nahmen BASE-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an mehreren nationalen und internationalen Kongressen teil. So wurde beispielsweise auf dem IVth European Congress of Gerontology in Berlin und bei der 52. Tagung der Gerontological Society of America in San Francisco jeweils ein Symposium zu längsschnittlichen Befunden der Berliner Altersstudie durchgeführt.

3 Ausblick

Obwohl 1999 die Tätigkeiten der interdisziplinären Arbeitsgruppe *Altern und gesellschaftliche Entwicklung* an der BBAW offiziell beendet wurden, wird die Projektgruppe *Berliner Altersstudie* bestehen bleiben und weiterhin wissenschaftlich tätig sein. Folgende Arbeitsschwerpunkte werden hierbei im Vordergrund stehen:

3.1 Datenauswertung und Veröffentlichung von Längsschnittbefunden

In den kommenden Jahren sollen in allen vier BASE-Forschungseinheiten Längsschnittanalysen mit den Daten aller vier Meßzeitpunkte durchgeführt werden. Anhand der Längsschnittdaten soll – neben der Beschreibung von Alternsverläufen – insbesondere geprüft werden, inwieweit die in der querschnittlich angelegten Hauptstudie festgestellten Altersdifferenzen als Schätzung von Alternsprozessen valide sind. Weitere Schwerpunkte werden auf der Beantwortung von Fragen selektiver Langlebigkeit und Mortalität im hohen Alter, von Fragen zur frühzeitigen (präklinischen) und differentiellen Diagnostik der Demenz, zu Entwicklungen der Art und des Umfangs der Pflegebedürftigkeit und von Fragen zum Phänomen eines mit dem bevorstehenden Tod einhergehenden „terminalen“ Funktionsabfalls („terminal decline“) liegen. Des weiteren soll der Übergang vom aktiven dritten Lebensalter zum eher weniger aktiven vierten Lebensalter untersucht werden. Neben der Bearbeitung von fachspezifischen Fragestellungen sollen auch wieder besondere Anstrengungen unternommen werden, interdisziplinäre Fragestellungen gemeinsam zu bearbeiten.

3.2 Öffnung der BASE-Längsschnittdatenbank für externe Wissenschaftler

Es ist ein erklärtes Ziel des Leitungsgremiums der Berliner Altersstudie, daß der einzigartige Datensatz der Berliner Altersstudie der Wissenschaftswelt

erhalten bleibt. Wenn die Hauptfragestellungen der Berliner Altersstudie durch die BASE-Wissenschaftler/-innen bearbeitet und beantwortet sein werden, sollen die Daten anschließend auch externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern offen stehen und für Auswertungen genutzt werden können. Es gab bereits in den letzten Jahren viele diesbezügliche Anfragen an das BASE-Leitungsgremium.

Bereits 1998 wurde beschlossen, daß die Daten der Berliner Altersstudie den Stipendiaten des von der DFG finanzierten Graduiertenkollegs „Psychologisch-Medizinische Gerontologie: Psychische Potentiale und ihre Grenzen im Alter“ als Basis für ihre Dissertationen offen stehen sollen.

4 Anhang

Übersicht 1: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BASE-Projektgruppe im Jahr 1999

Forschungseinheit Innere Medizin/Geriatrie

verantwortlich: Prof. Dr. E. Steinhagen-Thiessen, Ärztin, Virchow-Klinikum der Humboldt-Universität zu Berlin und Evangelisches Geriatriezentrum Berlin (EGZB)

Dr. M. Borchelt, Arzt	Evangelisches Geriatriezentrum Berlin (EGZB)
Dr. R. Geßner, Arzt	Virchow-Klinikum der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. D. Huhn, Arzt	Virchow-Klinikum der Humboldt-Universität zu Berlin
Dr. A. Kage, Arzt	Virchow-Klinikum der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. E. Köttgen, Arzt	Virchow-Klinikum der Humboldt-Universität zu Berlin
Dr. H. Münzberg, Ärztin	Evangelisches Geriatriezentrum Berlin (EGZB)
Dr. R. Nieczaj, Biologe	Evangelisches Geriatriezentrum Berlin (EGZB)
Dr. I. Nitschke, Zahnärztin	Evangelisches Geriatriezentrum Berlin (EGZB)

Der Forschungseinheit assoziiert:

Dr. A. Lun, Arzt	Universitätsklinikum Charité der Humboldt-Universität
------------------	---

Forschungseinheit Psychiatrie

*verantwortlich: Prof. Dr. H. Helmchen, Arzt, Psychiatrische Klinik und Poliklinik –
Klinikum Benjamin Franklin, FU Berlin*

Prof. Dr. M. M. Baltes †, Dipl.-Psych.	Psychiatrische Klinik u. Poliklinik – FU Berlin
Dr. A. Birkhofer, Arzt	Psychiatrische Klinik u. Poliklinik – FU Berlin
Dr. B. Geiselman, Arzt	Reha-Klinik Seehof, Teltow
Prof. Dr. S. Kanowski, Arzt	Psychiatrische Klinik u. Poliklinik – FU Berlin
H. Krüger, Dipl.-Mathematikerin	Psychiatrische Klinik u. Poliklinik – FU Berlin
Prof. Dr. M. Linden, Arzt, Dipl.-Psych.	Reha-Klinik Seehof, Teltow
PD Dr. F. Reischies, Arzt	Psychiatrische Klinik u. Poliklinik – FU Berlin

Der Forschungseinheit assoziiert:

Dr. S. Barnow, Dipl.-Psych.	Klinik und Poliklinik der Universität Greifswald
Dr. A. Horgas-Marsiske, Reg. Nurse	Wayne State University, Detroit, Michigan, USA
Dr. P. Klumb, Dipl.-Psych.	Psychiatrische Klinik u. Poliklinik – FU Berlin
Dr. R. T. Schaub, Arzt	Klinikum der Hansestadt Stralsund
Dr. T. Wernicke, Arzt	Krankenhaus Hennigsdorf

Forschungseinheit Psychologie

*verantwortlich: Prof. Dr. P. B. Baltes, Dipl.-Psych., MPI für Bildungsforschung
PD Dr. J. Smith, B. A. Hons (Psychologie), MPI für Bildungsforschung (Ko-Leitung)*

Dr. A. Freund, Dipl.-Psych.	MPI für Bildungsforschung
Dr. P. Ghisletta, M. S. (Psychologie)	MPI für Bildungsforschung
Dr. S.-C. Li, M. S. (Psychologie)	MPI für Bildungsforschung
Prof. Dr. U. Lindenberger, Dipl.-Psych.	MPI für Bildungsforschung/Universität des Saarlandes
Prof. Dr. U. M. Staudinger, Dipl.-Psych.	TU Dresden

Der Forschungseinheit assoziiert:

Dr. U. Kunzmann, Dipl.-Psych.	University of California, Berkeley, USA
Dr. F. Lang, Dipl.-Psych.	Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. T. Little, M. S. (Psychologie)	Yale University, New Haven, USA
Dr. H. Maier, Dipl.-Psych.	MPI für demografische Forschung, Rostock
M. Riediger, Dipl. Psych.	MPI für Bildungsforschung
Prof. Dr. H. Scherer, Arzt	Klinikum Benjamin Franklin FU Berlin
Prof. Dr. Y. Schütze, Dipl.-Soz.	Humboldt-Universität zu Berlin
T. Singer, Dipl.-Psych.	MPI für Bildungsforschung

*Forschungseinheit Soziologie/Sozialpolitik
verantwortlich: Prof. Dr. K. U. Mayer, M. A. (Soziologie),
MPI für Bildungsforschung*

Dr. P. Dorenlot, Ärztin	MPI für Bildungsforschung
Dr. I. Maas, Dipl.-Soz.	MPI für Bildungsforschung

Der Forschungseinheit assoziiert:

A. Bukov, Dipl.-Soz.	MPI für Bildungsforschung
T. Lampert, Dipl.-Soz.	MPI für Bildungsforschung
Prof. Dr. M. Wagner, Dipl.-Soz.	Universität zu Köln

Zentrale Projektkoordination

M. Becker, Dipl.-Päd., zentrale Datenbank	MPI für Bildungsforschung
Dr. J. Delius, Ärztin, wiss. Redaktion	MPI für Bildungsforschung
K. Fröhlich, Meisterschülerin (HdK Berlin), Sachbearbeitung	MPI für Bildungsforschung
Dr. K. M. Neher, Dipl.-Psych., Projektkoordination (bis September 1999)	MPI für Bildungsforschung
A. Wietzker, Dipl.-Psych., Dokumentation (bis April 1999)	MPI für Bildungsforschung

*Der Projektgruppe BASE assoziiert:
Graduiertenkolleg „Psychologisch-Medizinische Gerontologie“:*

E. Bemmerer, cand. med.	FU Berlin, Drittmittel der DFG
A. Bondar, Dipl.-Psych.	FU Berlin, Drittmittel der DFG
S. Ehrhorn, Dipl.-Psych.	FU Berlin

D. Jopp, Dipl.-Psych.	FU Berlin
M. Junker, Dipl.-Psych.	Universität Potsdam
N. Knoll, Dipl.-Psych.	FU Berlin, Drittmittel der DFG
D. Kronfeldt, cand. med.	FU Berlin, Drittmittel der DFG
G. Kurtz, Dipl.-Psych.	FU Berlin, Drittmittel der DFG
I. Lißmann, Dipl.-Psych.	FU Berlin, Drittmittel der DFG
M. Rapp, Arzt	FU Berlin, Drittmittel der DFG
N. Rieckmann, Dipl.-Psych.	FU Berlin, Drittmittel der DFG
U. Schulz, Dipl.-Psych.	FU Berlin, Drittmittel der DFG
F. Wertenaue, cand. med.	FU Berlin, Drittmittel der DFG

Arbeitsgruppe Strategien zur Abfallenergieverwertung – ein Beitrag zur Entropiewirtschaft

Wolfgang Fratzscher, Klaus Michalek

1 Erreichter Arbeitsstand

Der Schwerpunkt der Arbeiten bestand 1999 darin, die Beiträge der Teilprojekte aufeinander abzustimmen und noch vorhandene Lücken im Bearbeitungsstand für die Darstellung in einer Monographie zu schließen. Die inhaltliche Zuarbeit zum Gesamtprojekt der Arbeitsgruppe wurde über neun Werkverträge realisiert. Im Rahmen von vier Workshops der AG sowie mehreren Treffen mit Spezialisten sind die Diskussionen über die Entwürfe für den Forschungsbericht geführt worden. Es liegen nunmehr Manuskripte zu den Kapiteln „Abfallenergieverwertung und Entropiewirtschaft“, „Technische Möglichkeiten“, „Regionale Objektbereiche und Entwicklungsstrategien“, „Bewertungsdimensionen – Bestimmtheit und Beeinflußbarkeit, beispielhafte Anwendung“ vor. Insbesondere für die Kapitel „Problemstellung und Lösungsmöglichkeiten“ und „Handlungsbedarf zur Förderung der Abfallenergieverwertung und der Entropiewirtschaft“ besteht auf Grund der neuen Akzente in der Energie- und Umweltpolitik und wegen der Auswirkungen der Änderungen des Energiewirtschaftsrechtes weiterer Klärungsbedarf.

Zur Propagierung eines Paradigmenwechsels im Hinblick auf „Abfallenergieverwertung als Teil einer Entropiewirtschaft“ wurden nationale und internationale Kontakte in der „scientific community“ genutzt und verstärkt, wie etwa zum Ingenieurverband VDI-GET und der internationalen Konferenz ECOS¹. Ein Höhepunkt in der diesjährigen Arbeit war die von der AG organisierte Konferenz „Abfallenergieverwertung – ein Schritt von der Energie- zur Entropiewirtschaft“ am 2. und 3. Dezember 1999 in Berlin.

1 Efficiency, Costs, Optimization, Simulation and Environmental Aspects of Energy Systems

2 Konzept der Gesamtdarstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe

Problemstellung und Lösungsmöglichkeiten

Der folgende Beitrag erläutert einleitend, warum das Ende der Energie- und Stoff-Wandlungskette betrachtet und ein Paradigmenwechsel von der Energie- zur Entropiewirtschaft angestrebt wird. In einer kurzen Zusammenfassung der nachfolgenden Ausführungen für den nicht fachspezifisch interessierten Leser soll dabei deutlich werden, daß durch die Verwendung des Entropiebegriffes ein einheitliches Bewertungsmuster zur Strategienbildung gegeben ist, das in Richtung einer dauerhaft umweltgerechten oder auch nachhaltigen Entwicklung zielt.

Abfallenergieverwertung und Entropiewirtschaft

Für die Entropie gilt kein Erhaltungssatz wie für die Energie. Alle natürlichen und technischen Prozesse verlaufen wegen der notwendigen Triebkräfte in Richtung einer Entropiezunahme, einer Abwertung der Qualität, der Umwandelbarkeit der Energie. Für technische Systeme liegt dabei das Bezugsniveau für die Bilanzen in der Umgebung. Abgaben von Energie- und Stoffströmen an die Umgebung mit von dieser verschiedenen spezifischen Entropie sind Abfallenergien, belasten die Umgebung und rufen eine weitere Dissipation, eine äußere Entropieproduktion, hervor.

Das energetische Nutzenniveau technischer Systeme ist im Vergleich zur Umgebung durch niedrigere Entropien (höhere Ordnungszustände) gekennzeichnet. Dies ist nur zu erreichen, wenn der notwendige Entropieexport in die Umgebung über Abfallenergien, d. h. Energie- oder Stoffströme, realisiert wird. Bei diesen Prozessen, die den Nutzen bereitstellen, treten innere Verluste (Dissipation, Irreversibilitäten, innere Entropieproduktion) auf, die den notwendigen Entropieexport vergrößern. Damit stehen innere und äußere Verluste in Wechselwirkung; Abfallenergievermeidung ist durch die Senkung der inneren Verluste, der inneren Entropieproduktion, möglich. Dieser Zusammenhang kann mit der Energiebilanz ohne Vergleichsprozesse nicht abgebildet werden.

Die Triebkräfte bzw. die innere Entropieproduktion stehen über die Anlagenauslegung (der Bereitstellung von Wandlungsflächen) und über die Nutzung von energetischen Ressourcen mit wirtschaftlichen Größen in Verbindung. Wirtschaftliche Randbedingungen wirken über die Optimierung der inneren

Verluste auch auf die äußeren Verluste und damit die gesamte Entropieproduktion.

Die bedeutendste und am häufigsten genutzte Möglichkeit für den Entropieexport besteht in Abwärme, weshalb die Abwärme bei der Abfallenergie-nutzung eine zentrale Rolle spielt. Ihre qualitative Abwertung bei Übertra-gungsprozessen durch notwendige Temperaturdifferenzen läßt sich durch stufenweise Übertragungen, Energiekaskaden, mindern. Der Entropieexport durch Stoffströme ist etwa eine Größenordnung geringer, aber gleichfalls bedeutend, wenn man an den größten Anteil, das CO₂, denkt. Aus der Sicht der prinzipiellen Möglichkeiten der Bilanzgestaltung durch technische Ver-fahren müssen Stoff- und Energiewandlung und damit die stoffliche oder energetische Verwertung von Abfallenergien gleichberechtigt betrachtet wer-den.

Die Erfassung und Bewertung von Abfallenergie muß neben Quantitäten au-ßerdem ihre Qualität (ihre prinzipielle Umwandel- und Nutzbarkeit) berück-sichtigen, was zum Beispiel durch Anwendung der exergetischen Methode oder die Einführung von Qualitätsfaktoren (im Prinzip auf exergetischer Basis) erfolgen kann. Für ihre Nutzbarkeit sind außerdem räumliche und zeitliche Verteilungen des Anfalls und die Verhältnisse bei möglichen Nut-zern zu beachten.

Die äußere Nutzung (sekundäre Nutzung außerhalb des Verfahrens, wo sie anfällt) hat gegenüber der inneren Nutzung (primäre Nutzung im Verfahren selbst) i. a. technische, organisatorische und wirtschaftliche Nachteile; auch erfordert ihre Bewertung oft besondere Methoden. Diese Form der Nutzung läßt sich über die Kombination verschiedener Verfahren oder die Kopplung von Industriebetrieben, Energieerzeugern und -verteilern und kommunalen Verbrauchern realisieren. Zu ihrer Förderung sind Eingriffe in wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen nötig.

Abfallenergieverwertung bedeutet Eingriff in die äußeren und inneren Nicht-umkehrbarkeiten (Entropieproduktion) von Verfahren. Ausgehend von den Eigenschaften der Entropiebilanzen lassen sich heuristische Regeln angeben, wie man sich in Richtung einer geringen Entropieproduktion bewegt. Die technischen Maßnahmen werden als Kaskadierung, Kombination, Integration, Regeneration und Recycling bezeichnet. Die Regeln lassen sich in folgende Gruppen einordnen:

- Regeln zur Senkung des reversiblen Aufwandes durch Verringerung der Anforderungen an die Produktspezifikation und Wahl geeigneter Aus-gangsstoffe (Anforderungsminimierung)
- Regeln zur Nutzung von Struktureffekten zur Senkung der technologischen Nichtumkehrbarkeiten (Kaskadierung, Strukturoptimierung)

- Regeln zur Senkung der äußeren Nichtumkehrbarkeiten (Abfallenergienutzung)
- Regeln zur Senkung der Nichtumkehrbarkeiten der Prozesse (Auslegungsoptimierung)
- Regeln zur Kopplung von Prozessen der Stoff- und Energiewirtschaft (Kombination, Integration)
- Regeln zur Senkung der betriebsbedingten Irreversibilitäten (Fahrweiseoptimierung).

Technische Möglichkeiten

Regeneration von Wärme

Die Regeneration von Wärme dient der Energieausnutzung bis zur Umgebungstemperatur. Dabei wird im Hochtemperaturbereich oberhalb von 1.000 °C die regenerative Wärmenutzung wegen technischer und Werkstoffprobleme kaum angewendet. Im Mitteltemperaturbereich oberhalb 250 °C wird wegen fehlender Kopplungsmöglichkeiten zu anderen technischen Prozessen meist Mittel- oder Niederdruckdampf erzeugt. Der nachfolgende Niedertemperaturbereich oberhalb 80 °C ist für die regenerative Wärmeübertragung am bedeutendsten. Hier werden Vorwärmprozesse und Wärmekopplungen thermischer Trennprozesse realisiert. Der nachfolgende Temperaturbereich ist in der Industrie durch ein Überangebot von Abwärme im Vergleich zu den Nutzungsmöglichkeiten gekennzeichnet und charakterisiert deshalb den Entropieexportbereich. Der Kältebereich unterhalb der Umgebungstemperatur ist wegen der hohen Aufwendungen für Kälte durch ausgeprägte regenerative Maßnahmen gekennzeichnet.

Die Regeneration kann die Entropieproduktion nur auf ein Maß senken, das durch die prinzipiellen Festlegungen für eine Technologie vorgegeben ist. Diese systembedingten Verluste können nur durch gezielte technologische Eingriffe verringert werden.

Die regenerativen Möglichkeiten von Technologien lassen sich mit Darstellungen, die Energie- und Entropiesatz verbinden, wie das t, Q -Diagramm bzw. die Pinch-Point-Methode, einschätzen. Über das Grand-Composite-Diagramm lassen sich die Verhältnisse auch für die notwendigen äußeren Kopplungen (also mit anderen Technologien oder Energiezu- und -abfuhrsystemen) untersuchen. Die Effektivität der Wärmenutzung läßt sich auf rein energetischer Basis nicht zweckmäßig bewerten, da so die Hauptverluste über die Entropieproduktion durch den Triebkraftabbau nicht sichtbar werden, weswegen die exergetische Methode empfohlen wird.

Wärmetransformation

Wärmetransformationsprozesse koppeln Wärmen bei mindestens drei unterschiedlichen Temperaturniveaus² und können zur möglichst reversiblen Bereitstellung von Nutzwärmen, dem näherungsweise reversiblen Überbrücken großer Temperaturdifferenzen oder zur Aufwertung von Wärme für eine weitere Nutzung eingesetzt werden. Sie lassen sich systematisieren, wenn man die Umwandlung von einem mittleren Niveau auf ein höheres und ein niederes Niveau als Disproportionierung und den umgekehrten Vorgang als Synproportionierung bezeichnet. Diese Prozesse können nach den realisierten Wirkprinzipien in mechanische, Sorptions-, Chemosorptions-, chemische, elektrische und magnetische Kreisprozesse unterteilt werden, die je nach Temperaturbereich und Arbeitsmittel wiederum unterschiedliche technische Ausprägungen erfahren.

Die technisch realisierten Prozesse unterscheiden sich hinsichtlich der Effektivität (10 bis 90 %), hinsichtlich des Abwärmefalls oder der Bedingungen für die Abwärmenutzung und hinsichtlich ihres Entwicklungspotentials³. Die Substitution von Verbrennungsprozessen zur Niedertemperaturwärmebereitstellung durch Wärmetransformationsprozesse stellt sich dabei als Schwerpunkt der möglichen Verbesserung heraus.

Der häufigste Anwendungsfall für Kreisprozesse bei der Abwärmenutzung ist die Kompressionswärmepumpe mit Phasenwandlung. Außerdem werden Absorptionswärmepumpen und -wärmetransformatoren eingesetzt, die nur wenig Elektroenergie benötigen und fast ausschließlich mit Wärme betrieben werden. Ihr Nachteil besteht darin, daß durch thermodynamische Zusammenhänge über die Stoffeigenschaften das Wärmeverhältnis für die Wärmepumpe auf 1,4 bis 1,8 und für den Wärmetransformator auf 0,5 bis 0,6 eng beschränkt ist, was nur für bestimmte Temperaturverhältnisse eine Annäherung an die Reversibilität mit einfachen Prozessen erlaubt. Die Anpassung an andere Bedingungen erfordert einen erhöhten apparativen Aufwand und mehrstufige Prozesse. Offene Absorptionsprozesse, die zum Beispiel an feuchtigkeitsbeladene Rauchgase ankoppeln, erscheinen in vielen Fällen sehr aussichtsreich, weil sie die Wärmetransformation mit einer Brennwertnutzung verbinden.

2 Elektro- oder mechanische Energie wird in diesem Zusammenhang als Wärme mit unendlich hoher Temperatur angesehen.

3 Die Erhöhung der Effektivität um 50 bis 100% wird für einige Prozesse im nächsten Jahrzehnt prognostiziert.

Nutzung der Energie aus Abfällen

Die stofflichen Abfälle sind im allgemeinen gleichfalls Entropieträger und beeinflussen den Entropieexport.

Die stoffliche Umwandlung von Abfällen durch Energiezufuhr kann als produktionsintegrierter Umweltschutz oder im externen Stoff-Recycling erfolgen. Der produktionsintegrierte Umweltschutz umfaßt die Vermeidung und Verminderung der Abfälle im Prozeß, die Verwertung im Produktionsverbund und die Beseitigung nicht verwertbarer Abfälle. Der Kunststoff-Kreislauf ist ein Beispiel für das Rohstoff-Recycling. Der Kunststoffabfall wird dabei durch unterschiedliche Verfahren zerkleinert, gereinigt, getrennt, aufbereitet und gespalten, um abschließend über Pyrolyse, Hydrierung, Vergasung, Hydrolyse/Alkolyse oder Sonderverfahren zu Chemie-Rohstoffen verarbeitet zu werden. Die Vor- und Nachteile der einzelnen Verfahren wiegen sich näherungsweise auf. Allerdings ist das werkstoffliche sortenreine Kunststoff-Recycling vorzuziehen. Bei der Rückgewinnung von Abfällen aus Abluftgemischen werden regenerative Verfahren (Kondensation, Adsorption, Absorption und Membrantrennverfahren) und oxidative Verfahren (thermische, katalytische, regenerative thermische Oxidation und Biofiltration/-wäsche) unterschieden. Für Abfälle aus Abwässern werden Filtrationsverfahren, Elektrodialyse, Elektrolyse, Extraktions- und thermische Trennverfahren eingesetzt.

Die thermische Beseitigung fester Abfälle bedeutet ihre energetische Umwandlung. Sie umfaßt die Abfallvorbehandlung, thermische Hauptverfahren, die Abfallnachbehandlung und die Gasreinigung. Eine Reihe alternativer Verwertungsverfahren enthalten zur Verbrennung zusätzliche Verfahrensstufen wie Pyrolyse, Hydrierung und Vergasung und liefern so Rohstoffe oder Energieträger (z. B. Schwel-Brenn-Verfahren, Thermoselect-Verfahren).

Für das Verwerten von Abfällen werden immer mehr Verfahren entwickelt, die nicht ausschließlich die Energie der Abfälle zur Wärmeerzeugung nutzen (energetische Verwertung), sondern auch neue Wertstoffe produzieren (stoffliche Verwertung). Die Qualität dieser Wertstoffe ist davon abhängig, wie gut das Verfahren den Eigenschaften des entsprechenden Reststoffes Rechnung trägt. In letzter Zeit wurden insbesondere Verfahren entwickelt, die eine gezielte Wertstoffgewinnung mit geringem Energieeinsatz ermöglichen und es gestatten, die abgetrennten Wertstoffe in hoher Reinheit dem Produktionsverbund zuzuführen.

Bei der Entsorgung von stark schadstoffbelasteten oder biologisch aktiven Abfällen (z. B. Klärschlamm) ist die sichere Entsorgung und damit hohe Inertisierung der wichtigste Aspekt. Für die Verwertung von Haus- und Ge-

werbemüll steht die Entsorgungssicherheit, die Verwertbarkeit entstehender Wertstoffe und die Deponierbarkeit der Rückstände im Vordergrund.

Bei der thermischen Umwandlung gehen etwa 20% der chemischen Energie verloren; wenn man das niedrige Qualitätsniveau der Nutzwärme berücksichtigt, sind es exergetisch etwa 60%.

Nutzung von Biomasse

Durch die Ausnutzung von Bioenergieträgern kann die Entropiebilanz, insbesondere ländlicher Räume, maßgebend beeinflusst werden.

Neben dem gezielten Holzeinschlag in den Wäldern, kommt dem Anbau pflanzlicher (halmgut- und holzartiger) Biomasse, Papier/Pappe, Kompost, Klärschlamm sowie bereits genutztem Holz aus Gewerbe und Industrie als Energieträger wachsende Bedeutung zu. Im ländlichen Raum wird die Landwirtschaft neben der Forstwirtschaft in zunehmendem Maße Hauptlieferant von Energieträgern. Die ökonomischen Rahmenbedingungen bewirken allerdings, daß die energetische Nutzung von Biomasse bis auf Ausnahmefälle nicht mit den fossilen Energieträgern konkurrieren kann.⁴

Die Umweltverträglichkeit der Biomasse wird oft auf die Minderung der CO₂-Emissionen verkürzt. Allerdings muß der gesamte Life-Cycle über Düng- und Pflanzenbehandlungsmittel, Pflanz- und Saatgut-Produktion, Anbau, Bestandspflege, Ernte, Aufbereitung und Verbrennung mit den jeweils eingesetzten Energieträgern, Rohstoffen und den Abfällen der Wandlungsstufen betrachtet werden. Bei einer differenzierten Betrachtung bleiben zwar grundsätzliche Vorteile der Biomasse erhalten, es werden aber auch Problemfelder und Einflußmöglichkeiten auf die Umweltverträglichkeit sichtbar.

Die Qualitätsmerkmale der Biomasse haben Einfluß auf die einsetzbaren Transport-, Speicher- und Wandlungsprozesse und die bei der Wandlung entstehenden Emissionen und Abfälle. Ihre Bewertung und Beeinflussung ruft selbständige Logistik- und Optimierungsprobleme hervor.

Die Aschen und Stäube aus Holzverbrennungen können ein neues Abfallproblem hervorrufen. Sie sind nach Anfallart und Belastungen zu unterscheiden. Bei richtiger Klassierung können sie teilweise den Böden zurückgeführt, also genutzt oder deponiert werden.

4 In Deutschland fallen jährlich etwa 70 Mio. t organischer Trockensubstanz mit einem Energiegehalt von 45 Mio. t SKE an. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen schätzte davon etwa 1/8 als sinnvoll nutzbares Potential ein. Die Nutzung des technischen Biomasseenergiepotentials in Deutschland beträgt 5 bis 10% bei einer thermischen Leistung von etwa 50 PJ/a.

Versorgungssysteme im regionalen Energieverbund

Entscheidend für den Einstieg in die Entropiewirtschaft ist die Erkenntnis, daß Einzeleinsparungen durch verbesserte technische Komponenten allein nicht den ökologisch und ökonomisch optimalen Beitrag zur Verbesserung der Energiesysteme liefern können. Daneben kommt es vielmehr darauf an, das Gesamtsystem der kommunalen Strom- und Wärmeversorgung, wozu noch die Kälteversorgung gehört, optimal zu gestalten. Dazu müssen geeignete technische Erzeugungskomponenten mit einer geeigneten Verteilungsstruktur zu einem optimalen Gesamtsystem zusammengefaßt werden. Hierzu wird eine grundsätzliche Struktur für ein exergieoptimales Versorgungssystem (Verbraucherebene, kommunale Ebene, überregionale Ebene) vorgeschlagen.

In diesem System stellen Heizkraftwerke die wesentlichen Elemente zur Versorgung mit Strom und Wärme dar. Sie erzeugen über Kraft-Wärme-Kopplung beide Energieformen mit fester oder variabler Stromkennzahl. Dabei werden Brennwertechnik und GuD-Prozesse eingesetzt. In den Wärmenetzen werden Wärmepumpen eingekoppelt, die eine Temperaturabsenkung des Rücklaufes gestatten. Der Einsatz von wärmegetriebenen Absorptions- und Adsorptions-Kältemaschinen gestattet eine bessere Anpassung des Jahresganges im Wärmebedarf an die Kraft-Wärme-Kopplung. Außerdem wird Industrieabwärme in die Wärmenetze eingekoppelt. Auf Verbraucherebene wird zwischen Niedertemperaturwärmebedarf und Prozeßwärmebedarf unterschieden. Zur besseren Anpassung wird ein Dreileiter-Niedertemperaturwärmenetz eingesetzt. Für den Prozeßwärmebedarf, der aus diesen Netzen nicht gedeckt werden kann, wird Kraft-Wärme-Kopplung und ein Verbund zwischen kommunaler und industrieller Energiewirtschaft vorgeschlagen.

Regionale Objektbereiche und Entwicklungsstrategien

Im allgemeinen beschränken sich energiewirtschaftliche Analysen auf Roh-, Primär-, End- und Nutzenergiebilanzen. Damit kann den unterschiedlichen Qualitäten der verschiedenen Energieformen unzureichend Rechnung getragen werden und die Bewertung und Interpretation unterschiedlicher technisch-technologischer Konzeptionen wird durch Gesamt- und Durchschnittsaussagen unterdrückt. Dies gilt um so mehr, wenn neben den naturwissenschaftlichen und technischen auch noch wirtschaftliche, juristische und soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollen, die häufig letztendlich den zur Verfügung stehenden Entscheidungsraum begrenzen bzw. überhaupt erst definieren.

Aus diesen Gründen werden konkrete regionale Objektbereiche vorgestellt, aus deren Ist-Analyse heraus Vorschläge zur Abfallenergievermeidung und -nutzung im Sinne einer Entropiewirtschaft abgeleitet werden können. Dabei ist zu erkennen, daß die gewählten Objektbereiche so unterschiedlich sind, daß eine vergleichende Betrachtung kaum möglich erscheint. Dies gilt nicht nur für die technischen Strukturen, sondern auch für betriebswirtschaftliche Gegebenheiten.

Die Darstellungen betreffen die Objektbereiche Ballungsraum-Verwaltungs-großstadt, Ballungsraum-Industriegroßstadt, ländlicher Raum und ländlicher Raum mit Ballungszentren. Die beispielhafte Abfallenergienutzung betrifft Abwärme, Abfälle und biogene Energieträger. Dabei wird der Zusammenhang zwischen den typischen Strukturen des Energiebedarfs, des Abfallenergiean-falls, der Energieversorgung und den Möglichkeiten der Abfallenergienutzung aufgezeigt. Für ein Ballungsgebiet werden außerdem mit einem Modell-Werkzeug zur wissensbasierten Entscheidungsfindung Energieversorgungs-Szenarien untersucht, optimiert und Entscheidungsregeln abgeleitet.

Die ausgewählten Beispiele, Strategien und Szenarien zeigen, daß die ge-wählten Objektbereiche zwar nicht vergleichbar sind, sich aber innerhalb der für sie typischen Verhältnisse Entwicklungslinien aufzeigen lassen, die zu Verbesserungen im Sinne der Entropiewirtschaft führen. Die späteren Dar-stellungen zu Bewertungsfragen beziehen sich aus der Sicht der jeweiligen Disziplin gleichfalls auf die Gegebenheiten in den Objektbereichen. Es wird so deutlich, in welchem Maße energetische Zusammenhänge beeinflußt wer-den können, insbesondere wenn darüber hinaus internationale Vergleiche her-angezogen werden.

Bewertungsdimensionen – Bestimmtheit und Beeinflußbarkeit

Wirtschaftliche Bewertung und Rahmenbedingungen

Die gegebenen ökonomischen Rahmenbedingungen und ihre Wechselbezie-hungen zu den energietechnischen, juristischen und sozialen Bedingungen und Erfordernissen werden gesamtwirtschaftlich und anhand technischer Bei-spiele analysiert.

Langfristig können nur solche ökonomischen Rahmenbedingungen, Bewer-tungen und Entscheidungen nachhaltig sein, die die Natur in ihrer Funktion als Energieressource/-quelle und zugleich Emissionssenke/abfall- und Emis-sionsdepot dauerhaft erhalten. Das verlangt zum Beispiel, die natürlichen Ressourcen als Bestandsgröße mehr in die wirtschaftlichen Betrachtungen einzubeziehen, während bisher der laufende Energieverbrauch als Fluß-/ Stromgröße im Mittelpunkt des Interesses stand.

Wegen vorhandener Zielkonflikte zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen kurz- und langfristig orientierter Ökonomie sowie zwischen engen betriebswirtschaftlichen und komplexen gesamtwirtschaftlichen Interessen sind externe Kosten- und Nutzenskomponenten in die ökonomische Bewertung mit einzubeziehen.

Die ökonomische Bewertung erlaubt es, die Aufwand-Nutzen-Analyse von technisch-technologischen Optionen auf einen Punkt zu bringen. Dabei spielen für die Wirtschaftlichkeit und die praktische Umsetzbarkeit einer nachhaltigen Entwicklung Beschaffungs- und Verkaufspreise, Finanzierungsmöglichkeiten, Wirtschaftsförderung, Investitionszuschüsse, Finanzhilfen und Steuervergünstigungen unter den konkreten technisch-technologischen Bedingungen eine Rolle.

Durch die sich zur Zeit abzeichnenden Veränderungen auf den Energiemärkten ergeben sich Unsicherheiten in der Aussage. Aus dem wirtschaftlichen Umfeld sind jedoch bestimmte Grundaussagen ableitbar. Ein Problem besteht darin, daß die Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes Preissenkungen für herkömmliche Energieträger initiiert, deren Auswirkungen auf den Fernwärmemarkt noch nicht genau zu bestimmen sind und die sich auf die Abwärmenutzung und Biomasseverwertungen erschwerend auswirken.

Auf Grund der externen Effekte und des Marktversagens im Wettbewerb mit den etablierten Energiesystemen sind für die Abfallenergieverwertung staatliche Förderungen, Finanzhilfen und andere Interventionen gerechtfertigt und notwendig. Marktkonforme Instrumente wie längerfristig vorgegebene Entwicklungen der Energiepreise und Energie-/Ökosteuern sollten dabei den Vorzug vor einzelnen Subventionen und Steuerermäßigungen haben. Bei der konkreten Ausgestaltung sollten insbesondere die Erfahrungen der Schweiz mit den kalkulierbaren Energiepreiszuschlägen ausgewertet werden.

An selektive Subventionen und Finanzhilfen sollten die Forderungen einer Befristung und degressiven Staffelung gestellt werden, um ständig und zunehmend auf die Kostensenkung/Rationalisierung/Wettbewerbsverbesserung zu drängen. Sie sollten nur vergeben werden, wenn eine ökonomisch begründete Erfolgsaussicht besteht, wenn die Mehrkosten der Abfallenergieverwertung gegenüber der Konkurrenzenergie bestimmte Grenzwerte nicht überschreiten.

Rechtliche Rahmenbedingungen und Steuerungsmechanismen

Als Grundlage für ein optimales Normdesign und die Evaluierung möglicher Steuerungsmechanismen werden zuerst die bestehenden rechtlichen Verhältnisse und ihre Wirksamkeit auf die Abfallenergieverwertung unter-

sucht.⁵ Hinsichtlich der Steuerungsmechanismen werden ordnungsrechtliche und marktakzessorische Steuerung, insbesondere Abgaben, Genehmigungsvorbehalte, Einspeisungspflichten, Tariffestsetzungen, Verwertungspflichten, Planungsvorgaben, Lizenzen und Förderungsmaßnahmen behandelt.

Die Ziele der rechtlichen Steuerung im hier interessierenden Bereich sind Umweltschutz und Schonung der Energiereserven, letzteres in absoluter Hinsicht zur rationellen Ausnutzung der für unseren Planeten vitalen Energiereserven, aber auch relativ zur Verringerung der Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland bzw. der EU-Mitgliedstaaten von Energieimporten (Versorgungssicherheit). Hinzu kommt die Schaffung von Arbeitsplätzen und von Exportchancen. Generell sind aber die Ziele des Umwelt- und Gesundheitsschutzes die beste Rechtfertigung von staatlichen Regelungen zugunsten sparsamer bzw. nachhaltiger Energieerzeugung und -verwendung.

Beim gegenwärtigen Rechtsstand ist festzustellen, daß entropiewirtschaftliche Überlegungen im Bereich der öffentlichen Meinungsbildung keine unmittelbare Rolle spielen, andererseits eine Reihe von Regelungen den Forderungen der Entropiewirtschaft nahe kommt.⁶

Die EG wird in den Bereichen Energie und Umwelt hauptsächlich durch Förderprogramme und Harmonisierungsrichtlinien tätig. Eine besondere Rolle spielt die Energieeffizienz in der EG-Richtlinie 96/61 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung. Hier nimmt die Gemeinschaft Abschied von der Konzeption der getrennten Emissionsverminderung zum Schutz bestimmter Medien und geht das Problem aus ganzheitlicher Sicht an.

Erfahrungen zur rationellen Energieverwendung zeigen, daß die Anwendung marktkonformer vor ordnungsrechtlichen Mitteln angezeigt ist, wenn sie das gesteckte Ziel gleichfalls zu erreichen gestatten. Das ergibt sich unter anderem aus der Bewertung der Verhältnismäßigkeit, der Durchsetzbarkeit und des Steuerungsaufwandes. Ordnungsrechtliche Mittel stehen auf

5 Das umfaßt die Funktion des Rechts im Bereich der Abfallenergieverwertung, internationalrechtliche Rahmenbedingungen (Umweltvölkerrecht, Europarecht, WTO-Recht), Rahmenbedingungen des deutschen Rechts (verfassungsrechtliche Regeln, Regelungen des deutschen Gesetzesrechts), bestehende Steuerungsmechanismen.

6 Normen des nationalen, europäischen und völkerrechtlichen Umweltrechts und Normen über rationelle Energieverwendung sind sowohl umweltrechtlich als auch energiewirtschaftlich motiviert.

vielen Ebenen zur Verfügung, zum Beispiel im Raumordnungsrecht, im Bauplanungs- und Bauordnungsrecht. Marktakzessorische Steuerungsmittel suchen Preise und Kosten erwünschter und unerwünschter Verhaltensweisen zu steuern.

Soziale Wertungen von Szenarien zur Abfallenergieverwertung

Die Auswirkung von Lebensstilen auf den Energieverbrauch und die soziale Akzeptanz von Energieversorgungssystemen mit Abfallenergienutzung in Ballungsräumen waren Gegenstand einer diskursiven Befragung im Arbeitskreis „Energie und Ethik“ der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Stuttgart. Dabei wurden gesellschaftliche Meinungsführer in insgesamt acht Sitzungen befragt. Die Erstellung der Kriterien erfolgte mit Hilfe der sogenannten Wertbaumanalyse, bei der – im Rahmen eines Diskurses mit den verschiedenen Gruppen – die Kriterien in eine hierarchische Baumstruktur gebracht werden.

Die ausgewählten gesellschaftlichen Leitbilder „Techniknutzung“, „Ressourcenschonung“ und „Neue Lebensstile“ wurden an Energieszenarien einer klimaverträglichen Energieversorgung reflektiert und mit der Referenzentwicklung „Heutige Trends“ verglichen.

Für den Ballungsraum wurde ein Referenzszenario, ein technikorientiertes Szenario mit Kraftwerksausbau, zwei Szenarien mit unterschiedlichem Grad der Wärmevernetzung und ein Szenario mit Verhaltensänderungen von zwei Gruppen (technisch-betriebswirtschaftlich orientiert, ethisch orientiert) bewertet. Beide Gruppen bevorzugten die umweltschonenden letzten drei Szenarien, zwischen denen relativ geringe Bewertungsunterschiede auftraten. Dabei wurde von beiden Gruppen die Vernetzung mit Insellösungen und freiwilligem Anschluß gegenüber einem verdichteten Netzwerk mit Anschlußzwang trotz des ungünstigeren Primärenergieverbrauchs bevorzugt. Die Gründe waren jedoch sehr unterschiedlich. In der einen Gruppe wurden als entscheidende Nachteile des verdichteten Netzes die Betriebsführung und die Investitionskosten, in der anderen Gruppe die Beschränkungen der Entscheidungsfreiheit und Marktbeschränkungen gesehen.

Insgesamt zeigte sich in den befragten Gruppen eine positive Akzeptanzsituation für die Abfallenergieverwertung. Allerdings stuften die Gruppen die Realisierungschancen für die umweltschonendsten Szenarien als gering ein, weil sie die entsprechenden Rahmenbedingungen und institutionellen Voraussetzungen für eine neue Energiepolitik im Sinne der Abfallenergienutzung vermißten.

*Hemmende und fördernde Faktoren für die Abfallenergieverwertung
aus historischer Sicht*

Zur Herausarbeitung der Entwicklungslinien und Schlußfolgerungen wird ein Überblick zur technischen Entwicklung der Abfallenergieverwertung, zu ihren Akteuren und der Institutionalisierung der Aktivitäten (in Wirtschaft, Forschung und Entwicklung, Politik) und zur Entwicklung von Wertungen (Ökonomie, Ökologie, gesellschaftliche Werthaltungen) gegeben.

Der Weg zu einer „Entropiewirtschaft“ erscheint aus der Untersuchung als ein so großer technologischer Übergang, daß das Konzept der „großen technologischen Systeme“ der Geschichtswissenschaft als Erklärungsmuster angewendet werden kann. „Große technologische Systeme“ sind nicht nur das Ergebnis der erfolgreichen Durchsetzung technologischer Prozesse, sondern auch, wenn nicht vielmehr, Ergebnis von vielfältigen, auf die Gewinnung von Konsens zielenden Aktivitäten der beteiligten Gruppen. Dazu sind effektive Institutionen und überzeugende Argumente erforderlich. Erfolgreiche Systembildner zeichnen sich durch Einheit trotz Diversität, durch Zentralisierung trotz Pluralismus und durch Zusammenhänge und Geschlossenheit trotz Chaos aus.

Die Theorie der Abfallenergieverwertung zeigt hinsichtlich der Erzielung eines Konsens innerhalb der beteiligten Disziplinen Mängel, wesentliche Begriffe und Theorien sind noch nicht einheitlich formuliert oder weiterhin umstritten. Daran scheiterte bisher die Formulierung eines überzeugenden Kernarguments. In den 20er Jahren konnte sich der unpräzise Begriff „Wärmewirtschaft“ nicht gegen die „Rationalisierung“ durchsetzen. Die heutigen Begriffe „Abfallenergieverwertung“ und „rationelle Energieverwendung“ sind komplex und fachspezifisch gegenüber dem der „Nachhaltigkeit“.

Durchsetzungsfähige Institutionen existierten nur kurzfristig in den 20er Jahren. Danach agierten die Organisationen vereinzelt und wenig erfolgreich. Die Koordinierung der Aktivitäten und der Forschung und ein effektives Wissensmanagement wären erfolgversprechende Schritte in Richtung Zentralisierung trotz Pluralismus. Die Entwicklungen in den 90er Jahren zum Einsatz unterschiedlicher Energieträger und Wandlungstechniken förderten eine einheitliche Betrachtung trotz Diversität. Die Antwort auf die Frage, inwieweit es gelingt, unterschiedliche, teils konträre ökonomische und ökologische Wertungen durch das Entropiekonzept zusammenzuführen, muß der Zukunft vorbehalten bleiben.

Handlungsempfehlungen

Abschließend werden die erschließbaren Potentiale eingeschätzt, eine Analyse der die Erschließung fördernden und hemmenden Rahmenbedingungen vorgenommen und aus den vorhergehenden Darstellungen Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Die Potentialabschätzung berücksichtigt dabei thermodynamische Gesichtspunkte, die vorhandenen technischen Möglichkeiten und die Eigenschaften der Objektbereiche. Die hemmenden und fördernden Faktoren und die Signifikanz von Rahmenbedingungen können gleichfalls aus den untersuchten Beispielen und den Eigenschaften der Objektbereiche aufgezeigt werden.

Die abgeleiteten Empfehlungen betreffen unterschiedliche Handlungsebenen, die Bereitstellung informeller Grundlagen, die Anwendung bestimmter Bewertungsverfahren, die Anwendung ökonomischer, rechtlicher und sozialer Instrumente zur Regulierung und die Befriedigung des bestehenden Kommunikationsbedarfs.

3 Workshops, Konferenz und Publikationen

Workshops

Verwertung von Reststoffen und Nutzung von Biomasse am 18. Februar 1999 in Berlin.

Thermodynamische, ökonomische und historische Bewertung und Einordnung der Abfallenergieverwertung am 23. April 1999 in Berlin.

Technische Optionen für Energieversorgungssysteme und ihre soziale Bewertung am 9. Juli 1999 in Berlin.

Technische Entwürfe und gesellschaftliche Wertung einer Entropiewirtschaft am 14. und 15. Oktober 1999, Wilhelm-Ostwald-Gedenkstätte in Großbothen.

Konferenz

„Abfallenergieverwertung – ein Schritt von der Energie- zur Entropiewirtschaft“ am 2. und 3. Dezember 1999 in Berlin.

Publikationen

Bens, O.: Production of bioenergy in post-mining landscapes on recultivated mine soils. <http://www.eeci.net>.

Ders. & R. F. Hüttl: Bereitstellung von Holz als Bioenergieträger – Ein Beitrag zur zukünftig tragfähigen Bodennutzung sowie zur Entropiewirtschaft. In: AFZ/Der Wald, Heft 25 (1999).

Bittrich, P. & D. Hebecker: Classification and evaluation of heat transformation processes. In: Int. J. Therm. Sci., 38 (1999), S. 465–474.

Bittrich, P. & D. Hebecker: Modelling and experimental investigation of heat and mass transfer in a thickling absorber with a tube helix. 2nd European Congress of Chemical Engineering, Le Corum – Montpellier, 5–7 Octobre 1999.

Bungart, R., Bens, O. & R. F. Hüttl: Production of Bioenergy in Post-Mining Landscapes in Lusatia – Perspectives and Challenges for Alternative Landuse Systems. Ecological Engineering, Elsevier Science Publishers (in press).

Bungart, R. & R. F. Hüttl: Biomasseleistung und Wasserhaushalt schnellwachsender Baumarten auf Kippsubstraten im Lausitzer Braunkohlerevier. In: AFZ/Der Wald, Heft 25 (1999).

Bungart, R.: Erzeugung von Biomasse zur energetischen Nutzung durch den Anbau schnellwachsender Baumarten auf Kippsubstraten des Lausitzer Braunkohlereviere unter besonderer Berücksichtigung der Nährelementversorgung und des Wasserhaushaltes. Cottbuser Schriften zu Bodenschutz und Rekultivierung, Band 8, Cottbus, 1999, 163 S.

Fischer, C. & K. Lucas: Zur Aufteilung der Primärenergieeinsparung durch Kraft-Wärme-Kopplung auf die Koppelprodukte. In: FWI, 11 (1999), S. 18–22.

Fratzcher, W. & K. Michalek: On the way from Energy to Entropy Economics. Proceedings of ECOS'99, Tokyo Institute of Technology, June 8–10, 1999.

Fratzcher, W.: Technologie und Ökologie. In: Ökologische Stoffverwertung, Berichte 1/99, S. 20–35, Halle (Saale).

Hebecker, D. & P. Bittrich: Energietransformation und Stoffwandlung. GET-Thermodynamik-Kolloquium '99, 7./8. Oktober 1999 in Karlsruhe.

Klee, U., Steinbrück, M. & D. Hebecker: Effektive Nutzung regenerativer Bioenergieträger durch Wärmetransformation. Tagung Fortschrittliche Energiewandlung und -anwendung, 16./17. März 1999 in München.

Knaus, A. & O. Renn: Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft, Marburg: Metropolis Verlag, 1998.

Lucas, K.: Primärenergie-Einsparung durch Kraft-Wärme-(Kälte)-Kopplung. In: BWK, 51 (1999), S. 42–45.

Renn, O. et al.: Abfallwirtschaft 2005. Bürger planen ein regionales Abfallkonzept, Baden-Baden: Nomos Verlag, 1999.

Renn, O.: Die Wertbaumanalyse: Ein diskursives Verfahren zur Bildung und Begründung von Kriterien zur Bewertung von Technikfolgen. In: Böchler, S. et al. (Hg.), Handbuch Technikfolgenabschätzung, Bd. 2, Berlin: Sigma Verlag, 1999.

Ders.: Methodische Vorgehensweise in der Technikfolgenabschätzung. In: Böchler, S. et al. (Hg.), a. a. O.

Ders., Knaus, A. & H. Kastenholz: Wege in eine nachhaltige Zukunft. In: Breuel, B. (Hg.), Agenda 21, Vision: Nachhaltige Entwicklung, Buchreihe der Expo 2000, Frankfurt/Main: Campus Verlag, 1999.

Weisheimer, M.: Die west- und ostdeutsche Industrie vor der Stromsteuer. In: Energiewirtschaftliche Tagesfragen 1999, 1–2, S. 18–23.

Ders.: Erwartungen aus der Liberalisierung des Strommarktes. In: Sammelband zur deutschen Energiewirtschaft an der Schwelle des neuen Jahrhunderts, Stuttgart, Leipzig: Teubner Verlag, 1999.

Ders.: Technik und Nachhaltigkeit am Beispiel der Energiefrage. In: a. a. O.

Arbeitsgruppe Berliner Akademiegeschichte im 19. und 20. Jahrhundert

Jürgen Kocka, Rainer Hohlfeld, Peter Nötzoldt, Peter Th. Walther

1 Ziele der Arbeitsgruppe

Anlässlich ihres 300. Jubiläums im Jahr 2000 wird die BBAW ihre Geschichte sich selbst und einer interessierten Öffentlichkeit verstärkt zu vergegenwärtigen haben. Darauf sollte sie sich durch Forschung und Diskussion rechtzeitig vorbereiten, wobei den letzten anderthalb Jahrhunderten besondere Aufmerksamkeit gebührt, denn die jüngere Geschichte der Akademie im rasanten Wandel der Wissenschaften und im raschen Wechsel der politischen Systeme vom Kaiserreich bis zum wiedervereinigten Deutschland der Gegenwart ist von zentraler Bedeutung für das Bild, das die Akademie von sich selbst bildet und in der Öffentlichkeit vermittelt. Doch werden davon auch Anstöße zur Erforschung der früheren Akademiegeschichte ausgehen.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, rechtzeitig zum Jahr 2000 wichtige Aspekte vor allem der jüngeren Geschichte der Berliner Akademie(n) der Wissenschaften auf drei repräsentativen, international besetzten Kolloquien mit Schwerpunkten auf der Akademiegeschichte im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im nationalsozialistischen Deutschland sowie in der SBZ/DDR unter Einbeziehung der kurzen Geschichte der Westberliner Akademie zu rekonstruieren.

Auf dieser Grundlage werden drei Sammelbände veröffentlicht, die sowohl die Beiträge zu den Kolloquien als auch eigene Forschungen der Arbeitsgruppe enthalten. Es geht darum, die Geschichte der Akademie in die allgemeine soziale, politische, kulturelle, wirtschaftliche und wissenschaftliche Entwicklung der Zeit einzubetten. Zugleich soll die Geschichte der Akademie in den Kontext der Fragestellungen der modernen Wissenschaftsgeschichte gestellt werden.

2 Umsetzung der leitenden Fragestellungen 1999

Die leitenden Fragestellungen der AG wurden im Jahrbuch der Akademie 1997 vorgestellt. Im folgenden werden die Ergebnisse der Tätigkeiten geschildert, die sich aus den Zielen und den Fragestellungen der AG ergeben haben.

2.1 Akademiekolloquien

Nach ihrer Konstituierung am 14. Januar 1997 begann die Arbeitsgruppe unter Federführung ihres Sprechers Jürgen Kocka und ihres stellvertretenden Sprechers Wolfram Fischer, die drei Kolloquien vorzubereiten und durchzuführen.

Das erste Kolloquium *Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich*, über das im Jahrbuch 1997 bereits berichtet wurde, beschäftigte sich vor allem mit der Stellung der Preußischen Akademie zu anderen deutschen Gelehrtensozietäten dieser Zeit wie auch mit der Entwicklung der Akademie angesichts des Aufstiegs der Berliner Universität und der entstehenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Darüber hinaus ergaben sich Fragen nach dem ‚Wissenschaftsstandort‘ Berlin und nach der Einbettung der wissenschaftlichen Tätigkeiten der Akademie in die Geschichte der Natur- und Geisteswissenschaften.

Der erste von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther herausgegebene Kolloquiumsband ist im Herbst 1999 erschienen. Neben den Referaten enthält der Band ein umfangreiches, knapp siebzigseitiges Schlußkapitel von R. Hohlfeld, J. Kocka und P. Th. Walther, das die Berliner Akademiegeschichte bis 1918 in die Geschichte der Akademiebewegung und die Wissenschafts- und Allgemeingeschichte der Zeit einbettet.

Das zweite Kolloquium wurde vom 29. bis 31. Oktober 1998 unter dem Titel *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Krieg und Frieden, in Republik und Diktatur 1914–1945* durchgeführt. Ein ausführlicher Bericht findet sich im Jahrbuch der Akademie 1998. Wie ein roter Faden zog sich durch das Kolloquium die Frage, inwieweit und unter welchen Bedingungen die national und international in den Akademien repräsentierte Wissenschaft unter Kriegsbedingungen und nationalsozialistischer Herrschaft die Normen wissenschaftlicher Universalität bzw. politischer Neutralität verletzte. Mehrere Vorträge und Diskussionsbeiträge berührten diese Frage und belegten eindrucksvoll, in welcher Weise unter politischen Extrembedingungen wissenschaftliche Grundnormen außer Kraft gesetzt wurden. Gegenüber der neuen demokratischen Republik verhielt sich die Mehrheit der monarchiegeprägten Akademiemitglieder reserviert. Eine Ausnahme bildete die antichauvinistische und pazifistische Haltung Albert Einsteins, der sich damit allerdings in der deutschen Gelehrtenrepublik isolierte.

Nach 1933 versuchte Max Planck sowohl als Sekretar der Akademie als auch als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) die Akademie und die KWG aus den Zielsetzungen der nationalsozialistischen Forschungs- und

Wissenschaftspolitik herauszuhalten und einen normalen wissenschaftlichen Alltag zu sichern; das aber gelang nur um den Preis von Kompromissen. So konnte 1934 zwar die Zuwahl des politisch favorisierten Physik-Nobelpreisträgers und Vertreters einer ‚deutschen Physik‘, Johannes Stark, blockiert werden, bei anderen Disziplinen war das Verhalten der Klassen und des Plenums jedoch weitaus inkonsequenter, so daß Vertreter der Rassenlehre und des Antisemitismus in der Akademie Fuß fassen konnten. Die Akademie akzeptierte auch die Statutenänderung „im sechsten Jahr des Dritten Reiches“ von 1938 mit dem „Arierparagrafen“.

Trotz solcher Ansätze zu politischer Intervention ging das wissenschaftliche Leben in der Akademie weiter, wenn auch im Schatten der KWG, die in den Naturwissenschaften in den 20er und 30er Jahren zum Leistungsträger der naturwissenschaftlichen Forschung in Deutschland avancierte. Die Akademie hielt durch entsprechende Berufung führender Fachvertreter Schritt mit der Wissenschaftsentwicklung.

Die ideologische Wende von der ‚reinen‘ Wissenschaft zu einem Wissenschaftsverständnis, das sich einer Kooperation mit der Industrie gegenüber aufgeschlossen zeigte und die „Wissenschaft ins Leben stellen“ wollte (Harnack), erfolgte in der Akademie – im Unterschied zur KWG – nur sehr zögernd; doch der Einzug der ‚angewandten‘ Wissenschaften in die Akademie war in den dreißiger Jahren durch die zunehmende Relevanz der Technikwissenschaften für Wirtschaft und Kriegsvorbereitung nicht mehr aufzuhalten.

Insgesamt kann gesagt werden, daß das Kolloquium vielfältige Aspekte zur nationalen und internationalen Akademiegeschichte zusammengetragen hat, alte, offene Fragen des Kaiserreich-Kolloquiums aufgriff und weiterführte sowie neue Fragen des Verhältnisses von Akademie und Staat aufwarf, die auch für die Nachkriegsgeschichte der Akademie von Bedeutung sein dürften. Den zweiten Kolloquiumsband wird Wolfram Fischer unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Rainer Hohlfeld herausgeben. Er soll im Sommer 2000 erscheinen.

Das dritte Kolloquium fand vom 4. bis 6. November 1999 unter dem Titel *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990* statt. Die Pluralform bezieht sich nicht auf den häufigen Namenswechsel der etablierten Berliner Akademie (*Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin* bis Dezember 1945, *Akademie der Wissenschaften zu Berlin* bis Juni 1946, *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin* 1946 bis 1972, *Akademie der Wissenschaften der DDR* seit 1972), sondern auf die 1987 im Westteil Berlins gegründete, 1990 aufgelöste *Akademie der Wissenschaften zu Berlin*.

Die Entwicklung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin/Akademie der Wissenschaften der DDR stand naturgemäß im Mittelpunkt des Kolloquiums. Hier gelang es einerseits, die Entwicklung der Akademie als Gelehrten-gesellschaft nachzuzeichnen: von der „Rest-Akademie“ der Preußischen Akademie über eine zwischen gesamtdeutschen Ambitionen und Einbindungen in die SBZ/DDR lavierende Körperschaft zur „Nationalakademie“ der DDR, in der die Kreisleitung der SED schließlich den Kurs eher bestimmte als das Akademiepräsidium. Auf einer zweiten Ebene wurde die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Forschungsinstituten der Akademie und der Gelehrtensozietät diskutiert. Hier zeigte sich, daß mit der Abkopplung des Forschungspotentials von der Kontrolle der Klassen der Gelehrten-gesellschaft seit 1957 eine Quasi-Max-Planck-Gesellschaft innerhalb der Akademie gegründet wurde, die mit der Gelehrten-gesellschaft kaum mehr gemein hatte als den Briefkopf. Die Entscheidung, die Institutsstrukturen nicht nach Funktionsbereichen (Grundlagenforschung, anwendungsorientierte Forschung, Auftragsforschung, Traditionsunternehmen etc.) aufzugliedern, war 1962 politisch vorgegeben und führte dazu, daß die DAW/AdW trotz der Straffung der Institutsstrukturen in der Großen Akademiereform 1968/69 den Charakter eines „Gemischtwarenladens“ Wissenschaft und Forschung beibehielt. Ausdifferenzierungen fanden demzufolge innerhalb von Instituten statt, nicht zwischen Instituten.

Darüber hinaus wurde das Verhältnis zwischen den Universitäten und der DAW/AdW thematisiert, die Rekrutierungsmechanismen der Akademiemitglieder erörtert und die Kooperations- und Informationspraktiken zwischen Industrie und Akademie analysiert. Durch mehrere Vergleiche – mit der Leopoldina in Halle/Saale, der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und den im Institut de France zusammengeschlossenen Pariser Akademien – wurden die Berliner Entwicklungen mit anderen Formen/Lösungen der Wissenschaftsrepräsentation und -organisation kontrastiert, in denen wie in Berlin Traditionsverständnis, politische Rahmenbedingungen und pragmatische Arrangements Hand in Hand gingen.

In einer eigenen Sektion wurde die Konzeption und Arbeitspraxis der Akademie der Wissenschaften zu Berlin erörtert: Als Stärkung des Wissenschaftsstandorts West-Berlin vorgesehen, geriet sie einerseits durch die Ablehnung des Regionalprinzips für ihre Mitglieder, die fehlende Einteilung in Klassen und die Etablierung von drei- bis fünfjährigen Arbeitsgruppen als ihrer spezifischen Arbeitsform in voraussehbare Konflikte mit den westdeutschen, Langzeitprojekten verpflichteten Regional-Akademien. Andererseits zeigte sich, daß gerade dadurch erstarrte Strukturen in der Wissenschaftslandschaft in der alten Bundesrepublik aufgeweicht wurden. Daß die Vorgrün-

derungsgeschichte dieser Akademie angesichts der Kontakte und Informationen zwischen West- und Ost-Berlin zugleich der Einhegung des Kalten Krieges um die „besondere politische Einheit Westberlin“ und der Vorbereitung der Normalisierung wissenschaftlicher Kontakte zwischen der DDR und Berlin (West) diene, warf noch einmal Licht auf die politisch exponierte Rolle jeder Akademie in der geteilten Stadt. Eine Podiumsdiskussion über Akademien der Wissenschaften nach 2000 schloß das Kolloquium ab.

Der Kolloquiumsband wird von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther herausgegeben und im Herbst 2000 erscheinen.

2.2 Einrichtung einer Datenbank für prosopographische Studien

Mit dem Ziel einer Datenerhebung zu den sozialen Charakteristika der Akademiemitglieder in früherer Zeit wurde 1997 unter Federführung des Akademiemitglieds Peter Moraw eine ad hoc-„Prosopographiegruppe“ gebildet, die als Muster für die Datenerhebung eine „Maske“ mit ca. 70 zu erhebenden Items zur Biografie der ordentlichen Akademiemitglieder erarbeitete.

Nach mehrmonatigen Vorbereitungen begann am 1. März 1998 die systematische Erhebung von standardisierten Daten zu den Ordentlichen Mitgliedern der Akademie im Zeitraum von 1910 bis 1949, die 1999 nach Billigung durch den Konvent auf den Zeitraum 1810 (Gründung der Universität in Berlin) bis 1910 erweitert wurde. Die Arbeiten wurden von Astrid Küttler und Cord Arendes durchgeführt und plangemäß abgeschlossen. Die nunmehr vorliegende Datenbasis dient zur Beantwortung einer Reihe von wissenschafts-, sozial- und institutionengeschichtlichen Fragen der AG. Material aus den bisherigen Erhebungen haben bereits einige Referenten des zweiten Kolloquiums nutzen können. Die Daten kommen gleichzeitig Forschungen des Arbeitskreises *Frauen in Akademie und Wissenschaft* zugute.

Mit den erhobenen Daten kann eine wesentliche Vertiefung bisher üblicher Forschungsansätze zur Wissenschaftsgeschichte und speziell zur Akademiegeschichte erreicht werden, indem Informationen über Einzelpersonen verbessert und standardisiert und indem Verflechtungsanalysen, die bisher so gut wie stets zufälliger Natur blieben, nun in jedem Fall nach allen nur denkbaren Richtungen möglich werden. Darüber hinaus erlaubt dieser prosopographische Ansatz, Berliner Wissenschaftler in den Mittelpunkt späterer wissenschaftshistorischer Forschungen der verschiedensten Art zu stellen. Auch wird genauer erforschbar, welche (wechselnde) Rolle die Akademie neben der Universität, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und anderen Forschungseinrichtungen in Berlin gespielt hat, und wie die Personalpolitik des Kultusministeriums mit den Interessen dieser Institutionen verwoben war.

Publikationen

Kocka, J. (Hg. unter Mitarbeit von R. Hohlfeld & P. Th. Walther): Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich, Berlin: Akademie Verlag, 1999.

Fischer, W. (Hg. unter Mitarbeit von R. Hohlfeld & P. Nötzoldt): Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Krieg und Frieden, in Republik und Diktatur, Berlin: Akademie Verlag (im Erscheinen).

Kocka, J. (Hg. unter Mitarbeit von P. Nötzoldt u. P. Th. Walther): Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin im geteilten Deutschland, Berlin: Akademie Verlag (im Erscheinen).

Nötzoldt, P.: Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946–1972, Berlin: Akademie Verlag (im Druck).

Arbeitsgruppe *Gemeinwohl und Gemeinsinn*

Herfried Münkler

Die seit Oktober 1998 bestehende Arbeitsgruppe *Gemeinwohl und Gemeinsinn* hat im Jahr 1999 ihre auf die Edition einer systematischen Aufarbeitung der Thematik „Gemeinwohl und Gemeinsinn“ ausgerichtete Forschungsarbeit vorangetrieben. Zu diesem Zweck wurden insbesondere im historischen, juristischen und sozialwissenschaftlichen Themenspektrum Werkverträge vergeben, Einzelvorträge abgesprochen sowie für das Jahr 2000 zwei Konferenzen konzipiert.

Vor allem wurde vom 11. bis 13. Juni 1999 die erste wissenschaftliche Konferenz der AG in der Akademie veranstaltet, zu der Hubertus Buchstein (Greifswald), Alfred Gierer, Gerhard Göhler (Berlin), Otto Gerhard Oexle (Göttingen), Pier Paolo Portinaro (Turin), Rainer Schmalz-Bruns (Darmstadt), Gunnar Folke Schuppert (Berlin), Thomas Simon (Frankfurt/Main), Herbert Sukopp und Christine Windbichler mit Referaten beigetragen haben.

Die Konferenz hat verdeutlicht, daß *Gemeinwohl* und *Gemeinsinn* auf drei Ebenen diskutiert werden müssen: als Idee und Begriff, als politische Semantik und als praktisch-politische, zumal rechtlich vermittelte Definitionen von *Gemeinwohl* (mit den entsprechenden, daraus jeweils abgeleiteten Politikentwürfen) bzw. von Maßnahmen zur Förderung von *Gemeinsinn*. Ein interessantes Phänomen ist hierbei die Selbstbindungswirkung von *Gemeinwohrrhetorik*, bei der die Benutzung des Begriffes aufgrund seiner historisch bedingten Konnotationen Erwartungen provoziert, deren Erfüllbarkeit in Aussicht stellt, wer sich des Begriffes bedient. Daraus folgt, daß mit der Feststellung, *Gemeinwohlsemanantik* habe eine wesentlich rhetorische Funktion, keineswegs deren normative und praktische Bedeutungslosigkeit behauptet wird.

Im Verlauf der Konferenz hat sich weiterhin gezeigt, daß durch die Unterscheidung der *Gemeinwohlsemanantik* von der universalistisch ausgerichteten Gerechtigkeitssemantik eine Spezifikation ihrer tendenziell partikularen Reichweite vorgenommen werden kann. Dies ist beispielsweise wichtig für die gegenwärtig vermehrt zu beobachtende Verweigerung gegenüber Solidarsystemen mittels des „Gerechtigkeits“-Anspruches, herausbekommen zu wollen, was man hineingegeben habe. Pointiert formuliert heißt das, daß die individualisierende Struktur von Gerechtigkeitsvorstellungen deren Universalisierungsimperative aushöhlt und in eine unmittelbare Konkurrenz mit *Gemeinwohlvorstellungen* tritt.

In der historischen Dimension konnte zwischen einer griechischen Gemeinwohltopik, die auf eine distinkte Ordnung *in toto* bezogen ist, und einer universalistisch angelegten christlichen Gemeinwohltopik unterschieden werden. Erst durch die Amalgamierung beider Topiken im politischen Denken des 17. Jahrhunderts ließen sich ethische, herrschaftslegitimatorische und herrschaftslimitierende Ansätze verbinden, wobei die Kameralistik hinsichtlich des Zusammenhangs von Gemeinwohrrhetorik und Machtlehre besonders interessant ist, weil sie unter Einbeziehung des mit den Vertragstheorien und der Entstehung der politischen Ökonomie dominant werdenden Interessendiskurses geradezu eine *fund-raising-theory* bildete, in der sich die strategische Bindung von Gemeinwohlformeln zeigt: Der Fürst mußte als Förderer „des Gemeinwohls“ auftreten, um Steuern erheben zu können. Dieser Weg, die Bürger Geld verdienen zu lassen, das mit Hinweis auf das vom Herrscher vertretene Gemeinwohl steuerpflichtig wird, erwies sich als bester Weg, die Schatzkammer des Fürsten zu füllen.

Wenn „Gemeinwohl“ und „Gemeinsinn“ nur mit Bezug auf konkrete kulturelle und politische Praxen sinnvolle Begriffe sind, dann lassen sich bestimmte nationalspezifische bzw. kulturspezifische Begriffsverwendungen unterscheiden, die sich insbesondere im Bereich des Rechts auswirken. Wie am Beispiel des amerikanischen Rechtssystems, insbesondere im Bereich des Zivilrechts gezeigt wurde, muß man sich in diesem Fall davor hüten, im Zuge des Kultur- bzw. Rechts- oder Politikvergleiches über die begrifflichen Ähnlichkeiten die unterschiedlichen Orte der Gemeinwohldefinition (beispielsweise in den USA die Gerichte, in Deutschland traditionell eher der Staat) zu vernachlässigen.

Neben diesen verschiedenen Differenzierungsvorschlägen bildeten die Bezüge zwischen Gemeinwohl und Gemeinsinn eine durchgängige, transdisziplinär erörterte Thematik. Der auf diese Bezüge abzielende Begriff der soziomoralischen Ressourcen hat den Vorteil, daß er den legitimen Gebrauch und die Inhalte politischer Kooperation nicht festlegt, doch wurde Dissens angemeldet hinsichtlich der Behauptung, Sozial-Moral verbrauche sich *in actu* und könne nicht innerhalb des politischen Prozesses gefördert werden. Die Frage, ob vielleicht umgekehrt gerade die Inanspruchnahme von Gemeinsinn dessen Verstetigung ermöglicht bzw. Gemeinsinn durch Nichtinanspruchnahme schwindet, bedarf weiterer grundlegender Klärung. Einigkeit herrschte aber darüber, daß Appelle an den Gemeinsinn von Bürgern einem „Überforderungscheck“ (*Gierer*) zu unterziehen seien, da reelle wie auch symbolische Strapazierungen moralischer Orientierung gegenteilige Wirkungen haben können. Hieran schließt sich sogleich jedoch die Frage an, ob dieser „Überforderungscheck“ mit Blick auf das mögliche Schwinden soziomo-

ralischer Ressourcen durch deren Nichtinanspruchnahme um einen „Unterforderungscheck“ (*Joas*) zu ergänzen ist. Der Prozeß der deutschen Vereinigung könnte als Testfeld dieser Überlegungen dienen.

Wie der Begriff des kooperativen Staates nahelegt, wird mit „Kooperation“ auch ein Typus des Zusammenwirkens zwischen dem Staat und gesellschaftlichen Teilbereichen, etwa der Wirtschaft bezeichnet. Mit Gemeinwohlorientierung ist hier eine spezifische Form des Interessenausgleichs gemeint, die bis zu bestimmten Formen der Selbstbindung und Selbstverpflichtung reichen kann. In diesen Zusammenhang gehören auch die vielfältigen Institutionen des dritten Sektors, die in der Regel auf das Gemeinwohl verpflichtet sind und häufig eine Mittlerfunktion zwischen Staat und Wirtschaft realisieren, die einer genauen Analyse bedarf.

Kontrovers wurde die Frage diskutiert, wie in modernen Gesellschaften, konkret beim Umbau des Wohlfahrtsstaates, Gemeinwohlorientierungen erhalten und gestärkt werden können. Favorisiert wurden sogenannte kontextuelle Steuerung und rechtliche Regelungen, wobei zu bedenken gegeben wurde, ob nicht der Verhinderung von gemeinwohlschädigendem Verhalten mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse als einer fragwürdigen positiven Gemeinwohldefinition und einer stets fragilen Gemeinsinnförderung.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß auf der ersten wissenschaftlichen Konferenz der Arbeitsgruppe über wesentliche Grundfragen, Probleme und Begrifflichkeiten der Problematik „Gemeinwohl und Gemeinsinn“ eine Verständigung erzielt werden konnte, während einige kontroverse Punkte noch der Klärung harren, wobei der Diskussionsverlauf sehr dazu ermutigt hat, dabei weiterhin einem komplexen, transdisziplinär angelegten Beobachtungsinstrumentarium zu vertrauen. Die Konferenz-Ergebnisse wurden Interessenten als Protokoll zugeschickt, auf der Internet-Seite der AG dokumentiert sowie in einer Fachzeitschrift dargestellt (Bluhm/Fischer 1999).

Nicht zuletzt in Reaktion auf diese, auch in der FAZ vom 17. 06. 1999 besprochene Konferenz hat es eine Vielzahl mit Kooperationswünschen verbundener positiver Reaktionen aus der wissenschaftlichen Gemeinschaft und von Wissenschaftsförderern gegeben. So haben etwa das Referat „Geistige Orientierung“ der Bertelsmann Stiftung und die Weltbank Interesse an den Forschungen der Arbeitsgruppe geäußert. Letztere hat neben der Teilnahme an den weiteren Konferenzen, insbesondere an der geplanten Tagung mit Vertretern gesellschaftlicher Interessengruppen, die Option eines gemeinsamen Workshops zum Problem globaler Solidaritätsbereitschaft in Aussicht gestellt. Die Arbeitsgruppe hat großes Interesse an einer weiteren Konkretisierung dieses Kooperationsangebotes, das eine auch für die Akademie attraktive Perspektive internationaler Öffentlichkeitsresonanz bietet.

Die Carl Friedrich von Siemens Stiftung (München) hat angeboten, zum Abschluß der wissenschaftlichen Bearbeitung der Thematik im Frühjahr 2001 in ihren Räumlichkeiten eine Arbeitsgruppentagung auszurichten, bei der auf der Basis der bis dahin voraussichtlich sehr umfangreich vorliegenden Studien eine Summe gezogen und nach Möglichkeit schon die im Antrag auf Einrichtung der AG in Aussicht gestellte Abschlußstellungnahme der Arbeitsgruppe erarbeitet werden soll, die insbesondere die verschiedenen disziplinären Perspektiven transdisziplinär zu verzahnen und auf das breite Interesse nicht-wissenschaftlicher Öffentlichkeit hin auszuwerten hat.

Gunnar Folke Schuppert behandelt im Rahmen seiner Gastprofessur am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung die Frage nach dem Zusammenhang von Gemeinwohlorientierung und Institutionenbildung, hinsichtlich derer neben dem Problem der Institutionalisierung positiver Gemeinwohlorientierungen auch das Problem der institutionalisierten Verhinderung von gemeinwohlschädigendem Verhalten, wie zum Beispiel Korruption, von grundlegender Bedeutung ist. Diesbezüglich besteht eine beidseitig enge Kooperationsabsicht.

Aufgrund dieser positiven Resonanz, die eine längerfristige Arbeitsperspektive zur Vollendung der begonnenen Projekte erfordert, wurde die zunächst für eine Laufzeit von zwei Jahren beantragte AG um ein drittes Jahr verlängert.

Mit Blick auf die bislang eingeworbenen Beiträge aus Vorträgen und Werkverträgen wurde die Edition der Arbeitsgruppe auf fünf Bände konzipiert, in denen nicht einfach Arbeitsergebnisse versammelt, sondern eine systematische Aufarbeitung der Thematik „Gemeinwohl und Gemeinsinn“ geleistet werden soll. Der erste Band wird die historischen Aspekte der Thematik ausleuchten, der zweite Band beschäftigt sich mit juristischen Aspekten, der dritte Band konzentriert sich auf philosophisch-theologische und im weiteren Sinne normative Zugänge, während der vierte Band vornehmlich sozialwissenschaftlich-analytische Beiträge versammelt. Der abschließende fünfte Band wird die interdisziplinäre Abschlußstellungnahme der Arbeitsgruppe enthalten sowie die Ergebnisse des Gespräches mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und weiteren gesellschaftlichen Interessengruppen über Bedeutung und Perspektiven des Themas „Gemeinwohl und Gemeinsinn“ dokumentieren.

Die Darstellung einiger zentraler Fragestellungen der Arbeitsgruppe ist in Band 7 der Berichte und Abhandlungen der Akademie erschienen (Münkler/Fischer 1999). Eine englischsprachige Übersetzung dieses Textes wird demnächst mit dem Ziel einer Kooperation mit englischsprachigen Referenten in einer anglophonen sozialwissenschaftlichen Fachzeitschrift publiziert werden.

Weiterhin wurden Beobachtungen zur Bedeutung des Gemeinwohltopos in der aktuellen politischen Semantik publiziert (Münkler 1999).

Abschließend läßt sich nach einjähriger Tätigkeit der AG feststellen, daß sich die von ihr erprobte, neue Arbeitsstruktur, anstelle eines starren Systems mehrerer fester Mitarbeiterstellen flexibel mit thematisch klar umrissenen Werkverträgen zu operieren, angesichts der guten Öffentlichkeitsresonanz und der sich in der frühzeitig möglich gewordenen Konzeption und Präsentation des Editionsprojektes der Arbeitsgruppe dokumentierenden, hervorragenden Resonanz bei den um Mitarbeit gebetenen Wissenschaftlern zu bewähren scheint.

Im Text genannte Veröffentlichungen

Bluhm, H. & K. Fischer: Gemeinwohl und Gemeinsinn – Soziomoralische Ressourcen moderner Gesellschaften. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 12 (1999) 3, S. 98–101.

Münkler, H. & K. Fischer: Gemeinwohl und Gemeinsinn. Thematisierung und Verbrauch soziomoralischer Ressourcen in der modernen Gesellschaft. In: *Berichte und Abhandlungen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften*, Band 7, Berlin 1999, S. 237–265.

Münkler, H.: Gemeinwohl statt Gerechtigkeit. Vom allmählichen Austausch eines Leitbegriffs und den Folgen für Politik und Gesellschaft. In: *Der Tagesspiegel*, 28. Oktober 1999, S. 35.

*Arbeitsgruppe Sprache des Rechts.
Vermitteln, Verstehen, Verwechseln*

Wolfgang Klein

Zwischen Sprache und Recht gibt es zahlreiche Berührungen, die zu erforschen gleichermaßen von wissenschaftlichem wie von praktischem Interesse ist. So ist in den kontinentalen Rechtssystemen Europas die Rechtsfindung wesentlich an Normen gebunden, die vom Gesetzgeber schriftlich niedergelegt worden sind; daher ist die sprachliche Form, in welcher Gesetzestexte abgefaßt sind, von großer Bedeutung. In anderen Rechtssystemen kommt der geschriebenen Sprache vielleicht minderes Gewicht zu, nicht aber der Sprache überhaupt: auch in schriftlosen Kulturen ist die Rechtsfindung in erster Linie eine kollektive sprachliche Handlung – ein Kampf zwischen verschiedenen Parteien, der mit sprachlichen Mitteln geführt wird. Vor dem Hintergrund der tiefen Bindung des Rechts an die Sprache ist erstaunlich, daß es bisher noch nicht stärker zu einer interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen Rechtswissenschaft und Sprachwissenschaft gekommen ist (vgl. die Anmerkungen von Bierwisch 1992, Grewendorf 1992b und – ausführlich – Busse 1992). Einschlägige fachübergreifende Beiträge beziehen sich im allgemeinen auf eine stilistische Kritik der Rechtssprache (Fremdwortgebrauch, komplizierter Satzbau, etc., siehe z. B. Schönherr 1985), die Analyse von Dialogen vor Gericht (z. B. Hoffmann, 1989) sowie auf forensische Beiträge, bei denen Täterermittlung und Beweisführung im Mittelpunkt stehen (Kniffka 1990; siehe Busse 1992, S. 9 zu weiteren Quellen sowie die Bibliographie Reitemeier 1985). Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen (Pfeiffer, Strouhal und Wodak 1987, Littmann 1981) fehlt es dagegen an systematisch durchgeführter empirischer Forschungsarbeit, die sprachwissenschaftliche und rechtswissenschaftliche Kompetenz gleichberechtigt heranzieht mit dem Ziel, zu Aussagen grundsätzlicher Natur über den Zusammenhang zwischen Recht und Sprache zu gelangen. Die Arbeitsgruppe soll dazu beitragen, diesen Mangel zu beheben. Sie hat zum Ziel, die Entstehung, Auslegung und Anwendung von Gesetzestexten interdisziplinär und unter Anwendung empirischer Methoden zu erforschen. Allgemeiner Hintergrund und Eingrenzung des Vorhabens werden im folgenden Abschnitt erläutert.

Ein solches Ziel läßt sich nur sinnvoll in Angriff nehmen, wenn dabei gleichermaßen juristische wie linguistische Kompetenz vertreten sind; wichtig ist weiterhin eine gewisse Vertrautheit mit Methoden der empirischen Sozialwissenschaft und der experimentellen Sprachpsychologie. Konkret wird die Ein-

richtung dreier Teilprojekte vorgeschlagen, die in etwas unterschiedlicher Gewichtung der geforderten Interdisziplinarität Rechnung tragen; diese Teilprojekte werden im zweiten bis vierten Abschnitt umrissen.

Hintergrund und Eingrenzung

Es gibt zumindest sieben wichtige Schnittfelder von Sprache und Recht:

I. *Forensische Kommunikation*. Damit ist das sprachliche Verhalten der verschiedenen Parteien vor Gericht gemeint. Traditionell kommt diesem Schnittfeld von Sprache und Recht besonders große Bedeutung zu, und zwar für die Jurisprudenz wie für die Sprachwissenschaft. Die rechte Form der Gerichtsrede steht am Anfang der Rhetorik, der Stilistik, der Textlinguistik. Aber die forensische Kommunikation schließt auch viele andere Aspekte des Sprachlichen ein, beispielsweise soziale und dialektale Unterschiede im Sprachverhalten.

II. *Juristische Argumentation*. Ob eine Folge von Gedanken eine juristisch schlüssige Argumentation ergibt, ist zunächst einmal keine Frage der Sprache, sondern des geistigen Zusammenhangs zwischen diesen Gedanken; dieser Zusammenhang hat aber ein sprachliches Gegenstück, weil jedes Argument sprachlich ausgedrückt werden muß – und dies in einer natürlichen Sprache mit all ihrer Unbestimmtheit, Mehrdeutigkeit und Variabilität. Die Logik, oder auch mangelnde Logik, einer juristischen Argumentation hat daher eine wesentlich sprachliche Dimension.

III. *Forensische Linguistik*. Dieser Terminus hat sich für bestimmte linguistische Techniken eingebürgert, die in der Rechtspraxis eine Rolle spielen. Dazu zählen etwa Schallanalysen zur Täterermittlung, die graphologische Prüfung von Texten und Unterschriften, die statistische Textanalyse und ähnliches. Dies ist ein für die Praxis nicht unwichtiges Gebiet; theoretisch ist es allerdings weder für das Recht noch für die Sprache von besonderem Interesse.

IV. *Rechtliche Regelungen der Sprachverwendung*. Wie man zu sprechen hat, ist im allgemeinen nicht gesetzlich festgelegt. Davon gibt es jedoch einige wichtige Ausnahmen, beispielsweise Vorschriften darüber, welche Sprache als Gerichtssprache zugelassen ist oder unter welchen Umständen Übersetzungen gefordert werden usw. Linguistisch wie juristisch interessanter sind Probleme von Benennungen, etwa beim Namensrecht, Warenschutz und dergleichen. Neuerdings wurde auch ernstlich verlangt, die Rechtschreibung

(merkwürdigerweise nicht die für die landesweite Verständlichkeit so viel wichtigere Aussprache) einer parlamentarischen Regelung zuzuführen.

V. *Rechtliche Geltung sprachlicher Handlungen.* Hierzu zählt ein ganzes Spektrum von Fällen, von der Geltung von Gesetzen und Normen insgesamt, der Art, wie diese Geltung sprachlich markiert wird, über bestimmte Erfordernisse im Einzelfall („Schriftform, elektronische Post“ usw.) bis zu Fragen, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit eine Äußerung nicht eine bloße Beschreibung sondern eine Beleidigung darstellt.

VI. *Kriterien der Auslegung von Texten.* Die Regeln einer Sprache legen stets nur in Grenzen fest, wie ein bestimmter in dieser Sprache geschriebener Text zu verstehen ist: es gibt stets gewisse „Spielräume der Ausdeutung“, die durch andere Faktoren – den gesamten Redezusammenhang, das Weltwissen der Beteiligten, die „Rechtskultur“ – zu füllen sind.

VII. *Sprachliche Anforderungen an die juristische Formulierung.* Ein juristischer Text soll verständlich aber auch unmißverständlich sein, zwei Eigenschaften, die leicht im Widerstreit stehen. Ob sie erfüllt sind, hängt vor allem von der sprachlichen Form des Textes ab. Intuitiv ist dies oft sehr gut zu beurteilen; es ist aber sehr schwer, solche Intuitionen systematisch mit bestimmten sprachlichen Eigenschaften in einen Zusammenhang zu bringen.

Jedes dieser sieben Schnittfelder ist interessant, zu jedem gibt es ernstzunehmende Untersuchungen, zu keinem aber eine ausgedehnte und systematische empirische Forschung, die sich auf einen Kanon an gesicherten Methoden und Ergebnissen berufen könnte: es ist kein etabliertes Feld. Dies macht Forschungen in diesem gesamten Bereich nicht einfach, aber vielleicht auch besonders lohnend und innovativ.

In der Arbeitsgruppe geht es um die beiden letzten der oben genannten Bereiche – die unterschiedlichen sprachlichen Anforderungen an geschriebene juristische Texte und, damit verbunden, um die Interpretation von Texten; eine gewisse Rolle spielt auch der vierte Bereich. Jeder Text soll zum einen das Gemeinte genau und eindeutig ausdrücken, und er soll zum anderen für den Leser oder Hörer möglichst leicht und einfach zu verstehen sein. Eine dritte Anforderung hat eher mit dem Wohlgefallen zu tun: Was gesagt wird, soll nicht nur die Sache, die es auszudrücken gilt, genau wiedergeben und für den jeweils Angesprochenen verständlich sein; sie soll auch schön, elegant, geistvoll sein – sie soll gefallen. Etwas bildlicher ausgedrückt: Es gibt eine Verantwortung gegenüber der Sache, eine Verantwortung gegenüber dem Leser

und eine Verantwortung gegenüber den Musen. Die letztere spielt vielleicht bei juristischen Texten im besonderen keine so große Rolle (obwohl ja immerhin Stendhal seine Sprache nach eigenem Bekunden am Code Napoleon geschult hat). Es gibt keine Muse des Gesetzes, obwohl eine gewisse Gefälligkeit auch in der Jurisprudenz sicher kein Schaden ist. Im wesentlichen geht es um die beiden anderen Anforderungen; sie stehen oft im Widerstreit. Die Unverständlichkeit juristischer Texte – von Gesetzen, Entscheidungen, Urteilsbegründungen, Verwaltungsvorschriften usw. – ist oft genug beklagt, oft genug karikiert worden. Diese Kritik ist häufig gut nachvollziehbar, aber nicht selten auch etwas billig, und man kann dagegen mit Recht auf die Notwendigkeit eindeutiger, unmißverständlicher, revisionsfester Formulierungen verweisen. Ist dieser Gegensatz ein notwendiger? Wann genau kommt es zu einem Widerstreit? Wovon hängen eigentlich Verständlichkeit und Unmißverständlichkeit ab? Welche Rolle spielen hier die Syntax, welche das Lexikon? Wie interagieren tatsächlich sprachlich ausgedrückte Information („Wortlaut“) und kontextuelles Wissen (etwa jene Form der oft stillschweigenden Hintergrundannahmen, die man unter dem Wort „Rechtskultur“ zusammenfaßt) im weitesten Sinne? Dies sind die Fragen, zu deren Klärung die Arbeitsgruppe beitragen soll.

Wie fast die gesamte Literatur zu „Sprache und Recht“ leidet die bisherige Forschung zu dem hier avisierten Themenkreis an drei Schwächen. Die erste hängt mit dem interdisziplinären Charakter des Gebiets zusammen. Die meisten einschlägigen Arbeiten sind entweder juristisch interessant, gehen aber linguistisch nicht über die elementarste Schulgrammatik hinaus; oder aber sie genügt etwas höheren linguistischen Ansprüchen, aber die juristische Seite ist eher trivial. Die zweite Schwäche ist die völlig unzulängliche empirische Grundlage. Die meisten Veröffentlichungen sind – oft sehr geistvolle – Essays, in denen einige interessante Fälle analysiert, einige anschauliche Beispiele gegeben werden. Aber diese haben eher den Charakter plakativer Illustrationen als von Beweisen. Aussagen etwa über Verständlichkeit beispielsweise beruhen fast immer auf den Intuitionen des Verfassers statt auf Beurteilungen durch jene, die diese Texte verstehen sollen. Uns ist keine einzige Untersuchung bekannt, die wirklich mit den Methoden der Sozialwissenschaft oder der Sprachpsychologie zu klären versucht, wie verständlich oder unverständlich, wie klar oder unklar unterschiedliche Adressaten bestimmte juristische Texte verstehen. Ebenso wenig gibt es unseres Wissens Untersuchungen darüber, ob der Durchschnittsdeutsche zwei Produktbezeichnungen als ‚ähnlich‘ oder ‚verwechselbar‘ empfindet. Mit diesem essayistischen Charakter eines nicht geringen Teils der Forschung hängt die dritte Schwäche zusammen: es wird kaum versucht, zu Verallgemeinerungen und zu Aussagen

grundsätzlicherer Natur zu kommen. Es wird nur selten etwas Systematisches darüber gesagt, wie etwa größere Verständlichkeit oder Eindeutigkeit der Auslegung mit bestimmten sprachlichen Eigenschaften zusammenhängen.

Es liegt nahe, zumindest das erste Problem durch interdisziplinäre Kooperation zu lösen. So hat es denn auch immer wieder entsprechende Bemühungen in Form von Kolloquien oder auch längerfristigen Arbeitskreisen gegeben. Diese Bemühungen waren aufs Ganze gesehen bislang nicht sehr erfolgreich. Es fällt auf, daß die meisten daraus entstandenen Veröffentlichungen (z. B. Viehweg und Rotter 1977, Radtke 1981) nicht in der Weise interdisziplinär sind, daß sie die Kompetenz beider Fächer verbänden, sondern sie stammen von Vertretern des einen oder aber des anderen Faches. Sie sind oft sehr interessant, reflektieren aber keine genuine Zusammenarbeit, sondern wohlwollendes Unverständnis, was das jeweils andere Fach angeht. Es mag daher wohl sein, daß die Probleme sehr tief liegen und beim gegenwärtigen Stand der Disziplinen gar nicht gelöst werden können. Es ist aber sicher den Versuch wert. Ein solcher Versuch kann nur erfolgreich sein, wenn drei Bedingungen erfüllt sind:

A. Das Projekt muß „genuin interdisziplinär“ sein. Dies heißt, daß alle Untersuchungen von Anfang an gemeinsam geplant und durchgeführt werden müssen.

B. Es muß eine solide empirische Grundlage haben. Es muß also wirklich an verschiedenen Gruppen von Versuchspersonen, Juristen wie Laien, überprüft werden, ob beispielsweise ein Text x verständlicher oder in bestimmter Hinsicht mehrdeutiger empfunden wird als ein Text y .

C. Es muß „prinzipiengeleitet“ sein. Es soll begründet werden, weshalb ein Text mit bestimmten wohlbeschriebenen formalen Eigenschaften manchen Anforderungen besser genügt als ein anderer mit anderen Eigenschaften.

Dies zu leisten, wird nicht einfach sein. Im folgenden werden drei Teilprojekte vorgeschlagen, die in Angriff zu nehmen angesichts des wenig befriedigenden Forschungsstandes realistisch erscheint. Das erste bezieht sich auf historisch vergleichsweise gut dokumentierte Versuche, die sprachliche Formulierung von Gesetzestexten zu optimieren; es hat daher neben der juristischen und der linguistischen auch eine historische Dimension. Das zweite gilt den linguistischen Spielräumen in der Gesetzesauslegung, und zwar bezogen auf einige ausgewählte lexikalische und syntaktische Ausdrucksmittel; die Untersuchungsmethoden entstammen der Sprachpsychologie und der empirischen Sozialwissenschaft. Das dritte soll sich mit einigen ausgewählten Bereichen der Rechtssprechung befassen, in denen es leicht zu Spannungen zwischen alltäglichem Verständnis und juristischem Verständnis kommen kann. Hier gibt es eine Reihe von Möglichkeiten. Für den Augenblick

wird zum einen ein Problem vorgeschlagen, das in der Vergangenheit vielfach diskutiert wurde, selten aber Gegenstand empirischer Untersuchungen war, nämlich die Verwechselbarkeit von Produktbezeichnungen, zum anderen eine Frage, die in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, nämlich das „Transparenzgebot“ in Versicherungsverträgen und ähnlichen Texten.

Die folgende Beschreibung der einzelnen Teilprojekte hat den Charakter von Vorüberlegungen. Die genaue inhaltliche Eingrenzung ebenso wie das konkrete Vorgehen müssen der Anfangsphase der Projektarbeit überlassen bleiben.

I. Teilprojekt: Die Entstehung von Gesetzestexten

1 Gegenstand

Ein leitender Gedanke, der hinter Rechtssystemen wie dem deutschen steht, ist, daß rechtliche Regelungen durch ihre schriftliche Fixierung in Gesetzestexten das gesprochene Recht sozusagen vorwegnehmen (Busse 1992). Damit ein Urteil ergehen (aufgeschrieben und wirksam werden) kann, muß ein Gesetz durch die rechtsfindenden Institutionen angewendet werden. Die Forderung nach praktischer Anwendbarkeit von Gesetzestexten durch den Juristen läßt sich also aus der Funktion von Gesetzen ableiten.

Im Fall von Texten setzt Anwendbarkeit eine verständliche Formulierung voraus. Man sollte demnach davon ausgehen, daß bei der Entwicklung von Gesetzestexten grundsätzlich – neben anderen – auch solche sprachlichen Kriterien zum Zuge kommen, die der Verständlichkeit dienen. Ob und in welcher Weise dem in der Vergangenheit so geschehen ist, ist Forschungsgegenstand des hier vorgeschlagenen Teilprojektes I. Es soll untersucht werden, nach welchen sprachlichen Prinzipien Gesetzestexte in ihrer Entstehungszeit umgearbeitet wurden und wie sich solche editorischen Änderungen auf die Verständlichkeit ausgewirkt haben. Es soll experimentell festgestellt werden, ob die Neufassungen tatsächlich auf die Adressaten verständlicher wirken. Ziel ist, mit empirischen Methoden zu allgemeinen Prinzipien zu gelangen, die beschreiben, welche sprachlichen Phänomene mehr und welche weniger im Dienste der Textverständlichkeit stehen.

Als Textmaterial für dieses Teilprojekt bieten sich Passagen aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) an. Die Beratungen zur Erstellung des BGB sind ausführlich dokumentiert und kommentiert worden (cf. Jacobs und Schubert 1978ff., Schulte-Nölke 1995 und Angaben zu Archivalien ebenda). Schulte-

Nölke (S. 285, 305) weist darauf hin, daß zwischen 1890 und 1896 fast jeder Paragraph des ersten Entwurfes des BGB von Gesetzgebungsspezialisten neu gefaßt wurde. Dabei wurde eine Reihe von Entscheidungen ausdrücklich mit dem Bestreben nach besserer Verständlichkeit, Deutlichkeit und Lesbarkeit der Gesetze begründet.

Wie Schultke-Nölke (S. 303) ausführt, war es das Bestreben der redaktionellen Kommissionsmitglieder, die sehr lang geratenen Paragraphen und Sätze der ersten Fassung des BGB zu verkürzen und zu zerlegen. Dies schlug sich beispielsweise im Aufbau des Satzgefüges nieder. Im § 127 des ersten Entwurfes wurde zum Beispiel ein Paragraph, der aus einem Hauptsatz mit sechs Nebensätzen bestand (§ 127 erster Entwurf), in 3 selbständige Paragraphen zerteilt (heute § 182–184 BGB). Eine einfache Gegenüberstellung macht die strukturellen Unterschiede deutlich; dabei sollte im Auge behalten werden, daß sich die einzelnen Paragraphen möglicherweise inhaltlich nicht vollkommen entsprechen:

§ 127, erster Entwurf:

Ist die Wirksamkeit eines Rechtsgeschäftes davon abhängig, daß ein Anderer im Voraus in die Vornahme desselben einwilligt oder das vorgenommene Rechtsgeschäft genehmigt, so kann die Einwilligung oder Genehmigung sowie die Verweigerung der Genehmigung, wenn das Rechtsgeschäft ein Vertrag ist, gegenüber dem einen oder anderen Vertragsschließenden, wenn es ein einseitiges Rechtsgeschäft ist, zu dessen Wirksamkeit erforderlich ist, daß es gegenüber einem Beteiligten vorgenommen wird, gegenüber dem Urheber des Rechtsgeschäftes oder dem anderen Beteiligten erklärt werden. Die Erklärung kann ausdrücklich oder stillschweigend erfolgen. Ist für das Rechtsgeschäft, auf welches die Einwilligung oder Genehmigung sich bezieht, eine Form erforderlich, so

BGB heute:

§ 182 (1) Hängt die Wirksamkeit eines Vertrags oder eines einseitigen Rechtsgeschäfts, das einem anderen gegenüber vorzunehmen ist, von der Zustimmung eines Dritten ab, so kann die Erteilung sowie die Verweigerung der Zustimmung sowohl dem einen als dem anderen Teile gegenüber erklärt werden.

(2) Die Zustimmung bedarf nicht der für das Rechtsgeschäft bestimmten Form.

(3) Wird ein einseitiges Rechtsgeschäft, dessen Wirksamkeit von der Zustimmung eines Dritten abhängt, mit Einwilligung des Dritten vorgenommen, so finden die Vorschriften des § 111 Satz 2, 3 entsprechende Anwendung.

§ 183 (1) Die vorherige Zustimmung (Einwilligung) ist bis zur Vornahme des Rechtsgeschäfts widerruflich,

ist die Erklärung an diese Form nicht gebunden.

Auf das Erlöschen der Wirksamkeit der im Voraus erteilten Einwilligung finden die Vorschriften über das Erlöschen der Vollmacht entsprechende Anwendung.

Die Genehmigung wirkt, sofern nicht ein Anderes bestimmt ist, auf die Zeit zurück, in welcher das genehmigte Rechtsgeschäft vorgenommen worden ist. Durch diese Rückbeziehung werden Rechte nicht berührt, welche Dritte vor der Genehmigung durch Verfügungen des Genehmigenden oder im Wege einer gegen diesen erwirkten Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung an dem Gegenstande des Rechtsgeschäftes erworben haben.

soweit nicht aus dem ihrer Erteilung zugrunde liegenden Rechtsverhältnisse sich ein anderes ergibt. (2) Der Widerruf kann sowohl dem einen als dem anderen Teile gegenüber erklärt werden.

§ 184 (1) Die nachträgliche Zustimmung (Genehmigung) wirkt auf den Zeitpunkt der Vornahme des Rechtsgeschäfts zurück, soweit nicht ein anderes bestimmt ist.

(2) Durch die Rückwirkung werden Verfügungen nicht unwirksam, die vor der Genehmigung über den Gegenstand des Rechtsgeschäfts von dem Genehmigenden getroffen worden oder im Wege der Zwangsvollstreckung oder der Arrestvollziehung oder durch den Konkursverwalter erfolgt sind.

In gleicher Weise ließen sich die Entwürfe des Zivilgesetzbuches der Schweiz (zu Quellen siehe Oplatka-Steinlin 1971) und der Deutschen Demokratischen Republik vergleichen. Alle drei Gesetzeswerke – deutsches BGB, Schweizer ZGB und das ZGB der DDR – sind sich stofflich nahe. Unterschiedliche historische und juristische Voraussetzungen führten jedoch zu differierenden Intentionen der jeweiligen Gesetzgeber und Redakteure. Der Hauptredakteur Schweizer ZGB (Eugen Huber) war mit dem BGB vertraut und das ZGB der DDR entstand unter Einbeziehung des BGB. So liegt auch nahe, zu fragen, ob die verschiedenen Texte sich in ihrem Verständlichkeitsgrad unterscheiden und – falls ja – aufgrund welcher sprachlicher Phänomene dies so ist. Schon ein oberflächlicher Vergleich einiger inhaltlich vergleichbarer Paragraphen des BGB und des ZGB zeigt deutliche Unterschiede in der sprachlichen Struktur und in der Verständlichkeit; dabei ist freilich zu beachten, daß diese Unterschiede nicht immer rein sprachlich sind, sondern unter Umständen auch andere Inhalte zum Ausdruck bringen:

§ 222 BGB

Das zur Befriedigung eines verjährten Anspruchs Geleistete kann nicht

§ 473 ZGB

Eine nach Ablauf der Verjährungsfrist erbrachte Leistung kann nicht

zurückgefordert werden, auch wenn die Leistung in Unkenntnis der Verjährung bewirkt worden ist.

§ 433 BGB

Durch den Kaufvertrag wird der Verkäufer einer Sache verpflichtet, dem Käufer die Sache zu übergeben und das Eigentum an der Sache zu verschaffen.

§ 516 BGB

Eine Zuwendung, durch die jemand aus seinem Vermögen einen anderen bereichert, ist Schenkung, wenn beide Teile sich darüber einig sind, daß die Zuwendung unentgeltlich erfolgt.

mit der Begründung zurückgefordert werden, daß der Anspruch verjährt sei.

§ 139 ZGB

Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer die Ware in einwandfreier Beschaffenheit zu übergeben und ihm das Eigentum an der Ware zu verschaffen.

§ 282 ZGB

Die Schenkung ist eine unentgeltliche Zuwendung des Schenkers an den Beschenkten, die im beiderseitigen Einverständnis erfolgt.

Die Formulierungen des ZGB muten sprachlich sehr viel einfacher, klarer und verständlicher an. Ob sie in der Tat von den verschiedenen Adressaten auch besser verstanden werden und ob sie eindeutiger sind, ist eine ganz andere Frage. Eben solche Fragen sollen in diesem Teilprojekt geklärt werden.

II. Teilprojekt: Sprachliche Spielräume der Gesetzesauslegung

1 Gegenstand

Recht wird gesprochen, indem ein oder mehrere Gesetze auf einen Einzelfall angewendet werden. Hierfür muß der Gesetzestext zuerst ausgelegt, also in einem gewissen Sinne gedeutet bzw. verstanden und interpretiert werden. Nun ist es eines der charakteristischen Merkmale der menschlichen Sprache, sei es in ihrer gesprochenen wie in ihrer geschriebenen Form, daß sie oft weite Spielräume für die Deutung zuläßt, die durch „Kontextwissen“ gefüllt werden müssen. Man unterscheidet in der Sprachwissenschaft gewöhnlich drei Formen des Kontextwissens. Die erste besteht aus all jenen Informationen, die dem unmittelbaren sprachlichen Kontext entnommen werden können, also beispielsweise dem im Text vorausgehenden Satz oder dem von anderen Sprechern zuvor Gesagten. Zweitens ist damit all jenes Wissen gemeint, das der jeweiligen Redesituation entstammt; deiktische Wörter wie

ich, hier, jetzt, vorhin, links, die in der unterschiedlichsten Form in allen Sprachen vorkommen, sind auf den Einbezug des Situationswissens angelegt. Die dritte Form des Kontextwissens ist das „Weltwissen“ – die teils gleichen, teils verschiedenen faktischen oder normativen Überzeugungen von Sprecher und Hörer zu einer gegebenen Zeit.

Die Deutungsspielräume eines Textes, unabhängig davon, ob sie zufällig zustande kommen oder vom Sprecher beabsichtigt sind, haben zwei eng zusammengehörige, aber grundsätzlich zu trennende Ursachen – *Mehrdeutigkeit* und *Vagheit*. Von Mehrdeutigkeit spricht man, wenn ein einzelnes Wort (lexikalische Mehrdeutigkeit) oder aber eine ganze Konstruktion (strukturelle Mehrdeutigkeit) mehrere klar zu unterscheidende Interpretationen aufweist. Ein einfaches Beispiel für lexikalische Mehrdeutigkeit sind die verschiedenen Lesarten des Wortes *lesen* im Sinne von „ein Gesetz beraten (und gegebenenfalls beschließen)“, „die Zeitung lesen“ oder „eine Vorlesung halten“. Der Wortschatz jeder Sprache ist durchtränkt von solchen und ähnlichen lexikalischen Mehrdeutigkeiten. Nicht anders ist es mit strukturellen Mehrdeutigkeiten. Ein vergleichsweise elementarer, oft untersuchter Fall einer (gewöhnlich ungewollten) Mehrdeutigkeit wird durch den endlos oft analysierten Satz *Jeder Mann liebt eine Frau* illustriert. Er kann bedeuten, daß es für jeden Mann eine Frau gibt, so daß er diese Frau liebt, oder daß es eine Frau gibt, die von jedem Mann geliebt wird. Dies ist ein typisches Beispiel von „Skopusmehrdeutigkeit“, die zustande kommt, wenn zwei quantifizierende Ausdrücke (hier *jeder* und *eine*) miteinander verknüpft sind. Ein anderer oft diskutierter Fall von struktureller Mehrdeutigkeit ergibt sich aus dem unterschiedlichen Skopus von Negationen. So kann der Satz *Man darf auch keine Krawatte anhaben* seiner Form nach entweder bedeuten, daß es erlaubt ist, keine Krawatte anzuhaben, oder daß es nicht erlaubt ist, eine Krawatte anzuhaben. Bei der zweiten Deutung steht das Modalverb *darf* im Skopus der Negation, im ersten hingegen nicht: negiert ist nur der Satzteil *eine Krawatte anhaben*.

Mit *Vagheit* ist demgegenüber gemeint, daß eine mögliche Deutung ein nur ungefähr umrissenes Anwendungsspektrum hat. Heißt „ein Buch lesen“, daß von 218 Seiten auch wirklich alle gelesen sein müssen? Wie ist dies bei „die Zeitung lesen“? Heißt ‚jederzeit‘ tatsächlich „zu jeder, aber wirklich jeder Zeit“ oder nur „zu jeder relevanten Zeit“? Mehrdeutigkeit und Vagheit gehen oft Hand in Hand. So hat das Wort ‚leihen‘ im Deutschen zwei nahezu entgegengesetzte Bedeutungen, die man durch *Hans lieh Peter ein Buch* und *Hans lieh (sich) ein Buch von Peter* illustrieren kann. Beide Lesarten sind in gewisser Weise vage, wie man an dem hier präziseren juristischen Sprachgebrauch im BGB sieht. So kann man im Sinne der im BGB verwendeten Sprache ein

Fahrrad, aber kein Ei oder einen Zehnmarkschein „leihen“, es sei denn man würde das selbe Ei oder den selben Geldschein wieder zurückgeben. Im Gesetz soll dem Umstand Rechnung getragen werden, daß im Falle des Fahrrads das selbe Fahrrad zurückgegeben werden muß, im Falle des Eis und des Geldscheins aber auch ein anderes Ei und ein gleichwertiger Geldschein. Das allgemeinsprachlich verwendete „leihen“ zerfällt deshalb im BGB in zwei Begriffe, „leihen“ und „ein Darlehen geben“.

Die meisten dieser Unschärfen sind für die Kommunikation nicht weiter bedrohlich; sie werden weder von dem, der sie produziert, noch von dem, der den entsprechenden Text versteht, bemerkt. Einmal abgesehen davon, daß es für die Lebenspraxis oft gar nicht darauf ankommt, ob man etwas genau versteht, hat dies zwei Gründe. Der erste hat mit den Eigenschaften der menschlichen Sprachverarbeitung zu tun, in der es offensichtlich „bevorzugte Lesarten“ gibt: nicht alle Deutungen sind gleichwertig, und man nimmt zunächst einmal eine, und erst, wenn diese aus irgendeinem Grunde nicht paßt, nimmt man die andere; die Sprachverarbeitung würde sofort zusammenbrechen, wenn man immer alle möglichen Deutungen „durchrechnen“ würde. Dies ist in den letzten Jahren ausführlich in der Psycholinguistik untersucht worden. Der andere Grund ergibt sich aus der Rolle des Kontextwissens: viele Deutungen wären zwar möglich, aber andere Informationen, von denen der Sprecher annimmt, daß sie dem Hörer zur Verfügung stehen, schränken das Deutungsspektrum stark ein. Nun ist aber keineswegs klar, daß diese Voraussetzung immer erfüllt ist. Dies gilt vor allem dann, wenn

- bestimmte Ausdrucksmittel, die Mehrdeutigkeiten auflösen, nicht verfügbar sind, zum Beispiel die Mittel der Intonation (in dem Beispiel *Man darf auch keine Krawatte anhaben* ist die erste Deutung fast nur möglich, wenn der Akzent auf *keine* liegt; ebendiese Lesart ist ausgeschlossen, wenn *darf* betont wird);
- wesentliche Teile des Kontextwissens wegfallen; schriftliche Texte sind durchweg „situationsentbunden“, d. h., die der Redesituation zu entnehmende Information entfällt weitgehend;
- es mehr als einen Adressaten gibt; dann kann sich das Kontextwissen, insbesondere das „Weltwissen“ sehr unterscheiden, und folglich kann es zu ganz unterschiedlichen Deutungen – und Fehldeutungen – kommen.

All dies ist bei Gesetzestexten der Fall. Es gibt keine Möglichkeit zur prosodischen Auflösung von Mehrdeutigkeiten, Gesetzestexte sind ihrer Natur nach nicht an eine bestimmte konkrete Redesituation gebunden, und sie wenden sich an höchst unterschiedliche Adressaten. Ein Jurist wird natürlich – zumindest stillschweigend – geneigt sein, sich selbst für den eigentlichen

Adressaten zu halten, nicht in dem Sinne, daß andere nicht dem Recht unterworfen wären, wohl aber in dem Sinne, daß sein „Weltwissen“ letztlich ausschlaggebend ist: seine Kenntnisse, Vorstellungen und Wertungen sind es, die die Deutungsspielräume eines Textes in der rechten Weise füllen. Wie dies geschieht, ist natürlich nicht ins Ermessen des einzelnen Juristen gestellt; es ist Teil eines reichen Kanons von Auslegungsmethoden, die sich in der jeweiligen Rechtstradition etabliert haben, ja diese zu einem nicht geringen Teil konstituieren und die von einem globalen Ausdruck wie „Weltwissen“ nur sehr unzulänglich abgedeckt werden.

Nun gibt es manche Rechtstexte, die zumindest ebensoviel auf fachspezifisches Expertenwissen angewiesen sind wie auf juristisches Wissen (etwa Bauverordnungen), und es gibt Rechtstexte, die in ihren zentralen Aussagen ein jeder verstehen können sollte, wie etwa das Grundgesetz (obwohl es sicherlich kein Transparenzgebot für das Grundgesetz gibt). Wie nun der normale Deutsche das Grundgesetz versteht – darüber gibt es bislang allenfalls Vermutungen. Ziel dieses Teilprojektes ist es zu klären, welche Deutungsspielräume sich in ausgewählten juristischen Texten finden, welche sprachlichen Mittel dafür verantwortlich sind, und wie unterschiedliche Adressatengruppen diese Deutungsspielräume ausfüllen.

Ein Beispiel, an dem sich dies gut veranschaulichen läßt, ist der sprachliche Ausdruck der Normativität. Alle Gesetze drücken Normen aus. Dafür werden unterschiedliche sprachliche Mittel verwandt. Dies sind im wesentlichen

- Modalverben, etwa *können*, *sollen*, *müssen*, *dürfen*, sehr oft verbunden mit einer Negation (*darf nicht*, usw.),
- zusammengesetzte Konstruktionen, die eine Modalität ausdrücken, z. B. *sein* + *zu* + Infinitiv oder *haben* + *zu* + Infinitiv;
- einige wenige Adverbiale; bemerkenswerterweise sind dies selten Modaladverbiale wie *notwendigerweise*, *möglicherweise*, *unbedingt* usw., sondern vage quantifizierende Adverbiale, wie *in der Regel* u.ä., und schließlich
- der reine Indikativ („Eine Zensur findet nicht statt“), der eigentlich ein Faktum konstatiert, aber im Gesetzeskontext eine Norm setzt.

Modale Ausdrücke sind oft lexikalisch mehrdeutig (vgl. zu dem folgenden Kratzer 1978, Dietrich 1992). So hat das Verbum *müssen* (unter anderem) eine deontische Lesart, wie in *Du mußt Dir die Haare waschen*, und eine epistemische Lesart, wie in *Es muß ziemlich lange geregnet haben*; das Verbum *sollen* hat gleichfalls eine deontische Lesart (*Du sollst nicht töten*) und eine epistemische Lesart (*Er soll jetzt in München wohnen*); zumindest in der deontischen Lesart ist es auch vage: es drückt nach verbreiteter Auffassung

eine schwächere Verpflichtung aus als *müssen*. So eindeutig ist dies freilich nicht; eigentlich würde niemand, der Deutsch kann, annehmen, daß die Verpflichtung in *Du mußt Dir die Haare waschen* stärker ist als jene von *Du sollst nicht töten*. Charakteristisch für alle modalen Konstruktionen ist auch, daß sie in hohem Maße „skopussensitiv“ sind und folglich oft zu strukturell mehrdeutigen Konstruktionen beitragen. Wir wollen all dies an einigen wenigen Beispielen aus einem Gesetz illustrieren, das sprachlich vergleichsweise einfach ist und eigentlich auch einfach zu verstehen sein sollte, dem Grundgesetz. (Ein schönes Beispiel dafür, daß auch das Fehlen eines Modalverbs modal unterschiedlich interpretiert werden kann, ist §1 des Betriebsverfassungsgesetzes, in dem es schlicht heißt „... werden Betriebsräte gewählt“; vgl. hierzu die Diskussion in Hoyningen-Huene 1998, S. 102).

Bekannt ist die Vagheit der Verpflichtung, die in Artikel 14 (2) GG ausgedrückt wird: *Sein Gebrauch soll dem Allgemeinwohl dienen*. Es ist klar, daß dies eine deontische und keine epistemische Modalität ausdrückt, es ist ganz offen, inwieweit der davon Betroffene zu bestimmten Handlungen verpflichtet wird. Nun richtet sich dieser Satz ausweislich Abs. 1 vor allem an den Gesetzgeber selbst. Doch schon unter den Juristen gibt es dazu divergierende Vorstellungen; es wäre nun aber einmal interessant zu klären, was der normale Mensch, der ja immerhin wesentlich davon betroffen ist und der auch die deutsche Sprache beherrscht, darunter versteht. Man könnte weiterhin vergleichen, welchen Unterschied die verschiedenen Adressaten zwischen diesem *soll* und dem *sollen in der Regel* in Artikel 36 (1) machen; dort heißt es *Die bei den übrigen Bundesbehörden beschäftigten Personen sollen in der Regel aus dem Lande genommen werden, in dem sie tätig sind*. Dabei wäre zum einen interessant zu klären, wie dies die verschiedenen Adressaten überhaupt verstehen, zum andern aber auch, wie sie dieses ihr Verständnis begründen oder zumindest erläutern.

Im Grundgesetz gibt es eine Reihe weiterer Vorkommen von *soll*, in denen es gleichfalls eine – wie auch immer zu verstehende – schwache Verpflichtung ausdrückt, beispielsweise in Artikel 82 (2): *Jedes Gesetz und jede Rechtsverordnung soll den Tag des Inkrafttretens bestimmen*. Es gibt aber auch Vorkommen, in denen es offenkundig nicht diese Bedeutung hat und eigentlich überhaupt keine Verpflichtung bedeutet. Ein besonders auffälliges, weil in sich widersprüchliches Beispiel findet sich in Artikel 29 (3): *Der Volksentscheid findet in den Ländern statt, aus deren Gebieten oder Gebietsteilen ein neues oder neu umgrenztes Land gebildet werden soll (betroffene Länder). Abzustimmen ist über die Frage, ob die betroffenen Länder wie bisher bestehen bleiben sollen oder ob das neue oder neu umgrenzte Land gebildet werden soll*. Abstimmen dürfen die Einwohner der Länder, aus deren Gebietstei-

len ein neues Land gebildet werden soll, und zwar darüber ob ein neues Land gebildet werden soll. Wie soll das möglich sein? Erst durch die Abstimmung machen sie ja – falls sie denn positiv verläuft – ihr Land zu einem Land, aus dessen Gebietsteilen das neue Land gebildet werden soll; solange dies nicht geschehen ist, dürfen sie aber gar nicht darüber abstimmen. In der Praxis tritt hier kein Problem auf, zum einen, weil nur eine Deutung plausibel ist, und zum anderen, weil der vorausgehende Absatz 2 die Intention klar macht. Der Widerspruch tritt nur auf, wenn man die Formulierung ‚wörtlich‘ nimmt.

Betrachten wir noch ein letztes Beispiel, nämlich Artikel 76 (3): *Vorlagen des Bundesrates sind dem Bundestag durch die Bundesregierung innerhalb von sechs Wochen zuzuleiten. Sie soll hierbei ihre Auffassung darlegen.* Dieses ist offenbar wiederum das schwach deontische *sollen*; drückt es hier denselben Grad der Verpflichtung aus wie in Artikel 14 oder in Artikel 82? Bemerkenswerterweise hieß dieser Satz bis zum Jahre 1970. *Sie hat hierbei ihre Auffassung darzulegen.* Drückt dies dieselbe Art von Verpflichtung aus, und wenn nicht, ist sie nun schwächer oder stärker geworden? Dies bringt uns auf ein anderes Problem, nämlich die Mehrdeutigkeit ebensolcher Infinitivkonstruktionen, etwa in Artikel 63 (2), wo es über die Wahl des Bundeskanzlers heißt: *Der Gewählte ist vom Bundespräsidenten zu ernennen.* Im Deutschen ist die Konstruktion *ist zu* + Infinitiv mehrdeutig zwischen einer *muß*-Lesart (*Diese Tür ist nach Dienstschluß stets abzusperrn*) und einer *kann*-Lesart (*Ist der Funkturm von hier aus zu sehen?*). Rein sprachlich ist deshalb überhaupt nicht klar, wie dieser immerhin nicht ganz unwichtige Satz zu deuten ist. Wie verstehen und begründen dies die verschiedenen Adressatengruppen?

Bisher wurden einige wenige Beispiele für lexikalische Mehrdeutigkeit und Vagheit betrachtet. Modale Ausdrücke sind jedoch, wie schon bemerkt, auch sehr sensitiv für unterschiedliche Skopusverhältnisse; dies wurde oben am Beispiel von *dürfen* + *nicht* illustriert. Ein Beispiel im Grundgesetz selbst ist Artikel 55 (2): *Der Bundespräsident darf kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben ...* Nach den grammatischen Regeln des Deutschen heißt dies, daß es dem Bundespräsidenten nicht erlaubt ist, ein anderes Amt, ein Gewerbe oder einen Beruf auszuüben. Oder heißt es, daß es dem Bundespräsidenten erlaubt ist, kein anderes Amt, kein Gewerbe oder keinen Beruf auszuüben? Im ersten Fall liegt das Modalverb im Skopus der Negation – dies ist im vorliegenden Zusammenhang die einzig plausible Deutung –, im zweiten Fall liegt es nicht im Skopus der Negation. Solche Skopusehrdeutigkeiten sind keineswegs auf Modalverben beschränkt. Ein Beispiel ist Artikel 105, Absatz 2a, wo es heißt: *Die Länder haben die Befugnis zur Gesetzgebung über die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern, solange und soweit sie nicht bundesgesetzlich geregelten Steuern gleichartig*

sind. Nach den Regeln der deutschen Syntax kann dies besagen, daß die Länder Steuern erheben dürfen, solange und soweit die Steuern gleichartig sind, die nicht bundesgesetzlich geregelt sind, oder daß sie keine Steuern erheben dürfen, die bundesgesetzlich geregelten gleichartig sind (dies ist die gemeinte Lesart, und wohl nur ein Linguist kommt auf die erste).

In den meisten dieser Fälle ist eine Fehldeutung sehr unwahrscheinlich. Aber gerade dies illustriert vielleicht am nachdrücklichsten den Punkt, um den es hier geht. Rein sprachlich eröffnet ein Satz eine Reihe von Spielräumen für die Interpretation; damit ein Gesetz von Nutzen sein soll, müssen diese Spielräume auf der einen Seite durch interpretative Verfahren eingeschränkt werden; auf der anderen Seite muß eine gewisse Offenheit bleiben, weil nur so die Subsumtion beliebig vieler Fälle, die unter das Gesetz fallen sollen (sollen?), gewährleistet werden kann. In dem vorliegenden Teilprojekt geht es darum, wie sich das dem Gesetzestext innewohnende Spannungsverhältnis zwischen Vagheit und Präzision in der Formulierung niederschlägt und wie die verbleibenden Deutungsspielräume von den verschiedenen Adressatengruppen wahrgenommen und aufgelöst werden.

III. Teilprojekt: Rechtliche Anforderungen an die Sprache

1 Gegenstand

In der Rechtspraxis gibt es eine Reihe von Feldern, in denen Sprache und einzelne sprachliche Erscheinungen unmittelbar thematisiert werden. Viele davon sind zwar von beträchtlicher praktischer Bedeutung, wissenschaftlich aber vergleichsweise trivial, beispielsweise Regelungen zur Verhandlungssprache oder zur Hinzuziehung von Übersetzern. Andere hingegen werfen auch wissenschaftlich interessante Probleme auf; zwei Beispiele sind das „Transparenzgebot“ und die Verwechslung von Produktbezeichnungen. Sie sollen in diesem dritten Teilprojekt thematisiert werden.

Teilprojekt IIIa: Transparenzgebot

Es gibt seit zwei Jahrzehnten eine lebhafte Diskussion über die Fassung von juristischen Texten, die sich unmittelbar an Verbraucher wenden. Im Mittelpunkt stehen dabei Allgemeine Versicherungsbedingungen; die Überlegungen gelten aber entsprechend für eine Reihe vergleichbarer Rechtstexte. Für solche Texte gilt in besonderem Maße, daß sie für alle Betroffenen verständlich sein müssen. Dieses ‚Transparenzgebot‘ ist in den letzten Jahren durch meh-

rere Entscheidungen des Bundesgerichtshofs, aber auch europarechtlich erheblich entwickelt worden (vgl. hierzu Schwintowski 1998). Besonders klar ist Art. 5 in der Richtlinie 93/13/EWG über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen. Dort heißt es:

Art. 5 [Verständlichkeit] Sind alle dem Verbraucher in Verträgen unterbreiteten Klauseln oder einige dieser Klauseln schriftlich niedergelegt, so müssen sie stets klar und verständlich abgefaßt sein. Bei Zweifeln über die Bedeutung einer Klausel gilt die für den Verbraucher günstigste Auslegung. (...)

Diese Formulierung (an deren Stelle man einfacher sagen könnte ‚Schriftliche Klauseln in Verträgen müssen klar und verständlich sein‘) läßt offen, was eigentlich ‚klar und verständlich‘ besagen soll. So schreibt Schwintowski (1998, S. 97) zu den rechtlichen Anforderungen des Transparenzgebots: ‚Inhaltlich müssen die Klauseln *verständlich* sein. Das ist dann der Fall, wenn sie klar, bestimmt, wahr, vollständig und rechtzeitig formuliert sind.‘ Hier könnte man durchaus auch anderer Meinung sein, etwa daß die Frage der Wahrheit oder die der rechtzeitigen Formulierung von der der Verständlichkeit zu trennen ist. Das Problem liegt darin, daß es zum einen keine allgemein akzeptierten Kriterien für Verständlichkeit gibt, noch gar Einmütigkeit darüber, wie bestimmte Adressaten verschiedene Formulierungen ein und desselben Textes – beispielsweise eines Versicherungsvertrags oder von Garantiebestimmungen – verstehen. Ein zweites, nicht geringeres Problem liegt darin, daß ein Text, der auf den Verbraucher zugeschnitten ist und für ihn sehr wohl einfach und klar sein mag, umgekehrt juristische Unklarheiten enthalten kann, und zwar aus ebendiesem Grund. So sind denn Verträge, die dem Transparenzgebot Rechnung zu tragen versuchen, oft deutlich länger als solche in rechtstechnischer Sprache – was wiederum ihre Kenntnisnahme erschwert. Ziel von Teilprojekt IIIa ist es, einen empirischen Beitrag zu der Frage zu liefern, wie das Transparenzgebot sprachlich umzusetzen ist, ohne daß die erforderliche juristische Eindeutigkeit und Bestimmtheit verloren geht.

Teilprojekt IIIb: Verwechslung von Produktbezeichnungen

In allen bisher beschriebenen Teilprojekten geht es um Fragen der optimalen Formulierung rechtlicher Inhalte. Manche Rechtstexte – etwa in Urheberrecht, Namensrechts, Markenrecht und Wettbewerbsrecht – befassen sich auch gegenständlich mit Sprachereignissen. Bei dem Gegenstand, auf den das Recht hier angewendet wird, handelt es sich zwar um ein Sprachgebilde, doch

bedient sich der Gesetzgeber bei der Formulierung der einschlägigen Paragraphen kaum sprachwissenschaftlicher Termini. Der Schutz von Bezeichnungen wird im Gesetz zum Beispiel vor allem an Begriffen wie „Originalität“, „Gestaltungshöhe“, „Kennzeichnungskraft“, „Eingeführtsein“ und „Verwechslungsgefahr“ festgemacht. Es sind im Gesetz keinerlei Anhaltspunkte genannt, nach denen diese Begrifflichkeiten auf Sprachgebilde angewendet werden sollen. Es liegt somit in der Hand der Jurisprudenz, objektive Kriterien zu finden, nach denen die jeweiligen strittigen Fälle beurteilt werden können. In der Argumentation im Rahmen von Urteilsbegründungen haben die Ergebnisse sprachwissenschaftlicher Disziplinen bisher nur begrenzt und vielfach in laienhafter oder gar widersprüchlicher Weise Beachtung gefunden (siehe unten).

Es ist zunächst wichtig festzuhalten, daß die im Gesetz verwendeten Begriffe (Kennzeichnungskraft etc.) nicht Wesensmerkmale von Bezeichnungen an sich sind. Ob etwas kennzeichnend ist oder verwechselbar wirkt, ist vom Sinneseindruck abhängig, den der Sprecher bzw. Hörer von der Bezeichnung hat. Über diesen Sinneseindruck können nur Forschungsergebnisse über die kognitiven Verarbeitungsprozesse, die für die Produktion und das Verstehen von Bezeichnungen verantwortlich sind, Aufschluß geben. Wengleich im Wortlaut von Urteilen Rekurs auf die Wahrnehmung genommen wird (vgl. von Lewinsky 1992), sind psycholinguistische Ergebnisse zur Wortverarbeitung bisher bei der Rechtsfindung gänzlich unberücksichtigt geblieben. In Teilprojekt IIIb geht es darum, zentralen Begriffen wie *Unterscheidungskraft*, *Kennzeichnungskraft* und *Verwechslungsfähigkeit* linguistisch einzugrenzen und psycholinguistisch zu untersuchen. Im folgenden wird die juristische Verwendungweise dieser Begriffe noch kurz näher beschrieben (vgl. Palandt 1991, Neumann 1992, Ströbele und Klaka 1997 und die Anmerkungen aus psycholinguistischer Sicht in Schmidt 1997).

Bezeichnungen sind zunächst grundsätzlich schützbar, wenn sie aufgrund ihrer sprachlichen Eigenschaften *unterscheidungskräftig* sind und Namensfunktion besitzen, oder wenn sie die Eigenschaft der Unterscheidungskraft „durch Anerkennung im Verkehr“ erworben haben. Letzteres ist etwa der Fall, wenn ein in unüblicher Weise verwendetes Wort der Umgangssprache – wie zum Beispiel die Wortformen *Focus* oder *Spiegel* als Bezeichnungen für eine Zeitschrift – Verkehrsgeltung erlangt. Das schutzwürdige Interesse eines Namensträgers ist verletzt, wenn eine mit seinem Namen *verwechslungsfähige Bezeichnung* dergestalt zur namensmäßigen Bezeichnung einer anderen Identität (Person, Einrichtung, Produkt) verwendet wird, daß eine „Identitäts- oder Zuordnungsverwirrung“ entsteht (siehe hierzu Sack 1998). Als Kriterien für Verwechslungsfähigkeit „wird der Gesamteindruck, den die beiden Be-

zeichnungen nach Schriftbild, Klang und Sinngehalt hervorrufen“ angeführt (wobei betont wird, daß bestimmte Arten von Namenszusätzen sowie unterschiedliche Schreibweisen keine ausreichende Unterscheidungskraft besitzen, um Verwechslungsgefahr auszuschließen). Um die Verwechslungsgefahr zu ermitteln, muß laut Gesetz die *Kennzeichnungskraft* einer Bezeichnung festgestellt werden.

Bei der sprachwissenschaftlichen Einschätzung der Verwechslungsfähigkeit geht es also darum, Kriterien für die Ähnlichkeit und für den relativen Grad der Beschreibungskraft von Bezeichnungen zu ermitteln. Ähnlichkeit kann nach lautlichen oder semantischen Kriterien bestehen. Bei der Ähnlichkeit nach lautlichen Aspekten sind unter anderem die Betonung, die Abfolge der lautlichen Segmente und die Silbenzahl ausschlaggebend. Schmidt (1997, S. 17) illustriert eindrücklich, wie diese verschiedenen Kriterien in der Rechtssprechung in unterschiedlicher Weise gewertet wurden (die folgenden drei Beispiele aus Schmidt). *Castora* und *Valora*, so wurde entschieden, sind trotz der übereinstimmenden Vokalfolge ‚-a-ora‘ nicht verwechselbar, weil sie sich im Konsonantismus maßgeblich unterscheiden. Verwechselbar sind allerdings *Rakofix Teppichkleber* und *Tachofix*, weil beide Bezeichnungen die gleiche Silbenzahl aufweisen und die Vokalfolge (a-o-i) übereinstimmt. Die Bezeichnungen *Himbuco* und *Beruco* sind wegen ihres übereinstimmenden Betonungsmusters wiederum als verwechselbar beurteilt worden. In diesem Fall kam also der unterschiedliche Konsonantismus in der Bewertung nicht zum Zuge. Schmidt diagnostiziert hier völlig zu Recht „eine gewisse Willkür“ bei der juristischen Beurteilung, weil im einen Fall Kriterien herangezogen werden, die im anderen außer acht gelassen werden.

Schlußbemerkung

Für die vorgeschlagene Auseinandersetzung mit der Sprachlichkeit des Rechts mag man aus den unterschiedlichsten Gründen Interesse aufbringen. Es seien hier abschließend drei Gründe genannt, die für die Aktualität des Themas sprechen. Aus rechtswissenschaftlicher Sicht könnte „am Ende den Juristen, die sich schon immer mit rechtslinguistischen Fragen auseinandergesetzt haben, die lange entbehrte fachliche Hilfe von seiten der Linguistik zuteil [werden]“ (Busse 1992). Diese Brisanz des Themas für den Rechtsalltag läßt erwarten, daß die Forschungsergebnisse nicht nur akademischen Charakter haben werden, sondern auch von einem breiteren Publikum mit Interesse aufgenommen werden (z. B. in Form von Zeitungsartikeln oder Vorträgen). Aus psycholinguistischer Sicht wird sich einer freuen, der der Meinung

war, daß Laborergebnisse der modernen Forschung über Sprachverarbeitung wenig mit dem Alltagsleben zu tun haben. Das Gegenteil wurde insbesondere in der Beschreibung zu Teilprojekt III ausgeführt. Auch eine Rückwirkung von der Rechtswissenschaft auf Linguistik und Psycholinguistik ist aufgrund der Textsortenspezifität des Untersuchungsgegenstandes zu erwarten. Fernziel könnte die Mitbegründung einer neuen angewandten Forschungsdisziplin, der Rechtslinguistik, sein.

Literatur

- Bierwisch, M.: Recht linguistisch gesehen. In: Grewendorf, Günther (1992 a), 1992.
- Busse, D.: Recht als Text. Linguistische Untersuchungen zur Arbeit mit Sprache in einer gesellschaftlichen Institution, Tübingen: Niemeyer Verlag, 1992.
- Dietrich, R.: Modalität im Deutschen, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1992.
- Grewendorf, G. (Hg.): Rechtskultur als Sprachkultur. Zur forensischen Funktion der Sprachanalyse, Frankfurt: Suhrkamp, 1992 a.
- Grewendorf, G.: Einleitung zu Grewendorf, Günther (1992 a), 1992 b.
- Hoffmann, L.: Rechtsdiskurse, Tübingen: Gunter Narr Verlag, 1989.
- Hoyningen-Huene: Betriebsverfassungsgericht, 4. Aufl. München: Beck, 1998, S. 102.
- Jacobs, H. & W. Schubert (Hg.): Die Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches in systematischer Zusammenstellung der unveröffentlichten Quellen, 1978.
- Kniffka, H. (Hg.): Texte zu Theorie und Praxis forensischer Linguistik, Tübingen: Niemeyer, 1990.
- Kratzer, A.: Semantik der Rede, Kronstein, Ts.: Skriptor, 1978.
- Lewinski, S. von: Sprachwerke vor dem Richter. Das Urheberrecht als Gegenstand der Sprachanalyse. In: Grewendorf, Günther (1992 a), 1992.
- Littmann, G.: Fachsprachliche Syntax, Hamburg: Helmut Buske Verlag, 1981.
- Neumann, H.: Warenzeichengesetz. Kommentar, Baden Baden: Nomos Verlag, 1992.
- Oplatka-Steinlin, H.: Untersuchungen zur neuhochdeutschen Gesetzessprache. Befehlsintensität und Satzstruktur im Schweizerischen Zivilgesetzbuch und im Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch. Zürich: Juris Druck + Verlag, 1971.
- Palandt, O.: Bürgerliches Gesetzbuch. Kurzkommentar, München: Beck, 1991.

- Pfeiffer, O. E., E. Strouhal & R. Wodak: Recht auf Sprache. Verstehen und Verständlichkeit von Gesetzen, NÖ Schriften 5, Wien: Verlag Orac, 1987.
- Radtke, I. (Hg.): Die Sprache des Rechts und der Verwaltung, Stuttgart: Klett-Cotta, 1981.
- Reitemeier, U.: Studien zur juristischen Kommunikation. Eine kommentierte Bibliographie, Tübingen: Narr, 1985.
- Sack, R.: Markenschutz gegen Verwechslungsgefahr und ‚gedankliches Inverbindungbringen‘ ohne Herkunftstäuschung. In: Hönn, Konzen, Kreuz (Hg.), Festschrift für Alfons Kraft zum 70. Geburtstag. Luchterhand, 1998, S. 551ff.
- Schmidt, K.: Namensmißbrauch zu kommerziellen Zwecken. Unveröffentlichte Hausarbeit zur Ersten Staatsprüfung für das Amt des Studienrats. Humboldt-Universität zu Berlin, 1997.
- Schönherr, F. & W. Barfuss (Hg.): Sprache und Recht, Wien: Manz, 1985.
- Schulte-Nölke, H.: Das Reichsjustizamt und die Entstehung des Bürgerlichen Gesetzbuches, Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann, 1995.
- Schwintowski, H.-P.: Transparenz und Verständlichkeit von Allgemeinen Versicherungsbedingungen und Prämien. In: Neue Zeitschrift für Versicherung und Recht, 3 (1998), S. 97ff.
- Ströbele, P. & R. Klaka: Markengesetz. Kommentar, Berlin: Carl Heymanns Verlag KG, 1997.
- Viehweg, T. & F. Rotter (Hg.): Sprache und Recht, Wiesbaden: Franz Steiner Verlag, 1977.

Arbeitsgruppe *Gesundheitsstandards*

Carl Friedrich Gethmann

Die Aufgaben, die von der Arbeitsgruppe zu lösen sind, reichen von anscheinend elementaren begrifflichen Explikationsfragen bis hin zur Auflösung handfester gesundheitspolitischer Kontroversen. Es sind vor allem die gesellschaftlichen Anforderungen hinsichtlich der Kollektivierung, Kontingentierung und Allozierung von Leistungen in Diagnose und Therapie, die eine intersubjektiv nachvollziehbare Festlegung von Gesundheitsstandards notwendig machen, auf deren Basis Fragen der rechtlichen Regulierung und der ökonomischen Organisation des Gesundheitswesens erst erörtert werden können.

1 Rahmenbedingungen

Unter „Gesundheitsstandards“ werden Kriterien verstanden, die die Prädikation „...ist gesund“ in bezug auf ein menschliches Individuum regeln. Da die Ausdrücke „gesund“ bzw. „krank“ in der Umgangssprache zumindest zum Teil der individuellen Erlebnissphäre zugerechnet werden, also nicht direkt intersubjektiv zu vermitteln sind, bedarf es einer eigenen Reflexion auf die Möglichkeiten einer intersubjektiv verbindlichen Festlegung von „Gesundheitsstandards“.

Eine solche Festlegung ist eine unausweichliche Aufgabe, wenn

- Leistungen für die Wiederherstellung der Gesundheit bzw. für die Vermeidung von Krankheit von Individuen im Rahmen eines institutionalisierten „Gesundheitswesens“ *kollektiviert* werden müssen;
- Leistungen des Gesundheitswesens für Individuen aus Knappheits- bzw. Kostengründen *kontingentiert* werden müssen;
- Leistungen des Gesundheitswesens für Individuen unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten „richtig“ *alloziert* werden müssen.

Kollektivierung, Kontingentierung und Allozierung von Leistungen in Prävention, Diagnose, Therapie und Versorgung sind die Anforderungen, die eine intersubjektiv nachvollziehbare Festlegung von Gesundheitsstandards notwendig machen. Erst auf der Basis einer derartigen Festlegung können Fragen der rechtlichen Regulierung und der ökonomischen Organisation des Gesundheitswesens erörtert werden. Die Formulierung von Gesundheitsstandards ist ferner von erheblicher Bedeutung für die Abgrenzung der Auf-

gaben des Gesundheitswesens gegenüber denen der Gesundheits- und Sozialpolitik.

Der Lösung dieser Probleme stehen erhebliche Schwierigkeiten der Standardfestlegung entgegen, die oberflächlich gesehen Probleme semantischer Abgrenzungen darstellen, denen letztlich aber konfligierende Interessen zugrunde liegen. Aufgrund der Kollektivierung der Gesundheitskosten kann die Konfliktlösung nicht individueller oder parteilicher Interessendurchsetzung oder allein den Sachverstand reklamierenden gesellschaftlichen Gruppen überlassen bleiben.

2 Aufgabenstellung

Im folgenden soll auf einige der zentralen Fragen eingegangen werden, die von einer AG Gesundheitsstandards zu lösen sind.

2.1 Gesundheits- oder Krankheitsstandards?

Grundsätzlich ist zu klären, ob die Formulierung von Gesundheitsstandards oder Krankheitsstandards vorzuziehen ist. Da unter „Gesundheit“ umgangssprachlich mehr als die Abwesenheit von Krankheit verstanden wird, sind mit der Formulierung von Gesundheitsstandards erhebliche Anforderungen an das Gesundheitssystem über die Diagnose und Therapie von Krankheiten hinaus verbunden. Verdeutlicht werden kann dies anhand der seit Jahrzehnten geführten Diskussion um die Prävention von Krankheiten: Um Art und Ausmaß der Präventionsmaßnahmen festlegen zu können, ist es zunächst notwendig, Gesundheitsstandards zu entwickeln. In ähnlicher Weise bedarf es einer Abgrenzung der Versorgungsaufgaben des Gesundheitssystems gegenüber denjenigen des Sozialsystems.

Der Formulierung von Gesundheitsstandards müßte aber eine konsensfähige Definition von Gesundheit vorausgehen. Solch eine Definition hätte „globalen“ Charakter. Bei ihrer Formulierung geht es nicht um die Beschreibung einzelner eng umschriebener und unerwünschter physischer und psychischer Zustände des Menschen, sondern um eine möglichst vollständige Beschreibung eines wünschenswerten Zustands des Menschen – gewissermaßen um die praxistaugliche Beschreibung des „höchsten Gutes“ Gesundheit. Bislang ist es jedoch nicht gelungen, ein konsensfähiges, pragmatisches Konzept von Gesundheit zu erarbeiten. Auch die WHO Definition von 1947 (durch die allerdings lediglich die Aufgabenstellung der WHO selbst, nicht die des Ge-

sundheitssystems als Ganzes charakterisiert werden soll), die Gesundheit als einen „Zustand vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens“ beschreibt, läßt sehr viele Fragen offen. Vor allem scheint sie den Kreis der „kranken“ Menschen so weit zu ziehen, daß jedes kollektive Gesundheitssystem überfordert würde. Die Probleme der Definition des Gesundheitsbegriffs führen bezüglich der Definition von Gesundheitsstandards zu erheblichen semantischen und pragmatischen Schwierigkeiten.

Im Gegensatz zum „globalen“ Charakter des Gesundheitsbegriffes haben der Krankheitsbegriff und darauf aufbauend auch Krankheitsstandards eher „lokalen“ Charakter. Subsumiert werden leichter zu definierende Zustände, die geheilt werden sollen. Im Gegensatz zu den nur teilweise erfolgreichen Versuchen, einen praxistauglichen Gesundheitsbegriff zu entwickeln, ist die Arbeit an international akzeptierten Krankheitsklassifikationen weiter vorangeschritten (International Classification of Diseases/ICD). Daher wird im Gegensatz zu Gesundheitsstandards mit der Formulierung von Krankheitsstandards bei höherer Praxistauglichkeit der Formulierung vermutlich auch ein höheres Maß an gesellschaftlicher Akzeptanz erreicht werden können.

Gegen die Formulierung von Krankheitsstandards spricht aber zum Beispiel, daß dem Gesundheitswesen nicht nur Aufgaben in der Diagnose und Therapie von Krankheiten zugeschrieben werden, sondern ebenso in der Versorgung von chronisch Kranken, d. h. in der Erleichterung von krankheitsbedingter Einschränkung der Lebensqualität, wie auch in der Prävention, d. h. in der Vermeidung von Krankheit. Da eine maximale Prävention, also die völlige Vermeidung von Krankheit, unmöglich ist, muß die Frage beantwortet werden, welche Krankheiten vermieden werden sollen, d. h., welche Krankheiten die Lebensqualität des Menschen so stark beeinflussen, daß diese bekämpft werden sollten. Die Beantwortung dieser Frage wird aber nicht ohne den Rückgriff auf einen (evtl. nur fiktiven) Normalzustand – die Gesundheit – zu beantworten sein. Die Beschränkung auf Krankheitsstandards kann daher nicht ohne eine normative leitende Orientierung an Vorstellungen von „Gesundheit“ erfolgen. Insoweit ist verständlich, daß eine Reihe neuerer Ansätze sich nicht nur auf das Krankheitsverständnis beschränken möchte.

2.2 Intersubjektiv verbindliches Verständnis von Gesundheit/Krankheit

Viele Abgrenzungsprobleme in bezug auf den Gesundheits- bzw. Krankheitsbegriff haben es mit der Frage zu tun, ob das Vorliegen objektivierbarer biologischer Sachverhalte (naturalistische Definition) oder das Sich-Gesund-Fühlen bzw. das Sich-Krank-Fühlen des einzelnen (normativistische Definition) für die Standardsetzung ausschlaggebend sein soll. Es sprechen jedoch

viele Gesichtspunkte dafür, die strenge Dichotomisierung zu vermeiden und zu einem komplementären Gesundheits-/Krankheitsverständnis überzugehen.

Naturalistische Krankheitsdefinition

Vertreter dieser Position gehen davon aus, daß der Krankheitsbegriff durch biologische Beschreibungen vollständig bestimmt werden kann und somit frei von konventionellen Elementen ist. (Dabei wird davon abgesehen, daß die Naturwissenschaften selbst grundsätzlich nicht ohne konventionelle Präsuppositionen, z. B. methodische Regeln, auskommen.) Vorausgesetzt wird dabei, daß sich eine arttypische statistische Normalität empirisch bestimmen läßt. Diese Norm bestimmt dann, was als biologische Funktionalität zu gelten hat. Eine Krankheit liegt vor, wenn das statistisch normale Funktionieren eines Organs gestört ist (Boorse 1977).

Die naturalistische Krankheitsdefinition erlaubt eine gute wissenschaftliche Operationalisierbarkeit des Krankheitsbegriffs. Auch in der medizinischen Praxis ist ein intersubjektiv und interkulturell invariantes Element in der Diagnose von Krankheiten unverzichtbar.

Normativistische Krankheitsdefinition

Gegen eine rein naturalistische Krankheitsdefinition, die man gelegentlich auch als nicht-normativistische Definition bezeichnet hat, wird eingewendet, daß „Krankheit“ immer auch unsere subjektiven, negativen oder positiven Bewertungen von physischen und psychischen Zuständen widerspiegelt. Gemäß der normativistischen Krankheitsdefinition wird daher postuliert, daß diese normativen Urteile konstitutiv für „Krankheit“ seien. Krankheit wird damit wesentlich durch individuelle oder kollektive Konventionen bestimmt.

Beide denkbaren Extrempositionen haben unbefriedigende Folgeaspekte:

Gegen die naturalistische Krankheitsdefinition spricht, daß es Krankheitsgefühle ohne objektiven Befund gibt (z. B. eine Reihe psychiatrischer Erkrankungen, die mit naturwissenschaftlichen Diagnoseverfahren kaum zu objektivieren sind). Hier stellt sich die Frage, ob man jemanden krank nennen soll, nur weil er meint, er sei krank. Bezüglich dieser „eingebildeten Krankheiten“ ist es meist sehr schwierig zu unterscheiden, ob es keinen – mit biomedizinischen oder psychosomatischen Diagnoseverfahren nachweisbaren – Befund geben kann, oder ob es einen geben kann, dieser aber faktisch unbekannt ist. Darüber hinaus hat das subjektive Empfinden oft einen erheblichen Einfluß auf den Krankheitsverlauf; als Beispiel sei hier die erworbene Querschnittslähmung genannt. Während manche Patienten trotz dieser massiven Behinderung ein erfülltes Leben führen, sind andere nicht in der Lage, dieses Ereignis

zu verarbeiten; sie bleiben ein Leben lang gehemmt und auf ihre Behinderung fixiert. Ein naturalistisches Krankheitsmodell kann diese durch subjektive Einflüsse hervorgerufene Variabilität nicht aufnehmen und bleibt daher ungenügend.

Gegen die normativistische Krankheitsdefinition spricht, daß es umgangssprachlich als Krankheiten anerkannte Zustände ohne subjektive Krankheitszuschreibung gibt, zum Beispiel Tumorerkrankungen in der Frühphase, asymptomatische Phase von AIDS, Bluthochdruck. (Dabei wird hier außer acht gelassen, daß das Bekanntwerden dieser Erkrankungen durchaus zu psychischen Beschwerden führen kann. Hier soll nur darauf hingewiesen werden, daß eine subjektive Krankheitszuschreibung nicht notwendigerweise konstitutiv für das Vorliegen einer Krankheit ist.) Es stellt sich die Frage, ob man jemanden krank nennen soll, der keine Beeinträchtigung seines Wohlfühls bemerkt. Diese Frage ist besonders bedeutsam im Zusammenhang mit Veränderungen des menschlichen Genoms, die unter Umständen lange Zeit keine Krankheitssymptome hervorrufen, aber das spätere Auftreten einer Krankheit (z. B. Chorea Huntington) determinieren.

Unbestreitbar ist, daß die Diagnose von Krankheiten auf „Tatsachen“ rekurrieren muß, die naturwissenschaftlicher Überprüfung zugänglich sind, doch ist der Krankheitsbegriff (im Unterschied zu Begriffen wie Aberration oder Anormalität) insgesamt ein normativer Begriff. Es wird also ein „gemischtes“ Modell zu formulieren sein. Dies hat zur Konsequenz, daß die medizinischen Fächer nicht umstandslos als Naturwissenschaften, sondern primär als „praktische Wissenschaften“ zu verstehen sind (Wieland 1986; Gethmann 1996).

2.3 Historische und kulturelle Variabilität des Gesundheits-/Krankheitsverständnisses

Offenkundig unterliegt das Verständnis von Gesundheit und Krankheit einem historisch-kulturellen Wandel, was eng mit dem normativen Charakter von Gesundheit/Krankheit zusammenhängt (Rotschuh 1976). Schon die Grundeinstellung, Krankheit als zumutbares Ereignis oder als einen zu bekämpfenden Mißstand zu betrachten, unterliegt einem deutlichen Wandel.

So läßt sich anhand der Medizingeschichte zeigen, daß bestimmte organische bzw. psychische Zustände zu manchen Zeiten als „krankhaft“, zu anderen Zeiten aber als „nicht krank“ galten. Als Beispiel für diesen Wandel kann eine Stelle aus dem Corpus Hippocraticum über die „Heilige Krankheit“ – gemeint ist die Epilepsie – dienen: „Nach meiner Ansicht ist diese Krankheit in gar keiner Beziehung göttlicher oder heiliger als andere Krankheiten, sondern

das Wesen der Entstehung ist dasselbe wie bei den anderen Krankheiten.“ (zitiert nach Eckart 1994, 46).

Die historische Variabilität des Krankheitsbegriffes ist auch heute noch aktuell. So galt die Homosexualität noch im letzten Jahrhundert als krankhafte Verhaltensauffälligkeit. Und auch heute noch wird die Meinung vertreten, daß Homosexualität „doch eine biomedizinische (z. B. genetische) Grundlage“ habe. In Verbindung mit der naturalistischen Krankheitsdefinition, wonach Krankheit eine Abweichung von der arttypischen Norm darstelle, wird die Homosexualität gelegentlich noch immer in die Nähe der Krankheiten gerückt.

Hinzu kommt, daß der Krankheitsbegriff häufig als pragmatischer Begriff verwendet wird, d. h., mit seiner Hilfe sollen medizinische Leistungen legitimiert werden. Das Beispiel des Alkoholismus macht die Probleme deutlich: Ist der Alkoholismus lediglich eine Verhaltensform, die durch jahrhundertealte Traditionen legitimiert ist, besteht kein Grund für das Gesundheitssystem, auf dieses Phänomen zu reagieren. Ist der wiederholte übermäßige Genuß von Alkohol dagegen eine Sucht, eine Krankheit, dann besteht eine Verpflichtung für das Gesundheitswesen, Prävention und Therapie des Alkoholismus zu tragen.

Wenn die physischen und psychischen Zustände, die als „krank“ bezeichnet werden, über die Zeit und zwischen den „Kulturen“ nicht konstant sind, bleibt trivialerweise auch die Menge der Zustände, die durch das Gesundheitssystem verändert werden sollen, nicht gleich. Daher sollen bei der Entwicklung von Gesundheitsstandards die Dynamik hinsichtlich der Menge des durch den Krankheitsbegriff bezeichneten Phänomens und die Faktoren, die diese Dynamik hervorrufen, berücksichtigt werden.

Gegenwärtig sind es die medizinischen Disziplinen selbst, die den Wandel des Gesundheits-/Krankheitsverständnisses vorantreiben. So sind beispielsweise zunächst als psychosomatisch klassifizierte Krankheiten im Laufe der wissenschaftlichen Entwicklung als Infektionskrankheiten klassifiziert worden (z. B. Magenschleimhautentzündung Typ B), oder es sind Verhaltensstörungen als Folge von genetischen Defekten erkannt worden (z. B. Morbus Wilson).

Die Variabilität der Bedeutungen des Begriffspaars „Gesundheit“ und „Krankheit“ spricht zunächst gegen die Möglichkeit von in bezug auf historische und kulturelle Besonderheiten invariante Gesundheits- bzw. Krankheitsstandards. Aus einer historischen Untersuchung werden daher zunächst Anhaltspunkte gegen eine voreilige Standardisierung zu ziehen sein; vielleicht lassen sich aber auch Anhaltspunkte für universelle Gesichtspunkte des Gesundheits- bzw. Krankheitsverständnisses gewinnen. Insbesondere ist darauf

einzugehen, daß das Gesundheits-/Krankheitsverständnis nicht nur die medizinische Forschung anleitet, sondern auch durch den Gang der Forschung verändert wird.

2.4 Implikationen des Krankheitsverständnisses in den medizinischen Disziplinen

Das Verständnis von Gesundheit/Krankheit ist in den medizinbezogenen Naturwissenschaften und in den verschiedenen klinischen Disziplinen keineswegs einheitlich. So werden die Krankheiten je nach Zwecksetzung, zum Beispiel nach den betroffenen anatomischen Strukturen, den physiologischen Systemen, der Übertragungsart oder dem Verbreitungsgebiet, klassifiziert. Entsprechend folgt auch die Forschung in diesen Disziplinen keiner einheitlichen praktischen Zwecksetzung, abgesehen von der allgemeinen Orientierung an der Verbesserung von Diagnose und Therapie. Es ist zu prüfen, ob durch das Paradigma der molekularen Medizin – d. h. der Suche nach den molekularen Mechanismen der *Krankheitsentstehung* – eine einheitliche, fachübergreifende Klassifikation möglich ist, die auch die Entwicklung von Gesundheitsstandards beeinflusst.

2.5 Grundlagen der Entwicklung und Anwendung von Gesundheitsstandards

Die mit der Formulierung von Gesundheitsstandards zusammenhängenden Fragen werden nach dem herkömmlichen Verständnis von Expertenkommissionen erarbeitet. Solche Kommissionen finden für verschiedene Fragen seit langem Anwendung innerhalb und außerhalb des Gesundheitswesens (z. B. der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen). In jüngerer Zeit tritt dagegen zunehmend die Forderung nach Partizipation in den Mittelpunkt des Interesses. Dabei geht es um die Vorstellung, daß Entscheidungen, die von großer Bedeutung für das Gemeinwohl sind, unter Beteiligung eines möglichst großen Teils der Bevölkerung getroffen werden sollten. Beispiele für diesen Ansatz sind die sogenannten Konsensus-Konferenzen. Eine Kombination beider Modelle ist im US-Bundesstaat Oregon etabliert worden: Der Staat führt hier beispielsweise Meinungsumfragen zu Themen wie Lebensqualität versus Lebensquantität durch. Die öffentliche Meinung wird mit der Ansicht von Experten abgestimmt und in eine Rangliste verschiedener medizinischer Leistungen integriert. Je nach vorhandenen finanziellen Mitteln sollen die Leistungen gemäß ihrem Platz auf der Rangliste bezahlt werden.

Damit eng verbunden ist die Frage nach der Legitimation der Gesundheitsstandards. Aufgrund der Kollektivierung der Gesundheitskosten können die Voten von Expertengremien nicht ohne weiteres in die Praxis übertragen werden, ohne die Legitimationsprobleme einer Expertokratie auf sich zu laden. Partizipative Elemente sollen hier eine politische Legitimation einführen und eine angemessene Beteiligung aller Betroffenen ermöglichen. Da man aber nicht ohne weiteres davon ausgehen kann, daß bei partizipativen Ansätzen einseitige Interessen hinter die postulierte Gemeinwohlorientierung zurücktreten, besteht die Gefahr, daß die wissenschaftlich fundierte Entwicklung von Gesundheitsstandards hinter die Einflüsse der „Öffentlichkeit“ zurücktritt.

Partizipatorische Meinungsbildung bedeutet keine Garantie auf innere und äußere Konsistenz, pragmatisch ausreichende Stabilität über die Zeit hinweg und wissenschaftliche Adäquatheit. Daher ist zu fragen, ob die Äußerungen einer betroffenen Öffentlichkeit nicht einer normativen Kontrolle hinsichtlich grundsätzlicher ethischer Orientierungen, elementarer anthropologischer Einsichten und wissenschaftlicher Adäquatheit bedürfen. Kein Gemeinwesen kann die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens durch plebiszitäre Entscheidungsprozeduren ständig zur Disposition stellen. Damit zeigt sich, daß eine sachgerechte Kombination von Expertenkultur und Partizipation gefunden werden muß.

2.6 Ärztliches Standesethos und medizinische Ethik

Seit Beginn der abendländischen Auseinandersetzung mit den Begriffen „Gesundheit“ und „Krankheit“ gehört die Subsumtion unter diese Begriffe in die professionelle Domäne des ärztlichen Standesethos. Die Funktionalität des Standesethos ist grundsätzlich anzuerkennen. Unter dem Gesichtspunkt der zunehmenden Ökonomisierung des Gesundheitswesens, der europäischen Harmonisierung der Gesundheitssysteme und der globalen Aspekte vieler Probleme spielen Ansätze einer universalistischen Ethik (Beispiel: die sogenannte Bioethik-Konvention des Europarates) eine zunehmende Rolle. Das tradierte Standesethos sollte daher auf seine Tauglichkeit unter den veränderten Rahmenbedingungen des Gesundheitswesens überprüft werden (Wieland 1984).

Vor allem für die zukünftig zu leistende Entwicklung länderübergreifender Gesundheitsstandards ergeben sich eine Reihe von Problemen:

- Welche Rolle spielen Ärzte bzw. die ärztlichen Standesvertretungen bei der Kontingenzierung und Allozierung von medizinischen Leistungen?

- Ist es mit dem traditionellen Standesethos des Arztes überhaupt vereinbar, solche Entscheidungen vom Arzt treffen zu lassen?
- Welche Konsequenzen hat die Einführung von Gesundheitsstandards für das Arzt-Patient-Verhältnis?

3 Zusammensetzung der Arbeitsgruppe und weitere Arbeitsschritte

Die Arzt-Patient-Beziehung ist schematisch gekennzeichnet durch den Sachverstand des Arztes und die Beschwerden und Wünsche des Patienten. Die Formulierung von „Gesundheitsstandards“ geht jedoch über den Interaktionsraum von Arzt und Patient hinaus. Unter den Bedingungen eines komplexen Gesundheitssystems muß der Sachverstand vieler Disziplinen in die Formulierung von Gesundheitsstandards einfließen. Hier sind vor allem medizinische, ökonomische, juristische, historische und ethische Fragestellungen zu berücksichtigen.

Die hier aufgeführten Aufgaben machen deutlich, daß ihre Bearbeitung der gemeinsamen Anstrengung von Wissenschaftlern unterschiedlicher disziplinärer Herkunft bedarf. Die Akademie ist eine Gelehrtenrepublik, die in ihren Klassen über ein breites disziplinäres Spektrum und über exzellente Wissenschaftler verfügt. Sie ist daher auch der geeignete Ort, um ein interdisziplinäres Projekt zum Thema „Gesundheitsstandards“ durchzuführen. Neben den Mitgliedern der AG und der Akademie werden in einzelnen Fällen auch Sachverständige von außerhalb in die Arbeit einbezogen.

Die gemeinsame Arbeit wird in der ersten Hälfte des Jahres 2000 mit der Präzisierung der Aufgabenstellung, der daraus abzuleitenden Festlegung der in der AG zu besetzenden Kompetenzfelder und der Gewinnung entsprechender weiterer Mitglieder beginnen. Ein international besetztes „kick-off-meeting“ dient der Strukturierung der Problemstellung. Auf Basis einer im Anschluß daran aufzustellenden vorläufigen Arbeitsgliederung werden die Mitglieder zu den Abschnitten, zu denen sie einen fachlich einschlägigen Beitrag leisten können, „Saatpapiere“ entwerfen. Diese werden in zwei Diskussionsrunden so bearbeitet, daß ein möglichst weitgehender Konsens in der AG entsteht. Der entstandene Rohentwurf soll nach ca. einem Jahr durch Experten, die nicht Mitglieder der AG sind, in einem „mid-term-meeting“ begutachtet werden.

Arbeitskreis *Frauen in Akademie und Wissenschaft*

Lorraine Daston, Karin Hausen, Theresa Wobbe

1 *Ziel des Arbeitskreises*

Der Arbeitskreis (im weiteren AK) will zum Verständnis der neuzeitlichen Wissenschaft einen innovativen Beitrag leisten. Um die Veränderung der Formen, Mechanismen und Begründungen der Einbeziehung und Ausschließung von Frauen sichtbar machen zu können, betrachtet der AK die soziale Welt der Wissenschaft (Heintz 1998) als ein Arbeitssystem. In einzelnen Fallstudien werden daher vor dem Hintergrund der sozialen Differenzierung des Wissenschafts- sowie Familiensystems und der Geschlechterrollen die strukturellen Bedingungen erforscht, welche die wissenschaftlichen Karrieren von Frauen und Männern zwischen 1700 und 2000 geprägt haben.

Ein weiteres Ziel des Gesamtvorhabens *Frauen in Akademie und Wissenschaft* ist es, im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten der Akademie im Jahr 2000 eine internationale Konferenz zum Thema *Frauen in Akademie und Wissenschaft* durchzuführen. Die Veranstaltung soll einer breiten interessierten Öffentlichkeit erstmals die Akademieggeschichte in einer Frauen- und Geschlechterperspektive vergegenwärtigen. Sie erweitert dabei den Blick über die Akademie hinaus auf die Verbindung von Wissenschaft und Gesellschaft am Ende des Millenniums (vgl. Daston/Wobbe 1999; Lelke 1999).

Hierfür sprechen vor allem zwei Gründe. Zum einen besteht im Rahmen der Akademie- und Wissenschaftsgeschichte eine hochgradige Koppelung von Männlichkeit und Wissenschaft, die bis in die jüngste Zeit eine kulturelle Selbstverständlichkeit dargestellt hat. Zum anderen sind Frauen und Männer im Wissenschaftssystem, insbesondere in den Spitzenpositionen, ungleich vertreten. Diese Asymmetrie hat sich historisch trotz der Pluralität von Organisationen und der lokalen Varianz von Wissenschaftssystemen durchgehalten. Der formale Ausschluß der Frauen – etwa das Verbot, die Räume der Universität oder die Laboratorien zu betreten – ist in diesem Jahrhundert sukzessive aufgehoben worden. So haben Frauen die Rechts- und Geschäftsfähigkeit erlangt und im Wissenschaftssystem die gleichen formalen Zugangsmöglichkeiten (Wobbe 1997). Heute sind in den meisten Ländern Europas beinahe die Hälfte aller Studierenden Frauen. Aber diese werden nach wie vor weitgehend von Männern unterrichtet.

Die geplante Konferenz fragt daher zum einen nach der Verschränkung von Wissenschaft und Männlichkeit, zum anderen nach den Zusammenhängen,

durch welche diese Koppelung ihre intellektuelle Überzeugungskraft und ihre strukturbildende Wirksamkeit erhalten konnte. Das Gesamtkonzept rückt hierbei die Arbeitsgeschichte und Arbeitsorganisation der Wissenschaft in den Mittelpunkt. Der zur Durchführung dieser Aufgaben im März 1998 eingesetzte Arbeitskreis verknüpft im Zusammenhang mit der Vorbereitung der internationalen Konferenz die Perspektiven der Geschlechterforschung mit denen der Wissenschaftsforschung und Gesellschaftsgeschichte.

Der AK hat für dieses Vorhaben einen weiten und problemorientierten Zugriff gewählt, der über die Akademiegeschichte hinausgeht und auch die Disziplinen und insgesamt das Wissenschaftssystem berücksichtigt, um die sozialstrukturellen Dimensionen und die kulturellen Aspekte der Asymmetrie zwischen den Geschlechtern in den Mittelpunkt zu rücken. Dabei ist er zweigleisig vorgegangen. Zum einen entwickelt der Arbeitskreis ein Gesamtkonzept, das die soziale Welt der Wissenschaft als Arbeitssystem im Hinblick auf das Forschungshandeln und die Arbeitsorganisation der Wissenschaft auffaßt (vgl. Heintz 1998). Die geplante Konferenz wird daher Beiträge über den Ort und die Organisation, über die Mitgliedschaftsregeln und die Anerkennungsmuster der Wissenschaft präsentieren. Zum anderen hat der AK für die Schließung bestehender Forschungslücken einige zentrale Forschungsprojekte initiiert, um die Entwicklung des interpretativen Gesamtkonzepts zu unterstützen.

Auf der Grundlage der 1998 etablierten Einzelprojekte und durchgeführten Vor-Recherchen standen im zurückliegenden Jahr zwei Aufgaben im Vordergrund. Erstens wurden die Untersuchungsfragen der Einzelprojekte präziser mit der Problemstellung des gemeinsamen Bezugsrahmens verknüpft. Zweitens wurde die erste Fassung des Programms für die internationale Konferenz erarbeitet.

2 Fragestellungen und Untersuchungsbereiche des Gesamtvorhabens

Das vom AK entwickelte Konzept nutzt den historischen und soziologischen Zugriff, um die *longue durée* von Teilnahmechancen und Ausschlüssen, von Inklusion und Ungleichheit der Geschlechter zu erfassen. Dieser Ansatz ist an strukturellen Bedingungen neuzeitlicher Wissenschaft und an wissenschaftlicher Arbeit im Forschungshandeln und Organisationskontext orientiert: Wie waren Frauen in der Vergangenheit an wissenschaftlicher Arbeit beteiligt und in welcher Weise sind sie gegenwärtig in die Wissenschaften einbezogen? Wann und wo werden Tätigkeiten als wissenschaftliche definiert und unter welchen Bedingungen werden sie als männliche oder weibliche Arbeit be-

trachtet? Häufig waren Ehefrauen und Töchter als Gehilfinnen, Rechnerinnen, Assistentinnen oder Übersetzerinnen tätig. Diese Arbeiten wurden wissenschaftsgeschichtlich als Leistungen zumeist nicht repräsentiert. Außerdem interessieren die formalen Positionen von Frauen, die oft im unteren, seltener im oberen Segment der Arbeitshierarchie angesiedelt sind, und die bislang für Deutschland kaum in den Einzeldisziplinen (vgl. Wobbe 1997) und vor allem in der Geschichte der Berlin-Brandenburgischen Akademie nicht erforscht wurden. Die ungleichen Positionen von Männern und Frauen in der Wissenschaft sind damit nicht als eine ‚einfache Fortsetzung der Tradition‘ zu verstehen oder auf eine Geschichte des Ausschlusses zu verengen. Vielmehr will der AK zu einer präziseren Formulierung der Problemstellung Frauen in der Wissenschaft beitragen.

Aus diesem Grunde greift er neuere Konzepte der Geschlechterforschung auf und untersucht die Kontextvoraussetzungen der asymmetrischen Positionen von Frauen und Männern in der Wissenschaft. Es geht darum, den Grad der Einbeziehung oder des Ausschlusses in den Vordergrund zu rücken: Unter welchen historischen Bedingungen und in welchen kognitiven und kulturellen Rahmen variieren die Teilnahmechancen von Frauen?

Das Vorhaben setzt mit dieser Fragestellung bei verschiedenen Ebenen an:

- Der historische Vergleich umfaßt den Zeitraum von 1700 bis 2000; in Einzelprojekten werden die historischen Sequenzen, insbesondere Übergangsperioden und Schwellen erforscht.
- Der institutionelle Vergleich befaßt sich mit Ähnlichkeiten und Unterschieden der Institutionen respektive Organisationen Haus, Akademie, Universität, Forschungsinstitut von 1700 bis 2000.
- Der die Arbeits- und Wissensformen vergleichende Zuschnitt befaßt sich mit dem Wandel der Arbeitsweise und -organisation der Wissenschaft.
- Der interdisziplinär vergleichende Zuschnitt erstreckt sich einmal auf die Astronomie, Literaturwissenschaft, Chemie und Biologie und zum anderen, insbesondere im 20. Jahrhundert, auf die spezifisch disziplinäre Veränderung der Arbeitsweise und der Organisation.

Der Grad der Einbeziehung von Frauen und die strukturellen Bedingungen der wissenschaftlichen Karrieren der Geschlechter werden also im historischen Verlauf auf die Institution, die Arbeits- und Wissensform, die Disziplin sowie Organisation bezogen. Für die Perspektive des Arbeitssystems nutzt der AK Forschungen aus dem Bereich der historischen Geschlechterforschung (Hausen 1993, 1997, 1999), der Professions- und Berufsforschung, der soziologischen Arbeitsmarktforschung (Heintz et al. 1997) sowie wissen-

schaftssoziologische Untersuchungen zur Arbeitsorganisation und Arbeitshierarchie.

Insgesamt hat es sich hierbei als weiterführend erwiesen, analytisch die Leistung der Geschlechter in der Wissenschaft von ihrer Anerkennung und Repräsentation zu unterscheiden. Diese Abgrenzung lenkt den Blick auf die informalen und formalen Beziehungen in der Arbeitsorganisation der Wissenschaft, insbesondere auf den Wandel von Arbeitsorganisation und Geschlechterbeziehungen, von wissenschaftlichen Praktiken und Arbeitsteilung. Für diesen Erklärungszusammenhang kann die Unterscheidung zwischen privat und öffentlich wiederum als heuristisches Instrumentarium genutzt werden, um über die soziale Relevanz der Unterscheidung zwischen privat und öffentlich Aussagen machen zu können.

Neuere Arbeiten auf dem Gebiet der Wissenschaftsforschung zeigen beispielsweise, in welcher Form Frauen formale und informale Mitglieder der scientific community sein konnten. Waren Frauen im 19. Jahrhundert fast ausschließlich informal in wissenschaftliches Arbeiten einbezogen, so erhielten sie im 20. Jahrhundert den formalen Zugang zum Wissenschaftssystem. Beide Wege enthielten unterschiedliche Möglichkeiten der Anerkennung und sind durch den historischen Rahmen der Differenzierung von Wissenschaft, Familie und Geschlechterrollen bestimmt (Wobbe 1999b, 2000).

Im zurückliegenden Jahr bestand das Gesamtvorhaben aus fünf Einzelprojekten (vgl. 4.). Die wissenschaftliche Koordinatorin Theresa Wobbe hat seit Oktober die Vertretung der Professur für Allgemeine Soziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Technischen Universität Berlin übernommen. Daher wurde Kira Kosnick, die seit März des Jahres für die Recherche des visuellen Konzepts der Konferenz im Vorhaben tätig ist, zudem mit der wissenschaftlichen und technischen Unterstützung der Koordination betraut.

3 Stand der Vorbereitung der internationalen Konferenz

Der AK hat einen Bezugsrahmen entwickelt, um die strukturellen Bedingungen zu erforschen, die die wissenschaftlichen Karrieren von Frauen und Männern von 1700 bis 2000 prägten. Für die Diskussion dieser Fragen ist es notwendig, den größeren historischen Zusammenhang der sozialen Differenzierung des Wissenschafts- und Familiensystems sowie der Geschlechterrollen zu berücksichtigen.

Das Konzept für die Konferenz entwickelt den Zuschnitt des Gesamtkonzepts weiter, indem die Ebenen des Vergleichs in der historischen und institutio-

nellen Dimension, in der Perspektive der Wissensformen und der Disziplinen ausgebaut werden: In vier Sektionen soll der strukturelle Wandel des Arbeitssystems Wissenschaft in der Geschlechterperspektive historisch und soziologisch vergleichend diskutiert werden. Die Sektionen der internationalen Konferenz thematisieren daher die *longue durée* in einer vergleichenden Perspektive und diskutieren das Problemfeld Frauen in der Wissenschaft in der sozialstrukturellen und kulturellen Dimension:

- Wie verändern sich Ort und Topographie der wissenschaftlichen Arbeit?
- Welchem Wandel unterliegt die Organisation der wissenschaftlichen Arbeit?
- Wie wandelt sich die Regulierung von Eintritt und Mitgliedschaft?
- Wie verändern sich Anerkennungssysteme und die wissenschaftliche persona?

Es ist gelungen, für dieses Tagungsvorhaben international renommierte Wissenschaftlerinnen zu gewinnen. Der AK hat außerdem eine spezifische Form der Präsentation vorgesehen. Neben den konventionellen Medien des Vortrags sollen Bild und Film die Form der Darstellung und die Möglichkeit der Kommunikation erweitern. Jede Sektion soll daher mit einer Videopräsentation eingeleitet werden, die folgende Fragen behandelt:

- Wie läßt sich Wissenschaft mit der Kamera bei der Arbeit beobachten?
- Was erzählen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen über sich und über andere im Film?
- Welche Bilder inszeniert der Film von der Wissenschaft?
- Welche Bilder erzeugt Wissenschaft über den Wissenschaftler im Film?

Für diese Vorbereitung der visuellen Präsentation im Rahmen der internationalen Konferenz hat Kira Kosnick zum wissenschaftlichen Film und über die Wissenschaft im Film recherchiert. Neben Wissenschaftsredaktionen von Fernsehsendern im In- und Ausland wurden Filmarchive und Filmverleihe angeschrieben und Bestände verschiedener Berliner Bibliotheken sowie online verfügbare Filmdatenbanken gesichtet. Das Material läßt sich vorläufig in folgende Bereiche unterteilen:

- „Gender and Science“, weibliche Karriereverläufe und Geschlechterdifferenz in der Wissenschaft
- Popularisierung von wissenschaftlicher Forschung in Wissenschaftsmagazinen des Fernsehens sowie in Lehrfilmen für den Unterricht
- Selbstdarstellungen und Werbefilme von wissenschaftlichen Organisationen
- Biographische Dokumentationen

Neben der Videopräsentation ist als thematische Einführung in die verschiedenen Sektionen während der gesamten Konferenz ein begleitendes Filmprogramm vorgesehen. Außerdem soll eine szenische Darstellung respektive Lesung die wissenschaftliche Darstellung in Wort und Bild durch die künstlerische Präsentation erweitern.

4 Stand des Forschungsvorhabens

Nachdem in der ersten Forschungsphase 1998 Recherchen, sekundärstatistische Auswertungen und die Quellenerschließung im Vordergrund standen, haben die Projekte 1999 ihre Forschungshypothesen geprüft und weiterentwickeln können. Ein Ergebnis des internationalen Workshops (vgl. Mommertz 1999), den der AK im Dezember 1998 veranstaltete, bestand darin, das Konzept des Arbeitssystems in der Perspektive des historischen und sozialen Wandels zu verfeinern. Die Einzelprojekte untersuchen, welche unterschiedlichen Folgen dieser Wandel für Frauen und Männer hat, wie er

- ihren Zugang zur wissenschaftlichen Arbeit reguliert,
- ihre Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche konfiguriert,
- ihre wissenschaftlichen Praktiken prägt,
- ihre Ressourcen und Netzwerke ändert,
- ihre Leistungen in Anerkennung und Autorität konvertiert.

Unter dem Gesichtspunkt der oben genannten Fragestellungen und entsprechend ihrem unterschiedlichen historischen Bezug können die Einzelprojekte am Leitfaden von Arbeitsorganisation und Arbeitsort auf das Gesamtvorhaben und aufeinander bezogen werden. Die ersten drei Projekte bewegen sich dabei im Spannungsfeld von Haus, Akademie und Universität und beschäftigen sich mit den Grenzverschiebungen, die zwischen diesen Orten und Organisationen in einer Geschlechterperspektive zu rekonstruieren sind.

4.1 Die Astronomen-Familie Kirch

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wandert die astronomische Observation in Berlin aus dem Haushalt an die Akademie. Am Beispiel der Astronomen-Familie Kirch untersucht Monika Mommertz den Prozeß der Herauslösung des Wissens aus lebensweltlichen Bezügen. Der astronomische Haushalt verliert seine Bedeutung als Arbeits- und Ausbildungsplatz. Die Interpretation des erschlossenen Quellenmaterials zeigt, daß diese Veränderung

in einer Wechselwirkung zur Arbeitsorganisation der Geschlechter und zur Topographie der Observation steht.

Im zurückliegenden Jahr wurde vor allem untersucht, wie in diesem Wandel neue Grenzen zwischen den Geschlechtern entstehen, ob und wie sich Autorität und Beglaubigung verändern. Die Akademie bleibt zwar während des gesamten 18. Jahrhunderts weiterhin auf die Arbeit der Frauen der Familie Kirch angewiesen, doch sie werden in neue Hierarchien eingebunden und als „astronomisch“ tätige Frauen zunehmend unsichtbar. Dieses Projekt stellt die Anfänge der Berliner Akademie erstmals in einer geschlechtergeschichtlichen Perspektive dar und dokumentiert auf einer breiten Materialbasis die familienorientierte Arbeitsteilung und die Leistungen der Kirch-Frauen für die Berliner Astronomie und die Akademie.

4.2 Kulturelle Umwelt der Wissenschaft in Berlin

Auf der Basis ihrer Erforschung der Netzwerke der Bettine von Arnim konzentrierte Ina Lelke sich im zurückliegenden Jahr auf die Disziplinengese der Deutschen Philologie und die Differenzierung der Literaturwissenschaft. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Disziplininformation durch ein persönliches Netz von Mitforscherinnen und Mitarbeitern geprägt, die das Werden der Disziplin stützten und auch Karriereverläufe von bereits etablierten Wissenschaftlern absicherten.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts wirkten die informalen Kontakte und Vermittlertätigkeiten in die entstehende scientific community hinein. Orte der informalen Kommunikation waren die zahlreichen Salons und geselligen Gemeinschaften, die offenen Häuser, deren Kommunikationsformen im wesentlichen von Frauen geprägt wurden. Im Gegensatz zum Haus der Kirch-Familie, das als frühneuzeitlicher Haushalt nicht nur Arbeitssystem, sondern auch eine spezifische Einheit von Rechts- und Sozialsystem bildete, waren die offenen Häuser Berlins im beginnenden 19. Jahrhundert bürgerliche Häuser, deren Kommunikationskultur bereits auf der Unterscheidung der Arbeits- und Sozialeinheit aufbaute.

Das Projekt stellt erstmals die Bedeutung dieser Kommunikationsräume für die Institutionalisierung der Wissenschaft dar. Zu diesem Zwecke werden die Wissenschaftskonzepte an der Berliner Universität im Philologischen Seminar mit denen der geselligen Arbeit als Arbeitsform im Bereich des Hauses kontrastiert. Die ersten Ergebnisse weisen auf Selektionsprozesse hin, die zwischen Wissenschaftlern im Sinne von Fachmännern einerseits und Dilettanten im Sinne methodisch nicht geschulter Amateure andererseits unterscheiden.

4.3 Frauen in den Unternehmungen der Akademie

Die interne Differenzierung der Wissenschaft in experimentelle Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften und ihre zunehmende Arbeitsteilung wirkten auf die Akademie zurück. Seit 1815 initiierte die Akademie in Form der Unternehmungen Projekte der Grundlagenforschung, vor allem in den Geisteswissenschaften und in den klassifizierenden Naturwissenschaften. Die Etablierung wissenschaftlicher Unternehmungen stellte eine neue Form der Arbeitsteilung und der Forschungsplanung dar und damit eine Reaktion auf Funktionsanforderungen, die nicht mehr durch eine Person oder in einem Forscherleben zu bewältigen waren. Die Ergebnisse des Projekts von Petra Hoffmann über Mitarbeiterinnen an der Akademie bieten erstmals Innenansichten in die Arbeitsstruktur der Unternehmungen und ihre Bedeutung für Frauen und Männer.

Rund 200 Frauen waren von 1890 bis 1946 mit den Unternehmungen assoziiert: als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Hilfskräfte, als bibliographische bzw. Büroarbeiterinnen, als Schreibhilfen und als Donatorinnen, seit dem 1. Weltkrieg auch als Stenotypistinnen und Büroangestellte und als Bibliothekarinnen in der Zentralbibliothek bzw. im Archiv. Anhand einer Typisierung der Tätigkeitsstruktur und der Arbeitsformen der Unternehmungen werden die verschiedenen Rekrutierungs- und Qualifikationsmuster der Frauen, nämlich über informale Netzwerke (Ehefrauen, Töchter) oder formale Ausbildung und ihre Aufstiegschancen erstmals erforscht. Die Einbeziehung von Mitarbeiterinnen in die Akademie, darauf weisen die Ergebnisse des Projekts bereits hin, ist eine Folge (1) des allgemeinen Trends der Verberuflichung in der Wissenschaft, (2) der zunehmenden Berufschancen von Frauen in unterschiedlichen Segmenten, (3) der Differenzierung von Wissenschaft und Verwaltung innerhalb der Akademie.

4.4 Die Entwicklung der chemisch-technischen Assistenz

In demselben Zeitraum öffnete die experimentelle Disziplin der Chemie, deren Industrie- und Anwendungsbezug expandierte, Frauen neue Tätigkeitsfelder (Wiemeler/Görs 1999). Britta Görs untersucht in dem Projekt über die Herausbildung der chemisch-technischen Assistenz, wie die Rekrutierung der Technischen Assistentinnen im Spannungsverhältnis von Universität und Industrie an eigens dafür eingerichteten Schulen erfolgte. Die Chemotechnikerinnen, die weitgehend über eine Mittelschulbildung verfügten, ersetzen zum Teil Positionen, die zuvor von Labordienern mit Volkshulbildung

eingenommen wurden. Dieses Beispiel macht deutlich, daß die Teilnahme von Frauen im 20. Jahrhundert sich abhängig von der Ausbildung und der beruflichen Position zu pluralisieren beginnt: Promovierte Chemikerinnen arbeiteten entweder in der Universität, den Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bzw. in Abteilungen von Industrieunternehmen, während Chemotechnikerinnen Positionen in den neu entstehenden unteren Segmenten einnahmen.

Die ersten Ergebnisse dieses Projekts reflektieren zum einen die binnenwissenschaftliche Differenzierung und Spezialisierung, insbesondere den Industriebezug und die Industriebasierung der Chemie auf der Ebene der veränderten Relation zwischen der Chemie an der Universität, in Industrielaboratorien und in Laboratorien der Forschungsinstitute. Unter diesem Gesichtspunkt soll die Relation von Chemieschulen und Universität stärker berücksichtigt werden. Zum anderen verweist das Beispiel der Chemotechnikerin auf den im 20. Jahrhundert entstehenden Trend, nämlich die Differenzierung der Tätigkeitspositionen in beruflichen Strukturen und auf dem Arbeitsmarkt zwischen Frauen und Frauen sowie zwischen Frauen und Männern (Hausen 1993; Heintz et al. 1997).

4.5 Inklusion von Frauen in die Biologie, 1960–1996

Annemarie Lüchauer befaßt sich in diesem Projekt mit Karrieren von Biologinnen unterschiedlicher Kohorten nach Status bzw. formaler Qualifikation, Position und Alter. Die Biologie ist vor allem aus zwei Gründen interessant. Zum einen gilt die Biologie als neues Frauenfach in den Naturwissenschaften. Zum anderen differenziert sich die Biologie in vielfältige Hybriddisziplinen; hierbei unterliegen einzelne Subdisziplinen wie die Genetik einem starken paradigmatischen Wandel. Die Zahl der Wissenschaftlerinnen in den Laborwissenschaften der Biologie steigt. Gerade für die Frage nach der Arbeitsorganisation ist die Biologie auch deswegen aufschlußreich, weil sich mit dem netzwerkartigen Austausch und der zunehmenden Forschung in kleinen Arbeitsgruppen eine neue Arbeitsorganisation entwickelt.

Da dieses Projekt durch eine sekundärstatistische Auswertung Ende 1998 vorbereitet werden mußte, wurde es als letztes im März 1999 gestartet. Es werden berufsbiographische Interviews mit Biologinnen über ihre Karriereerfahrungen durchgeführt. Das Sample besteht aus drei Kohorten: die Etablierten (ca. 60 Jahre), die Habilitierten (ca. 35–40 Jahre), die Promovierten (ca. 27–35 Jahre). Die Wissenschaftlerinnen wurden aus vier verschiedenen Gebieten der Biologie ausgewählt, die mit unterschiedlichen Methoden (Feldforschung oder Laborwissenschaft) arbeiten: nämlich die Botanik, die Ökologie,

die Humangenetik, die Molekulargenetik/Molekularbiologie. Insgesamt sollen 16 berufsbiographische Interviews durchgeführt werden. Die bisher durchgeführten Interviews zeigen eine starke Heterogenität in den Berufsverläufen. Es wird zu überprüfen sein, ob sich innerhalb der Kohorten starke Unterschiede in den Organisationen und den damit zusammenhängenden Karriereverläufen zeigen.

5 *Workshop des AK vom 19. November 1999*

Die bisherigen Ergebnisse des AK dokumentieren, daß sich die Bedingungen für Frauen in der Wissenschaft mit der Wende zum 20. Jahrhundert nachhaltig zu ändern begannen. Denn zum einen wandelte sich die Arbeitsweise der Disziplinen, was im Fall der Chemie zu neuen Beschäftigungspositionen für Frauen führte. Zum anderen fielen die formalen Hindernisse für den Zugang der Frauen. Der historisch vergleichende und wissenschaftssoziologische Ansatz des Vorhabens zeigt, daß mit zunehmender Inklusion der Frauen Disziplin und Organisation relevante Variablen ihrer Einbeziehung werden. Im frühen 20. Jahrhundert scheinen Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Frauen zum Beispiel günstigere Teilnahmemöglichkeiten geboten zu haben als die Universität (vgl. Vogt 1997, 1999), bzw. bestimmte, insbesondere neue und ungefestigte Disziplinen boten Frauen Gelegenheitsstrukturen (Wobbe 1997). In dem Maße wie Frauen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend über formale Handlungserwartungen in die Wissenschaft einbezogen wurden, wird auch die Frage nach der Relevanz von Organisation und Disziplin für berufliche Chancen von Frauen wichtiger: Lassen sich zum Beispiel Unterschiede zwischen Universitäten und Instituten der Grundlagenforschung im Hinblick auf die Chancen von Frauen ausmachen? Welche Rolle spielt der Formalisierungsgrad einer Disziplin? Welche Bedeutung haben formalisierte und standardisierte Statusübergänge im Wissenschaftssystem? Wo ist die Unterrepräsentation von Frauen eher eine Folge von Untervertretung, wo ist sie eine Folge von Diskriminierung?

Der Workshop *Barrieren und Karrieren im Arbeitssystem Wissenschaft: Organisation und Disziplin*, den der AK am 19. November veranstaltete, hatte das Ziel, diese Fragestellungen zu diskutieren, und zwar auf der Grundlage von Forschungsergebnissen und Hypothesen aus laufenden Projekten (Allmendinger/München; Heintz/Mainz-Zürich; Oppen et al./Berlin). Diese Projekte nutzten für ihre Forschungskonzeption vor allem die Organisations- und Karriereforschung sowie die Wissenschaftssoziologie. Hierbei wurde deut-

lich, daß Organisationsspezifika, zum Beispiel ob die Organisation einen internen Markt hat, für die Karrierechancen der Geschlechter eine Variable darstellen kann. Zugang zu Netzwerken, Verankerung innerhalb und außerhalb der Organisation oder Auslandsaufenthalte scheinen ebenso relevant zu sein, und dies (noch) in unterschiedlicher Weise für Männer und Frauen. Insgesamt zeigte der Workshop, daß die Forschung über Disziplin und Organisation noch am Anfang steht, insbesondere wenn man einbezieht, daß diese Forschung Männer und Frauen in ihren qualitativen und quantitativen Untersuchungen berücksichtigt.

6 Kooperationen und Forschungskommunikation

Die Kooperation mit der Arbeitsgruppe Akademiegeschichte konnte auch im zurückliegenden Jahr auf verschiedenen Ebenen ausgebaut werden. Zwischen den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von AG und AK findet ein Austausch über Schnittpunkte der Arbeit und über Forschungsprobleme statt, die insbesondere auch die Akademie- und Wissenschaftsgeschichte betreffen.

Die bereits bestehende Kommunikation mit den Forschungsprojekten, die Karriereverläufe im Rahmen der Max-Planck-Institute (Leitung: Jutta Allmendinger, München und Beate Kraus, Darmstadt) und die Karriereverläufe von männlichen und weiblichen Wissenschaftlern erforschen (Bettina Heintz, Mainz/Zürich), ist in diesem Jahr intensiviert worden. Darüber hinaus wurde die Forschungskoopeation mit dem am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin verankerten Projekt „Karrieren und Barrieren im Wissenschaftsbetrieb. Geschlechterdifferenz als Ergebnis von Aushandlungsprozessen in Organisationen“ aufgebaut. Damit hat der Arbeitskreis mit den Forschungsvorhaben, die sich im deutschsprachigen Rahmen explizit mit Fragen des Arbeitssystems und der Karrieren, der disziplinären und beruflichen Organisation von Frauen und Männern in der Wissenschaft beschäftigen, eine Kommunikation entwickelt.

Durch die Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte und dem Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Technische Universität Berlin, konnten internationale Tagungen für die konzeptionelle Weiterentwicklung des Vorhabens und die Vernetzung genutzt werden.

Im zurückliegenden Jahr wurde die Forschungskommunikation vor allem auch durch die Teilnahme der Mitarbeiterinnen des Forschungsvorhabens an wissenschaftshistorischen Colloquien und internationalen Konferenzen ausgebaut. Insgesamt hat sich 1999 gezeigt, daß das Forschungsvorhaben des

Arbeitskreises außerhalb der Akademie zunehmend verankert ist und An-
schlüsse zu verschiedenen Gebieten der Geschlechter- und Wissenschaftsfor-
schung herstellt. Hierzu zählen vor allem die Bereiche der Astronomiege-
schichte, die Geschichte der Disziplingenese der Literatur und ihrer Insti-
tutionalisierung, die Chemiegeschichte, die Akademiegeschichte sowie auch
systematische Fragen der Inklusion von Frauen unter dem Gesichtspunkt von
Generation, Disziplin und Organisation im größeren Rahmen der Geschlech-
terforschung.

7 Vorhaben für 2000

Im Mittelpunkt der letzten Arbeitsphase steht die Durchführung der inter-
nationalen Konferenz vom 15.–17. Juni 2000 sowie die Vorbereitung der
Publikationen. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse des Gesamtvorhabens des
AK Frauen in Akademie und Wissenschaft in zwei Bänden zu veröffentli-
chen. Die Ergebnisse der Einzelprojekte und einiger Werkaufträge sollen in
der Reihe der BBAW Forschungsberichte, die Vorträge der internationalen
Konferenz (15.–17. Juni 2000) in der Reihe der BBAW Berichte und Ab-
handlungen erscheinen. Für diesen erfolgreichen Abschluß des Projekts ist es
erforderlich, daß bis zum Dezember 2000 die redaktionelle und technische
Vorbereitung der Publikationen gesichert ist.

Literatur

Daston, J. Lorraine & Theresa Wobbe: Frauen in Akademie und Wissenschaft. In:
Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Jahrbuch 1998, Berlin:
Akademie Verlag, 1999, S. 293–303.

Hausen, Karin (Hg.): Geschlechterhierarchie und Arbeitsteilung. Zur Geschichte un-
gleicher Erwerbchancen von Männern und Frauen, Göttingen: Vandenhoeck, 1993.

Dies.: Frauenerwerbstätigkeit und erwerbstätige Frauen. Anmerkungen zur histori-
schen Forschung. In: Budde, Gunilla-Friederike (Hg.), Frauen arbeiten. Weibliche
Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen: Vandenhoeck,
1997.

Dies.: Häuslicher Herd und Wissenschaft: Zur frühneuzeitlichen Debatte über Holz-
not und Holzsparkunst in Deutschland. In: Grüttner et al. (Hg.), Geschichte und
Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt a. M., New York: Campus,
1999, S. 700–727.

Heintz, Bettina: Wissenschaft im Kontext. Neuere Entwicklungstendenzen in der Wissenschaftssoziologie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 45 (1993), S. 528–552.

Dies.: Getrennte Welten. Ursachen, Verlaufsformen und Folgen der geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes. In: Heintz, Bettina et al. (Hg.), Ungleich unter Gleichen. Studien zur geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes, Frankfurt a. M., New York: Campus, 1997, S. 9–66.

Dies.: Die soziale Welt der Wissenschaft. In: Heintz, Bettina & Bernhard Nievergeld (Hg.), Wissenschafts- und Technikforschung in der Schweiz. Sondierungen einer neuen Disziplin, Zürich: Seismo, 1998, S. 55–94.

Dies.: Die Innenwelt der Mathematik. Kultur und Praxis einer beweisenden Disziplin, Wien: Springer et al., 2000.

Dies. & Eva Nadai: Geschlecht im Kontext. De-Institutionalisierungsprozesse und geschlechtliche Differenzierung. In: Zeitschrift für Soziologie, 27 (1998), S. 75–93.

Honegger, Claudia & Theresa Wobbe (Hg.): Frauen in der Soziologie. Neun Portraits, München: C.H. Beck, 1998.

Leke, Ina: Arbeitskreis Frauen in Akademie und Wissenschaft, Projektvorstellung. In: Mitteilungen. Marbacher Arbeitskreis für Geschichte der Germanistik. Deutsches Literaturarchiv Marbach am Neckar, H. 16/17 (1999).

Mommertz, Monika: Wissenschaft als Arbeitssystem. Neue Ansätze aus der Perspektive von Geschlechterforschung. Internationaler Workshop des Arbeitskreises „Frauen in Akademie und Wissenschaft“ an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. In: Feministische Studien, 17 (1999) 2, S. 107–109.

Vogt, Annette: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wagte es: Frauen als Abteilungsleiterinnen. In: Tobies, Renate (Hg.), Aller Männerkultur zum Trotz. Frauen in Mathematik und Naturwissenschaft, Frankfurt a. M.: Campus, 1997, S. 203–219.

Dies.: Aufbruch und Verdrängung. Wissenschaftlerinnen an der Berliner Universität zwischen 1918 und 1945/46. In: Frauen an der Humboldt-Universität 1908–1998. Vorträge anlässlich der Festveranstaltung 90 Jahre Frauen an der Berliner Universität, 9. Dezember 1998, Humboldt-Universität zu Berlin, 1999, S. 21–48.

Wiemeler, Mirjam & Britta Görs: Frauen in der Chemie 1910–1945. Dokumentation des 25. Kongresses von Frauen in Naturwissenschaft und Technik, Dortmund, 1999.

Wobbe, Theresa: Wahlverwandtschaften. Die Soziologie und die Frauen auf dem Weg zur Wissenschaft, Frankfurt a. M., New York: Campus, 1997.

Dies.: Biography and Generation: Women scholars in the early 20th century, Vortrag, Internationale Konferenz: Women in the history of science, Womens' Comission of the division of the history of science of the international union of the history and philosophy of science, iuhps, Cambridge/GB, 10.–12. 09. 1999.

Dies.: Wissenschaft als Beruf aus der Sicht von Wissenschaftlerinnen: Kontinuität und Wandel (1900–2000), Vortrag, Internationales Symposium: Wissenschaft als Beruf, Universität Graz und Österreichische Akademie der Wissenschaften, Graz, 02.–04. 12. 1999.

Dies.: Generation und Anerkennung. Wissenschaftlerinnen im frühen 20. Jahrhundert. In: Dieckmann, Elisabeth & Eva Schöck-Quinteros (Hg.), 100 Jahre Frauen in der Wissenschaft, Bremen: Hedwig-Hintze-Institut, Universität Bremen, 2000, S. 69–85.

Arbeitskreis *Vorbereitung eines Gentechnologieberichtes*

Ferdinand Hucho

Die Debatte über die rekombinanten DNA-Technologien, umgangssprachlich und inhaltlich nicht korrekt: ‚Gentechnologien‘ genannt, ist – in unserem Lande ganz besonders – problematisch verlaufen. Sinnlos emotionalisiert, gedankenlos euphorisiert, kompromißlos ablehnend sind die Gesprächspartner nicht mehr in der Lage, gebührend mit der gegebenen Tatsache der ubiquitären Präsenz einer Entwicklung umzugehen, deren immer noch am Anfang stehende Ausbreitung beobachtet und objektiv bewertet werden sollte.

Unter den vielfältigen Ursachen dieser Schieflage ragt der Mangel an sachgerechter Information heraus. Die Euphoriker operieren mit unfundierten und völlig überzogenen Erfolgsmeldungen, etwa auf dem Gebiet der Gentherapie oder der wirtschaftlichen Bedeutung; die ablehnenden Hysteriker ruinieren die Debatte mit selten substantiell untermauerten Horrorszenarien. Beide Seiten ‚informieren‘ die Öffentlichkeit in ihrem Sinne, d. h. selten vorurteilsfrei. Wünschenswert wäre ein ‚Observatorium‘, von dem aus Wissenschaftler die Situation beobachten und beschreiben. Wünschenswert wäre auch eine Institution, die ihre Beobachtungen als Faktensammlung der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt und mit einer gewissen Überzeugungskraft in die Debatte einsteigt. Wichtig wären hierfür drei Voraussetzungen: Die Beobachter dürfen selbst nicht ‚Partei‘, d. h. Interessenvertreter, sein (zumindest nicht über ihr Interesse als Wissenschaftler hinaus). Sie müßten das Gebiet möglichst weiträumig überblicken, vor allem auch weit über den engen Bereich der betroffenen Fachdisziplinen hinaus; d. h., die Beobachtung müßte interdisziplinär sein. Und schließlich müßte ein Film der beobachteten Szene erstellt werden, keine bloße Momentaufnahme; d. h., der Beobachtungsprozeß müßte kontinuierlich erfolgen. Erst in ihrem Zeitgradienten werden positive und negative Tendenzen sichtbar.

Eine Institution wie die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften besitzt wichtige Eigenschaften eines derartigen Observatoriums: Sie vertritt in der Summe ihrer Mitglieder keine Partikularinteressen; sie bietet die zu fordernde interdisziplinäre Kompetenz, und sie ist organisatorisch in der Lage, eine Langzeitobservierung vorzunehmen. Aus diesen Überlegungen heraus konstituierte sich vor etwa einem Jahr in der Biowissenschaftlich-medizinischen Klasse der Akademie ein Arbeitskreis zur Vorbereitung eines Gentechnologieberichtes. Er stellte sich die Aufgabe, die Möglichkeiten eines Berichtssystems auszuloten, das in etwa zweijährigem Rhythmus den Stand

der Gentechnologien auf wichtigen Anwendungsgebieten beschreibt. Dem Arbeitskreis gehörten zunächst die Mitglieder Ferdinand Hucho (federführend), Hans-Jörg Rheinberger, Karl Sperling, Thomas A. Trautner, Lothar Willmitzer an. Er formulierte seine Ziele in einem Antrag an den Konvent, der im Februar 1999 die interdisziplinäre Unterstützung und materielle Ausstattung des Arbeitskreises sicherstellte. Der Konvent beauftragte den AK, ein entsprechendes Berichtssystem als Grundlage für eine Implementierungsentscheidung durch Konvent und Plenum der Akademie auszuarbeiten.

Der zunächst nur aus Naturwissenschaftlern bestehende Arbeitskreis ergänzte sich um den Soziologen Wolfgang van den Daele (Berlin). Unterstützt wurde er durch die Politologin Annegret Falter (Berlin) und den Biologen Volker Büttcher (Lauenförde). Für den Berichtsbereich „Grundlagenforschung“ (s. u.) und insbesondere für das Fachgebiet Bioinformatik schloß sich der Molekularbiologe Jens Reich dem Arbeitskreis an. Mit dem Akademiemitglied Carl Friedrich Gethmann konnte schließlich auch ein Philosoph gewonnen werden. Als Arbeits- und Vorbereitungsgremium erwies sich der Arbeitskreis in dieser Form als effizient; er sollte jedoch in der Berichtsphase im Sinne interdisziplinärer Kompetenz erweitert werden.

Ziele des Arbeitskreises

Der Arbeitskreis hat in der nunmehr abgeschlossenen Vorbereitungsphase die Gegenstände des geplanten Berichtssystems eingegrenzt, die Verfahrensweise seiner Ausarbeitung erarbeitet und ein Netzwerk von Experten und Institutionen aufgebaut, auf deren Fachwissen und Informationen die Berichterstatter zurückgreifen können. Neben dem genannten Bericht (der sowohl als ‚Hardcopy‘ als auch im Internet erscheinen soll) wird also ein Beirat angestrebt, der der Öffentlichkeit einschließlich der Politik und den Medien ein Kompetenzzentrum für Fragen der Gentechnologien sein könnte. Der erste Teil der Aufgabe, die Eingrenzung der Gegenstände des geplanten Berichtssystems, führte zu folgender Auflistung der Sachgebiete der Gentechnologie, die bereits eine Kapiteleinteilung des Berichtes sein könnte.

Sachgebiete der Gentechnologie

1. Grundlagenforschung

Neue relevante Methoden

Anwendungen in der Erforschung der Ontologie, Evolution, Interaktion von Organismen

Bioinformatik

2. Genomsequenzierungen

Stand der Genomprojekte

3. Anwendung der Gentechnik in der Agrarwirtschaft

Anwendung auf pflanzliche Bereiche

Anwendung auf tierische Bereiche

4. Medizinische Gentechnologie

Diagnostik

Therapie

Forensische Untersuchungen

Medizinische Forschung

5. Industrielle Gentechnologie

Produktion mit genetisch modifizierten Mikroorganismen (GVMOs)

– Pharmabereich

– Lebensmittelbereich

– Einsatz von GVMOs in der Umwelt

Die Gentechnikdebatte hat sich seit ihrem Beginn Anfang der siebziger Jahre von den damals angenommenen unmittelbaren Risiken und Gefahren, die sich in den nunmehr drei Jahrzehnten der Präsenz rekombinanter Techniken in den Labors der Welt nicht materialisierten, auf die mittelbaren Folgen für Umwelt und Gesellschaft sowie auf ethische Probleme verlagert. Hier wird also die interdisziplinäre Arbeit zu beginnen haben. Zu ihrer Vorbereitung wurde im Konvent über Idee und Stand der Vorbereitung des Projektes berichtet und diskutiert. Darüber hinaus wurde eine Einbeziehung aller Klassen der Akademie in den Diskussionsprozeß angestrebt.

Die über den Bereich der fachlichen Kompetenz der Naturwissenschaften hinausgehenden Wirkungsdimensionen definierte der Arbeitskreis vorläufig wie folgt:

Wirkungsdimensionen

- I. Bedeutung der Gentechnologie für die Biowissenschaften
(Grundlagenforschung)
- II. Wirtschaftliche Bedeutung der Gentechnologie
- III. Soziale und politische Aspekte der Gentechnologie
- IV. Ökologische Aspekte der Gentechnologie
- V. Ethische Aspekte der Gentechnologie
- VI. Juristische Aspekte der Gentechnologie
- VII. Erkenntnisgewinn

Zur Vorbereitung des Monitoring-Systems wurden diese Wirkungsdimensionen als Querschnittsthemen des Berichtes über die fünf oben genannten Sachgebiete (die Kapitel des geplanten Berichtes) im Rahmen eines Symposiums am 19. und 20. November 1999 in der Akademie definiert und diskutiert. Insbesondere sollten im Rahmen des Symposiums zu den jeweiligen Wirkungsdimensionen die Fragestellungen und die Indikatoren zu deren Beantwortung erarbeitet werden. Es sollte ferner die praktische Umsetzbarkeit der relevanten Einzelthemen in eine kontinuierliche Berichterstattung geprüft und in diesem Zusammenhang die zur Verfügung stehenden Informationsquellen genannt werden. Ein vierter Gesichtspunkt wäre die Spiegelung des jeweiligen Einzelthemas an der entsprechenden internationalen Entwicklung. Aus den Stellungnahmen der Redner und Diskutanten des Symposiums zu diesen vier Gesichtspunkten soll ein Schema als praktikable Grundlage der Abfassung des Berichtes gewonnen werden.

Neben den Mitgliedern des AK gehörten zu den Referenten und Teilnehmern:

Stephan Albrecht (Hamburg), Peter Brandt (Berlin), Bernd Dörken (Berlin), Ulrich Dolata (Bremen), Beatrice Fromm (Berlin), Georges Fülgraff (Berlin), Gunther Gesserick (Berlin), Rainer Hohlfeld (Berlin), Hans-Georg Koch (Freiburg), Regine Kollek (Hamburg), Wolf-Hagen Krauth (Berlin), Claudia Lerch (Berlin), Dietmar Mieth (Tübingen), Hans Mohr (Kirchzarten), Ingrid Nöh (Berlin), Jens Reich (Berlin), Hans-Hilger Ropers (Berlin), Andre Rosenthal (Jena), Wolf Dieter Schleuning (Berlin), Alexander Schubert (Bad Soden i.Ts.), Joseph Straus (München), Herbert Sukopp (Berlin), Wilfried Wackernagel (Oldenburg), Rolf Zettl (Berlin).

Das Symposium erbrachte zahlreiche wertvolle Ausführungen und Hinweise. Hervorzuheben in Hinblick auf die „Machbarkeit“ eines Gentechnologie-Berichtssystems sind zwei Ergebnisse:

1. Es ist möglich, eine Expertenrunde höchster Kompetenz zu einem weiten Spektrum von Aspekten des Themas Gentechnologie für das Berichtsprojekt zu interessieren. Es wird möglich sein, einen Beirat nicht nur für die naturwissenschaftlichen Themen, sondern gerade auch für die Wirkungsdimensionen über die Naturwissenschaften hinaus zu gewinnen.
2. Jede der sieben oben genannten Wirkungsdimensionen für sich würde, wollte man wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht werden, ein Forschungsprojekt großen Umfangs erfordern. Für einen Akademiebericht ist jedoch gerade im Vergleich zu bereits existierenden Berichtssystemen die avisierte Breite (sieben Wirkungsdimensionen bei fünf Sachgebieten der Gentechnologie, s. o.) attraktiv. Im Interesse der Machbarkeit werden daher bezüglich der Tiefe Kompromisse geschlossen werden müssen:

Teilaspekte müssen exemplarisch behandelt, nicht für alle Sachgebiete müssen sämtliche sieben Wirkungsdimensionen erschöpfend erfaßt werden. Ein Auswahlprinzip wird zu erarbeiten sein. Hierfür wird es erforderlich sein, Zielgruppe und Zweck des Berichts zu präzisieren. Auch hierfür gab das Symposium Hinweise: Es wurde empfohlen, wie bei den Berichten der TA-Akademie (H. Mohr, Freiburg) vor allem zwei Zielgruppen ins Auge zu fassen; zum einen „die Politik“ und betroffene Berufsverbände, zum anderen die Öffentlichkeit im breiteren Sinne. Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß als letztere vor allem die interessierten und beruflich mit dem Thema befaßten Bürger zu sehen sind, d. h. die „informierten Laien“ und die Fachwissenschaftler.

Konzept des Gentechnologieberichts

Als Ergebnis des Symposiums und der vorangegangenen Diskussionen des Arbeitskreises kann man das Vorhaben wie folgt beschreiben:

Es soll ein Monitoring-System etabliert werden, dessen Ergebnisse Informationsquelle und Grundlage der öffentlichen Diskussion über Fragen der Gentechnologien in unserem Lande sein kann. Dem Gentechnologiebericht soll nicht ein Konzept im Sinne eines philosophisch-weltanschaulichen Denkansatzes vorgegeben werden. Er soll vielmehr den unvoreingenommenen ergebnisoffenen Diskurs fördern.

Kernstück wird wissenschaftliche Information zu aktuellen und wichtigen Bereichen der Gentechnologien sein (s. o., Sachgebiete 1.–5.). Die Information soll jedoch nicht aus uninterpretierten Zahlenreihen bestehen; soweit möglich werden Tendenzen herausgearbeitet. Die gesammelten Informationen werden hinterfragt, zum Beispiel auf Neuentwicklungen von Forschungsmethoden und -gebieten, Defizite (oder deren Gegenteil) der Forschungsförderung, Beteiligung deutscher Forschung auf dem Gebiet der Genomics, Bedeutung (oder Bedeutungslosigkeit) von gentechnologischen Anwendungen in der Landwirtschaft, Medizin, Industrie. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Akzeptanz der Gentechnologien wird nicht unwesentlich von den Erfolgen oder Mißerfolgen der Genthherapie bestimmt. Es wird ein wesentliches Thema des Berichtes sein, Anzahl und Stadium der Genthherapieprojekte in unserem Land, in Grundlagenforschung und Klinik, zu beschreiben. Durch Vergleich der Effekte der Gentechnologien mit klassischen Technologien sollen sie, wo immer möglich und sinnvoll, relativiert werden, ohne sie zu bagatellisieren. Ein wichtiger Aspekt wird es sein, die nationalen Entwicklungen, wie sie aus dem Zahlenwerk ersichtlich werden, mit internationalen Entwicklungen zu

vergleichen und wiederum auf Stärken und Schwächen, Förderbedarf und Notwendigkeiten besonderer Aufmerksamkeit hinzuweisen.

Über diesen quantitativen Teil hinaus sollen die oben genannten Wirkungsdimensionen dargestellt werden (exemplarisch, mit variablen Schwerpunkten). Insbesondere zu ethischen und politischen Kontroversen, aber auch zu Fragen der ökonomischen und ökologischen Bedeutung, zu Problemen der Regulierung und des Patentrechts sollen Gutachten eingeholt und in das Berichtswerk integriert werden.

Und schließlich sollen Einzelereignisse berichtet und gewertet werden, Klonierungen, Unfälle, unerwartete Probleme und Gefahren, also Themen, mit denen sich die Öffentlichkeit beschäftigt hat und zu denen im Berichtszeitraum aus dem angestrebten Kompetenzzentrum der Akademie heraus Stellung bezogen wurde.

Projekt *Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts (DWDS)*

Wolfgang Klein und Alexander Geyken

Es gibt derzeit kein Wörterbuch der deutschen Sprache, das den Wortschatz unseres Jahrhunderts in befriedigender Weise darstellt. Das Grimmsche Wörterbuch berücksichtigt in seiner ersten Auflage die deutsche Sprache unseres Jahrhunderts nur am Rande. Die Neubearbeitung beschränkt sich auf die Buchstaben A–F, und auch dieser Teil wird noch lange nicht vorliegen. Das „Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache“ (1964–1977) der Akademie der Wissenschaften bietet eine verdienstvolle, aber in vielem DDR-marxistisch geprägte und in den Textquellen beschränkte Darstellung. Das „Große Wörterbuch der deutschen Sprache“ des Dudenverlags (2. Auflage 1993–1995) ergänzt, berichtigt und ersetzt in Teilen das Berliner Vorgängerwerk. Weder in diesem noch in den anderen aktuellen, kleineren Wörterbüchern findet jedoch eine ausreichende Berücksichtigung der und Auseinandersetzung mit repräsentativen Textquellen statt.

Dies macht sich sowohl in der einseitigen Belegauswahl als auch in der Art und Weise der Gliederung der Wörterbuchartikel bemerkbar, die der Verwendungen der deutschen Sprache, wie sie in realen Texten gebraucht wird, nur unzureichend Rechnung trägt. Besonders auffallend sind diese Unterschiede, wenn man die Wörterbücher vergleichbarer Kultursprachen wie Französisch oder Englisch heranzieht. Diese Wörterbücher können, wie im Falle des *Trésor de la Langue Française* (in den 70er Jahren) oder des *Oxford Explanatory Dictionary* oder den *Cobuild-Lexika* (in den 80er und 90er Jahren), auf eine große Datengrundlage von mehreren 100 Millionen laufender Wörter zurückgreifen. Daraus ergeben sich ganz beträchtliche Unterschiede sowohl in der Wahl der Beispiele als auch in der Gliederung und Gewichtung der Wörterbuchartikel. Dieser unzureichende Ist-Stand stellt nicht nur ein Forschungs-Desiderat dar. Er behindert auch die Eignung unserer Sprache als Verkehrssprache für all diejenigen, die mit der Sprache professionell umgehen wollten oder als Zweitsprache verwenden. Schließlich wird der Bedarf nach einem neuartigen, „Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts“ durch das in letzter Zeit wieder ansteigende öffentliche Nachschlage- und Auskunftsbedürfnis nach Sprachdaten dokumentiert. Dabei fällt auf, daß die Anfragen nicht nur von einem engen Kreis von Spezialisten stammen, sondern sich auf all diejenigen ausdehnen, die mit Sprache professionell umgehen.

Das DWDS ist seiner Zielsetzung nach kein computerlinguistisches, sondern ein lexikographisches Projekt. Es ordnet sich in die lange, auf Leibniz zurückgehende Tradition lexikographischer Arbeiten der Berliner Akademie ein. Wie alle Wörterbücher der Akademie ist es *aus den Quellen gearbeitet*. Ein solches Wörterbuch hat, vereinfacht gesagt, stets zwei große Arbeitsphasen. Die erste besteht darin, die Quellen auszuwählen und für die eigentliche lexikographische Arbeit aufzubereiten („Belegsammlung“). In der zweiten, der eigentlichen „lexikographischen Analyse“, wird die den Belegen zu entnehmende Information zu einzelnen Artikeln verdichtet. Im Prinzip ist dies auch beim DWDS nicht anders. Allerdings sollen beide Aufgaben durch den Einbezug neuer computerlinguistischer Methoden erheblich vereinfacht und beschleunigt werden. Insbesondere tritt an die Stelle der klassischen Belegsammlung in Form von Zettelkästen eine ausgewogene, hinreichend große und für die lexikographische Analyse aufbereitete Corpusdatenbank mit geeigneter Software.

Mit „ausgewogen“ ist gemeint, daß das Corpus sich nicht auf eine oder zwei Textsorten (beispielsweise literarische Texte oder Zeitungstexte) bezieht, sondern möglichst viele unterschiedliche Bereiche der Sprache abdeckt: von der Belletristik über die Gebrauchsliteratur, moderne und ältere Zeitungssprache, wissenschaftliche Prosa, Gebrauchsanweisungen, Werbetexte bis hin zu (transkribierter) gesprochener Sprache. Hinreichend groß muß dieses Corpus deshalb sein, damit die wesentlichen Verwendungsweisen der deutschen Sprache auch tatsächlich erfaßt sind. Angestrebt wird ein Corpus von 600 Millionen Textwörtern, die sich auf zwei Teilcorpora verteilen. Die Texte werden mit Hilfe der verbreiteten plattformunabhängigen „Markierungssprache“ SGML/TEI (Text Encoding Initiative) ausgezeichnet. Um ein Corpus dieses Umfangs für die lexikographische Arbeit sinnvoll nutzen zu können, müssen geeignete Suchverfahren bereitgestellt werden. Dies setzt voraus, daß die Texte in bestimmten Grenzen linguistisch aufbereitet sind. Für den Benutzer sinnvolle Annotierungsebenen stellen neben den üblichen bibliographischen Angaben und der Textklassifikation die Lemmatisierung, die Wortartenbestimmung und – soweit möglich – die Bestimmung von semantischen Selektionsklassen dar.

Parallel zu dieser Corpusdatenbank sollen entsprechende Datenbanken von der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (Bern) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Wien) aufgebaut werden. Diese drei Datenbanken bilden dann die Grundlage für die eigentliche lexikographische Analyse, die sich gleichfalls in mancherlei Hinsicht vom traditionellen Vorgehen unterscheiden wird; so macht es der systematische Einbezug computerlinguistischer Methoden möglich, von der herkömm-

lichen alphabetischen Bearbeitung der Einträge abzuweichen und die einzelnen phonologischen, syntaktischen, semantischen Informationen schrittweise in zunehmender Analysetiefe hinzuzufügen.

Das DWDS soll zwar die deutsche Sprache des 20. Jahrhunderts möglichst breit umfassen; es zielt aber nicht speziell auf örtliche oder sonstige Unterschiedlichkeiten im Wortschatz ab. Dies unterscheidet es von dem „Wörterbuch der nationalen und regionalen Varianten der deutschen Standardsprache“, das derzeit gemeinsam von einer deutschen Arbeitsgruppe in Duisburg (Ulrich Ammon), einer österreichischen in Innsbruck (Hans Moser) und einer schweizerischen in Basel (Hans Bickel, Lorenz Hofer, Heinrich Löffler, Robert Schläpfer) erarbeitet wird. Ziel dieses Vorhabens ist es, nationale und regionale Varianten des standardsprachlichen Wortschatzes zu erfassen und zu dokumentieren, um daraus schließlich ein auf die Gegenwart bezogenes „Wörterbuch der Nationalvarianten“ zu erarbeiten. Dazu liegen in Österreich und in der Schweiz bereits erhebliche Vorarbeiten vor; die Arbeiten in Deutschland haben begonnen.

Arbeitsphasen

Das *Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts* wird in drei Phasen erarbeitet. In der seit Mitte 1997 laufenden *Vorbereitungsphase* wurden Kooperationsvereinbarungen mit der Schweiz und Österreich angebahnt und ein Kuratorium berufen. Zentraler Schwerpunkt der Tätigkeit war die Zusammenstellung des Corpus sowie die Erstellung einer „Muster-CD-ROM“. Ziel der *Projektphase I* ist es, eine ausgewogene und umfassende deutsche Corpusdatenbank für lexikographische Zwecke zu erstellen; sie soll den Zeitraum von 1900 bis zur Gegenwart abdecken. Das Ergebnis wird eine bereits voll nutzbare lexikographische Datenbank mit einer repräsentativen Auswahl von Corpora sein, die auch über das Internet nutzbar sein wird; sie dienen gemeinsam als Materialgrundlage für ein umfangreiches, aus den Quellen gearbeitetes Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts (DWDS), das in den kommenden Jahren in Zusammenarbeit mit den beiden genannten Akademien an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften entwickelt wird (*Projektphase II*). Die dabei zu bearbeitenden Schwerpunkte orientieren sich an den in Workshops ermittelten Bedürfnissen der wichtigsten Nutzergruppen. Neben der Nutzerorientierung legt diese Planung entscheidenden Wert darauf, daß das digitale Wörterbuch frühzeitig genutzt werden kann – wenn auch noch mit „eingeschränkter Funktionalität“.

Arbeitsschritte

1. Nach der Entwicklung des Gesamtkonzeptes für ein „Digitales Wörterbuch“ (vgl. Jahrbuch 1998) wurden Kriterien für die Zusammensetzung des Corpus festgelegt und für die einzelnen Teilcorpora des Kerncorpus Quelltexte ausgewählt.

Die Repräsentativität eines lexikographischen Corpus in bezug auf Einzelsprachen oder Sprachstadien läßt sich in einem streng statistischen Sinne nicht nachweisen, da die Grundgesamtheit „die deutsche Sprache des 20. Jahrhunderts“ sich weder als Ganzes bestimmen läßt, noch die Anzahl und Verteilung verschiedener Textsorten quantifizierbar ist. Die CorpUSAuswahl im Projekt *Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts* war dennoch von dem Bemühen getragen, dem Ideal der Repräsentativität möglichst nahe zu kommen, und ein lexikographisches Corpus zusammenzustellen, das als ausgewogen und hinreichend groß in bezug auf den Wörterbuchgegenstand „Wortschatz des 20. Jahrhunderts“ bewertet werden kann.

Ein in diesem Sinne ausgewogenes Corpus sollte unterschiedliche Bereiche der Sprache gleichermaßen einbeziehen: von der Belletristik über die Gebrauchsliteratur, moderne und ältere Zeitungssprache, wissenschaftliche Prosa und die (transkribierte) gesprochene Sprache. Hinreichend groß muß dieses Corpus deshalb sein, weil damit die wesentlichen Verwendungsweisen der deutschen Sprache auch enthalten sind. Wünschenswert wäre sicherlich ein ausgewogenes Corpus in der Größenordnung von vielleicht einer Milliarde Textwörtern. Bei dem derzeitigen Digitalisierungsstand von Werken der ersten Jahrhunderthälfte ist es aber ganz unrealistisch, diese Anzahl mit einer guten Streuung über das Jahrhundert zu erhalten. Daher wird das Corpus in zwei Subcorpora unterteilt:

Das Kerncorpus besteht aus etwa 100 Millionen Textwörtern, ausgewogen in der Auswahl der Textsorten und in der Streuung über das 20. Jahrhundert. Die Größe dieses Kerncorpus orientiert sich an der Größe des British National Corpus.

Das erweiterte Corpus soll neben dem Kerncorpus zusätzlich etwa 500 Millionen Textwörter umfassen. Die Größe des erweiterten Corpus orientiert sich an der Bank of English. Hier wird die Auswahl weithin „opportunistisch“ sein, d. h. sich an leicht zugänglichen und digital verfügbaren Texten ausrichten; dennoch wird versucht, soweit wie möglich der Verteilung des Kerncorpus zu folgen, um so auch hier ein gewisses Maß an Ausgeglichenheit zu erreichen. So wäre es beispielsweise ein leichtes, allein durch Zeitungstexte auf die Zahl von 1 Milliarde Textwörtern zu kommen. Dies entspräche ledig-

lich etwa 15 Jahrgängen einer Zeitung, einer beim derzeitigen Stand der Digitalisierung jederzeit verfügbaren Menge.

In beiden Fällen sind die Größen Richtwerte, die zu erreichen uns nach der Erfahrung der Vorarbeiten realistisch erscheint.

Das lexikographisch weitaus wichtigere der beiden Corpora ist das Kerncorpus. Es wird sich aus den fünf Teilcorpora zusammensetzen. Die im folgenden beschriebene Auswahl wurde von der Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit weiteren Mitgliedern der Berlin-Brandenburgischen Akademie getroffen; so waren bei der naturgemäß immer als heikel empfundenen Auswahl literarischer Texte des Teilcorpus A die literaturwissenschaftlichen Mitglieder der Akademie (Wolfgang Frühwald, Wilhelm Voßkamp, Conrad Wiedemann) beteiligt. Die Schweizerische und die Österreichische Akademie werden entsprechende Corpora zusammenstellen. Der Auswahlprozeß ist mithin noch nicht abgeschlossen.

A. Schöne Literatur (25% des Kerncorpus):

Darunter wird nicht nur die „hohe Literatur“ verstanden, sondern auch die Unterhaltungsliteratur, die bislang lexikographisch kaum aufgearbeitet worden ist.

Es werden pro Jahr 1900–1999 aufgenommen:

- (a) zwei längere Prosawerke (v. a. gehobene Literatur, aber auch Erzählungen für Kinder- und Jugendliche, literarische Tagebücher, etc.);
- (b) im Durchschnitt ein Werk der Unterhaltungsliteratur; dabei ist der Übergang vom „Groschenroman“ zum Unterhaltungsbestseller und zur gehobenen Literatur naturgemäß gleitend.

B. Journalistische Prosa (25% des Kerncorpus):

Hier ist an die großen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen gedacht, aber auch an einige regionale Blätter, die unter lexikographischen Aspekten oft besonders interessant sind; weiterhin an Magazine und Illustrierte, unter Einschluß der „gelben Presse“ und von Jugendzeitschriften.

Zeitungen bilden keine homogene Textsorte; das Feuilleton ist anders als der Wirtschaftsbericht, die Sportseite anders als die Kleinanzeigen. Wir haben uns entschieden, als Richtschnur die Berichte zu einem besonders wichtigen Tagesereignis im betreffenden Jahr zu nehmen, zum Beispiel für 1900 der 12. 11. (Ende der Pariser Weltausstellung), 1901 der 10. 12 (erste Verleihung des Nobelpreises), 1902 der 31. 5. (Ende des Burenkriegs) usw. Die aufwendig anmutende Auswahl der Nummern nach historischen Ereignissen beruht auf der Erfahrung, daß bestimmte Ausdrucksweisen im Zusammenhang mit solchen Ereignissen geläufig geworden sind.

Im einzelnen sind für jedes Jahr von 1900 bis 1999 vorgesehen

- (a) jeweils die betreffende Nummer aus der Berliner Presse (*Berliner Tageblatt* (1900–1939), *Das Reich* (1940–45), *Der Tagesspiegel* (ab 45));
- (b) zusätzlich wahlweise bzw. nach Verfügbarkeit eine Nummer aus der Frankfurter oder Münchner Presse (*Frankfurter Zeitung* (1900–1943), *FAZ* (ab 1949) oder *Münchner Neueste Nachrichten* (1900–1945), *Süddeutsche* (ab 1945));
- (c) jeweils eine Nummer Wochenzeitung/Magazin; für die Nachkriegszeit *Die ZEIT*, *Der Spiegel*; für die Zeit davor *Berliner Illustrierte* bzw. *Neue Berliner Illustrierte* (1900–1989); *Die Gartenlaube* (1900–1935), *Simplizissimus* (1900–1914; 1918–1933).

C. Fachprosa (20% des Kerncorpus):

Hier ist vorgesehen, aus mehreren Fachgebieten, von Betriebswirtschaftslehre und Psychologie über Biologie und Altertumswissenschaft bis zu Medizin, Physik und Mathematik, eine Reihe von maßgeblichen Texten dieses Jahrhunderts aufzunehmen.

Pro Jahr 1900–1999 werden ausgewählt:

- (a) Im Schnitt vier Aufsätze aus wissenschaftlichen Zeitschriften; im jährlichen Turnus Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaft.
- (b) Gleichfalls im Schnitt eine bedeutende wissenschaftliche Monographie; auch hier ist ein ungefähres Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Disziplinen angestrebt.

D. Gebrauchstexte (20% des Kerncorpus):

Dies sind zum einen „praktische“ Texte wie Kochbücher, Ratgeber, aber auch juristische Texte. Zum andern ist es eine Gruppe von Texten, die in der Lexikographie nur selten berücksichtigt werden – Gebrauchsanweisungen, Beipackzettel, Theaterprogramme, Werbetexte.

Pro Jahrzehnt werden aufgenommen:

Je ein Kochbuch, ein Gesundheitsratgeber, ein Reiseführer, ein Benimm- oder Familienhausbuch, eine technische Dokumentation, 10 Gebrauchsanleitungen bzw. Beipackzettel, Werbetexte (aus den berücksichtigten Zeitungs- und Magazinausgaben), ferner sämtliche juristische Texte aus den in der Jurisprudenz allgemein verwendeten Sammlungen „Schönfelder“ und „Sartorius“.

E. (Transkribierte) Texte gesprochener Sprache (10% des Kerncorpus):

Ausgangspunkt jeder Sprache ist das gesprochene, nicht das geschriebene Wort. Die alltäglich gesprochene Sprache ist nach wie vor Quell und Träger vieler sprachlicher Entwicklungen. Dennoch beruhen nahezu alle herkömmli-

chen Wörterbücher auf der geschriebenen Sprache. Das hat vor allem praktische Gründe, haben wir doch kaum Aufzeichnungen von gesprochener Sprache aus der Vergangenheit. Inzwischen gibt es umfangreiche Corpora gesprochener Sprache – Alltagsgespräche, Fernsehdiskussionen, Dialektaufnahmen und viele andere. Sie in ein digitales Wörterbuchsystem einzubeziehen ist nicht bloß eine Frage der Vollständigkeit, sondern unabdingbar, wenn die aus vielen Wörterbüchern vertrauten Kennzeichnungen als „umgangssprachlich“, „regional“ und ähnliche über die bloße Intuition des Lexikographen hinaus eine wissenschaftliche Grundlage haben sollen.

Folgende Quellen sind hier zu berücksichtigen:

(a) Transkribierte Tondokumente aus der Nachkriegszeit: Das SDR-Archiv (jetzt SWF) verfügt über Radiosendungen (politische Sendungen, Diskussionen) aus den Jahren 45–49, die für die den Sender kontrollierende US-Besatzungsmacht transkribiert wurden und für das DWDS gegebenenfalls verfügbar gemacht werden können.

(b) Neuere Aufnahmen und Transkripte: Es wird versucht, transkribiertes Material aus anderen Forschungsprojekten verfügbar zu machen.

Die Transkription und Digitalisierung gesprochener Spontansprache ist mit sehr hohem Aufwand verbunden. Um Texte mit sprechsprachlichem Duktus im Corpus überhaupt angemessen berücksichtigen zu können, soll der Bereich E um Hörspiele aus Hörspielarchiven ergänzt werden; angestrebt werden 2–3 Hörspiele pro Jahrzehnt. Diesbezügliche Gespräche mit dem SDR-Hörspielarchiv, in dem auch Hörspiele vor 1945 vorhanden sind, haben bereits stattgefunden.

Alle derzeit vorgesehenen Quellen zu diesem Bereich stammen aus der Zeit nach dem Krieg. Sehr wünschenswert wäre es, auch ältere Tondokumente einzubeziehen. Wir sehen im Augenblick jedoch keine Möglichkeit, solche Dokumente – soweit sie denn überhaupt verfügbar sind – zu erschließen.

2. Es wurde eine „Muster-CD-Rom“ entwickelt, die dieses Teilcorpus sowie eine auf der „Altavista“-Suchmaschine aufsetzende „Benutzeroberfläche“ enthält.

Ambition und Größe des Projektes machen es sinnvoll und erforderlich, seine Durchführbarkeit unter realistischen Bedingungen zu testen. Daher wurden die Aufnahme von Texten und ihre linguistische Aufbereitung an einem Teil (etwa 10 Millionen laufender Textwörter) der in die Datenbank aufzunehmenden Quellen getestet.

Ferner wurden geeignete Suchwerkzeuge entwickelt, mit Hilfe derer es möglich sein soll, die Datenbank nach linguistischen Kriterien zu erschließen. Der

Umfang ist so angelegt, daß Datenbank und Software auf einer CD-ROM Platz haben. Diese CD-ROM, deren Prototyp im Juli 1999 fertiggestellt und seitdem mehrfach vorgeführt wurde, ist nicht zur Veröffentlichung gedacht; sie soll jedoch zu Testzwecken an unterschiedliche Nutzer weitergegeben werden.

Zusammensetzung des Testcorpus

Die Muster-CD-ROM umfaßt folgende Daten:

- A. *Schöne Literatur*: etwa 4,5 Mio Textwörter, und zwar
 - 50 literarische Werke des Jahrhunderts
- B. *Journalistische Prosa*: etwa 3 Mio Textwörter, und zwar
 - 700 Artikel Süddeutsche Zeitung 1945;
 - etwa 200 Artikel zu wichtigen Ereignissen des Jahrhunderts;
 - vergleichende Ausschnitte von Tageszeitungen aus zwei Wochen: Badische Zeitung, Berliner Zeitung, Bild, Frankfurter Rundschau, Neue Züricher Zeitung, Presse, Schweriner Volkszeitung, Standard, Süddeutsche Zeitung, Tagesspiegel, TAZ, Welt (etwa 1050 Artikel);
- C. *Fachprosa* (unter Einschluß von juristischen Texten): etwa 1,5 Mio Textwörter, und zwar
 - 80 Artikel aus der von der BBAW herausgegebenen Zeitschrift „Forschungen und Fortschritte“;
 - etwa 2.000 Seiten Rechtstexte aus den Sammlungen „Sartorius“ und „Schönfelder“;
- D. *Gebrauchstexte*: etwa 1,2 Millionen Textwörter, und zwar
 - 6 Benimmbücher,
 - 10 Ratgeber für unterschiedliche Zwecke;
- E. *Transkriptionen gesprochener Sprache*:
 - 1.000 Äußerungen aus der PhonDat-Datenbank (Siemens 1000 Corpus, Universität München).
- F. *Paralleltexte* (zu Vergleichszwecken wurden vier fremdsprachliche Werke zusammen mit ihren deutschen Übersetzungen aufgenommen)

Annotierung des Corpus

Für die Aufnahme der Texte und ihre Konvertierung nach SGML/TEI ist in der Regel keine wissenschaftliche Qualifikation erforderlich; bei entsprechender Betreuung können all diese Arbeiten nach einiger Einarbeitung weitgehend von Hilfskräften durchgeführt werden. In unserem Falle wurden sie größtenteils von ABM-Mitarbeitern der Berliner Firma KommTreff durchgeführt; bei der Schlußkorrektur wurden studentische Hilfskräfte eingesetzt. Die KommTreff-Mitarbeiter wurden aus Mitteln des Arbeitsamtes (rund

250.000 DM) finanziert. Betreut wurden sie von Alexander Geyken und Wolf-Hagen Krauth. Dieses Vorgehen ist zwar nicht ganz ohne Probleme, weil es stets eine gewisse Personalfluktuations gibt; im großen und ganzen hat es sich aber sehr bewährt, und es ist bemerkenswert kostengünstig. Daher soll es auch bei der eigentlichen Corpusdatenbank praktiziert werden.

Erfassung und Umsetzung erfolgt in verschiedenen Varianten, je nachdem, in welcher Weise der aufzunehmende Text vorliegt. Im günstigsten Fall liegt das Dokument bereits elektronisch vor; dies gilt beispielsweise für (neuere!) Zeitungstexte, für Gesetzestexte sowie für einige wenige literarische Texte. Texte aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts liegen fast ausschließlich in Papierform vor. Hier gibt es im wesentlichen zwei Möglichkeiten. Dies sind Aufnahme über Scanner und OCR (verwendet wurden FineReader und Omnipage) oder Abtippen. Letzteres ist bei Frakturtexten in der Praxis die einzige Möglichkeit. In allen drei Fällen ist eine sorgfältige Korrektur unabdinglich, sie erfolgte in MS-Word. Die für die Kodierung des Textkörpers wichtigen Strukturelemente des Texts werden mit Formatvorlagen in die Texte eingearbeitet. Die Umsetzung des Word-Formats nach SGML/TEI erfolgt mit dem SGML/Author von Microsoft. Die Gründe für die Verwendung von Word und SGML/Author liegen in der hohen Verbreitung von Word und der damit verbundenen einfachen Einarbeitung. Dies ist besonders wegen der recht hohen Fluktuation solcher Arbeitsstellen von Bedeutung. Die Kodierung des Dokumentenkopfs kann nur durch Personen geleistet werden, die bereits im Umgang mit SGML/TEI geschult wurden. Die endgültige Validierung der Dokumente erfolgt in einem SGML-Editor (Emacs).

Das Ergebnis ist ein SGML/TEI-konformer Text, der nun noch der linguistischen Annotierung bedurfte. Lemmatisierung wie auch POS-Tagging erfolgen in Absprache mit Christian Rohrer am Institut für maschinelle Sprachverarbeitung in Stuttgart.

Im Laufe dieser Arbeiten konnte eine Reihe von Erfahrungen gesammelt werden. So hat sich beispielsweise herausgestellt, daß die Nutzung des elektronischen Lexikons bereits während der OCR-Korrektur sinnvoll wäre, da sie Doppelarbeit vermeiden würde. Aus diesem Grunde soll bei dem beantragten Projekt von Anfang an ein elektronisches Lexikon eingesetzt werden, das sich vor Ort in den täglichen Arbeitsablauf integrieren läßt.

Suchverfahren und Benutzeroberfläche

Vier Erfordernisse wurden an die hier zu verwendende Software gestellt:

1. Es sollte sichergestellt sein, daß sie an vielen Stellen und über längere Zeit benutzt werden kann; dies schließt Eigenentwicklungen nicht aus; sie sollten

sich aber möglichst auf leicht austauschbare Module, die der Optimierung und Anpassung dienen, beschränken.

2. Sie sollte mit SGML/TEI und den hier vorgesehenen linguistischen Annotationen umgehen können.

3. Sie sollte für den Lexikographen wie für den einfach an Wortschatzproblemen interessierten Nutzer intuitiv und einfach zu bedienen sein.

4. Sie sollte über das bei anderen Suchprogrammen Übliche hinaus erlauben, Kollokationen zu ermitteln sowie die Verteilung von Wörtern bzw. Wortverbindungen chronologisch und über Textsorten hinweg statistisch nachzuzeichnen.

Diese Anforderungen sind nicht ganz leicht zu verbinden. Wir haben uns entschlossen, die Benutzeroberfläche selbst vom eigentlichen Indexierungsmodul unabhängig zu halten und beide durch eine zwischengelagerte Schnittstelle (GUI-API) zu verbinden. Zur Indexierung selbst wird ALTAVISTA, also eine der verbreitetsten und effizientesten Suchmaschinen überhaupt, benutzt. Es ist zu erwarten, daß Altavista noch über Jahre hinaus weiterentwickelt und gepflegt wird; es ließe sich jedoch jederzeit durch ein anderes Indexierungsprogramm ersetzen. Die Benutzeroberfläche selbst wurde nach den Vorgaben der BBAW-Arbeitsgruppe am MPI für Psycholinguistik von Peter Wittenburg und Mitarbeitern entwickelt. Sie hat Zugriff zu sämtlichen im SGML/TEI-Format erfaßten Kodierungen; dies erlaubt in einfacher Weise, bei der Suche nach Belegen eine Reihe von Filtern einzusetzen. So kann beispielsweise die Suche auf alle Belege einer bestimmten Wortform oder eines bestimmten Lemmas in einer bestimmten Textsorte („Gebrauchsprosa“) zu einer bestimmten Zeit („1910–1930“) beschränkt werden; es ist möglich, die Verwendung des Wortes „Volk“ bei zwei Gruppen von Autoren oder beim selben Autor zu verschiedenen Zeiten zu vergleichen, und dergleichen mehr; ebenso ist es möglich, die Suche auf Belege zu beschränken, in denen das Wort in unmittelbarer Umgebung zu einem anderen Wort auftaucht. Einfache statistische Verfahren sind gleichfalls eingebaut.

Parallel zu der in C++ entwickelten CD-ROM Lösung wurde an der BBAW seit Mitte Juni eine graphische Oberfläche in JAVA entwickelt. Über eine Corba-Schnittstelle wurde damit eine allgemeine Client-Server Lösung implementiert.

Finanzierung

Für die Vorbereitungsphase des Vorhabens hat die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften Mittel als Anschubfinanzierung bereitgestellt.

Die Erstellung eines 600 Millionen laufende Wörter umfassenden Corpus soll die Grundlage für das später zu erstellende Digitale Wörterbuch bilden. Ein von Manfred Bierwisch und Wolfgang Klein gestellter Antrag auf Förderung zur Erstellung dieser Corpusdatenbank wurde von der DFG bewilligt.

Projekt *Selbstverständnis der Technikwissenschaften*

Günter Spur

Den Auftakt für das Projekt stellte ein Akademievortrag von Günter Spur im Dezember 1997 dar sowie eine anschließende, allgemeine Einführung in die Thematik und die Vorstellung des Arbeitsplanes zur Bearbeitung der im Projektantrag formulierten Fragestellungen vor dem Forum der Technikwissenschaftlichen Klasse auf der 38. Klassensitzung im April 1998.

Die lebhafte Diskussion in der Technikwissenschaftlichen Klasse der Akademie als auch in dem im Verlauf des Projektes miteinbezogenen Konvent für Technikwissenschaften über Bedeutung und Abgrenzung der Begriffe Technik, Technologie und Technikwissenschaften hat den dringenden Bedarf einer grundlegenden Klärung offenkundig gemacht. Hieraus resultierte das Vorgehen, im ersten Projektjahr vor allem die interne Auseinandersetzung in bezug auf das eigene Selbstverständnis zu vertiefen. Angestrebt wurde ein interner Konsens über den Forschungsgegenstand sowie die Verständigung auf einen Entwurf zur zweckmäßigen Systematisierung der Technikwissenschaften, der die Ausgangsbasis zur Aufnahme des Dialogs mit anderen Wissenschaftsdisziplinen bilden sollte. Hierzu diente auch das im Oktober 1998 veröffentlichte Buchmanuskript mit dem Titel *Technologie und Management – Zum Selbstverständnis der Technikwissenschaft*.

Vor diesem Hintergrund wurde eine interdisziplinäre Gesprächsrunde gebildet, welche die bisherige Diskussion um technikphilosophische, technikhistorische, industriesoziologische und naturwissenschaftliche Sichtweisen erweiterte.

In enger Kooperation mit dem Konvent für Technikwissenschaften wurde zudem am 14. und 15. Januar 1999 in Düsseldorf ein interdisziplinäres Arbeitssymposium durchgeführt, das sich drei aktuellen Themenbereichen der Technik beziehungsweise der Technikwissenschaften widmete. Im einzelnen wurden drei Themenschwerpunkte erörtert.

Im Komplex „Selbstverständnis der Technikwissenschaften“ wurde in einer wissenschaftshistorischen Perspektive dem Wandel des Selbstverständnisses und der Methoden der Technikwissenschaften, insbesondere beim Konstruktionshandeln, nachgegangen. In wissenschaftstheoretischer Perspektive wurde eine Einordnung der Technikwissenschaften in das Ensemble der Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften vorgenommen und ein Überblick über Inhalte und Aufgaben der Technikwissenschaften im allgemeinen sowie der technikwissenschaftlichen Forschung im besonderen gegeben.

Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Gesellschaft und Technik bildeten den zweiten Schwerpunkt der Tagung. Das Spektrum der behandelten Themen war breit und reichte von der Biodiversität, über rechtliche Aspekte zur Techniksteuerung bis hin zur Technikfolgenabschätzung sowie zur Nachhaltigkeit der Energietechnik. Aus unternehmerischer Sicht wurde die ökologische Effizienz als Zielgröße des betrieblichen Umweltschutzes dargelegt.

Der dritte Themenbereich „Technik und Arbeit“ thematisierte den Einfluß von Innovationen und technologischen Entwicklungen auf den Arbeitsmarkt. Zentraler Gegenstand der Diskussion waren die Ursachen und Auswirkungen des sektoralen Strukturwandels der Volkswirtschaft. Am Beispiel der Automobilindustrie konnte ein Einblick in technologische Innovationen gewonnen sowie die Relevanz für die Beschäftigungssituation verdeutlicht werden, während abschließend Möglichkeiten der Hochschule zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation diskutiert wurden.

Das Arbeitssymposium zeichnete sich insbesondere aus durch die multidisziplinäre Zusammensetzung der Referenten, das hohe fachliche Niveau der Vorträge sowie die sich jeweils daran anschließende, sachlich geführte Diskussion.

Die auf dem Symposium gehaltenen Vorträge sind als graues Papier über den Vorstand des Konvents für Technikwissenschaften oder die Projektleitung zu erhalten.

Neben der inhaltlichen Aufarbeitung des Arbeitssymposiums stand die Ableitung nachstehender Handlungsempfehlungen zum Selbstverständnis der Technikwissenschaften im Mittelpunkt der abschließenden Projektarbeiten.

Technosophie als integrativ orientierte Leitdisziplin der Technikwissenschaften

Angesichts der zunehmenden Komplexität und unaufhaltsamen Dynamik der Technik erwächst aus dem Bemühen um eine Erneuerung des Selbstverständnisses die Fragestellung nach der Begründung einer integrativ orientierten Leitdisziplin der Technikwissenschaft. Diese müßte über den konventionellen Wirkungsbereich der Technik hinausreichen, Geistes- und Sozialwissenschaften nicht nur anbinden, sondern auch zum Dialog herausfordern. Diese integrierende Metadisziplin, die wir Technosophie nennen könnten, sollte von Ingenieuren begründet und entwickelt werden.

*Zukünftige Innovationen basieren
auf multidisziplinärer Wissenschaftsmethodik*

Die soziotechnische Komplexität des Gegenstandes technikwissenschaftlicher Forschung erfordert Strategien einer auch methodisch angepaßten Erweiterung. Die multidisziplinäre Verknüpfung der Technikwissenschaft mit anderen Wissenschaftsbereichen zeigt, daß die technikwissenschaftliche Methodik umfangreichen und komplizierten Problemstellungen sowohl theoretisch als auch praktisch gewachsen sein muß. So wenig wie Technik nur durch ihre Funktionalität zum Ausdruck kommt, muß auch die Methodik ihrer Entwicklung die natürlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einbeziehen. Es geht in letzter Konsequenz um die Optimierung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse. Die aktuellen Probleme unserer Welt fordern nach Lösungen, die alle Kräfte zusammenführen. Dies gilt auch für die Wissenschaften insgesamt.

Die Neuorientierung der Technikwissenschaften erfordert eine systematische Durchdringung.

Eine systemtheoretische Analyse sieht Technik als integriertes Ganzes, aber auch gleichzeitig in ihren Strukturen und Funktionen. Technik ist ein System mit interdependenten Strukturen, deren Beziehungen zueinander das funktionsorientierte Verhalten ganzheitlich bestimmen. Das System Technik kann zwar durch eine Hüllgrenze nach außen abgeschirmt vorgestellt werden, bleibt aber dennoch in das Soziosystem der Gesellschaft eingebunden. Die Systemorientierung der Technik muß daher auch immer soziotechnisch gesehen werden.

Informationstechnik bestimmt den technischen Fortschritt

Der Fortschritt der Informationstechnik verändert nachhaltig die Entwicklung unserer Gesellschaft. Dieser Prozeß strukturiert mit zunehmender Eigendynamik eine immaterielle Welt, die nicht nur global unsere Wirtschafts- und Arbeitskultur prägt, sondern auch massiv unsere Lebenskultur durchdringt. Ein sprunghafter Wandel gesellschaftlicher Lebensgewohnheiten ist erkennbar. Als neue Dimension der technologischen Entwicklung führt die Informationstechnik zum Aufbau und Betrieb einer technologisch bestimmten Hilfswelt, die ein Leistungsvermögen erhält, das weit über die Vorstellungswelt des einzelnen Menschen hinausgeht.

Mit der Einbindung in die gesamte kulturelle Entwicklung wirkt die Informationstechnik nicht nur als virtuelle Hilfswelt der Technik, sondern auch als in-

strumentelles Korrektiv des gesellschaftlichen Fortschritts. Mit einem solchen Hintergrund kann die Informationstechnik nicht als wertneutrales Mittel der Wirtschaft mit beliebiger Verfügbarkeit gedeutet werden. Als bestimmender Antrieb unserer Zeit wird der Fortschritt der Informationstechnik zugleich als Herausforderung der Gesellschaft empfunden. Technische Kreationen sind in ihrer Akzeptanz auch vom Zeitgeist abhängig. Sie benötigen zu ihrer Durchsetzung einen bestimmten Reifegrad gesellschaftlichen Selbstverständnisses.

Öffentliche Aktivitäten der Projektgruppe im Berichtsjahr

Arbeitssymposium *Technikwissenschaften und Technik – Selbstverständnis – Gesellschaft – Arbeit* – in Zusammenarbeit mit dem Konvent für Technikwissenschaften im Januar 1999.

Interdisziplinäres Expertengespräch: Abschließende Betrachtungen sowie Ausblick auf eine Weiterführung der Diskussion in Richtung der Informationstechnik als Wissenschaft im März 1999.

Diskussion der bislang erzielten Projektergebnisse sowie Ausblick auf weiterführende Themenstellungen auf der 43. Sitzung der Technikwissenschaftlichen Klasse der Akademie im April 1999.

Abschließende Diskussion der Handlungsempfehlungen auf der 44. Sitzung der Technikwissenschaftlichen Klasse der Akademie im Juni 1999.

Verabschiedung des Projektabschlußberichts auf der 45. Sitzung der Technikwissenschaftlichen Klasse der Akademie im September 1999.

Präsentation des Projektabschlußberichts auf der 17. Sitzung des Konvents der Akademie im November 1999.

In unterschiedlichen Arbeitsphasen haben am Projekt mitgewirkt:

Gerhard Banse (Cottbus), Heinz Duddeck, Joachim Ebert (Berlin), Alfred Fettweis (Bochum), Wolfgang Fratzscher, Reinhard Franz Hüttl, Wolfgang König (Berlin), Klaus Kornwachs (Cottbus), Wolf-Hagen Krauth (Berlin), Hans Poser (Berlin), Günter Ropohl (Frankfurt/M.), Carsten Schröder (Berlin), Günter Spur, Fritz F. Steininger (Senckenberg), Klaus Vieweg (Erlangen-Nürnberg), Martin Weisheimer (Halle), Karl Georg Zinn (Aachen).

Studiengruppe *Berlinbezogene Studien* zur *Psychologiegeschichte*

Mitchell G. Ash

Im Jahre 1999 hat die Studiengruppe dreimal getagt, und zwar am 22.–23. Januar und 1. November in Berlin sowie im Rahmen eines zweitägigen Workshops vom 3.–5. Juni bei Potsdam.

In allen Sitzungen wurden zunächst die von Friedhart Klix (Berlin) geleiteten Projekte „Psychologie 2000“ und „Szenen der Psychologiegeschichte in Berlin“ besprochen. Die Beiträge zum erstgenannten Projekt sollen in einem Sammelband, die Beiträge zum zweiten in einem Sonderheft der *Zeitschrift für Psychologie* veröffentlicht werden.

Ziel des Projektes ist es, die Entwicklung der Psychologie in und um Berlin im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in einzelnen Schlaglichtern zu beleuchten. Im Vordergrund soll die Einordnung der Entwicklung der Psychologie in die Geistesgeschichte dieser Zeit stehen, wobei auch die Rolle der Akademie untersucht wird. Besonderes Interesse gilt der Analyse grundlegender Kontroversen zwischen bedeutenden Vertretern der Psychologie sowie angrenzender Gebiete. Zu diskutieren sind dabei insbesondere auch die interdisziplinären Wechselwirkungen in der Berliner Szene, zum Beispiel die Verbindungen zwischen Psychologie und Neurophysiologie, Biologie, Soziologie oder Ethnologie. Daneben wurde die Entwicklung der Psychologie in dieser Zeit wesentlich durch Anwendungsaspekte mitbestimmt, die sich aus der industriellen Entwicklung sowie aus den Anforderungen des 1. Weltkrieges ergaben. Charakteristisch hierfür ist die Entwicklung der Psychotechnik. Diese unterschiedlichen Einflüsse auf die Psychologie sollen in einzelnen Teilstudien beleuchtet werden, deren Skizzen bereits vorliegen.

In einem weiteren Schritt wurden unter der Leitung von Paul B. Baltes und Mitchell Ash (Wien) in den Sitzungen und insbesondere im genannten Workshop unter dem Arbeitstitel „Psychologie und Wissenschaftsgeschichte“ die Chancen einer themenzentrierten, interdisziplinären, berlinbezogenen aber nicht allein lokalgeschichtlich orientierten Zusammenarbeit von Psychologen, Wissenschaftshistorikern und Mitgliedern anderer Disziplinen erörtert. Am Workshop nahmen die Mitglieder der Studiengruppe sowie eingeladene Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus mehreren Disziplinen – Psychologie, Psychiatrie, Technikwissenschaft, Wissenschafts- und Technikgeschichte, Wissenschaftstheorie und Ethnologie – teil.

Das Ziel der Gespräche war es, die Möglichkeiten und Implikationen einer Wissenschafts-, Kultur- und Mentalitätsgeschichte des Erforschens psychischer Phänomene sowie der psychologischen Forschungs- und Berufspraxis auszuloten. Daher sollten – so der Konsens der Diskussionsteilnehmer – transdisziplinäre Zugänge gefunden werden, die nicht nur aus einer Innensicht der akademischen Psychologie definiert sind. Solche Bestrebungen befinden sich im Einklang mit neueren Entwicklungen der Wissenschaftsgeschichte. In diesem Bereich findet zur Zeit eine Abkehr von disziplingeschichtlichen zugunsten von themenzentrierten Fragestellungen statt, die auf eine Annäherung von Wissenschaftsgeschichte und einer allgemeinen Diskurs- und Mentalitätsgeschichte einerseits und eine zunehmend kulturwissenschaftlich orientierte Technikgeschichte andererseits hinausläuft.

Im Falle der Psychologie ist eine solche Vorgehensweise angesichts der Vielzahl psychologisch arbeitender Disziplinen und der Vielfalt außeruniversitärer psychologischer Denk- und Praxisansätze mit besonderer Deutlichkeit indiziert. So könnte eine themenzentrierte Zusammenarbeit von Psychologie, Wissenschaftsgeschichte und -theorie zu einer Verdeutlichung der sozialen und kulturellen Situation heutiger psychologischer und sozialwissenschaftlicher Forschung und Praxis beitragen.

Die Diskussionen organisierten sich um drei Themenschwerpunkte:

1 Die kognitive und institutionelle Differenzierung psychischer Gegenstände

Gemeint sind hier sowohl die Verteilung psychischer Gegenstände unter verschiedenen Disziplinen (z. B. die unterschiedliche Verarbeitung der Psychophysik in Physiologie, Philosophie, experimenteller Psychologie, Soziologie und Neurowissenschaften und der unterschiedliche Umgang mit Konzepten wie Vernunft, Intelligenz, Lernen und Erinnern in der Psychologie, der Wirtschaftslehre, der Technikwissenschaft usw.) als auch die Interaktionen zwischen akademischer und nichtakademischer Psychologie im Umgang mit Konstrukten wie „Charakter“ bzw. „Persönlichkeit“.

2 Instrumentalisierung

Auch hier sind zwei Fragestellungen angesprochen, inwiefern Forschungsinstrumente – von Meßapparaten und sonstigen Gerätschaften bis hin zu Papier- und Bleistift-Tests sowie den damit verknüpften Auswertungsverfahren –

psychologische Forschungsprogramme ermöglichen oder gar organisieren; und welche Bedeutung Instrumente bzw. technische Werkzeuge als Metapher für den psychologischen Gegenstand selbst gewinnen können, zum Beispiel die Rolle des Computers oder der bayesischen Statistik in der neuen Kognitionsforschung.

3 Technische Anwendungen und Selbstanwendungen der Psychologie

Hier sind wiederum zwei Bedeutungsebenen gemeint: Psychotechnik im Sinne der vielen Verfahren, die um die Jahrhundertwende und danach in Betrieben im Sinne der Optimierung der Produktion durch stärkere Berücksichtigung des „Faktors Mensch“, aber auch zur Optimierung von Produktionsverfahren, zum Beispiel in den Arbeitswissenschaften, eingesetzt wurden; und die reflexiven Selbstanwendungen bestimmter psychologischer Techniken in vielen Therapiegruppen und Management-Training-Workshops mit der Anforderung an die Klienten, „Arbeit an sich selbst“ zu leisten.

Als Ergebnis dieser Diskussionen wird die Studiengruppe Konvent und Plenum der Akademie die Einrichtung einer transdisziplinären Arbeitsgruppe vorschlagen, deren Arbeit drei Jahre dauern soll. Neben einem vertieften Verständnis der geschichtlichen Entwicklung der Psychologie und der gegenwärtigen Bedeutung psychologischer Arbeitsweisen und Thematiken auch außerhalb der Disziplin sind von einer solchen AG exemplarische Beiträge zu einem konstruktiven Umgang mit dem derzeit diskutierten Problem der verschiedenartigen Wissenschaftskulturen zu erwarten.

Ausgehend von dieser Konzeption liegen erste Vorschläge für Teilstudien vor. Die potentiellen Autoren wurden gebeten, thematische Gedankenskizzen ihres Beitrages vorzulegen. Der Workshop der Studiengruppe vom 3. bis 5. Juni 1999 wurde für eine ausführliche Diskussion der Gedankenskizzen sowie für darüber hinausgehende Planungen genutzt.

Anhang

1 Teilnehmer der Workshops der Studiengruppe

Mitchell Ash (Wien), Jens Asendorpf (Berlin), Paul B. Baltes, Jochen Brandtstädter (Trier), Sven Dierig (Berlin), Peter A. Frensch (Berlin), Alexandra M. Freund (Berlin), Heidrun Friese (Berlin), Gerd Gigerenzer (Berlin), Horst Gundlach (Passau), Tilman Habermas (Berlin), Winfried Hacker (Dresden),

Michael Hagner (Berlin), Hanfried Helmchen, Michael Heidelberger (Berlin), Christoph Hoffmann (Berlin), Friedhart Klix (Berlin), Wolf-Hagen Krauth (Berlin), Maria Osietzki (Oberhausen), Henning Schmidgen (Berlin), Wolfgang Schönpflug (Berlin), Rainer K. Silbereisen (Jena), Lothar Sprung (Berlin), Günter Spur, Achim Stephan (Rüsselsheim), Bernhard Wilpert (Berlin), Michael Zießler (Berlin)

2 Beiträge zum Band „Szenen der Psychologiegeschichte in Berlin“

Wolfgang Schönpflug (Berlin): Ganzheitsdenken in der Berliner Psychologie.

Lothar Sprung und Helga Sprung (Berlin): Beiträge zur Institutionalisierung und Professionalisierung der Psychologie in Berlin im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert.

Michael Hagner (Berlin): Johannes Müllers Gesetz der spezifischen Sinnesenergie und die Folgen.

Horst Gundlach (Passau): Angewandte Psychologie in Berlin.

Tilman Habermas (Berlin): Kurt Lewin und Siegfried Bernfeld in Berlin: Gründe für die wechselseitige Nichtrezeption von Psychologie und Psychoanalyse anhand zweier Gegenbeispiele.

Akademienvorhaben

Kommission Altertumswissenschaften

Bericht Bernd Seidensticker

Die Kommission Altertumswissenschaften ist die Lenkungsmission für die acht altertumswissenschaftlichen Langzeitprojekte und das *Altägyptische Wörterbuch*. Sie setzt sich aus den neun Projektleitern sowie weiteren Mitgliedern der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und kooptierten Fachvertretern zusammen.

Für jedes Vorhaben existiert eine Unterkommision, die von dem jeweils zuständigen Projektleiter geführt wird. Die Unterkommisionen setzen sich aus Mitgliedern der altertumswissenschaftlichen Kommission und weiteren kooptierten Fachvertretern zusammen.

Der Projektleiter der „Griechischen Christlichen Schriftsteller“, Prof. Dr. Albrecht Dihle, schied im Juli 1999 auf eigenen Wunsch aus. Die Leitung des Vorhabens liegt seitdem bei dem Akademiemitglied Prof. Dr. Christoph Markschies.

Die Vorhaben „Corpus Inscriptionum Latinarum“ und „Die Griechischen Christlichen Schriftsteller der ersten Jahrhunderte“ werden im Jahr 2000 gutachterlich überprüft.

Das Vorhaben „Corpus Medicorum Graecorum“ wurde 1999 gutachterlich überprüft. Der vorgelegte Arbeits- und Zeitplan wurde bestätigt. Das Vorhaben wird bis 2010 weiter gefördert. Die nächste Überprüfung erfolgt im Jahr 2004.

Inscriptiones Graecae

Im Berichtsjahr ist erschienen:

IG X 2, 2: *Inscriptiones Macedoniae septentrionalis. Sectio 1: Inscriptiones Lyncestidis, Heracleae, Pelagoniae, Derriopi, Lychnidi*, edd. F. Papazoglu, M. Milin, M. Riel, adiuvente K. Hallof, 1999, XIII, 262 S., 60 Taf., 1 Kte.

Vom Fortgang der in Arbeit befindlichen IG-Bände ist zu berichten:

IG II/III³ (Attika): Nach dem Abschluß der Neuedition der attischen Inschriften des 5. Jh. v. Chr. (IG I³) im Jahre 1998 stellt das Projekt der Erarbeitung eines neuen Corpus der nacheuklidischen Inschriften ab dem 4. Jh. v. Chr. ein Vorhaben von außerordentlichem Umfang und besonderer wissenschaftlicher Relevanz dar. Auf einer am 4. und 5. Juni 1999 in der Arbeitsstelle durchgeführten Konferenz ist mit den Mitgliedern des 1998 dafür eingesetzten internationalen beratenden Komitees und des Herausbergremiums (s. Bericht 1998) Übereinstimmung erzielt worden über die organisatorischen und redaktionellen Prinzipien der Neuedition und über die Eingliederung des Vorhabens in den Rahmen der IG. Als erster Schritt ist die Bearbeitung der Dekrete des 4. Jh. vereinbart worden; die Vorarbeiten dazu sind angelaufen. Das Projekt wird ab dem nächsten Jahr durch den Einsatz einer Mitarbeiterstelle der IG unterstützt werden.

IG IV²² (Aegina, Corinthia): Die Arbeiten an dem geplanten Band sind durch U. Egelhaaf-Gaiser (Berlin) bis zu ihrem Ausscheiden aus der Arbeitsstelle Ende Juli weitergeführt worden. Sie hat zu diesem Zweck im April und Mai auf einer Reise in Perachora, Nemea, Isthmia, Kenchreai und Umgebung Materialaufnahmen und Revisionen durchgeführt. H. R. Goette (DAI Athen) hat der Arbeitsstelle die auf Ägina angefertigten Photographien und Abklatsche zugehen lassen. Damit sind die Voraussetzungen für die Fertigstellung des Bandes zu einem späteren Zeitpunkt gegeben.

IG IX 1² 4 (Ionische Inseln): Das von D. Strauch erstellte Manuskript wurde in den Teilen Ithaka, Kephallenia und Zakynthos von K. Hallof und M. Lawo revidiert; Leukas und Korfu werden folgen. Mit der Arbeit an den Fasti wurde begonnen.

IG XII 4 (Cos): Die durch L. und K. Hallof erstellte Materialsammlung der Inschriften von Cos wurde um die Ehren- und um die Grabinschriften (I. Najorka) erweitert. Sie bildet die Grundlage für die für Mai 2000 geplante Bereisung der Insel. Im Juni revidierte der Bearbeiter der *decreta et epistulae*, K. Rigsby (Durham, North Carolina), die Abklatsche im Archiv der IG. In der Reihe „Aus der Arbeit der IG“ wurden weitere wichtige *Inedita* publiziert.

IG XII 6, 1 (Samos): K. Hallof hat das 536 Nummern umfassende Manuskript des ersten Faszikels (*decreta, epistulae, sententiae, edicta imperatoria, leges,*

catalogi, tituli Atheniensium, tituli honorarii, tituli operum publicorum, inscriptiones ararum) dem Verlag übergeben und mit der Ausarbeitung der ca. 250 Grabinschriften die Arbeit am zweiten Faszikel begonnen.

Archiv:

Das epigraphische Archiv wurde von Wissenschaftlern aus Deutschland, Italien, Belgien, USA und Griechenland benutzt. R. Heinrich identifizierte und inventarisierte die fast 3000 Abklatsche von Inschriften aus Delphi aus dem Besitz von H. Pomtow.

Personalia:

K. Hallof nahm als Dozent am IX. Attika-Kurs des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen teil.

U. Egelhaaf-Gaiser, seit März 1998 in der Arbeitsstelle beschäftigt, ist zum 1. August 1999 auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden.

Publikationen:

Herrmann, Peter: *Inscriptiones Graecae*. In: *Zeitschr. der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte* 116 (1999), S. 701–703.

„Aus der Arbeit der *Inscriptiones Graecae*“

IV. Ch. V. Crowther: *Koan Decrees for Foreign Judges*. In: *Chiron* 29 (1999), S. 251–309.

V. A. P. Matthaïou: *Zwei Dekrete aus Ikaria*. In: *Chiron* 29 (1999), S. 225–231.

Hallof, Klaus: *Inschriften, II. Griechisch*. In: *Der Neue Pauly* V, 1998, S. 1011–1014.

Ders.: *Das Kollegium der samischen Neopoiiai*. In: *Tyche* 13 (1998), S. 111–113.

Ders.: *Ein neues Fragment des Asklepios-Päians IG II² 4509*. In: *Horos* 10–12 (1992–1998), S. 71–72.

Ders.: *De artis epigraphicae ratione internationali*. In: *Fundatio Hondius* 47 (1998) [1999], S. 22–24.

Ders.: *Choregenliste aus Samos*. In: *Philologus* 143 (1999), S. 359–362.

Ders.: *Der samische Kalender*. In: *Chiron* 29 (1999), S. 193–204.

Ders. und H. J. Kienast: *Ein Ehrenmonument für samische Scribonii aus dem Heraion*. In: *Chiron* 29 (1999), S. 205–223.

Ders.: *Kerameikosgrabung 1998: Die Inschriften*. In: *Archäologischer Anzeiger* 1999, S. 166–168.

Ders. und J. Bergemann: *Hieron und Lysippe. Inschriften, Ikonographie und Interpretation eines bekannten attischen Grabreliefs*. In: *AM* 112 (1997) [1999], S. 269–280.

Ders. und L. Hallof: Eine antike Inschrift aus dem Besitz W. v. Humboldts. In: Nikephoros 11 (1998) [1999], S. 183–186.

Ders. und M. Minas: Eine griechisch-demotische Inschrift aus Samos. In: Archiv für Papyrusforschung 45 (1999), S. 26–31.

Ders. und F. K. Azzola: Die beiden Grabplatten zweier Pfarrer Vietor in der evangelischen Kirche zu Trebur. In: Trebur. Geschichte und Geschichten, Trebur 1998, S. 149–157.

Corpus Medicorum Graecorum/Latinorum

Im ersten Quartal des Berichtsjahres wurden die repropereiften Druckvorlagen der folgenden beiden Editionen an den Akademie Verlag übergeben:

1. Hippocratis De capitis vulneribus, hrsg., übers. und erl. von M. Hanson, CMG I 4,1.

2. Galeni De propriis placitis, hrsg., übers. und erl. von V. Nutton, CMG V 3,2.

Die Arbeiten, die an dem zweiten Titel in diesem Jahr noch zu leisten waren, erstreckten sich auf die Überprüfung der internen Stellenangaben in Einleitung, Kommentar und Indizes und auf die Realisierung des komplizierten Zwei-Spalten-Satzes von Text und Übersetzung in der endgültigen Fassung; es mußte ein Layout geschaffen werden, das sowohl den editionstechnischen Erfordernissen als auch den ästhetischen Ansprüchen Rechnung trägt. Die beiden Ausgaben sind im Laufe dieses Jahres erschienen.

Außerdem erschien der Titel „Hippocratis De aere aquis locis, hrsg. und übers. von H. Diller, CMG I 1,2“ in 2., unveränderter Auflage (Erstauflage 1970).

Hauptgegenstand der Arbeit waren die Ausgaben, die von den ständigen Mitarbeitern des CMG vorbereitet werden. Bei der Edition „Galeni De foetuum formatione, hrsg., übers. und erl. von D. Nickel, CMG V 3,3“ wurde die Ausarbeitung der Einleitung abgeschlossen. Damit liegen Praefatio, Text mit kritischem Apparat und Übersetzung elektronisch gespeichert vor. Im Mittelpunkt steht jetzt die Erarbeitung des Kommentars. Parallel dazu wird der Similienapparat in seine endgültige Form gebracht.

Zu der Ausgabe „Galeni In Hippocratis De aere aquis locis commentariorum versio Arabica, hrsg., übers. und erl. von G. Strohmaier, CMG Suppl. Or. V“ wurde ein Wortregister als Grundlage für die Indizes angelegt. Bis zum Ende des Jahres ist die Fertigstellung der Einleitung vorgesehen.

Teile beider Editionen sind in unterschiedlichen Phasen der Ausarbeitung von den Mitarbeitern des CMG intern begutachtet worden. Dabei erforderte die

kritische Durchsicht der umfangreichen deutschen Übersetzung des Galenkommentars einen besonders hohen Zeitaufwand.

Personalia:

Frau Dr. sc. Jutta Harig-Kollesch ist am 31. Dezember 1998 als Leiterin der Arbeitsstelle ausgeschieden. Sie war bis zum 31. Juli im Rahmen eines Werkvertrages für das Unternehmen tätig. Die Leitung der Arbeitsstelle hat am 1. Januar Herr Dr. sc. Diethard Nickel übernommen. Zum 1. August wurde Herr Dr. Christoph Otte als wissenschaftlicher Mitarbeiter eingestellt.

Publikationen:

Kollesch, Jutta: Medizin und ihre Fachsprache im Altertum: eine Übersicht. In: Hoffmann, L., Kalverkämper, H. & H. E. Wiegand (Hg.), Fachsprachen. Ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft, 2. Halbband, Berlin, New York: Walter de Gruyter, 1999, S. 2270–2277.

Strohmaier, Gotthard: Avicenna, München: C. H. Beck, 1999, 190 S.

Ders.: Arabisch-islamisches Kulturgebiet. I. In: Landfester, M. (Hg.), Der neue Pauly, Bd. 13: Rezeptions- und Wissenschaftsgeschichte, Stuttgart, Weimar: J. B. Metzler, 1999, Sp. 161–176.

Griechisches Münzwerk

In der Schriftenreihe des Griechischen Münzwerkes ist von Edith Schönert-Geiß eine umfangreiche Bibliographie zur antiken Numismatik Thrakiens und Mösiens erschienen. Es ist ein Kompendium, das – nach Münzstätten gegliedert – die gesamte Literatur von 1800 bis 1997/98 erfaßt, die für die Prägertätigkeit der einzelnen Städte und Münzherren relevant ist. Erstmals liegt hiermit eine umfassende Spezialbibliographie zur antiken Numismatik der römischen Balkanprovinzen vor.

Entscheidende Fortschritte konnte das Münzwerk in der Digitalisierung seiner Bestände erreichen. Dem Vorhaben wurde von der BBAW eine digitale Kamera zur Nutzung überlassen, mit der in der Arbeit des Münzwerkes wichtige Änderungen eingeführt wurden: Für die Untersuchungen stehen vornehmlich Gipsabgüsse von Münzen zur Verfügung. Diese werden jetzt mit der Kamera aufgenommen, wodurch zusätzlich zu den Münzangaben nun auch die dazugehörigen Bilddateien im Computer vorliegen.

Zur digitalen Fotografie von Gipsen gab es bisher noch keine nennenswerten Versuche. Umfangreiche Testreihen sowie ein Probeandruck haben jedoch zu guten Ergebnissen geführt. In einem Aufsatz mit dem Titel „Zur digitalen Fotografie von Gipsabgüssen antiker Münzen“ (erscheint in „Computer und

Antike“, Band V) sind – insbesondere im Hinblick auf interessierte Fachkollegen – die im Münzwerk gesammelten Erfahrungen und die Verfahrensweise dargelegt worden.

Gegenüber der herkömmlichen Fotografie weist die digitale Aufnahme von Münzen für das Vorhaben entscheidende Vorteile auf: Es besteht so die Möglichkeit, die Bilder und die technischen Angaben zu den Münzen gemeinsam in der Datenbank zu verwalten; die vergrößerte Wiedergabe der Abbildungen auf dem Bildschirm erlaubt einen besseren Vergleich und schließlich können auf diese Weise entscheidend die Druckkosten gesenkt werden. Indem die Gipsabgüsse nur noch einmal aufgenommen werden, entfällt der Zwischenschritt der konventionellen Fotografie, der bisher für die Schaffung digitalisierbarer Bildvorlagen erforderlich gewesen ist. Die Bilddateien der Münzen für den Corpusband zur Münzprägung von Topeiros wurden bereits komplett erstellt, für die Bildschirmwiedergabe bearbeitet und in die Datenbank eingebunden (H. Komnick, R. Mikosch, U. Peter).

Für den Corpusband Nicopolis ad Mestum wurde die Materialsammlung fortgesetzt und die Sekundärliteratur zusammengetragen (H. Komnick).

Zusätzlich zu den laufenden Arbeiten wurden an der Universität Potsdam (‘Einführung in die antike Numismatik‘, U. Peter), beim Freundeskreis Antike Münzen (‘Anmerkungen zur Reichsmünzstätte Commagene in vespasianischer Zeit‘, H. Komnick) und bei der Numismatischen Gesellschaft zu Berlin (‘Typologie und Ideologie der Münzbildnisse der Kaiser Galba, Otho und Vitellius [68–69 n. Chr.]‘, H. Komnick) Vorträge gehalten.

Die Bibliothek des Münzwerkes konnte durch eine großzügige Spende von Axel Jürging (Wiesbaden) bereichert werden.

Auf Einladung des Münzwerkes arbeitete Alenka Mičkec vom Münzkabinett des Nationalmuseums Ljubljana zwei Wochen am Vorhaben. In Gesprächen wurden Möglichkeiten einer zukünftigen engeren Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen erörtert. Wichtige Berührungspunkte in der Forschungsarbeit zeigten sich auch, als Ulrike Peter, die das ‚Kraay Travel Scholarship‘ des Jahres 1999 zugesprochen bekam, auf Einladung des Heberden Coin Room des Ashmolean Museums vom 2.–29. August 1999 Oxford besuchte. Der Forschungsaufenthalt diente vornehmlich der Arbeit im Münzkabinett des Ashmolean Museums, Oxford; Recherchen wurden außerdem in der Münzsammlung des British Museum, London sowie der des Fitzwilliam Museums, Cambridge durchgeführt.

Publikationen:

Peter, Ulrike: Lemmata Kanitas, Kavaros, Kersobleptes, Ketriporis, Koson, Kotys [I 1–10]. In: Cancik, Hubert & Helmuth Schneider (Hg.), Der Neue

Pauly. Enzyklopädie der Antike, Altertum Bd. 6 Iul–Lee, Stuttgart, Weimar: Verlag J. B. Metzler, 1999.

Schönert-Geiß, Edith: Bibliographie zur antiken Numismatik Thrakiens und Mösiens, Berlin: Akademie Verlag, 1999 (Griechisches Münzwerk), xxxvi + 1710 S.

Polybios-Lexikon

Im Berichtszeitraum wurden die Arbeiten an der *dritten* Lieferung des zweiten Bandes (ῥάβδος – τόκος) fortgeführt. Erarbeitet wurden vom Buchstaben Tau die Lemmata von τελειόω bis τέρπις (501 Belegstellen) und von τέτταρες bis τόκος (2.797 Belegstellen).

Die Arbeit an der *vierten* Lieferung (τόλμα – ὠφέλιμος) wurde begonnen. Erarbeitet wurden die Lemmata von τόλμα bis τοσοῦτος (1.335 Belegstellen), darunter der Artikel des semantisch sehr differenzierten Wortes τόπος mit 834 Belegstellen.

Einer gemeinsamen redaktionellen Durchsicht durch die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe zusammen mit dem Projektleiter (Prof. Dr. B. Seidensticker) und einem Mitglied der Unterkommission (Prof. Dr. M. Meier-Brügger) wurden folgende Artikel der *dritten* Lieferung unterzogen: σκυβαλισμός – σπέρμα; στρατιά – συγκλείω; σύγκλητος – συλλαλέω; συμβαίνω; συμφράττω – συνάγκεια; συνοράω – συντελικός; ταπεινός – τειχισμός.

Die Vorarbeiten für eine verbesserte Auflage der seit längerem vergriffenen vier Lieferungen von Bd. I (α – ο) wurden fortgeführt: von den in gescannter Form vorliegenden Teilbänden hat J. v. Thun (als studentische Hilfskraft mit Werkvertrag) die vierte Lieferung (λ – ο; 397 Lexikonspalten) Korrektur gelesen. Die zweite, verbesserte Auflage der ersten Lieferung (α – γ; Erstaufgabe 1956) wurde von der Arbeitsgruppe fertiggestellt und Anfang Oktober als „camera-ready“-Druckvorlage an den Verlag gegeben. Evidente Fehler und Unstimmigkeiten der Erstaufgabe, ferner Unklarheiten im Aufbau der Artikel wurden beseitigt. Das Buch wird im Januar 2000 beim Akademie Verlag erscheinen.

Die Griechischen Christlichen Schriftsteller der ersten Jahrhunderte

Seit dem 1. Mai 1999 sind wieder alle Planstellen der Arbeitsstelle besetzt. PD Dr. Peter Habermehl hat die Nachfolge des ausgeschiedenen Mitarbeiters Prof. Dr. Markus Vinzent (jetzt Birmingham) angetreten. Prof. Dr. Dr. Al-

brecht Dihle (Köln) trat aus gesundheitlichen Gründen zum 1. August 1999 von der Projektleitung des Unternehmens zurück; an seine Stelle wurde Prof. Dr. Christoph Marksches (Jena) berufen. Die Arbeitsstelle wird in den kommenden Jahren neben kleineren Projekten ihre Arbeit auf die Fertigstellung der bereits begonnenen kritischen Ausgaben von Origenes und Eusebius konzentrieren; daneben wird sie sich um Beiträge zu einer zeitgemäßen Editionstechnik antiker Texte bemühen.

Von den verschiedenen Werken des alexandrinischen Gelehrten Origenes (1. Hälfte 3. Jh. n. Chr.) zur Bibelauslegung fehlen bislang wichtige Teile in kritischen Editionen, obwohl diese Texte für die christliche Bibelkommentierung in Predigt und Unterricht im lateinischen Westen wie im griechischen Osten bis weit in die Neuzeit äußerst einflußreich gewesen sind. Die Arbeit an diesem Komplex hat im Sommer mit der Sammlung der griechischen Fragmente der Kommentierung des ersten Buchs der Bibel begonnen. Im Berichtsjahr hat die Arbeitsstelle außerdem die Ausgabe des griechisch und kirchenslavisch überlieferten Daniel-Kommentars des römischen Theologen Hippolyt (Anfang 3. Jh. n. Chr.), die der verstorbene Philologe Marcel Richard unvollendet hinterlassen hatte, durchgreifend überarbeitet und zur Veröffentlichung vorbereitet.

Publikationen:

GCS

Schwartz, Eduard & Theodor Mommsen (Hg.): Eusebius, Werke II/1–3. Die Kirchengeschichte. Zweite, unveränderte Auflage von Friedhelm Winkelmann, Die Griechischen Christlichen Schriftsteller der ersten Jahrhunderte. Neue Folge Band 6/1–3, Berlin: Akademie Verlag, 1999, 507 + 533 + 488 S.

TU

Havelaar, Henriette W. (Hg.): The Coptic Apocalypse of Peter (Nag-Hammadi-Codex VII 3), Texte und Untersuchungen zur Geschichte der altchristlichen Literatur 144, Berlin: Akademie Verlag, 1999, 244 S.

Dummer, Jürgen & Meinolf Vielberg (Hg.): Leitbilder der Spätantike – Eliten und Leitbilder, Altertumswissenschaftliches Kolloquium 1, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 1999.

Dummer, Jürgen: Art. Agathe/Alexius/Anthimus von Nikomedien/Barlaam und Joasaph/Blasius. In: Religion in Geschichte und Gegenwart Bd. 1, Tübingen: Mohr-Siebeck, 1998, Sp. 179/294–295/519/1109/1639.

Ders.: Art. DDR I. Die klassischen Altertumswissenschaften. In: Der Neue Pauly Bd. 13, Stuttgart, Weimar: Metzler Verlag, 1999, Sp. 681–689.

Ders.: Der frühchristliche Mönch – ein unzeitgemäßer Held? In: Der unzeitgemäße Held in der Weltliteratur, hrsg. v. G. W. Kaiser, Jenaer Germanisti-

sche Forschungen. Neue Folge 1, Heidelberg: Universitätsverlag C. Winter, 1998, S. 17–27.

Ders.: Rezension M. Willing, Althistorische Forschung in der DDR (Berlin 1991). In: *Klio* 80 (1998), S. 566–567.

Ders.: Sappho: Dichterin von Lesbos oder lesbische Dichterin? In: Philosophische Fakultät. Antrittsvorlesungen III, Jenaer Universitätsreden 8, Jena: Friedrich-Schiller-Universität, 1999, S. 209–228.

Ders.: Zum Gedenken an den Pädagogen Paul Hartig, Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt. *Berichte* 12 (1997), Erfurt: Akademie gemeinnütziger Wissenschaften, 1999, S. 129–131.

Habermehl, Peter (gemeinsam mit Bernd Seidensticker): Art. Deutschland. 20. Jahrhundert. In: *Der Neue Pauly* Bd. 13, Stuttgart, Weimar: Metzler Verlag, 1999, Sp. 817–828.

Ders.: Rezension J. Holzhausen, *Das Corpus Hermeticum deutsch* (2 Bde., Stuttgart 1997): *Gymnasium* 106 (1999), S. 449–450.

Peters, Ursula: Art. Baldachin/Basilisk. In: *Lexikon der Byzantinistik*, hrsg. v. J. Irmscher, Fasc. 1, Amsterdam: Hakkert-Verlag, 1998, S. 66 u. S. 73.

Risch, Franz Xaver: Gregor von Nyssa. Über das Sechstageswerk. Verteidigungsschrift an seinen Bruder Petrus. Eingeleitet, übersetzt und kommentiert, *Bibliothek der Griechischen Literatur* 49, Stuttgart: Hiersemann, 1999, 276 S.

Corpus Inscriptionum Latinarum

Für das Jahr 1999 sind die Vorarbeiten zu folgenden Bänden des *Corpus Inscriptionum Latinarum* (CIL) hervorzuheben:

CIL IV: Inschriften der Vesuvstädte

CIL IV Suppl. 3, 5. Lieferung: Neben der Edition neuer Inschriften und der Revision bereits publizierter durch Antonio Varone (Pompeji) bereiten die Berliner Mitarbeiter Volker Weber und Karin Iffert in Zusammenarbeit mit Jana Keparťová (Prag) ‚Addenda et corrigenda‘ zu allen Lieferungen des Bandes vor. Zwei Arbeitsbesuche der tschechischen Kollegin dienten der Zusammenführung des Manuskripts und der Diskussion von Einzelproblemen. Von Keparťovás handschriftlichen Indizes zum 3. Supplement wurden neben den ‚Indices nominum et cognominum‘ nun auch die ‚Vocabula‘ in eine elektronische Datei überführt; sie werden bis zu ihrer Publikation im Supplementband kontinuierlich korrigiert und erweitert. Die Drucklegung ist für das Jahr 2001 vorgesehen.

CIL VI: Inschriften der Stadt Rom

CIL VI 6, 3: Auf der Grundlage eines von A. E. Gordon hinterlassenen Manuskripts hat Hans Krummrey (Berlin) einen ‚Index grammaticus‘ zu den stadtrömischen Inschriften – auch drucktechnisch – vorbereitet. Der Band wird im Jahre 2000 erscheinen.

CIL VI 8, 3: Über Anlage und Umfang des von Silvio Panciera (Roma) und Géza Alföldy (Heidelberg) herauszugebenden Supplements zu den stadtrömischen Inschriften informiert ausführlich der *Jahresbericht 1996*. Nach Erscheinen eines ersten Faszikels zu den Kaiserinschriften (VI 8, 2) im Jahre 1996 konnte im Berichtsjahr der erste Umbruch des folgenden Faszikels (VI 8, 3) abgeschlossen werden:

Géza Alföldy hat hier unter Mithilfe italienischer und deutscher Kollegen einen 660 Folioseiten umfassenden Band vorbereitet, der ‚Addenda et corrigenda‘ zu bereits im CIL publizierten Inschriften mit der Edition von Neufunden verbindet. Im nächsten Jahr wird damit der für die historische Forschung bedeutendste Komplex lateinischer Inschriften in aktualisierter und erweiterter Form vorliegen – die stadtrömischen Inschriften senatorischer und ritterlicher Amtsträger:

Inscriptiones urbis Romae Latinae. Pars VIII. Titulos et imagines collegit schedasque comparavit SILVIO PANCIERA, fasc. III. Titulos magistratuum populi Romani ordinum senatorii equestrisque thesauro schedarum imaginumque ampliato edidit GÉZA ALFÖLDY adiuvantibus MARIA LETIZIA CALDELLI, LAURA CHIOFFI, FRITZ MITTHOF, HEIKE NIQUET, SILVIA ORLANDI, CECILIA RICCI, ANDREA SCHEITHAUER, MANFRED G. SCHMIDT, GABRIELE WESCH-KLEIN, CHRISTIAN WITSCHEL itemque CLAUDIA KRAMER, JENS-UWE KRAUSE, PETER KRUSCHWITZ, Gu. de Gruyter et socii, Berolini – Novi Eboraci MM.

CIL IX Suppl. 1: Inschriften aus Mittel- und Süditalien

Marco Buonocore (Città del Vaticano) hat mit der Vorlage von weiteren Inschriften aus der italischen Regio IV die Neuedition und Revision des letztmals von Theodor Mommsen besorgten Bandes IX fortgesetzt – bislang zur epigraphischen Hinterlassenschaft der antiken Städte Amiternum, Aufidena, Corfinium, Histonium, Pinna Vestina und Sulmo. Der Abschluß des Manuskripts, dessen redaktionelle Bearbeitung ‚oppidatim‘ erfolgt, wird im Jahre 2001 erwartet.

CIL X²: Inschriften aus Latium und Campanien

Heikki Solin (Helsinki) und seine Mitarbeiter haben nach Abschluß ihrer epigraphischen Reisen in Latium und Campanien, die in diesem Jahr nochmals 100 Inschriften zur Kenntnis brachten, die Vorarbeiten zu einer Neuauflage

des zehnten Bandes beendet. Das Manuskript für einen ersten Faszikel, von dem größere Abschnitte bereits diskutiert wurden, liegt in Teilen vor (vgl. den *Jahresbericht 1998*). Eine definitive Version soll im nächsten Jahr eingereicht werden.

CIL XVII: Die römischen Meilensteine

CIL XVII/4: Gerold Walser (Basel), der Herausgeber eines Faszikels von *miliaria* der gallischen und germanischen Provinzen (CIL XVII/2), hat ein vorläufiges Manuskript zu den Meilensteinen Dalmatiens, des Noricum und Rätians eingereicht (CIL XVII/4, 1), das in Zusammenarbeit mit Anne Kolb (Zürich/Lörrach) und Gerhard Winkler (Linz) entstanden ist. Der endgültige Abschluß wird nun im Jahre 2000 erwartet.

Auctarium:

Eine überarbeitete und erweiterte Neuauflage der ‚Griechischen Personennamen‘ Heikki Solins (Helsinki) ist für das kommende Jahr angekündigt.

Varia:

Am 28. und 29. Mai nahm Marcus Dohnicht in Rom an einer ‚Tavola rotunda‘ zum Thema ‚Epigraphik und Informatik‘ teil. Organisiert wurde die Tagung von der ‚Commissione epigraphia e informatica‘ des Internationalen Epigraphikerverbandes (AIEGL) mit dem Ziel, Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit an einer gemeinsamen epigraphischen Datenbank auszuloten.

Während seines Rom-Aufenthalts konnte M. Dohnicht am Deutschen Archäologischen Institut 68 Kästen mit Manuskriptteilen, Arbeitsmaterialien und Abklatschen als Eigentum des CIL identifizieren, die bisher als Kriegsverlust galten. Darunter befinden sich unter anderem 14 Kästen mit Scheden zu stadtrömischen Inschriften, die für die gegenwärtigen Arbeiten des Akademienvorhabens am Supplement-Band VI 8, 3 von besonderem Interesse sind. Durch das freundliche Entgegenkommen des Ersten Direktors des Deutschen Archäologischen Instituts in Rom, Paul Zanker, wurden die Archivalien Anfang Oktober an das CIL zurückgegeben.

Gäste der Arbeitsstelle waren im Berichtsjahr J. Dolata (Mainz), J. Képartová (Prag), M. Pastor Muñoz (Granada), J. Remesal Rodríguez (Barcelona), M. Meier-Brügger (Berlin), gemeinsam mit H. Rix (Freiburg) und Teilnehmern eines sprachwissenschaftlichen Seminars, A. U. Stylow (München – Alcalá de Henares), G. Walser (Basel), G. Winkler (Linz) sowie die Stipendiaten des Deutschen Archäologischen Instituts unter der Leitung von A. Krug.

Publikationen:

Kruschwitz, Peter: Terenz, Phormio. Lateinisch/Deutsch. Übersetzt und herausgegeben von P. K., Stuttgart: Reclam-Verlag, 1999.

Ders.: CLE 8, Zeile 1 – ein späterer Zusatz? In: Zeitschrift f. Papyrologie und Epigraphik 124 (1999), S. 261–262.

Ders.: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“. Überlegungen zu einem Leitmotiv in Terenz' Hecyra. In: Gymnasium 106 (1999), S. 153–162.

Ders.: Römische Werbeinschriften. In: Gymnasium 106 (1999), S. 231–253.

Ders.: Zu ‚Laudatio Turiae‘ 2, 6a. In: Zeitschrift f. Papyrologie und Epigraphik 126 (1999), S. 88–90.

Ders.: Fragmenta adespota satyrica: Papyrusfragmente. Notenpapyri. In: Krumeich, R., Pechstein, N. & B. Seidensticker (Hg.), Das griechische Satyrspiel, Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft, 1999, S. 635–642.

Schmidt, Manfred G.: Politische und persönliche Motivation in Dios Zeitgeschichte. In: Zimmermann, M. (Hg.), Geschichtsschreibung und politischer Wandel im 3. Jh. n. Chr., Festschrift für K.-E. Petzold, Historia-Einzelschr. 127, Stuttgart: Franz Steiner-Verlag, 1999, S. 93–117.

Ders.: Ambrosii carmen de obitu Probi. Ein Gedicht des Mailänder Bischofs in epigraphischer Überlieferung. In: Hermes 127 (1999), S. 99–116.

Ders.: Ursus togatus (CIL VI 9797). In: Zeitschrift f. Papyrologie und Epigraphik 126 (1999), S. 240–242.

Prosopographia Imperii Romani

Von Band VII ist Faszikel 1 erschienen. Er enthält insgesamt 325 Personen, deren Namen mit den Buchstaben Q bzw. R beginnen, auf 166 Druckseiten einschließlich 16 stemmata. Mit der Ausarbeitung der Artikel von Faszikel VII 2 (S) ist begonnen worden; sein Erscheinen ist für 2002 vorgesehen.

Die Materialsammlung ist auf bewährte Weise fortgesetzt worden. Dabei ist die Stichwortliste auf dem neuesten Stand gehalten und nach Fertigstellung des Faszikels VII 1 entsprechend korrigiert worden. Eine Update-Version steht dem Internet-Benutzer über die Homepage der PIR (<http://www.bbaw.de/vh/pir/index.html>) zur Verfügung.

Am 11. und 12. März nahm Klaus Wachtel an der Jahressitzung der Kommission für Alte Geschichte und Epigraphik des Deutschen Archäologischen Instituts in München teil.

Auf Einladung der Römisch-Germanischen Kommission des Deutschen Archäologischen Instituts besuchte er vom 10. bis 13. November eine Arbeitstagung zur Vorbereitung des nächsten Bandes der Grabungspublikation „Iatrus-Krivina“.

Im Sommersemester 1999 und Wintersemester 1999/2000 führte Matthäus Heil an der TU Berlin jeweils ein Proseminar zu den Themen „Brot und

Spiele: Theater und Zirkus im Imperium Romanum“ und „Pompeii – Leben in einer antiken Stadt“ durch.

Im Rahmen der Balkaninitiative der Berliner und Brandenburger Wissenschaft weilte Dr. Rumen Ivanov vom Archäologischen Institut der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften auf Einladung der Arbeitsstelle für einen einwöchigen Studienaufenthalt in Berlin. Er hielt einen Vortrag über „Ehreninschriften von Nicopolis ad Istrum“.

Publikationen:

Prosopographia Imperii Romani. Editio altera. Pars VII. Fasciculus 1. Consilio et auctoritate Academiae Scientiarum Berolinensis et Brandenburgensis iteratis curis edidit Klaus Wachtel adiuvantibus M. Heil, A. Strobach. Berolini et Novi Eboraci apud Walter De Gruyter & Co. MCMXCIX; XIX + 145 Seiten + 2 Faltafeln.

Wachtel, Klaus: Fragment einer Bauinschrift aus den Jahren 340/350, gefunden im spätantiken Kastell Iatrus. In: von Bülow, Gerda & Alexandra Milčeva (Hg.), Der Limes an der unteren Donau von Diokletian bis Heraklios, Sofia 1999, S. 195–199.

Prosopographie der mittelbyzantinischen Zeit

Im Berichtszeitraum wurden im wesentlichen die notwendigen Korrektur-, Layout- und Ergänzungsarbeiten für die Drucklegung der ersten Abteilung der Prosopographie durchgeführt. Hierbei stellte sich heraus, daß für die endgültige Erstellung der Druckvorlage pro Band, entgegen früherer, etwas optimistischerer Schätzungen, mit etwa fünf bis sechs Monaten zu rechnen ist. Insofern wird sich die Publikation der ersten Abteilung um maximal ein halbes Jahr verzögern und erst um die Jahreswende 2000/01 abgeschlossen sein. Das Abkürzungsverzeichnis zur ersten Abteilung und der erste Band wurden im Februar 1999 fertiggestellt. Der zweite Band, der wegen einer überproportional hohen Zahl an sehr umfangreichen Artikeln (zu Kaisern, Patriarchen u. ä.) besonderen Aufwand erforderte, konnte Anfang Oktober abgeschlossen werden und ist im Dezember 1999 erschienen.

In der Reihe der begleitenden Arbeiten wurde von den Mitarbeitern als fünfter Band der Berliner Byzantinistischen Studien ein Sammelband zu den Patriarchen der ikonoklastischen Zeit (8. und 9. Jahrhundert) veröffentlicht.

Sonstige Aktivitäten:

Das Vorhaben wurde von den Mitarbeitern auf verschiedenen Tagungen im In- und Ausland ausführlich präsentiert, sowohl mit den gedruckten Veröf-

fentlichungen als auch durch Vorführungen der in dem Vorhaben erstellten elektronischen Datenbank.

Publikationen:

Prosopographie der mittelbyzantinischen Zeit. 1. Abteilung (641–867). Nach Vorarbeiten F. Winkelmanns erstellt von Ralph-Johannes Lilie, Claudia Ludwig, Thomas Pratsch, Ilse Rochow u. a., Berlin/New York: de Gruyter 1998ff.

Abkürzungsverzeichnis, (1999), 83 S.

Bd. 1 (Aaron [# 1] – Georgios [# 2182]), (1999), XI, 674 S.

Bd. 2 (Georgios [# 2183] – Leon [# 4270]), (1999/2000) IV, 685 S.

Im Rahmen der begleitenden Studien:

Lilie, Ralph-Johannes (Hg.): Die Patriarchen der ikonoklastischen Zeit. Germanos I. – Methodios I. (715–847), mit Beiträgen von R.-J. Lilie, C. Ludwig, Th. Pratsch, I. Rochow, D. Stein und B. Zielke, Frankfurt a. M. etc.: Lang 1999 (Berliner Byzantinistische Studien 5), XXXVIII, 302 S.

Weitere Publikationen:

Lilie, Ralph-Johannes: Byzanz. Geschichte des oströmischen Reiches, München: C. H. Beck, 1999 (Wissen 2085).

Ders.: Die Krönungsprotokolle des Zeremonienbuchs und die Krönung Kaiser Leons I. In: *Dissertatiunculæ criticae*. Festschrift für G. Chr. Hansen, Würzburg 1998, S. 395–408.

Ders.: Der Fernhandel der Italiener und das byzantinische Reich am Vorabend des Vierten Kreuzzugs. In: Stromer, W. v. (Hg.), *Venedig und die Weltwirtschaft um 1200*, Stuttgart 1999, S. 159–175.

Ders.: Byzanz und der Islam. Konfrontation oder Koexistenz? In: Piltz, E. (Hg.), *Byzantium and Islam in Scandinavia. Acts of a Symposium at Uppsala University June 15–16 1996*, (Studies in Mediterranean Archaeology, vol. CXXVI), Jonsered 1998, S. 13–26.

Ders.: Theophanes and Al-Ṭabarī on the Arab Invasions of Byzantium. In: Kennedy, H. (Hg.), *Al-Ṭabarī: A Muslim Historian and His World*, Princeton, N. J. 1999, S. 287–311.

Ders.: The Crusaders between Orient and Occident. Success and Failure. In: *Uluslararası Haçlı Seferleri Sempozyumu (23–25 Haziran 1997, Istanbul)*, Istanbul 1999, S. 77–82.

Ders.: Rezension zu: K. N. Ciggaar, *Western Travellers to Constantinople. The West and Byzantium 962–1204: Cultural and Political Relations*, Leiden/New York/Köln 1996. In: *Südostforschungen* 57 (1998), S. 379–380.

Ludwig, Claudia: The Paulicians and ninth-century Byzantine thought. In: Brubaker, L. (ed.), *Byzantium in the Ninth Century. Dead or Alive?* (Papers from the Thirtieth Spring Symposium of Byzantine Studies, Birmingham, March 1996), Ashgate 1998, p. 23–35.

Rochow, Ilse: Das 2. Konzil von Nikaia (787) in byzantinischen Chroniken und Heiligenviten. In: *Dissertationunculae criticae*. Festschrift für G. Chr. Hansen, Würzburg 1998, S. 395–408.

Altägyptisches Wörterbuch

1999 wurde das Corpus ägyptischer Texte um ca. 24.000 Textwörter vermehrt. Dabei lag der Akzent auf der Erfassung von Texten des Alten Reiches. Die lexikalische Datenbank wuchs um ca. 250 Einträge. Priorität wurde der Bearbeitung der lexikalischen Datenbank im Hinblick auf ihre baldige Publikation im Internet eingeräumt. Dazu wurde eine inhaltliche und formale Redaktion des vorhandenen Materials in Angriff genommen. Dank der Förderung durch die Heckmann-Wentzel-Stiftung konnte auch die Übersetzung des lexikalischen Thesaurus ins Englische fortgeführt und zu ca. 30% des Gesamtbestands geleistet werden.

Das digitalisierte Zettelarchiv des Wörterbuchs der ägyptischen Sprache ist seit März 1999 im Internet verfügbar und wird intensiv genutzt. Die lexikalische Erschließung des Materials durch eine Indexdatei schreitet dank der fortgesetzten Förderung durch die DFG voran und ist nunmehr zu 50% abgeschlossen. Das digitalisierte Bildmaterial ist inzwischen vollständig auf dem Server des Vorhabens verfügbar und kann in Einzelfällen auch über den indizierten Bereich hinaus konsultiert werden. Eine verbesserte Version des Anzeigeprogramms, die noch in diesem Jahr in Betrieb genommen wird, bietet den Benutzern erweiterte Hilfen zur Orientierung im Archiv.

Die Arbeiten an der Verknüpfung unterschiedlich strukturierter Textdatenbanken wurden fortgesetzt. Die Äquivalenztabelle der lexikalischen Thesauri der Arbeitsstelle und des Tübinger Sargtextprojekts (W. Schenkel) wurde abgeschlossen. Auf der Grundlage der geleisteten Vorarbeit sollen im kommenden Jahr mit Unterstützung der DFG die Textdaten des Sargtextprojekts durch eine fortlaufende Übersetzung ins Deutsche ergänzt und an die Textdatenbank des Vorhabens angeschlossen werden. Gefördert durch die DFG richtete das Vorhaben eine internationale Fachkonferenz „Datenbanken im Verbund“ aus (30. September–2. Oktober 1999), bei der die inhaltlichen und technischen Probleme der Kooperation im Aufbau maschinenlesbarer Textcorpora diskutiert wurden.

Die Akten der 1997 abgehaltenen Tagung „Textcorpus und Wörterbuch“ wurden zum Druck aufbereitet (camera-ready Vorlage) und publiziert.

Zum 1. Juli 1999 nahm eine neubegründete Arbeitsstelle des Projekts an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften (Leipzig) die Arbeit an der Texterfassung auf. Dazu wurden die in Berlin entwickelten Erfassungsprogramme installiert, und der zuständige Bearbeiter wurde in die Handhabung des Programms und in die gültigen Erfassungsprinzipien eingewiesen.

Am 30. September wurde eine in Zusammenarbeit mit dem Ägyptischen Museum Berlin, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, realisierte Ausstellung in den Räumen des Ägyptischen Museums eröffnet, in der die Arbeit des Projekts einer interessierten Öffentlichkeit vorgestellt wird. Ausgehend von einem bedeutenden Textdenkmal werden die Archivbestände des Vorhabens und die Methoden und Perspektiven der lexikographischen und philologischen Arbeit dargestellt.

Publikationen:

Grunert, Stefan & Ingelore Hafemann (Hg.): Textcorpus und Wörterbuch, Aspekte zur ägyptischen Lexikographie, Arbeitstagung aus Anlaß des Neubeginns der Arbeit am ägyptischen Wortschatz ein Jahrhundert nach der Gründung der akademischen Kommission zur Herausgabe des „Wörterbuchs der ägyptischen Sprache“ (22.–26. September 1997, Berlin), Probleme der Ägyptologie 14, Leiden, Brill, 1999, xlv + 406 S.

Seidlmayer, Stephan: Altägyptisches Wörterbuch, Informationsbroschüre der BBAW, Berlin 1999, 36 S.

Ders.: Pharao setzt die Grenzen, Textanalyse zwischen traditioneller Philologie und elektronischen Medien, Begleitheft zur Ausstellung, Berlin 1999, 40 S.

Burkhardt, Adelheid: Das digitale Zettelarchiv. In: Textcorpus und Wörterbuch, S. 89–96.

Grunert, Stefan: Die Berliner Textdatenbank. Aktueller Stand und Perspektiven. In: Textcorpus und Wörterbuch, S. 51–71.

Ders.: Ein schwieriges Kommando an Rinder. Zu einem Personalsuffix im Altägyptischen. In: Göttinger Miscellen 168 (1999), S. 39–44.

Ders.: Bierbrauer unter sich. Über den Nutzen eines Wörterbuches beim Übersetzen nicht nur lockerer Reden. In: Göttinger Miscellen 173 (1999), S. 91–112.

Hafemann, Ingelore: Per Internet zurück ins 3. Jahrtausend vor Christus. In: Das Altertum 44 (1999), S. 303–316.

Dies.: Vergleich ägyptologischer Textdatenbanken. In: Textcorpus und Wörterbuch, S. 97–115.

Dies. & Elka Windus-Staginsky: Ägyptische Texte im Netz – Digitalisierung und Indizierung von Archivmaterialien. In: Pötsch, Dieter & Matthias Weber (Hg.), Internetanwendungen für den Mittelstand, Konferenzband zur Info '99, Berlin 1999, S. 565–570.

Reineke, Walter Friedrich: Das Wörterbuch der ägyptischen Sprache. Zur Geschichte eines großen wissenschaftlichen Unternehmens der Berliner Akademie zwischen 1945 und 1992. In: Textcorpus und Wörterbuch, xi–xlv.

Ders.: Auswahl der prioritär zu erfassenden Texte für die Berliner Textdatenbank. In: Textcorpus und Wörterbuch, S. 73–88.

Seidlmayer, Stephan: PPTES und kein Ende. In: Textcorpus und Wörterbuch, S. 179–212.

Mittelalter-Kommission

Bericht Peter Moraw

Die Mittelalter-Kommission ist die Leitungskommission für die vier interakademischen mediävistischen Langzeitprojekte. Sie setzt sich aus den vier Projektleitern sowie weiteren Mitgliedern der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und kooptierten Fachvertretern zusammen. Für jedes Vorhaben existiert eine Unterkommission, deren Vorsitz der jeweilige Projektleiter innehat. Die Unterkommissionen setzen sich aus Mitgliedern der Mittelalter-Kommission und weiteren kooptierten Fachvertretern zusammen.

Am 18. September 1999 fand im Akademiegebäude die Konferenz „Electronic Publishing. Konstellationen-Konzepte-Konsequenzen. Deutsch-österreichische Tagung über editorische Zukunftsfragen der mediävistischen Grundlagenforschung in Mitteleuropa“ statt, geleitet von Prof. Dr. Rudolf Schieffer, Präsident der *Monumenta Germaniae Historica*, und Peter Moraw. Hierzu leisteten alle vier Akademienvorhaben und auswärtige Kollegen aus den Institutionen „*Monumenta Germaniae Historica*“ und „*Regesta Imperii*“ Beiträge. Der Wunsch nach Fortsetzung dieses Forums in naher Zukunft wurde, zumal von den Gästen, geäußert. Die Tagung über „Ich würd ein Mönch in Doberlug. Zum entwicklungsgeschichtlichen Ort der Lande zwischen Elbe/Saale und Oder im Spätmittelalter“ wurde am 20. und 21. Januar 2000 anlässlich des Akademiejubiläums erfolgreich durchgeführt.

1999 wurde die Potsdamer Arbeitsstelle des interakademischen Vorhabens „Deutsche Inschriften des Mittelalters“ BBAW-intern überprüft, nachdem der

kommissarische Projektleiter, Prof. Dr. Peter Zahn, Ende 1998 auf Defizite in der Arbeit aufmerksam gemacht hatte. Ein abschließendes Ergebnis lag bis Ende 1999 noch nicht vor.

Monumenta Germaniae Historica

Das Akademienvorhaben setzte die Arbeit an der Herausgabe der Reihe „*Constitutiones et acta publica imperatorum et regum*“ fort. Das geschah gemäß den Vorstellungen und Maßgaben, die von der Mittelalter-Kommission und der Zentraldirektion der MGH 1999 erörtert, empfohlen und festgelegt worden sind.

Von den *Constitutiones Kaiser Ludwigs des Bayern* (W. Eggert) ist die 2. Lieferung von Bd. VI,2 (1331–1335) zum Jahresende im Druck erschienen. Sie umfaßt 186 Stücke (Nrn. 192–377), vor allem des Jahres 1332. Die Arbeit an der 3. und 4. Lieferung ist so weit vorangetrieben, daß für jene der größte Teil, für diese etwa 40 Prozent der Urkunden bearbeitet sind. Davon liegen für die 3. Lieferung etwa 170 Stücke als Typoskript vor und befinden sich für die 4. Lieferung ca. 60 Stücke in der Typoskriptherstellung. Die Vorbereitung der Bde VII,1 (1336–1340) und VII,2 (1341–1347) wurde fortgesetzt.

Für die *Constitutiones Kaiser Karls IV.* wurde die Bearbeitung der Urkunden Karls IV. aus den Archiven der Länder Baden-Württemberg (U. Hohensee) und Bayern (O. Rader) weitergeführt bzw. von der ersteren wiederaufgenommen. Durch eine Erweiterung um 90 Stücke, davon 50 im Volltext, liegt ein Drittel des etwa 600 Karlsurkunden umfassenden Bestandes aus Baden-Württemberg in einer ersten Bearbeitungsstufe vor. Im Mittelpunkt der Bearbeitung des bayerischen Bestandes standen weiterhin die Urkunden Altbayerns wie jetzt auch Frankens. Der bearbeitete Anteil wurde auf 151 Urkundennummern erweitert. Davon sind 83 Volltexte und 68 Regesten. Mit der Erfassung und Bearbeitung der Urkunden aus den Ländern Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein (M. Lindner) wurde begonnen. In Bearbeitung befinden sich ca. 100 Stücke, die zum großen Teil in Regestenform gebracht wurden.

Das „Konzept und Modell“ für eine elektronische Vorab-Publikation der *Constitutiones Karls IV. (1357–1378)* wurde fristgemäß vorgelegt. Die Mittelalter-Kommission stimmte dem Vorschlag zu, die Variante „Abspeicherung im Rich Text Format (RTF) mit Formatvorlagen als Zwischenstufe und der Möglichkeit einer Weiterkonvertierung nach SGML/XML“ zugrunde zu legen. Auf der Konferenz „Electronic Publishing. Konstellationen-Konzepte-

Konsequenzen. Deutsch-österreichische Tagung über Zukunftsfragen der mediävistischen Grundlagenforschung in Mitteleuropa“, die von der Mittelalter-Kommission veranstaltet worden war, wurde das Modell in eine interakademische Expertendiskussion eingebracht. Für eine erste und Musterlieferung wurde der berlin-brandenburgische Urkundenbestand festgelegt. Gemäß der neu gefaßten „Gestaltungsrichtlinie“ wie der in Hinsicht auf das Vorhaben überarbeiteten „Regeln und Muster für die Edition und das Layout“ wurden eine Auswahl und redaktionelle Bearbeitung vorgenommen (U. Hohensee und M. Lawo). Auch wurden Kriterien für die eindeutige Zuweisung von Formatvorlagen an die Gliederungsbestandteile der herauszugebenden Urkunden aufgestellt (E. Müller-Mertens und M. Lawo). In der Frage der Sonderzeichen wurde ein den Erfordernissen der Constitutiones angepaßter Sonderzeichensatz erarbeitet und angekauft. Darüber hinaus wurde ein Antrag für die Aufnahme eines standardisierten Sonderzeichensatzes vornehmlich für deutsche Texte des Mittelalters und der frühen Neuzeit in den Unicode ausgearbeitet. Das brandenburgische Urkundenpaket, die genannten Kriterien und andere Materialien wurden für eine Dokumentenanalyse seitens der EDV-Gruppe der BBAW bereitgestellt, so daß als nächstes die Erstellung eines Systems aus Konvertierungsmakros und Formatvorlagen ins Auge gefaßt wird, mittels dessen sowohl neu zu erfassende Urkunden als auch bereits vorhandene Bestände programmunabhängig nach einem einheitlichen Schema strukturiert werden können. Ein entsprechender Antrag, die elektronische Vorabedition der Constitutiones Karls IV. an der BBAW als ein Pilotprojekt zu fördern und zu betreiben, wurde zusammen mit dem EDV-Berater (G. Giacomazzi) formuliert und den Entscheidungsgremien vorgelegt.

Ein besonderes Anliegen war der Arbeitsstelle die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Tagung der Mittelalter-Kommission „Zum entwicklungsgeschichtlichen Ort der Lande zwischen Elbe/Saale und Oder im Spätmittelalter“ im Januar 2000 aus Anlaß des 300jährigen Jubiläums der Berliner Akademie der Wissenschaften.

Von den Mitarbeitern wurden im Berichtsjahr Buchbesprechungen für das „Deutsche Archiv zur Erforschung des Mittelalters“ angefertigt.

Publikationen:

Monumenta Germaniae Historica. Constitutiones et acta publica imperatorum et regum. Dokumente zur Geschichte des Deutschen Reiches und seiner Verfassung, Bd. VI,2, 1331–1335, Teil 2, S. 121–270, bearb. von Wolfgang Eggert/Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Hannover: Hahn, 1999.

Lawo, Mathias, Giacomazzi, Giorgio & Olaf B. Rader: Anforderungen aus der Sicht der Constitutiones et acta publica Kaiser Karls IV. an eine elektronische Urkundenedition. In: Pötschke, D. & M. Weber (Hg.), Netzinfrastrukturen und Anwendungen für die Informationsgesellschaft. Konferenzband zur INFO'98 in Potsdam (im weiteren Netzinfrastrukturen), Berlin: Wilke, 1998, S. 528–533.

Lindner, Michael: Friedrich Barbarossa, Byzanz und die Kiever Rus' – West und Ost im Europa des 12. Jahrhunderts. In: Das Altertum, 45 (1999), S. 239–260.

Müller-Mertens, Eckhard: Grußwort zur Eröffnung des Workshop „Computer und Geschichte“ der INFO'98. Grundsatzfragen der elektronischen Edition von Geschichtsquellen. In: Pötschke, D. & M. Weber (Hg.), Netzinfrastrukturen, S. 518–521.

Ders.: Stadtgründungen und neue Städte 1150 bis 1800 zwischen unterer Elbe, Fläming und Oder. Mit 5 Karten. In: Büthe, J.-M. & T. Riis (Hg.), Studien zur Geschichte des Ostseeraumes III. Stadtwerdung und städtische Typologie des Ostseegebietes bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, Odense: Odense University Press, 1999, S. 113–150.

Rader, Olaf B.: Auf dem Wege. Die Constitutiones et acta publica imperatorum et regum der Monumenta Germaniae Historica. – Ein Überblick zum gegenwärtigen Stand des Projekts. In: Irgang, W. & N. Kersken (Hg.), Stand, Aufgaben und Perspektiven territorialer Urkundenbücher im östlichen Mitteleuropa (Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung 6), Marburg 1998, S. 261–271.

Ders.: Pars pro toto. Bemerkungen zur Kanzlei und Diplomatie der Kaiserurkunden Karls IV. aus den Archiven des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. In: Beck, F., Hempel, W. & E. Henning (Hg.), Archivistica docet, Potsdam 1999, S. 491–523.

Ders.: Der Kampf um die Leiche oder Alexander der Große als Pfand des Schicksals. Beobachtungen über die Rolle von Leichen und Gräbern bei der Herrschaftslegitimation. In: Das Altertum 44 (1998), H. 4, S. 273–300.

*Regesten-Edition der Urkunden und Briefe Kaiser Friedrichs III.
(1440–1493)*

Im Berichtszeitraum wurden die Arbeiten an den Regesten-Heften „Sachsen-Anhalt“ und „Berlin-Brandenburg-Mecklenburg-Pommern“ planmäßig fortgesetzt. In Sachsen-Anhalt konnte Dr. Holtz mit dem Besuch des Stadtarchivs Stendal die Archivrecherchen abschließen und sich der Anfertigung des

Regesten-Manuskripts zuwenden. Das zu erarbeitende Heft wird etwa 220 Urkunden nachweisen, deren Regesten zu circa 80 Prozent im ersten Entwurf vorliegen. Für die endgültige Fertigstellung der Regesten sind noch vereinzelte Archivrecherchen in Magdeburg, Oranienbaum und Halle notwendig, die zu Beginn des kommenden Jahres erfolgen werden. Nach Abschluß dieser Arbeiten wird der Bearbeiter das Manuskript an die Herausgeber zur Begutachtung übergeben und sich der Anfertigung der Einleitung zuwenden.

Nach ihrer Genesung nahm Dr. Eibl die Arbeit am Heft „Berlin-Brandenburg-Mecklenburg-Pommern“ wieder auf, für das bisher 260 Urkunden erfaßt wurden. Im Vorpommerschen Landesarchiv Greifswald konnten die Recherchen abgeschlossen werden. Hier war die Ausbeute mit sechs Urkunden äußerst gering, was eventuell mit der Teilung der Bestände zwischen den Archiven in Stettin und Greifswald zusammenhängt. Im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin wurden die im Jahre 1991 in Merseburg erfaßten und in Kopien bereits in der Arbeitsstelle vorhandenen Friedrichs-Urkunden noch einmal abgeglichen und durch zugehöriges Aktenmaterial ergänzt. Im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv Schwerin konnte die Bearbeiterin die Anfang des Jahrhunderts zur Fortsetzung des Mecklenburger Urkundenbuchs erstellte Regestenkartei nutzen, in der für das 15. Jahrhundert über 40.000 Stücke auch auswärtiger Archive verzeichnet sind, darunter circa vierzig Urkunden Kaiser Friedrichs III. Als nicht leicht lösbares Problem erwies sich, daß die auf den Zettelregesten angegebenen Archivsignaturen heute keine Gültigkeit mehr besitzen und damit das Auffinden der Urkunden aufwendig oder gar unmöglich gemacht wird. Bei der Suche in den Beständen tauchten weitere Stücke auf, die in den Regestenkästen nicht erfaßt sind, während andererseits eine Akte des Bestandes Reichstagsakten mit acht Friedrichs-Urkunden nicht am Standort gefunden werden konnte. So zeichnet sich ab, daß trotz der guten Grundlage, die die Regestenkästen bieten, alle in Frage kommenden Bestände durchgesehen und die Arbeiten in Schwerin auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden müssen. Darüber hinaus wird sich die Bearbeiterin im Jahr 2000 vor allem den Archiven in Stettin, Wismar und Stralsund zuwenden.

Der weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit des Akademienvorhabens mit der „Deutschen Kommission für die Bearbeitung der Regesta Imperii bei der Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz“, aber auch mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und den Monumenta Germaniae Historica diene der Arbeitsstelle die im September durchgeführte Tagung zum Thema „Electronic Publishing. Konstellationen-Konzepte-Konsequenzen. Deutsch-österreichische Tagung über Zukunftsfragen der mediä-

vistischen Grundlagenforschung in Mitteleuropa“. Die Tagungsteilnehmer waren sich dahingehend einig, daß das Ziel jeder Edition eine Hard- und Software unabhängige Datei sein müsse, die gleichermaßen eine Publikation im Internet, auf CD-ROM und als Druck ermöglicht. Eine der Konsequenzen dieser Tagung ist die Vereinbarung des Berliner Akademienvorhabens mit der Mainzer Arbeitsstelle, die von letzterer erstellten Urkunden- und Literaturdatenbanken unter Verwendung des Programms FAUST fortan gemeinsam mit Berlin zu führen und die Kaiserurkunden in Form einer dynamischen digitalen Edition zu erfassen. Diese Aufgabe wird ein Schwerpunkt der Arbeit von Herrn Manz werden, der nach dem Ausscheiden von Frau Harbauer seit März 1999 als wissenschaftlich-technischer Mitarbeiter des Vorhabens tätig ist und sich neben Bibliotheksrecherchen vor allem mit den Fragen der elektronischen Publikation befaßt.

Publikationen:

Eibl, Elfie-Marita: Zwischen Entwurf, Original und Kopie. Bemerkungen zu Formen von Urkunden und Briefen aus den Kanzleien Kaiser Friedrichs III. In: Archiv für Diplomatik 44 (1998), S. 19–41.

Glasmalereiforschung des Corpus Vitrearum Medii Aevi

Die Arbeiten für das CVMA wurden im Berichtsjahr dem Arbeitsplan entsprechend fortgesetzt.

Dr. Eva Fitz führte die letzten Bestandsaufnahmen und Textbearbeitungen für den CVMA-Bd. XVII (Halberstadt) so weit voran, daß der vorgesehene Abschlußtermin Mitte 2000 eingehalten werden kann. Ferner ließ sie die Schraffurzeichnungen weitgehend vervollständigen und begann mit der Beschaffung von Vergleichsaufnahmen für den Druck. Die fotografische Bestandsaufnahme für den Band konnte vollständig abgeschlossen werden. Bereits jetzt wurden Bemühungen aufgenommen, einen für den Druck des Halberstadt-Bandes preiswerten und qualifiziert arbeitenden Verlag zu finden.

Dr. Monika Böning bearbeitete weiterhin die mittelalterlichen Glasmalereien für den CVMA-Band XIX,1 in Sachsen-Anhalt, Nord. Im Mittelpunkt standen die Bestandsaufnahmen der Glasmalereien aus Kloster Neuendorf und von drei Chorfenstern aus der ehemaligen Johanniterkirche in Werben. Für die Klärung kunstgeschichtlicher Zusammenhänge dieser Glasmalereien mit Kunstwerken anderer Gattungen waren zeitraubende Recherchen und Studienreisen erforderlich.

Dr. Ulrich Hinz setzte die Archivarbeiten zum CVMA-Bd. Sachsen-Anhalt, Nord fort und befaßte sich insbesondere mit Quellenmaterial zu Diesdorf

(ehem. Augustinerinnen Klosterkirche), zum Havelberger Dom und zur Salzwedeler Marienkirche. Er beschäftigte sich auch mit der Aufarbeitung der Akten des Königlichen Institutes für Glasmalerei in Berlin-Charlottenburg sowie mit Archivalien zur mittelalterlichen Glasmalerei und zur Glasmalerei des 19. Jahrhunderts in Preußen. Wie bisher wurden alle erfaßten Quellen in der Datenbank zur „Geschichte der Glasmalerei“ gespeichert, deren Benutzbarkeit durch Einrichtung differenzierter Anwendungsmöglichkeiten verbessert werden konnte.

Im Rahmen der Drittmittelprojekte, die von dem dafür eingestellten Mitarbeiter, Dr. Bernd Konrad, begleitet werden, war es möglich, die Publikation „Glasmalereien aus acht Jahrhunderten. Meisterwerke in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Ihre Gefährdung und Erhaltung“ im Verlag Edition Leipzig in einer zweiten überarbeiteten Auflage erscheinen zu lassen. Für das große Verbundprojekt der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur Glasmalerei in den neuen Bundesländern wurde am 04. November 1999 nach der vorgesehenen Laufzeit von sechs Jahren die offizielle Abschlußveranstaltung durchgeführt. Eine repräsentative Abschlußpublikation ist erarbeitet worden und liegt gedruckt vor. Die Fördersummen und Eigenanteile des Projektes von über 9 Millionen DM wurden prüfbar abgerechnet. Das Projekt galt sowohl der Entwicklung beispielgebender Methoden zur Erhaltung der mittelalterlichen Glasmalereien wie der Glasmalereien des 19. Jahrhunderts und bildet eine Grundlage für weiterführende Maßnahmen sowie Forschungen.

Das Projekt der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur mittelalterlichen und historischen Glasmalerei in Sachsen und Polen wurde termingerecht fortgesetzt. In Leipzig fand ein erstes Berichtskolloquium statt. Die Arbeiten zur Glasmalerei im Zwickauer Dom und in der Zwickau-Planitzer Lukaskirche konnten bereits erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Inventarisations- und Dokumentationsarbeiten zur Glasmalerei des 19. Jahrhunderts in den neuen Bundesländern (Projekt der Ostdeutschen Sparkassenstiftung) wurden in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen fortgeführt und in Sachsen-Anhalt sowie Sachsen neu aufgenommen.

Publikationen:

Glasmalereien aus acht Jahrhunderten. Meisterwerke in Deutschland, Österreich und der Schweiz – ihre Gefährdung und Erhaltung, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Leipzig: Verlag Edition, 2. Auflage 1999.

Historische Glasmalerei. Schutzverglasung – Bestandssicherung – Weiterbildung. Ein Projekt der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, hrsg. von der Ber-

lin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Leipzig: Verlag Edition, 1999.

Böning, Monika: Zur Ikonographie der Glasmalereien aus der ehemaligen Dominikanerkirche in Lübeck. In: Stained Glass as Monumental Painting. XIXth International Colloquium, Kraków 14–16 May 1998. Academy of Fine Arts. Kraków 1999 (im weiteren XIXth International Colloquium), S. 19–33.

Fitz, Eva: Die Farbverglasung der Marienkapelle des Domes zu Halberstadt im Kontext von Liturgie und Kult. In: XIXth International Colloquium, S. 97–102.

Hinz, Ulrich: Handschriftencensus Westfalen. Schriften der Universitäts- und Landesbibliothek Münster 18. Wiesbaden 1999.

Ders.: Eine liturgische Handschrift im Pfarrarchiv St. Georg, Bocholt. In: Unser Bocholt, 50 (1999), hrsg. vom Verein für Heimatpflege Bocholt e. V., Heft 1, S. 3–8.

Konrad, Bernd: Kurzinformation zur Glasmalerei des 19. Jahrhunderts in Brandenburg. In: XIXth International Colloquium, S. 157–163.

Ders.: Die Glasmalereien von 1889 und 1894 in Wanzleben, St. Jacobi – Beobachtungen und Überlegungen zu ihrer Wiederherstellung. In: NewsLetter 46, S. 13–15.

Die deutschen Inschriften des Mittelalters

Nach dem Ausscheiden von Prof. Zahn (bisher Berlin, nun München) aus der kommissarischen Projektleitung bald nach Jahresbeginn wurde die Arbeitsstelle unmittelbar von der Mittelalter-Kommission und deren Vorsitzenden betreut. Ein neuer Projektleiter kann erst nach der Klärung der von Herrn Zahn konstatierten Probleme der Arbeitsstelle bestellt werden. Zu solcher Klärung wurden zwei auswärtige Fachgutachten eingeholt, die dem Präsidenten, der Geisteswissenschaftlichen Klasse der BBAW und der Mittelalter-Kommission vorlagen und von diesen Instanzen erörtert wurden. Auch die Interakademische Kommission „Deutsche Inschriften“ war mit der Angelegenheit befaßt; ihr Vorsitzender, Prof. Koch (München), ist nach Berlin gereist. Der Stand der Dinge am Jahresende ist der, daß Mittelalter-Kommission und Geisteswissenschaftliche Klasse im Herbst Beschlüsse zugunsten der Weiterarbeit der Arbeitsstelle gefaßt haben und zwar auf der Basis eines von beiden Gremien beschlossenen Neuordnungskonzepts. Anfang 2000 kann ein neuer Projektleiter berufen werden.

Auf Veranlassung von Herrn Zahn wurde eine gründliche Überarbeitung des Manuskripts „Die Inschriften der Stadt Zeitz“ (Frau Voigt) begonnen und in-

zwischen abgeschlossen. Auch die Register wurden demgemäß umgestaltet. In derselben Weise wurden Monita der beiden auswärtigen Gutachter aufgegriffen und eingearbeitet. Es zeigte sich bei alledem auch die bekannte Problematik des Zusammenhangs von allgemeinen, vor allem philologischen Regeln und Tatbeständen, und regionalen Besonderheiten. Es besteht daher ein gewisser Interpretationsspielraum, dem sich zuletzt der Bearbeiter verantwortlich stellen muß. Die Arbeitsstelle ist durch die im Jahr 1999 intensivierte wissenschaftliche Diskussion über ihre Projekte und auch im allgemeinen durch das ebenso intensivierte Zusammenwirken mit anderen Arbeitsstellen der „Deutschen Inschriften“ wesentlich bereichert worden und ist allen Mithandelnden zu großem Dank verpflichtet. Für den Band „Zeit“ wird zum Jahresende, nachdem letzte Fragen der gestalterischen Anordnung innerhalb des Bandes geklärt worden sind, die „lay out“-Arbeit beginnen, so daß er im Jahr 2000 erscheinen kann.

Was den Band „Die Inschriften der Stadt Brandenburg“ (Dr. Johne) betrifft, so ist die Inschriftenerfassung weitgehend abgeschlossen. Es werden insgesamt ca. 540 Inschriften vorliegen, von denen 140 nur kopiaal überliefert sind. Durch Recherchen in Bibliotheken und Archiven sind 1999 vierzig ebenfalls im Original verlorene Inschriften hinzugekommen. Auch die Brandenburger Inschriftenartikel sind nach den Richtlinien von Herrn Zahn überarbeitet worden, die 1999 neuerarbeiteten Artikel folgten sogleich dem neuen Konzept. Die Arbeit an der Einleitung und am Anhang wurde weitergeführt. Die für den Band vorgesehenen fotografischen Aufnahmen wurden bei einem Berufsfotografen in Auftrag gegeben.

Die Arbeiten am Band „Die Inschriften des Landkreises Rügen“ (Dr. Zdrenka) wurden fortgesetzt. Abgeschlossen sind die auswärtigen Archiv- und Bibliotheksrecherchen (Staatsarchiv und Universitätsbibliothek Greifswald, Stadtarchiv, Kulturhistorisches Museum und Denkmalpflegeamt Stralsund, Staatsarchiv und Nationalmuseum Stettin), die neue im Original verlorene Inschriften und generelle neue Erkenntnisse erbracht haben. 160 von ca. 210 Artikeln liegen in der ersten Fassung vor. Die Arbeit wird planmäßig im Jahr 2000 abgeschlossen sein. Die Fotoaufnahmen für die Veröffentlichung wurden von einer Berufsfotografin durchgeführt.

Die Mitarbeiter der Arbeitsstelle beteiligten sich an dem von allen Inschriftenarbeitsstellen der Akademien veröffentlichten Band „Deutsche Inschriften. Terminologie zur Schriftbeschreibung“ (Reichert Wiesbaden 1999), der auf sieben Tagungen von 1992 bis 1997 erarbeitet wurde. Das in der Potsdamer Arbeitsstelle begonnene Einscannen der Indices aller bisherigen Bände der „Deutschen Inschriften“ (1–49) befindet sich vor dem Abschluß, das Ergebnis steht im Frühjahr 2000 in der Arbeitsstelle zur Verfügung. Die kunsthisto-

rische Magisterarbeit von Arndt Schlitt-Dittrich, der der Arbeitsstelle durch langjährige Mitarbeit verbunden ist, über Brandenburger Material („Die mittelalterlichen Wandmalereien der Pfarrkirche zu Plaue. Ihre Stilistik und Ikonographie“) wurde mit Erfolg abgeschlossen.

Publikationen:

Johne, Renate: Rezeption der Antike in Deutschland. 1. Bis 1600. In: Der Neue Pauly. Enzyklopädie der Antike, in Verbindung mit Hubert Cancik und Helmuth Schneider hrsg. von Manfred Landfester. Rezeptions- und Wissenschaftsgeschichte Band 13, Stuttgart und Weimar 1999, Sp. 760–779.

Dies.: Zu einer frühen Darstellung der sog. Judensau im Dom St. Peter und Paul zu Brandenburg. In: 7. Jahresbericht des Historischen Vereins Brandenburg (Havel) e.V., Brandenburg an der Havel 1998 (erschienen 1999), S. 147–151.

Zdrenka, Joachim: Inwentarz zamku bytowskiego z 1538 r. (Inventar des Bütower Schlosses von 1538). In: Studia Zachodnie 4, Zielona Góra 1999, S. 33–43.

Ders.: Cztery dokumenty zachodniopomorskich Joannitów z lat 1368–1416 (Vier Urkunden der pommerschen Johanniter aus den Jahren 1368–1416). In: Gdańskie Studia z Dziejów Średniowiecza Nr. 6, Gdańsk–Koszalin 1999, S. 280–296.

Kommission Deutsches Wörterbuch

Bericht Wolfgang Klein

Mit Bildung einer von den Akademien Heidelberg, Göttingen und Berlin getragenen gemeinsamen Kommission für das Goethe-Wörterbuch erfolgte die Auflösung der für beide germanistischen Wörterbücher zuständigen ‚Kommission Germanistik: Wörterbücher‘ und die Schaffung einer eigenständigen Betreuungskommission für das ‚Deutsche Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm. Neubearbeitung‘. Sie nahm 1999 ihre Arbeit unter Leitung von Wolfgang Klein auf.

Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm. Neubearbeitung

Seit Juni 1999 hat die Arbeitsstelle ihren Sitz wieder im Akademiegebäude in der Jägerstraße. Damit haben sich die Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeiter bedeutend verbessert. Archiv und Bibliothek konnten benutzerfreundlich auf-

gestellt werden. Die Zeit der schwierigen und ungünstigen Arbeitsbedingungen seit 1983 in der Prenzlauer Promenade ist somit beendet.

Im Frühjahr 1999 erschien die erste Lieferung des dritten Bandes; sie umfaßt den Abschnitt *Antagonismus* bis *appellieren*. Einschließlich des Zusatzmaterials aus der Nachexzerption wurden ca. 78.800 Belege des Wortarchivs bearbeitet. Lieferung zwei des dritten Bandes liegt lexikographisch abgeschlossen zur Begutachtung durch den Projektleiter vor, an den Lieferungen drei und vier wird gearbeitet.

Am 26. Mai fand in der BBAW unter Vorsitz des Präsidenten eine ‚Expertentagung‘ zur Laufzeit des Berliner Anteils an der Neubearbeitung statt. Tagungsteilnehmer waren die Mitglieder beider Wörterbuchkommissionen (Berlin und Göttingen) und externe Fachvertreter. Der von der Bund-Länder-Kommission für die Beendigung der Neubearbeitung festgelegte Termin 2005 war bereits zum Zeitpunkt der Festlegung 1991 für die Berliner Arbeitsstelle nicht zu halten; denn sie hatte in der DDR-Zeit umfangreiche wörterbuchfremde Aufgaben übernehmen müssen. Nach gründlicher Beratung sprachen sich daher alle Teilnehmer für die Fortsetzung über 2005 hinaus und für die Fertigstellung des noch ausstehenden Berliner Abschnitts aus. Die Arbeitsstelle wird dazu ein neues Straffungskonzept erarbeiten.

Die Zusammenarbeit mit der Göttinger Arbeitsstelle verlief in allen Bereichen in den eingespielten Bahnen.

Publikationen:

Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm. Neubearbeitung, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, 3. Band, 1. Lieferung *Antagonismus-appellieren*. Bearbeitet in der Arbeitsstelle Berlin von Ch. Grimm, H. Petermann, G. Pfeifer (Leitung), L. Sattler, M. Scheider, N. Schrader, J. Schröder, Ch. Unger. Stuttgart, Leipzig: S. Hirzel Verlag, 1999.

Interakademische Kommission für das Goethe-Wörterbuch

Bericht Manfred Bierwisch

Die 1998 aufgrund einer Empfehlung des Akademienausschusses der Bund-Länder-Kommission eingerichtete Interakademische Kommission zur Betreuung der Arbeitsstellen des Goethe-Wörterbuchs bei der Heidelberger, der Göttinger und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

ist am 21. Juni 1999 in Tübingen und am 12. November 1999 in Berlin zusammengetreten. Unter dem Vorsitz von Ernst A. Schmidt wurden die mit den Akademieleitungen abzustimmenden Satzungs- bzw. Geschäftsordnungsfragen behandelt, sowie – gemeinsam mit den Arbeitsstellenleitern – die Probleme eines notwendigen Straffungskonzepts, das für das zu fixierende Laufzeitende realistische Voraussetzungen schaffen soll.

Die zunächst nur identifizierten, aber noch nicht gelösten Schwierigkeiten sollen aufgrund eines von den Arbeitsstellen zu erarbeitenden Vorschlags im November 2000 weiter beraten werden. Als Termin für die Vorlage des dann zu behandelnden Konzeptvorschlags ist der 1. Juli 2000 vereinbart worden.

Goethe-Wörterbuch

Mit der Fertigstellung der Planlieferung IV 1 (gig – goz) und der Erarbeitung des Planabschnitts IV 2 (gra – ha) wurde die lexikographische Erschließung des Goethe-Wortschatzes im Zusammenwirken mit den Partnerstellen der Göttinger und der Heidelberger Akademie fortgeführt. Bedingt durch die besonderen Anforderungen dieses Jahres mußten allerdings zeitweilige Terminverzögerungen in Kauf genommen werden, die auf die planmäßige Publikationstätigkeit jedoch ohne Einfluß blieben.

Einen wichtigen Eckpunkt bildete der Anfang Mai vollzogene Umzug der Berliner Arbeitsstelle ins Hauptgebäude Jägerstraße. Die neuen Arbeitsräume in zentraler Lage mit sachgerechter Archivaufstellung und günstigen Bibliothekszugängen bieten nunmehr erheblich verbesserte Arbeitsbedingungen.

Anläßlich des 250. Geburtstages von J. W. Goethe veranstaltete die Arbeitsgruppe von Juni bis August d. J. eine Ausstellung über Gegenstand, Zielsetzung und Verfahrensweisen des Goethe-Wörterbuchs (Texte: N. Lohse, J. Mattausch, M. Schilar), die sich reger Aufmerksamkeit, auch bei den Medien, erfreute. Wesentliche Teile der Exposition, vermehrt um bisher ungedruckte Artikelbeispiele, wurden im Rahmen eines „Goethe-Servers“ der Akademiebibliothek im Internet zugänglich gemacht.

Auf einem „Forum Goethe-Wörterbuch“ der internationalen Konferenz von Goethe-Übersetzern, die von der Goethe-Gesellschaft Weimar in Verbindung mit Universitäten in Straßburg, Rom, Erfurt u. a. im August in Erfurt abgehalten wurde, stellte der Leiter J. Mattausch das Unternehmen unter dem besonderen Blickwinkel dargebotener Hilfen für literarisches Übersetzen vor.

Neben den aus dem Umzug sich ergebenden Folgearbeiten sind als weitere Aktivitäten wiederum Arbeiten zur Komplettierung bzw. Rationalisierung der Grundlagen sowie zur Bereitstellung von Belegkopien für die Partnerarbeitsstellen zu erwähnen.

Publikationen:

Goethe-Wörterbuch. 4. Bd., 1. Lfg., Sp. 1–128 (Geschäft – Gestalt), Stuttgart: Kohlhammer 1999. – 4. Bd., 2. Lfg., Sp. 129–256 (Gestaltbarkeit – Glatze), 1999.

Kommission Germanistik: Editionen

Bericht Conrad Wiedemann

Die Kommission betreut vier editorische und zwei bibliographische Vorhaben.

Das Vorhaben „Deutsche Texte des Mittelalters“ wurde 1999 gutachterlich überprüft. Der vorgelegte Arbeits- und Zeitplan wurde bestätigt. Das Vorhaben wird bis 2011 weiter gefördert. Die nächste Überprüfung erfolgt im Jahr 2005.

Deutsche Texte des Mittelalters

1. Editionen

Der deutsche Malagis nach den Heidelberger Handschriften cpg 340 und 315. Unter Benutzung der Vorarbeiten von G. Schieb und S. Seelbach hrsg. von A. Haase, B. W. Th. Duijvestijn, G. A. R. de Smet und R. Bentzinger. Text und Variantenapparat liegen mehrfach korrigiert vor, ebenso das Namenverzeichnis. Die Überarbeitung des kommentierenden Apparates und des Glossars steht vor dem Abschluß. Die Einleitung wird redigiert.

„Der gute Gerhart“ Rudolfs von Ems in einer anonymen Prosaauflösung und die lateinische und deutsche Fassung der Gerold-Legende Albrechts von Bonstetten nach den Handschriften Reg. 0 157 und Reg. 0 29 a und b im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar. Hrsg. von R. Bentzinger, Ch. Meckelnborg, F. Pensel und A.-B. Riecke. Die Gutachtervorschläge sind eingearbeitet. Weitere Redaktionen erfolgten, die Drucklegung wird vorbereitet.

Johannes Rothes Elisabeth-Leben. Die Materialien aus dem Nachlaß des bisherigen Editors, H. Lomnitzer (Marburg), wurden vollständig nach Berlin gebracht und gesichtet, um die Edition durch A. Haase und A.-B. Riecke zu Ende zu führen. Die zu edierenden Handschriften wurden ausgewählt, und mit der Erfassung der Transkriptionen auf PC wurde begonnen.

„Ogier von Dänemark“ nach der Heidelberger Handschrift cpg 363. Hrsg. von H. Weddige in Verbindung mit Th. J. A. Broers und H. van Dijck. Text,

Lesartenapparat, Namen- und Wortverzeichnis liegen vor. Der kommentierende Apparat zum zweiten Teil des Textes wird ergänzt. Der literarhistorische Teil der Einleitung ist fertiggestellt. An der Beschreibung der Sprache der Handschrift wird gearbeitet.

Die Christherre-Chronik nach der Göttinger Handschrift Cod. 2^o Philol. 188/10. Hrsg. von K. Gärtner in Zusammenarbeit mit R. Plate und M. Schwabauer. Nach Abschluß der Edition von V. 7161–12450 wurde an Text und Apparat des schwierigen Anfangsteils weitergearbeitet.

Die Postille Hartwigs von Erfurt, Teil I und II, nach der Frankfurter Handschrift ms. germ. 4^o 3, der Wiener Handschrift (ÖNB) Cod. 2845, der Münchener Handschrift cgm 636 und zahlreichen anderen Handschriften. Hrsg. von V. Mertens und H.-J. Schiewer. Teil I (Winter Teil) steht vor dem Abschluß. Die Überprüfung des Textes, des Apparates und der Quellennachweise für Teil II (Sommer Teil) wird fortgeführt.

Johannes Roth's Thüringische Landeschronik nach der Gothaer Handschrift Chart. B 180, seine Eisenacher Chronik nach der Berliner Handschrift Ms. germ. quart. 252 und seine Urkunden nach Autographen des Thüringischen Hauptstaatsarchivs Weimar. Hrsg. von S. Weigelt. Text und Glossar werden redigiert. Die Handschriftenbeschreibungen und die Abhandlungen zur Grammatik und zur Überlieferungsgeschichte sind fertiggestellt. An der Apparatgestaltung und der technischen Einleitung des Textes wird gearbeitet.

Die Weltchronik des Heinrich von München nach Wolfenbüttel, HAB cod. 1.5.2. Aug. fol. Hrsg. von F. Shaw, J. Fournier und K. Gärtner. Mit der Edition des neutestamentlichen Teils (Kap. 1–12) ist die Ausgabe abgeschlossen. Die Korrektur der gesamten Edition wurde begonnen.

2. Handschriftenarchiv

Verzeichnis der mittelalterlichen und ausgewählter neuerer deutscher Handschriften der Herzogin Anna Amalia Bibliothek Weimar, des Thüringischen Hauptstaatsarchivs Weimar, des Goethe- und Schiller-Archivs und der Weimarer Stadtkirche. Bearb. von F. Pensel. Die Eingabe der Beschreibungen von Handschriften der HAAB – in den achtziger Jahren an das Thüringische Hauptstaatsarchiv Weimar abgegeben – ist abgeschlossen, und die Arbeit an den Registern befindet sich in der Endphase.

Die *Registererstellung zum Handschriftenarchiv*, die sich auf die Handschriften aus Streubesitz konzentriert, wurde von A.-B. Riecke 1999 beendet. Die ca. 39.000 Einträge zu knapp 2.000 Handschriften aus 344 Sammlungen stehen in der DBI-LINK-Datenbank „Handschriften des Mittelalters“ des Deutschen Bibliotheksinstituts Berlin zur Verfügung, die letztmalig im Okto-

ber 1999 aktualisiert wurde. Die Registerinträge wurden außerdem in die von der DFG entwickelte Handschriftendatenbank übernommen.

Deutsche mittelalterliche Handschriften der UB Breslau. Im Rahmen eines geplanten Drittmittelprojektes zur Erschließung der im Handschriftenarchiv vorhandenen Beschreibungen der mittelalterlichen deutschen Handschriften in der Breslauer UB wurden in Vorbereitung der Kooperation Arbeitsmaterialien zwischen polnischer und deutscher Seite ausgetauscht und ein Mengengerüst relevanter Handschriften erstellt. Die Einwerbung von Drittmitteln wird betrieben.

3. Berichte über Editionsprojekte zu mittelalterlichen deutschen Texten.

In diesem Jahr erstellte A.-B. Riecke den 37. Editionsbericht, der im November 1999 in Heft 1999/1 der ‚Germanistik‘ erschien.

Publikationen:

Bentzinger, Rudolf: Aspekte der Nomination in der Flugschriftenliteratur der Reformationszeit. In: Döring, Brigitte, Feine, Angelika & Wilhelm Schellenberg (Hg.), *Über Sprachhandeln im Spannungsfeld von Reflektieren und Benennen (Sprache, System und Tätigkeit, 28*, hrsg. von Gerhard Bartels, Inge Pohl und Karl Ernst Sommerfeldt), Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, 1999, S. 27–36.

Ders.: Der Humanismus und die Erweckung des Sprachbewußtseins in Böhmen. In: Scharnhorst, Jürgen (Hg.), *Sprachkultur und Sprachgeschichte (Sprache, System und Tätigkeit, 30*, hrsg. von Inge Pohl und Karl-Ernst Sommerfeldt), Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien, 1999, S. 111–124.

Ders.: Zur spätmittelalterlichen Bibelübersetzung, Versuch eines Überblicks. In: Rösler, Irmtraud (Hg.), *„Ik lerne kunst dor lust“*, Ältere Sprache und Literatur in Forschung und Lehre, Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. phil. habil. Christa Baufeld. In: *Rostocker Beiträge zur Sprachwissenschaft*, 7 (1999), Rostock, S. 29–41.

Haase, Annegret: Die Freie im Meistergesang – Bisher unveröffentlichte Lieder in Weimarer Handschriften. In: Bentzinger, Rudolf & Ulrich-Dieter Oppitz (Hg.), *Fata Libellorum*, Festschrift für Franzjosef Pensel zum 70. Geburtstag. In: *Göppinger Arbeiten zur Germanistik*, 648 (1999), Göppingen, Kümmerle (im weiteren *Fata Libellorum*), S. 65–78.

Riecke, Anne-Beate: Editionsprojekte zu mittelalterlichen deutschen Texten, 37. Bericht. In: *Germanistik* 40 (1999) 1, S. 289–301.

Meckelnborg, Christina & Anne-Beate Riecke: Die ‚Chronik der Sachsen und Thüringer‘ von Georg Spalatin. In: Bentzinger, Rudolf & Ulrich-Dieter Oppitz (Hg.), *Fata Libellorum*, S. 131–162.

Grundriss zur Geschichte der deutschen Dichtung aus den Quellen
– Goedeke's Grundriss –

Vom dritten Band (G und H) des ‚Deutschen Schriftsteller-Lexikons 1830–1880‘ liegt Teil G in endgültiger Fassung als Satz gespeichert vor. Von mehreren Darstellungen sind aufgrund neuer Untersuchungen in der Arbeitsstelle selbst, mit Hilfe auswärtiger Forschungs-Einrichtungen und aus Daten, die Speichermedien entnommen wurden, Zweit- und Drittfassungen erarbeitet worden. Die mit zahlreichen Fehlinformationen und Falschzuweisungen belasteten Auskünfte aus Internet-Angeboten und Katalogkumulationen mußten in jedem Fall verifiziert werden, da sonst das Lexikon an Verlässlichkeit verloren hätte. Der bisher fehlende Personalartikel über Rudolf von Gottschall (mit 165 selbständigen Publikationen) wurde ergänzt, ebenso die nachträglich einbezogene Dokumentation des Erfolgsautors Ludwig Ganghofer, dessen literarische Produktivität bereits in den 1860er Jahren beginnt und nicht, wie allgemein angenommen, 1879. – Teil G besteht aus 76 ausgeführten Darstellungen und 850 Kurzartikeln.

Teil H wird 84 monographische Artikel umfassen, von denen bereits 64 als Arbeitsmanuskripte vorhanden sind; zu den abgeschlossenen gehören außer den zum engeren Literaturbereich zählenden Autoren u. a. Ernst Häckel, Eduard Hanslick, Eduard von Hartmann, die erstmals in ein Literaturlexikon vollständig integriert sind.

Die Auswertung literarischer periodischer Primärquellen wurde – wenn auch mit beschränkten Mitteln – wieder aufgenommen und hat durch das Auffinden bislang unbekannter Unikate einen bemerkenswerten Ertrag gebracht.

Am zweiten Registerband wird weiter gearbeitet. Versuche mit einem neu entwickelten Scannverfahren versprechen für die Zukunft eine Entlastung beim Übertragen von den Schreibmaschinen-Vorlagen in den Speicher.

Publikation:

Jacob, Herbert: Adolf Schustermann. In: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, hrsg. v. d. Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Lief. 54, Wien 1999, S. 400–401.

Forster-Ausgabe

1999 wurde weiter an der Herausgabe von Forsters naturwissenschaftlichen Schriften gearbeitet. Die zweibändige illustrierte Ausgabe (*Schriften zur Naturkunde*, Werke Band 6, Teil 1 und 2) kann voraussichtlich im Frühjahr

2000 in Satz gehen. Inhalt und Anlage des für die systematische Botanik und wissenschaftsgeschichtlich interessanten Bandes sind im Jahrbuch 1998 beschrieben.

Textkontrollen und Nachlaßverzeichnis machten nochmals einen Aufenthalt in Paris nötig. Das Verzeichnis ist der Bibliothek des Naturgeschichtlichen Nationalmuseums (BCMNH) als Manuskript übermittelt worden. Aus der Bibliothek stammt das meiste des Bandes. Forschungen in der BnF haben zu einer Neufassung des Buffon-Kapitels geführt. In den Band zusätzlich aufgenommen wurden Beiträge beider Forster in Buffon, *Histoire naturelle générale et particulière, Supplément T. VI, 1782*. Forsters Übersetzung *Herrn von Buffons Naturgeschichte der vierfüßigen Thiere. Mit Vermehrungen aus dem Französischen übersetzt (von Georg Forster). Sechster Band. Mit allergnädigstem Königl. Preuß. Privilegio. Berlin 1780. Bey Joachim Pauli, Buchhändler. 11,5 × 19 cm. A–Bb (25 Bogen). [II], IV, 397 S.; [XV] Bl.: 15 Ill., Exemplar Paris BnF S-10991 mit farbigen Kupferstichen, besteht zur Hälfte aus eigenem Text. Über den Abdruck von Forsters Texten im engeren Sinne hinaus wurde der gesamte Band als ein Beispiel für Forstersche Übersetzungen und Kompilationen, auch wegen der darin enthaltenen Tiernamensynonyme, dokumentiert. Der Zusammenhang des bisher unveröffentlichten Aufsatzes *Dissertatio contra Buffonium, 1779* und der Schrift *Ein Blick in das Ganze der Natur, 1794* (verfaßt 1781) mit der Übersetzung – ein altes Problem der Forsterforschung – konnte geklärt werden.*

Die Übersetzungen aus dem Lateinischen (durch L. Uhlig, USA, und den Bearbeiter) fördern hoffentlich das Verständnis der betreffenden Schriften. In moderner deutscher Fassung liegen erstmals vor: Vorreden und Einleitungen zu den Schriften *Characteres generum plantarum, 1775*; *Gentiana saxosa, 1777*; *Decas plantarum novarum, 1780*; *De plantis esculentis commentatio botanica, 1786*; *Florulae insularum australium prodromus, 1786*; *Fasciculus plantarum magellanicarum, 1789*; *Plantae atlanticae, 1789* und *Descriptiones plantarum, 1772–1775*; außerdem vollständig die programmatische Antrittsvorlesung in Wilna *Limites historiae naturalis, Februar 1785* und die Vorlesung zur Eröffnung des akademischen Jahres *De hominis in omni climate vivendi facultate* (unveröffentlicht), Dezember 1785; ferner eine Auswahl aus den *Praelectiones in rudimenta historiae naturalis, 1785* sowie die grundsätzlichen §§ 9, 12 und 14 (*De generationis modis, evolutionis et epigeneseos theoriae, decompositio, methodus*) aus den *Praelectiones zoologicae, 1786*.

Arbeiten für Band 19 (*Register*) und bibliographische Ermittlungen wurden kontinuierlich fortgesetzt. Die Rekonstruktion von Forsters Bibliothek auf der

Grundlage von zwei zeitgenössischen Auktionskatalogen (Mainz und Göttingen 1797) sowie von Hinweisen auf Buchkäufe in Briefen und die Titelaufnahmen sind zu gut zwei Dritteln fertig.

Wieland: Gesammelte Werke

Weiterführung der Materialsammlung zu der Briefausgabe (u. a. Ermittlung und Beschaffung verschiedener ungedruckter Briefe Wielands), kontinuierliche Fortführung der Bearbeitung von „Wielands Briefwechsel“.

Arbeitsergebnisse 1999:

Erschienen:

- Band 13: Briefe Juli 1795–Juni 1797. Teil 1: Text. Bearbeitet von Klaus Gerlach. Berlin 1999. 627 S.

Korrekturen laufen zu den Bänden:

- Band 13: Briefe Juli 1795–Juni 1797. Teil 2: Anmerkungen. Bearbeitet von Klaus Gerlach (erscheint 2000).
- Band 14: Briefe Juli 1797–Juni 1999. Bearbeitet von Angela Goldack (erscheint 2000).

Die Arbeit an folgenden Bänden wurde weitergeführt:

- Band 11: Briefe Januar 1791–Juni 1793. Bearbeitet von Uta Motschmann.
- Band 15: Briefe Juli 1799–Juni 1802. Bearbeitet von Thomas Lindenberg.
- Band 17: Briefe Januar 1806–September 1809. Bearbeitet von Siegfried Scheibe.

Jean-Paul-Edition

Die Bearbeitung der ersten drei Bände *Briefe an Jean Paul* folgte unterschiedlichen Schwerpunkten:

Für Band 1 (Briefe aus den Jahren 1781 bis 1793, bearbeitet von Monika Meier) lag dieser auf den Sacherläuterungen, so daß nun der Text mit den zugehörigen Abschnitten des Kommentars (zu Überlieferung und Datierung sowie Textgrundlage, Lesarten und Varianten, weitgehend 1998 erarbeitet) und der größte Teil des Sachapparates vorliegen (zusammen etwa 85% des Bandes).

Die erste Fassung des Kommentars für den zweiten Band (Briefe aus den Jahren 1794 bis 1797, bis März bearbeitet von Dorothea Böck, seit Mitte Juni bearbeitet von Jörg Paulus) wurde weiter ergänzt und redaktionell überarbeitet. Die Autopsie von etwa 170 Briefen während einer mehrwöchigen Archiv-

reise nach Krakau (Biblioteka Jagiellońska) im November und Dezember ist Voraussetzung für die abschließende Konstitution von etwa vier Fünfteln des Textes (die Texte der übrigen Briefe wurden 1997 hergestellt).

Seit 1998 gelten die Arbeiten am dritten Band (Briefe aus den Jahren 1797 bis 1800, in zwei Teilbänden, bearbeitet von Angela Goldack) der Vorbereitung des ersten Teilbandes. Die Sacherläuterungen zu den weitgehend chronologisch bearbeiteten Briefen des Bandes 3.1 liegen zu etwa 80% vor. Autopsie und abschließende Textkonstitution für die etwa 160 handschriftlich überlieferten Briefe dieses Teilbandes sind für 2000 vorgesehen (der Text für 50 weitere Briefe wurde 1997 hergestellt).

Editionsvorbereitende und -begleitende Arbeiten wie der Ausbau der Personen- und Literaturdatenbank, die Verzeichnung von Kontextautographen, die Beobachtung des Autographenmarktes oder die Beantwortung von Anfragen wurden weitergeführt. Sie konnten wie in den vergangenen Jahren durch externe Mitarbeiterinnen (Werkverträge) und eine studentische Hilfskraft unterstützt werden.

Eine AB-Maßnahme ermöglicht seit Oktober 1998 das Einscannen des Gesamtregisters der „Briefe von Jean Paul“ und verschiedener, elektronisch noch nicht verfügbarer Jean-Paul-Texte.

Die Jean-Paul-Edition steht weiterhin in Verbindung mit den Bearbeitern der anderen Zweige der historisch-kritischen Jean Paul-Ausgabe (vgl. unten).

Publikationen:

Meier, Monika, Briefe an Jean Paul, S. 30–34 in: Helmut Pfotenhauer, Thomas Wirtz, Ralf Goebel, Monika Meier, Zum Stand der Jean Paul-Edition. In: Jahrbuch der Jean-Paul-Gesellschaft 34 (1999), S. 9–34.

Bibliographische Annalen

Band 3 (1977–1983) wurde im Manuskript (ca. 1100 Seiten) fertiggestellt.

Den Schwerpunkt der Arbeit im Jahr 1999 bildeten die Ermittlung und Aufnahme der Sekundärangaben zu 1998 erhobenen Titeln. Die einschlägigen Zeitschriften und Zeitungen wurden nach relevanten Rezensionen durchsucht, die Aufführungspraxis der dramatischen Werke ausgewertet und die kulturpolitischen Konzentrationen festgehalten. Die Kategorie „Personalia“ ist mit biographischen Angaben aufgefüllt worden.

Insgesamt ist spürbar, daß mit rückläufiger Datierung die Erschließung des bibliographischen Materials schwieriger wird und die Kommentierung anwächst. Zudem muß gefährdetes Quellenmaterial unabhängig von der augen-

blicklichen Aufgabenstellung gesichert und vorrangig aufgenommen werden. Dies betrifft in der Regel Archivbestände. So mußten schon jetzt alle Programme des Kabarets „Die Herkuleskeule“ seit seiner Gründung Anfang der sechziger Jahre bibliographisch erfaßt werden, weil bekannt wurde, daß die hauseigene Sammlung aus Kostengründen aufgegeben werden soll.

Eine gegenläufige Entwicklung ist hinsichtlich der elektronischen Recherche eingetreten. Erfreulich ist die Tatsache, daß die Potsdamer Vorhaben in diesem Jahr Zugang zum Internet und damit erweiterte Arbeitsmöglichkeiten erhalten haben, wenngleich sich das System noch als relativ instabil erweist. Positiv ist ebenfalls der Umstand, daß die Deutsche Bibliothek die Nationalbibliographie auch für die Jahre 1972–1986 auf CD-ROM zugänglich gemacht hat, was sich vorteilhaft auf die Titelerhebung von Band 2 auswirken wird. Gleichzeitig bedeutet die zum Anfang Dezember verfügte Schließung des Retro-VK des Deutschen Bibliotheksinstitutes, der von der Arbeitsstelle in besonders komfortabler Weise genutzt werden durfte, einen spürbaren Verlust hinsichtlich der qualitativen und quantitativen Datenercherche.

Die Erarbeitung des Bandes 4 mußte in erster Linie den Nachweis erbringen, daß die ihr zugrundeliegende Konzeption tragfähig ist und der eingeschlagene Weg ihrer Umsetzung zum erwarteten Ergebnis führt. Der mit dieser Phase verbundene Auf- und Ausbau der materiell-technischen und organisatorischen Arbeitsfähigkeit, das Entwickeln und Ausprobieren verschiedener Arbeitstechniken sowie notwendige individuelle Qualifizierungen ließen noch keinen Aufschluß über die tatsächlich notwendige Bearbeitungszeit pro Band zu. Eine exakte und realistische Gesamtzeitplanung kann erst jetzt nach Abschluß von Band 3 aufgestellt werden, der unter weitgehend fixierten und standardisierten Bedingungen entstanden ist. Eine abermalige Beschleunigung durch weitere Automatisierung scheint aus heutiger Sicht nicht möglich. Somit ergibt sich bei optimalem Verlauf eine Bandbearbeitungsdauer bis zur Manuskriptreife von zwei Jahren. Bis zum Ende der Laufzeit des Unternehmens kann danach der Abschluß des vorletzten Bandes 2 als planbar gelten. Im Zusammenhang mit der anstehenden Entscheidung über die Verlagsbindung ist nunmehr die Sicherung des noch ausstehenden letzten Bandes und des Registerbandes vordringlich. Für diesen Abschnitt ist eine Zeitspanne von drei Jahren zu veranschlagen. Der Umfang redaktioneller Arbeit läßt sich erst im Rahmen der vertraglichen Regelungen mit dem Verlag präzise beziffern.

Ein von vier Potsdamer Arbeitsstellen betriebenes ABM-Projekt konnte verlängert werden. Die beiden gedruckt vorliegenden Bände der Annalen wurden eingescannt und anschließend mit einem Texterkennungsprogramm bearbeitet, so daß jetzt der gesamte Korpus digitalisiert in Word vorliegt. Damit würde sich bei einer Entscheidung für die Überarbeitung und Er-

gänzung dieses Abschnittes im Sinne einer einheitlichen und vollständigen Darstellung des Gesamtzeitraumes der zu investierende Aufwand reduzieren.

Die Digitalisierung der Produktionsmeldungskartei hat die Verzeichnung der Auflagenhöhen und Überprüfung anderer relevanter Angaben beschleunigt. Dennoch mußten die etwa siebzigtausend Karteikarten aufgrund des enormen Speicherbedarfs bei Bilddateien auf mehrere CD-ROMs verteilt werden. Um zukünftig das Gesamtarchiv ohne Beschränkung benutzen und weiter ausbauen zu können, hat die Arbeitsstelle den Kauf des leistungsfähigen Archivsystems Easy in die Wege geleitet.

Kommission Jahresberichte für deutsche Geschichte

Bericht Heinz Schilling

Michèle Schubert ist seit April 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Berliner Arbeitsstelle.

Stefan Oehmig ist seit Juni 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Leipziger Arbeitsstelle.

Das Akademienvorhaben konzentrierte sich während des abgelaufenen Jahres auf die Fertigstellung des Bandes 50, Berichtsjahrgang 1998, der Jahresberichte für deutsche Geschichte, der im November erschien. Er umfaßt wie sein Vorgänger über 16.000 Titel aus allen Sachgebieten der deutschen Geschichte von Christi Geburt bis zur Gegenwart. Zugleich wurde mit der Erfassung des Titelmaterials für den Band 51, Berichtsjahr 1999, begonnen.

Parallel dazu wurde auch die Digitalisierung und sachliche Neuerschließung des Bandes 42, Berichtsjahr 1990, zu Ende geführt, so daß dieser Band auf der im Januar des nächsten Jahres erscheinenden CD-ROM ebenso verzeichnet sein wird wie der Band 50. Diese wird somit über 100.000 Titel umfassen und im inzwischen gewohnten Design erscheinen.

Zu Beginn des Jahres wurde eine neue Version des bewährten Softwareprogramms eingeführt, das den uneingeschränkten Einsatz von Norm- und Stammdaten ermöglicht. Darüber hinaus wurden die Arbeitsabläufe reorganisiert und gestrafft, um die Aktualität der Bibliographie zu erhöhen und freie Kapazitäten für weitere Aufgaben zu erhalten. Seit Mitte April stehen die aktuellsten Titel der Bibliographie, die weder im gedruckten Band noch auf der CD-ROM verzeichnet sind, im Internet auf dem Server der Akademie-

bibliothek zur Verfügung. In Zukunft sollen diese Daten regelmäßig jeden Monat aktualisiert und ergänzt werden.

Das im Juni letzten Jahres begonnene Retrokonversionsprojekt der Bände 41, Berichtsjahr 1989, bis Band 36, Berichtsjahr 1984, mußte im Juni nach einer Laufzeit von einem Jahr abgebrochen werden. Eine Weiterführung dieses Projektes ist zur Zeit wegen der veränderten Bedingungen für die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht möglich. Das Vorhaben bemüht sich zusammen mit der Verwaltung um Alternativen, damit der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit weitere Bände in elektronischer Form zugänglich gemacht werden können. Insgesamt wurden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KOMMTREFF über 66.000 Titel digitalisiert, die in absehbarer Zeit ebenfalls elektronisch angeboten werden sollen.

Mit dem jährlich erscheinenden gedruckten Band, der CD-ROM und dem Internet-Angebot haben die Jahresberichte für deutsche Geschichte definitiv Anschluß an die im Bibliotheks- und Bibliographienbereich gängigen Standards gefunden und präsentieren sich heute als modernes Informationsmittel für Forschung und Lehre. Das Hauptaugenmerk des Vorhabens wird somit in Zukunft auf der weiteren inhaltlichen Verbesserung des Projektes liegen.

Publikationen:

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.): Datenbank. Jahresberichte für deutsche Geschichte. Berichtsjahre 1991–1997, Berlin: Akademie Verlag 1999, 1 CD-ROM.

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.): Jahresberichte für deutsche Geschichte. Neue Folge, 50. Jahrgang 1998, Berlin: Akademie Verlag, 1999, IV, 1237 S.

Oehmig, Stefan: Katharina von Bora, die Lutherin – Eine Wirtschaftlerin und Saumärkterin. In: Mönchshure und Morgenstern. Katharina von Bora, die Lutherin. Wittenberger Sonntagsvorlesungen. Evangelisches Predigerseminar, Wittenberg: Drei Kastanien Verlag, 1999, S. 96–119.

Ders.: Stadt und Säkularisation. Zum Verlauf und zu den Folgen der Aufhebung der Leipziger Klöster. In: Donnert, Erich (Hg.), Europa in der Frühen Neuzeit. Festschrift Günter Mühlpfordt, Bd. 5: Aufklärung in Europa, Köln-Weimar-Wien, Böhlau Verlag, 1999, S. 135–186.

Ders.: Wittenberg. In: Behringer, Wolfgang, Roeck, Bernd [u. a.] (Hg.), Das Bild der Stadt in der Neuzeit, 1400–1800, München: Verlag C. H. Beck, 1999, S. 403–408, 486–487.

Schubert, Michèle: Meister – Schüler : Theodor von Sickel und Paul Fridolin Kehr (nach ihrem Briefwechsel). In: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 106 (1998) 112, S. 149–166.

Dies.: Paul Kehr und die Gründung des Marburger Seminars für Historische Hilfswissenschaften im Jahre 1894. Der Weg zur preußischen Archivschule Marburg. In: *Archivalische Zeitschrift* 81 (1998), S. 1–59.

Kommission Marx-Engels-Gesamtausgabe

Bericht Herfried Münkler

Im Jahre 1999 besaß das Erscheinen zweier weiterer neuer Bände (IV/31 und Vorauspublikation zu IV/32) für das Akademienvorhaben Priorität. Parallel zu den Redaktions-, Satz- und Korrekturarbeiten an beiden Projekten wurden die Editions- und Forschungsvoraussetzungen dafür geschaffen, daß in den Jahren 2000 und 2001 jeweils zwei weitere Bände veröffentlicht werden können.

Um die parallele Bearbeitung des gleichen Gegenstandes durch Editorengruppen in Deutschland, Japan und Rußland für eine einheitliche Vorgehensweise in der Textdarbietung und Kommentierung sowie für Synergieeffekte zu nutzen, veranstaltete das Vorhaben vom 17. bis 19. Mai 1999 ein Kolloquium zum Thema „Im Spannungsfeld zwischen Autor und Herausgeber. Marx' Entwürfe zum II./III. Buch des ‚Kapital‘, ihre Drucklegung durch Engels und ihre historisch-kritische Darbietung in der MEGA“. Die Tagung wurde durch die Fritz Thyssen Stiftung gefördert. Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme von Carl-Erich Vollgraf debattierten deutsche, japanische, niederländische und russische Editoren im Plenum und in drei Workshops die Konstituierung der künftigen MEGA-Bände II/11, II/12, II/13, II/14 und II/15, Fragen der Textdarbietung und Kommentargestaltung sowie Probleme der EDV-Anwendung und Satztechnik.

Am 16. Dezember 1999 präsentierte der Akademie Verlag die neuen MEGA-Bände IV/31 und IV/32 (Vorauspublikation). Im Band IV/31 werden naturwissenschaftliche Exzerpte und Notizen von Marx und Engels aus der Zeit zwischen Mitte 1877 und Anfang 1883 publiziert. Für den überwiegenden Teil der Manuskripte geschieht dies erstmalig. Den größten Teil des Bandes nehmen Marx' Exzerpte und Notizen zur anorganischen und organischen Chemie ein. Den Schwerpunkt bildet die klassische Chemie auf dem Stand von 1870, für den die Einführung des Periodensystems, die Atom- und Molekulartheorie sowie die Struktur- und Bindungstheorie kennzeichnend waren. Marx benutzte einschlägige Standardwerke jener Zeit (Lothar Meyer, Henry Enfield Roscoe, Carl Schorlemmer, Wilhelm Friedrich Kühne), auch Schriften zur Physik (Benjamin Witzschel), Physiologie (Ludimar Hermann, Jo-

hannes Ranke) und Geologie (Joseph Beete Jukes). Ein Exzerpt zur Elektrizitätstheorie (Édouard Hospitalier) schließt den ersten Teil des Bandes ab. Der zweite Teil enthält zwei Exzerptheft mit Auszügen aus Werken von William Thomson und Peter Guthrie Tait, Carl Fraas und Hermann von Helmholtz, die Engels während seiner Arbeit an der „Dialektik der Natur“ anlegte. Der neue Band wurde von Anneliese Griese, Friederun Fessen, Peter Jäckel und Gerd Pawelzig bearbeitet. Die Satzvorbereitung und den Korrekturprozeß betreuten Jürgen Herres und Claudia Reichel. Der Band IV/31 wurde durch das Internationale Institut für Sozialgeschichte Amsterdam und die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung im Akademienprogramm mit Mitteln des Bundes (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) und des Landes Berlin (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur) gefördert. Die Vorauspublikation zu Band IV/32 dokumentiert die Mitte der 1920er Jahre im Berliner Parteiarchiv der SPD begonnene und im Zuge der Weiterführung der MEGA unter den Auspizien der Internationalen Marx-Engels-Stiftung und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften nunmehr abgeschlossene Rekonstruktion des Buchbesitzes von Marx und Engels. Der annotierte Bibliothekskatalog verzeichnet alle bisher wiederaufgefundenen 1450 Titel ex libris Marx und Engels in mehr als 2100 Bänden. Der ausführlichen bibliographischen Beschreibung und Standortbezeichnung jedes überlieferten Exemplars folgen Angaben über Widmungen, Eigentumsvermerke und Aufschriften sowie die Aufführung der ca. 40000 Buchseiten, die Lesespuren, d. h. textliche und graphische Marginalien von Marx und Engels aufweisen. Außerdem wird ein Bezug zu ihrem Lesefeld hergestellt. Die Bearbeiter dokumentieren, ob der betreffende Titel in den überlieferten Marxschen Teilverzeichnissen seiner Bibliothek aufgeführt ist, Exzerpte vorliegen und die wiedergefundenen Bücher in Werken, Manuskripten oder Briefen von Marx oder Engels – soweit in den bisher erschienenen MEGA-Bänden bzw. in der Werkausgabe (MEW) publiziert – erwähnt und verwertet worden sind. Das annotierte Verzeichnis des ermittelten Bestandes der Bibliotheken von Marx und Engels entstand in deutsch-russischer Forschungskooperation an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften als Vorauspublikation zum MEGA-Band IV/32, der den Bibliothekskatalog durch die kontextbezogene Edition der textlichen Marginalien sowie wissenschafts- und werkgeschichtliche Kommentare auf der Grundlage der dann vollständig vorliegenden Gesamtausgabe ergänzen wird. Es wurde von Hans-Peter Harstick, Richard Sperrl und Hanno Strauß unter Mitwirkung von Gerald Hubmann, Karl-Ludwig König, Larisa Mis'kevič und Ninel' Rumjančeva bearbeitet. Sie wurden in der Phase der Fertigstellung und Insatze

von allen Mitarbeitern des Akademienvorhabens unterstützt. Manfred Neuhaus koordinierte zusammen mit Hans-Peter Harstick den Gesamttablauf, Claudia Reichel fertigte das Autorenverzeichnis und Jürgen Herres oblag die Koordination und datentechnische Vorbereitung des Satzprozesses. Das Projekt wurde durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung im Akademienprogramm mit Mitteln des Bundes (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) und der Länder Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gefördert.

Wie in den Vorjahren war Herfried Münkler auch 1999 als stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Internationalen Marx-Engels-Stiftung (IMES) tätig. Hans-Peter Harstick stand dem Wissenschaftlichen Beirat vor, während Jürgen Herres, Manfred Neuhaus und Carl-Erich Vollgraf als Mitglieder der Redaktionskommission und deren Kerngruppe (Vollgraf) agierten. Auf Einladung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften wurde die traditionelle Frühjahrstagung des IMES-Vorstandes am 20. und 21. Mai 1999 in Berlin ausgerichtet.

Publikationen:

Herres, Jürgen: Köln 1848–1850 in Augenzeugenberichten. Die Korrespondenzen des Lehrers Alexander Günther in der Hamburger Modezeitung „Jahreszeiten“. In: *Geschichte in Köln*, 44 (1998), S. 71–137.

Hubmann, Gerald: Menschenwürde und Antijudaismus. Zur politischen Philosophie von J. F. Fries. In: Högrefe, Wolfram & Kay Herrmann (Hg.), *Jakob Friedrich Fries. Philosoph, Naturwissenschaftler und Mathematiker*, Frankfurt (u. a.) 1999, S. 141–163.

Neuhaus, Manfred & Hans-Peter Harstick: Die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA). In: *Sozialwissenschaftliche Informationen*, 28 (1999), S. 228–233.

Neuhaus, Manfred, Müller, Eva & Joachim Tesch (Hg.): „Ich habe einige Dogmen angetastet ...“ Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums, Leipzig 1999, 158 S.

Vollgraf, Carl-Erich, Sperl, Richard & Rolf Hecker (Hg.): *Geschichtserkenntnis und kritische Ökonomie. Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge* 1998, Berlin, Hamburg 1999, 284 S.

Vollgraf, Carl-Erich: Editionen im Wind ihrer Zeit: Die Volksausgaben von Band III des *Kapital* durch die Kautskys 1929 und das Moskauer IMEL 1933. In: Vollgraf, Carl-Erich, Sperl, Richard & Rolf Hecker (Hg.), *Geschichtserkenntnis und kritische Ökonomie. Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge* 1998, Berlin, Hamburg 1999, S. 61–96.

Kommission Feuerbach-Gesamtausgabe

Bericht Herfried Münkler

Im Berichtsjahr erschien mit Band 13 der erste von insgesamt vier Bänden, die dem handschriftlichen Nachlaß Ludwig Feuerbachs gewidmet sind. Bei der Erarbeitung dieses Bandes gewonnene Erfahrungen wurden fixiert und der weiteren Bearbeitung nachgelassener Handschriftenfragmente aus der Zeit der Vorlesungstätigkeit Feuerbachs an der Erlanger Universität dienlich gemacht. Dabei konnte die Bearbeitung des Textes und die Erfassung der Indizes des Bandes 14 (Nachlaß II, Erlangen 1831/32: Vorlesungen über Logik und Metaphysik) vorgebracht und die Endredaktion aufgenommen werden. Für die Bände 15 (Nachlaß III, 1. Erlangen 1835/36: Vorlesungen über die Geschichte der neueren Philosophie. 2. 1824–1839: Studien, Kritiken und Aphorismen) und 16 (Nachlaß IV, 1840–1870: Studien, Kritiken und Aphorismen) wurde der Textfundus vervollständigt; für wesentliche Teile des Bandes 15 erfolgten Literaturrecherchen und Indizierarbeiten. Beachtliche Ergebnisse wurden zu Band 21 (Briefwechsel V: 1862–1872) erzielt, der die fünfbandige Briefwechsel-Edition abschließen wird. Der sehr umfangreiche Band bietet 215 Korrespondenzen mit nahezu 130 Erstveröffentlichungen und 16 Nachträgen zu den Bänden I–IV (mehrheitlich ebenfalls Erstveröffentlichungen); darüber hinaus werden in einem Anhang über 80 zum großen Teil bisher unbekannte Briefe von und an Feuerbachs Ehefrau Bertha und die Tochter Leonore mitgeteilt, die wichtige Aufschlüsse zur Feuerbach-Korrespondenz der beiden letzten, forschungsmäßig anderweitig noch unzureichend erschlossenen Lebensjahrzehnte vermitteln. Im Kontext mit den Arbeiten an Nachlaß und Briefwechsel konnte der Text- und Registerfundus des abschließenden Bandes 22 (Gesamtregister, Dokumente, Nachträge) wesentlich erweitert werden. Die Anzahl der Nachträge zu den Schriften-Bänden konnte auf 8 neuaufgefundene bzw. durch Autorschaftsnachweis sicher erschlossene Publikationen Feuerbachs erweitert werden, ebenso wurde eine Sammlung von etwa 100 zum Teil bisher unbekanntem Briefen von Verwandten Feuerbachs und mit ihm in Beziehung stehenden Zeitgenossen zusammengestellt, die ergänzende Aufschlüsse zur Lebens- und Wirkungsgeschichte sowie zum Schicksal der Werke und des Nachlasses des Philosophen vermitteln. Fortschritte wurden auch erzielt bei der Erfassung umfangreicher Vorarbeiten zu den Indizes der Schriftenbände sowie von Aktenstücken und Bilddokumenten.

Prof. Dr. W. Schuffenhauer und Dr. Ch. Weckwerth nahmen mit Vorträgen an einer Arbeitstagung der Thomas-Dehler-Stiftung, Aktionszentrum Mittel-

franken, und der Ludwig-Feuerbach-Gesellschaft e. V., Nürnberg, vom 28.–30. Mai 1999 in Neuendettlau/Bruckberg zum Thema „Liberales Franken in Vormärz und Revolution – am Beispiel der Familie Feuerbach“ teil; Prof. Dr. W. Schuffenhauer sprach am 11. April 1999 zur feierlichen Wiedererrichtung der Erinnerungstafel der Stadt Nürnberg in Nähe von Feuerbachs letztem Wohnsitz am Rechenberg in Nürnberg und am 12. September 1999 anlässlich der 150. Wiederkehr der Gründung des L. Feuerbach nahestehenden Bundes für Geistesfreiheit (bfg) e.V. in Erlangen. M. Köppe nahm mit einem Vortrag am Internationalen Symposium des Centro de Filosofia da Universidade de Lisboa in Verbindung mit der Internationalen Gesellschaft der Feuerbach-Forscher zum Thema „O homem integral. Antropologia e utopia em Ludwig Feuerbach [Der ganze Mensch. Anthropologie und Utopie bei Ludwig Feuerbach]“ vom 23.–25. September 1999 in Lissabon, Portugal, teil.

Publikationen:

Ludwig Feuerbach, Gesammelte Werke. Hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften durch Werner Schuffenhauer. Band 13. Nachlaß I, Erlangen 1829–1832. Bearbeitet von Werner Schuffenhauer, Christine Weckwerth, Regina Steindl, Karl Roland Schreiber, Michaela Boenke, unter Mitarbeit von Beate Behrens und Manuela Köppe. Berlin: Akademie Verlag 1999. XXXIII, 379 S.

Kommission Turfanforschung

Bericht Kurt-Victor Selge

I. Im Berichtszeitraum des Jahres 1999 waren die folgenden größeren, die gesamte Forschungsgruppe betreffenden Arbeiten zu bewältigen oder in Angriff zu nehmen:

1. Arbeiten am Projekt „Digitalisierung der türkischen und iranischen Fragmente der Berliner Turfansammlungen“. Es hat zum Ziel, alle einschlägigen Texte auf CD-ROMs zu speichern und im Internet interessierten Wissenschaftlern zur Verfügung zu stellen. Erreicht wird damit auch eine komplette Sicherheitsverfilmung der Texte. Die Arbeiten sind so weit gediehen, daß Anfang 2000 die Internetpräsentation möglich sein wird.
2. Redaktionelle Arbeiten am Sammelband der Akten der Manichäismuskonferenz der BBAW (14.–18. 7. 1997), die von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften herausgegeben werden. Das Manuskript wurde im November 1999 dem Akademie-Verlag zum Druck übergeben.

II. Von den Mitarbeitern wurden die folgenden Ergebnisse erzielt:

W. Sundermann:

1. Arbeiten an einer Edition der mittelpersischen und der soghdischen Version des manichäischen Verszyklus „Die Rede der Lebendigen Seele“. Das Werk soll als ein aus etwa 60 Fragmenten kompilierter Text erscheinen. Im vergangenen Jahr wurden der kritische und der kompilierte Text des Werkes und der kritische Apparat erstellt, und die Übersetzung wurde vollendet. Die Arbeit am Sachkommentar wurde fortgesetzt.

2. Edition von Einzelfragmenten der Turfansammlung oder Behandlung von Wörtern und Begriffen in Turfantexten, die von hervorragendem sprachlichem oder inhaltlichem Interesse sind. Im Berichtszeitraum abgeschlossen oder weitergeführt (noch nicht zum Druck gegeben):

2.1. Ein soghdisches Fragment der Mär Eugen-Legende

2.2. Ein manichäischer Lehrtext in neupersischer Sprache

2.3. The Book of the Head and the Book of the Limbs. A Sogdian Word List.

3. Publikationen Sundermann:

Monographie:

(Mit K. Kudara und Y. Yoshida): Iranian Fragments from the Otani Collection, 2 Bde., Kyoto 1997 [erschienen 1999].

Artikel:

Eine Bemerkung zum Namen des Schachspiels, seiner Herkunft und Geschichte. In: Arbeitspapiere zum Privatissimum „Indien“. München 13. bis 14. März 1999, S. 58–59.

(Mit Ingo Schwarz): Alexander von Humboldts persische und russische Wortsammlungen. In: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (vormals Preußische Akademie der Wissenschaften) Berichte und Abhandlungen Band 6, Berlin 1999, S. 219–328.

Alexander von Humboldt und das Persische. In: Alexander von Humboldt. Netzwerke des Wissens, Berlin 1999, S. 181.

Der Einfluß persischer Dichtung auf die deutsche Literatur. In: Iranzamin. Echo der iranischen Kultur XII, Ausgabe 4/5 (Neue Folge), 1999, S. 8–17.

The Representation of Manicheism in the *Fehrest*. In: Encyclopædia Iranica IX, 1999, S. 479–483.

Manichean [Festivals]. In: Encyclopædia Iranica IX, 1999, S. 546–550.

Frau Warnke setzte die Arbeiten an der Edition des uigurisch-buddhistischen Bußrituals fort, wobei die Erstellung des philologischen Kommentars und des textkritischen Apparates im Mittelpunkt stand. Sieben weitere Fragmente verschiedener Handschriften konnten für das zu edierende 1. Buch identifiziert werden. Drei Fragmente wurden mit schon in das Textkorpus aufgenommen-

nen Texten zusammengesetzt, drei weitere erwiesen sich als Parallelhandschriften des Grundtextes. Ein Fragment der A-Handschrift mußte mit den sich daraus ergebenden Veränderungen der Zeilenzählung in die vorliegende Transkription und Übersetzung eingefügt werden. Für die Arbeiten an der Einleitung wurde mit der Handschriftenbeschreibung des 150 Fragmente umfassenden Textkorpus begonnen, wobei nunmehr acht Abschriften für das 1. Buch festgestellt wurden. Zwei Konkordanzen wurden fertiggestellt.

P. Zieme:

1. Die Edition der alttürkischen Fragmente des Vimalakirtinirdeśasūtra wurde fertiggestellt: (Vimalakirtinirdeśasūtra. Edition alttürkischer Übersetzungen nach Handschriftfragmenten von Berlin und Kyoto. Mit einem Appendix von JORINDE EBERT Ein Vimalakirti Bildfragment aus Turfan).
2. Der erste Band der Faksimile-Ausgabe der manichäisch-türkischen Texte (im Rahmen des *Corpus Fontium Manichaeorum* bei Brepols) wurde fertiggestellt: (Corpus Fontium Manichaeorum. Facsimiles of the Turkic Manichaean Texts in the Turfan Collections of Berlin Part One Turkic Manichaean Texts in the Turfan Collection of the Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Fragments 1–199).

Erschienene Aufsätze

a) mit Edition:

1. (Zusammen mit T. Moriyasu) From Chinese to Uighur Documents, SIAL 14 (1999). S. 73–102 + Taff.
2. Einige neue medizinische Textfragmente der alten Uiguren. In: *Studia Tibetica et Mongolica* (Festschrift Manfred Taube), Swisttal-Odendorf 1999 [Indica et Tibetica 34], S. 323–340.
3. The Scholar Mr. Xun of the District Xinfan. A Chinese Tale in an Old Turkish Translation. In: *Geng Shimin xiansheng 70shouchen jinian wenji* [Festschrift zum 70. Geburtstag von Professor Geng Shimin], Peking 1999, S. 276–288.
4. The conversion of king Śubhavyūha. Further Fragments of an Old Turkish Version of the *Saddharmapuṇḍarīka*. In: *Sūryacandrāya. Essays in Honour of Akira Yuyama On the Occasion of His 65th Birthday*, hrsg. von P. Harrison, G. Schopen, Swisttal-Odendorf 1998 [Indica et Tibetica 35], p. 257–265.
5. Nachlese zu Kowalskis *Türkischen Turfantexten X*. In: *Studia Turcologica Cracoviensia* 5 (1998), S. 301–310.
6. Der Wettkampf Śāriputras mit den Häretikern nach einer alttürkischen Version. In: *Bahşı Ögdisi*. Festschrift für Klaus Röhrborn anlässlich seines 60. Geburtstags. 60. Doğum Yılı Dolayısıyla Klaus Röhrborn Armağanı, hrsg.

von J. P. Laut und M. Ölmez, Freiburg-Istanbul 1998, S. 429–447 + Taf. XIX–XXI.

b) Interpretation:

1. Wie Feuer und Staub. In: SEC 4 (1999), S. 191–194.

2. Ein Zizyphuskorn. In: Festschrift für Arslan Terzioğlu Prof. Dr. Ing. Dr. med. habil. zum sechzigsten Geburtstag. Hommage au Prof. Arslan Terzioğlu. Arslan Terzioğlu'na Armağan 60. Doğum Yılı Anısına, Istanbul 1999, S. 83–92.

Rezension:

Geng Shimin, H.-J. Klimkeit, J. P. Laut: Eine buddhistische Apokalypse. Die Höllkapitel (20–25) und die Schlußkapitel (26–27) der Hami-Handschrift der alttürkischen Maitrisimit, Opladen/Wiesbaden 1998. In: OLZ 94 (1999), S. 235–239.

Eingereichte Aufsätze:

a) mit Edition

Der Bodhisattva Gadgadasvara. Ein alttürkisches Fragment aus dem XXIV. Kapitel des *Saddharmapundarikasūtra* (Festschrift Ju. A. Petrosjan).

b) Interpretation:

Vom Thron zur Liege – zur Geschichte des polnischen Wortes *tapczan* (Festschrift St. Stachowski).

Rezension:

Klaus Röhrborn: Uigurisches Wörterbuch. Sprachmaterial der vorislamischen türkischen Texte aus Zentralasien. Lieferung 6 ämgäksin- – ärnäk, Wiesbaden: Franz Steiner Verlag GMBH 1998. S. III–V, 373–446 (für OLZ).

Kommission Alexander-von-Humboldt-Forschung

Bericht Jürgen Trabant

1998 hatte der Ausschuß „Akademienvorhaben“ der Bund-Länder-Kommission die inhaltliche und personelle Erweiterung des Vorhabens beschlossen und für 1999 eine Vorhabenprüfung angeordnet. Der im Rahmen dieser Überprüfung vorgelegte Arbeits- und Zeitplan wurde bestätigt. Er enthält Aufgaben für zwei weitere Editoren und einen Wissenschaftshistoriker. 1999 wurden nach Ausschreibung zwei der drei zusätzlichen Stellen besetzt. Das Vorhaben wird in erweiterter Form bis 2014 gefördert. Die nächste Überprüfung erfolgt im Jahr 2004.

Die Erweiterung des Vorhabens ermöglicht zum einen die Ausweitung des Editionsprogramms auf die unselbständig erschienenen Schriften und auf die

noch nicht veröffentlichten Teile der Reisetagebücher Humboldts und zum anderen wissenschaftshistorische Forschungen mit Blick auf die von Humboldt gegebenen Impulse für die Wissenschaftsentwicklung, insbesondere die Entwicklung der Naturwissenschaften im 19. und 20. Jahrhundert.

Als Band 20 der Schriftenreihe „Beiträge zur Alexander-von-Humboldt-Forschung“ ist zu Jahresbeginn 2000 erschienen: „Alexander von Humboldts Schriften. Bibliographie der selbständig erschienenen Werke“ (Bearbeiterin: U. Leitner). Die Arbeiten an den Editionsprojekten „Alexander von Humboldts nordamerikanische Korrespondenz“ (Bearbeiter: I. Schwarz), „Alexander von Humboldts russische Korrespondenz“ (Bearbeiter: Ch. Suckow) und „Alexander von Humboldts Briefwechsel mit dem Verlagshaus Cotta“ (Bearbeiterin: U. Leitner) wurden fortgesetzt. Der Editionsband „Alexander von Humboldt. Reise durch Venezuela. Auswahl aus den amerikanischen Reisetagebüchern“ (Bearbeiterin: M. Faak) ist im Druck.

Für Beiträge in Zeitschriften und Publikationsreihen bereiteten die Mitarbeiter 6 Manuskripte zum Druck vor, 11 Arbeiten sind im Berichtsjahr erschienen.

In der von der Forschungsstelle herausgegebenen Hefreihe „Berliner Manuskripte zur Alexander-von-Humboldt-Forschung“ sind erschienen: Kielhorn, Friedrich-Wilhelm: „Alexander von Humboldt und der Arzt Johann Friedrich Dieffenbach“ (Heft 13), und „Veröffentlichungen von Kurt-R. Biermann. Eine Bibliographie“, 4., ergänzte Auflage (Heft 9).

Das 200jährige Jubiläum der amerikanischen Reise A. v. Humboldts (1799–1804) löste nicht nur international eine Vielzahl von Aktivitäten aus, sondern gab der Alexander-von-Humboldt-Forschung im In- und Ausland wichtige neue Impulse. Die Forschungsstelle gehörte zu den Veranstaltern des internationalen Symposiums „Alexander von Humboldt – Aufbruch in die Moderne“ (Berlin, 31. Mai–3. Juni); die Mitarbeiter leisteten Beratung, hielten Vorträge bzw. stellten Publikationsbeiträge zur Verfügung aus Anlaß von Ausstellungen, Jubiläumsveranstaltungen und Tagungen in Berlin, Bonn, Halle, Kiel, A Coruña, Teneriffa, Caracas, Mexiko-Stadt, Boston, Barnaul, Nowosibirsk, Omsk.

Nutzer der Sammlungen und der Bibliothek bzw. des wissenschaftlichen Apparats der Forschungsstelle wurden bei Recherchen, Forschungsarbeiten zu wissenschaftshistorischen Themen und Editionsarbeiten auch im Berichtsjahr in größerem Umfang beraten und betreut.

Humboldt-Nachlaß und andere Archivalien mit Bezug auf A. v. Humboldt wurden in Archiven und Bibliotheken in Halle, München, Kraków, Quito, Barnaul, Omsk und Boston ermittelt und in der Dokumentation der Forschungsstelle erfaßt.

Publikationen:

Leitner, Ulrike: „Ich weiß wohl, daß ich meinem Werk über die Natur nicht gewachsen bin“. In: Alexander von Humboldt. Netzwerke des Wissens. [Katalog zur gleichnamigen Ausstellung in Berlin, 6. Juni–15. August 1999, und Bonn, 15. September 1999–9. Januar 2000] Bonn/München/Berlin 1999 (im weiteren A.v.H. Netzwerke des Wissens), S. 130.

Dies.: Habent sua fata libelli – Humboldtiana in Berlin. In: Alexander von Humboldt. Stationen eines Forschungsreisenden. Berlin und Teneriffa./Escalas de un viajero explorador. Berlín y Tenerife [Katalog der Ausstellung im Castillo de San Felipe, Puerto de la Cruz, Teneriffa, 21. September–24. Oktober 1999, spanisch und deutsch] (im weiteren A. v. H. Stationen eines Forschungsreisenden), S. 79–88.

Schwarz, Ingo (mit Werner Sundermann): Alexander von Humboldts persische und russische Wortsammlungen. In: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Berichte und Abhandlungen. Bd. 6, Berlin 1998, S. 219–328.

Ders. (mit Kurt-R. Biermann): „Gestört durch den Unfug elender Strolche“. Die skandalösen Vorkommnisse beim Leichenbegängnis Alexander von Humboldts. In: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins 95 (1999), H. 1, S. 470–475.

Ders. (mit Kurt-R. Biermann): Apropos Humboldt. Alexander von Humboldt – Wissen und Erkennen als allgemeines Menschenrecht. Die ‚Kosmos-Vorträge‘. In: Gegenworte. Zeitschrift für den Disput über Wissen. 2 (1999) H. 3, S. 80–83.

Ders. (mit Kurt-R. Biermann): „Moralische Sandwüste und blühende Kartoffelfelder“. Humboldt – ein Weltbürger in Berlin. In: A. v. H. Netzwerke des Wissens. S. 183–200.

Ders. (mit Kurt-R. Biermann): „Irrtümer, die vorzugsweise in den höheren Volksschichten fortleben“. In: A. v. H. Netzwerke des Wissens. S. 204.

Ders. (mit Kurt-R. Biermann): „Werk meines Lebens“. Alexander von Humboldts ‚Kosmos‘. In: A. v. H. Netzwerke des Wissens. S. 205.

Ders. (mit Kurt-R. Biermann): Alexander von Humboldt und die Vereinigten Staaten von Amerika./Alexander von Humboldt y los Estados Unidos de América. In: A. v. H. Stationen eines Forschungsreisenden, S. 79–88.

Ders. (mit Kurt-R. Biermann): Indianische Begleiter Alexander von Humboldts auf seiner amerikanischen Forschungsreise 1799–1804. In: Matices. Zeitschrift zu Lateinamerika, Spanien und Portugal. 6 (1999) Nr. 23, S. 42–43 [Druckfassung der im Internet unter: <http://www.uni-potsdam.de/u/romaistik/humboldt/frames/inh51.htm> veröffentlichten Arbeit].

Suckow, Christian: „Dieses Jahr ist mir das wichtigste meines unruhigen Lebens geworden.“ Alexander von Humboldts russisch-sibirische Reise im Jahre 1829. In: A. v. H. Netzwerke des Wissens. S. 161–172.

Kommission Leibniz-Edition

Bericht Jürgen Mittelstraß

Die Kommission ist eine gemeinsame Einrichtung der Göttinger und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Leibniz-Edition (Arbeitsstelle Potsdam)

Aufgabe der Arbeitsstelle ist die Edition der „Politischen Schriften“ von Gottfried Wilhelm Leibniz (Reihe IV innerhalb der Leibniz-Gesamtausgabe). Gegenwärtig wird an Band 4, der Schriften von 1688 bis 1692 und ein Supplement mit Schriften der 1680er Jahre umfassen soll, und an Band 5 mit den Schriften der Jahre 1693 bis ca. 1697 gearbeitet.

F. Beiderbeck bearbeitete mehrere Schriften zur Neunten Kur und zur Kirchenunion (insgesamt ca. 30 Druckseiten, im folgenden DS). R. Caspar korrigierte den TUSTEP-Satz der Wechselschriften zum Reichsbanneramt (99 DS) und schloß ihre Bearbeitung der Schriften zur Neunten Kur ab (ca. 12 DS). R. Otto bearbeitete mehrere im Zusammenhang mit dem *Codex juris gentium diplomaticus* (1693) entstandene Dokumente (ca. 43 DS), Schriften zur Reunion (ca. 42 DS) und zur Finanzierung einer Akademie (3 DS). H. Rudolph setzte die Zweitbearbeitung von Schriften sämtlicher genannten Themen fort (ca. 70 DS). S. Sellschopp bearbeitete eine Schrift über einen Rechtsstreit (3 DS), Schriften zum Kriegswesen (6 DS) und führte die Zweitbearbeitung mehrerer Schriften zum Erzbanneramt und zur europäischen Politik durch (55 DS).

Sämtliche Texte des Bandes 4 (ca. 820 DS) und die bereits für Band 5 bearbeiteten Dokumente (ca. 320 DS) liegen erstbearbeitet vor und wurden in TUSTEP bzw. TeX eingegeben. Gegenüber dem Planungsstand 1998 erwies sich nach Abschluß der Arbeiten an den Schriften, die im Zusammenhang des *Codex juris gentium diplomaticus* entstanden sind, eine erneute Reduzierung des Zeitrahmens für Band 4 um ein weiteres Jahr, nun auf die Schriften bis Ende 1692, als notwendig, da der Band sonst mit über 1.200 Druckseiten zu umfangreich geworden wäre. Für eine Reihe von Schriften wurde die Zweitbearbeitung abgeschlossen und eine Einleitung geschrieben.

Editionsbegleitende Arbeiten: Die laufenden Arbeiten am Ritter-Katalog in Form von anfallenden Korrekturen und Ergänzungen (darunter die Neuentdeckung eines bisher nicht bekannten Leibnizdrucks über Militaria, Amsterdam 1694) wurden fortgeführt, die Änderungen den Arbeitsstellen in Hannover und Münster mitgeteilt. Der digitale Ritter-Katalog sämtlicher Leibniz-Handschriften (Potsdamer Leibniz-Katalog) wurde um 5.300 auf ca. 27.800 Datensätze ergänzt und umfaßt nun die Jahre 1688–1701 und 1712. Es wurde ermöglicht, die Abfrageergebnisse des Leibniz-Katalogs und unserer sonstigen Datenbanken als HTML-Dateien im Internet zu präsentieren. Die Datenbank „Kumuliertes Sachverzeichnis“ der bisher erschienenen Bände der Akademieausgabe wurde um die Angaben aus Band I/15 ergänzt und wiederum dem Leibniz-Archiv (Hannover) zur Verfügung gestellt. Die übrigen Datenbanken, vor allem die zur Verwaltung sämtlicher von uns zu edierenden Leibnizschriften dienende Datenbank „Inhalt Band 4ff.“ (mit Angaben zur Textgruppierung, Datierung, des Titels, Incipits, Umfangs, der gedruckten Textzeugen, des Fundorts, der Ritter-Katalog-Nr., des Bearbeiters und Bearbeitungsstandes, Bezeichnung der PS-Textdateien incl. link zur Ansicht im Layout der Akademieausgabe) wurden laufend angepaßt. Die Tustep-Dateien der ca. 150 Dokumente des Bandes 4 wurden zur weiteren Druckvorbereitung in einer Datei kumuliert. Auf diese Weise können die besonderen Texterschließungsmöglichkeiten des Programms (z. B. verschiedene Suchfunktionen, interlineare Textvergleiche, Indizierung, Sortieren, Statistik) bei der formellen und inhaltlichen Arbeit mit sämtlichen Texten genutzt werden. Jeder Mitarbeiter ist nun in der Lage, sich die Einzeldokumente aus der kumulierten TUSTEP-Datei zur Bearbeitung auf seinen Rechner zu holen und anschließend wieder an die Gesamtdatei zurückzugeben. Diese selbst kann jederzeit auch als PS-Satzsimulation am Bildschirm ausgegeben bzw. gedruckt werden und gibt selbst ein exaktes Abbild des aktuellen Band-Layouts. Das schriftliche Anleitungsmaterial für die Arbeit mit TUSTEP und den Datenbanken wurde laufend ergänzt. Zur Vorbereitung der beabsichtigten Satzherstellung des Bandes 4 durch TUSTEP wurden mehrere Gespräche mit dem TUSTEP-Sachverständigen der Leibniz-Forschungsstelle in Münster, Prof. Schepers, geführt. Unser Arbeitsvorhaben und die Münsteraner Arbeitsstelle, der unsere Datenbanken zur Nutzung überlassen wurden, haben zudem mit dem Austausch von Text- und Indexpools begonnen. Im Rahmen einer AB-Maßnahme wurden etwa 500 Seiten der (nicht indizierten) Bände 1 und 2 unserer Reihe eingescannt, die Texte in eine mit den gedruckten Bänden seittengleiche Word-Datei umgewandelt.

H. Hecht führte das Projekt „Mögliche Welten und moderne Physik“ im dritten Jahr fort. Im Zentrum seiner Arbeiten standen die Auswertung und edito-

rische Aufbereitung der Ergebnisse der Tagung aus Anlaß des 300. Geburtstags Pierre Louis Moreau de Maupertuis' im September 1998 in Berlin (siehe Jahresbericht 1998). Vor allem physikotheologische Überlegungen im Rahmen der Naturphilosophie des 18. Jahrhunderts und deren Bedeutung sowie die unterschiedlichen Begründungsversuche des Prinzips der kleinsten Aktion initiierten kontroverse Diskussionen. Die dabei zu Tage getretenen Unsicherheiten wurden zum Ausgangspunkt weiterführender Untersuchungen im Rahmen des Projektes, deren Ergebnisse zum Teil schon in die editorische Präsentation der Tagungsmaterialien eingegangen sind. Dies betrifft insbesondere einen zusätzlich aufgenommenen Beitrag, der eine detaillierte Ausarbeitung der Legitimationsformen des Wirkungsprinzips bei Euler und Maupertuis bietet. Die Ergebnisse der Tagung wurden publiziert in: *Pierre Louis Moreau de Maupertuis. Eine Bilanz nach 300 Jahren*. Hrsg. von Hartmut Hecht. Berlin 1999, 554 S. Darin: Vorwort des Herausgebers, S. 13–16, der Beitrag *Gemeinsame Denkmotive bei Leibniz und Maupertuis*, S. 207–224, eine tabellarische Biographie, S. 525–526 sowie eine Aktualisierung der vorliegenden Bibliographien, S. 527–532. Weitere Ergebnisse der genannten Arbeitsschwerpunkte wurden in Form von Vorträgen auf dem Workshop „Between Leibniz, Newton, and Kant. Philosophy and Science in the 18th Century“ am Max Planck Institut für Wissenschaftsgeschichte und auf dem 22. Internationalen Wittgenstein-Symposium „Metaphysik im postmetaphysischen Zeitalter“ präsentiert. Darüber hinausgehende Veröffentlichungen: *Lebendige Kraft – metaphysische Begründung und physikalische Transformation*. In: *Akten des 22. Internationalen Wittgenstein-Symposiums*, Bd 1, Kirchberg am Wechsel 1999, *Neue Dimensionen wissenschaftlicher Reisen im 18. Jahrhundert. Maupertuis' Laplandexpedition*. In: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 22 (1999), S. 81–93, die Artikel *Samuel Clarke*, S. 307–309, *Pierre Simon Marquis de Laplace*, S. 880–882, *Marin Mersenne*, S. 1034–1037 und *Alexander Pope*, S. 1210. In: Franco Volpi (Hg.), *Großes Werklexikon der Philosophie*, Stuttgart 1999.

Wiederum wurden eine Reihe von Auskünften erteilt; mehrere Leibnizforscher hielten sich zu Forschungszwecken in der Potsdamer Arbeitsstelle auf. Die Arbeitsstelle hatte am 11. November zu einem Vortrag von Prof. Dr. Patrick Riley, Harvard University, über Leibniz' *Unvorgreifliches Bedencken* (1698) und am 8. Dezember zu einem Vortrag von Prof. Dr. Nicolae Râmbu, Universität Alexandru Ioan Cuza, Jassy, über die Theodizee eingeladen. Der rumänische Leibnizforscher besuchte die Potsdamer Leibniz-Edition vom 6. bis 12. Dezember im Rahmen der Balkan-Initiative der BBAW. Die auf der Potsdamer Leibniz-Arbeitsstagung 1996 vorgetragenen Beiträge wurden vorgelegt in: *Labora diligenter. Potsdamer Arbeitstagung zur Leibnizforschung*

vom 4. bis 6. Juli 1996. Hrsg. von M. Fontius, H. Rudolph, G. Smith. Stuttgart 1999 (Studia Leibnitiana, Sonderheft 29), 240 S. R. Otto veröffentlichte *Leibniz' Aktivitäten für die sachsen-lauenburgische Erbfolge*. In: *Leibniz und Niedersachsen*. Hrsg. von H. Breger, F. Niewöhner. Stuttgart 1999 (Studia Leibnitiana, Sonderheft 28), S. 53–75, und *Leibniz als Historiker. Beobachtungen anhand der Materialien zum Sachsen-Lauenburgischen Erbfolgestreit*. In: *Labora diligenter* (a. a. O.), S. 197–221. H. Rudolph hielt auf dem Kolloquium des Instituts für Europäische Geschichte „Union, Konversion, Toleranz“, 24.–27. Februar 1999, in Mainz einen Vortrag über *Metaphysische Aspekte der Reunionsbemühungen bei Leibniz (Kommentar zu Susanne Edel)* und veröffentlichte folgende Beiträge: *Leibniz' Bemühungen um eine Reunion der Kirchen*. In: *Die Reunionsgespräche im Niedersachsen des 17. Jahrhunderts*. Hrsg. von H. Otte u. R. Schenk. Göttingen 1999 (Studien zur Kirchengeschichte Niedersachsens 37), S. 156–172, *Kirchenbegriff und päpstlicher Primat bei Leibniz*. In: *Leibniz und Niedersachsen* (a. a. O.), S. 76–86, *Vorwort und Zum Nutzen von Politik und Philosophie für die Kirchenunion. Die Aufnahme der innerprotestantischen Ausgleichsverhandlungen am Ende des 17. Jahrhunderts*. In: *Labora diligenter* (a. a. O.), S. 7f. und 108–166.

Kommission Schleiermacher: Kritische Gesamtausgabe

Bericht Wilhelm Voßkamp

Für die Weiterführung der Arbeiten an den Vorlesungen wurde ein Antrag an die DFG gestellt, der für die Edition der Vorlesung über die „Kirchliche Geographie und Statistik“ mit der befristeten Einrichtung einer Stelle genehmigt worden ist. Die Stelle ist zu 15. Februar 2000 mit Dr. theol. Simon Gerber besetzt worden. Prof. Dr. Walter Jaeschke hat seine Arbeit an den "Vorlesungen über das Leben Jesu" (nun als freier Mitarbeiter) fortgesetzt.

Der fünfte Band der Abteilung V (Briefwechsel und biographische Dokumente), der den Briefwechsel Schleiermachers von Anfang 1801 bis zu seiner Übersiedlung nach Stolp (Ende Mai 1802) umfaßt, wurde fertiggestellt (hrsg. von A. Arndt/W. Virmond, Friedrich Schleiermacher: Briefwechsel 1801–1802 (Briefe 1005–1245), Berlin/New York: de Gruyter 1999. XCI, 522 S.). Mit der Arbeit am Briefwechsel der Stolper Zeit (1802 bis 1804), der voraussichtlich zwei Bände der Kritischen Gesamtausgabe umfassen wird, wurde begonnen (Vervollständigung der bereits vorhandenen Transkriptionen, Erstellung des textkritischen Apparates, Vorarbeiten zur Kommentierung). Weiterhin erfolgten Arbeiten zur Erstellung von Rohtranskriptionen des Briefwechsels bis ca. 1810.

Publikationen:

A. Arndt:

Hg. (mit K. Bal, H. Ottmann): Hegel-Jahrbuch 1998. Berlin: Akademie Verlag, 1999.

Hg. (mit Chr. Iber): Hegels Seinslogik-Interpretationen und Perspektiven. Berlin: Akademie Verlag, 1999.

Die anfangende Reflexion. Anmerkungen zum Anfang der „Wissenschaft der Logik“. In: ebd.

Prophet und Engel der Geschichte. Historische Dialektik bei Schlegel und Benjamin. In: Bauschulte, M., Krech, V. & H. Landwehr (Hg.), Wege – Bilder – Spiele. Festschrift zum 60. Geburtstag von Jürgen Frese. Bielefeld: Aisthesis, 1999, S. 37–50.

Naturgesetze der menschlichen Bildung. Zum geschichtsphilosophischen Programm der Frühromantik bei F. Schlegel. In: Mittelstraß, J. (Hg.), Die Zukunft des Wissens. XVIII. Deutscher Kongreß für Philosophie 1999. Konstanz: Universitätsverlag, 1999, S. 1141–1148.

Dialektika i hermenevtika (Dialektik und Hermeneutik; bulgarisch). In: Filosophija 1999, Heft 3 (Sofia), S. 3–11.

Methoden-Reflexionen. In: Knahl, A., Müller, J. & M. Städtler (Hg.), Mit und gegen Hegel. Lüneburg, zu Klampen 1999, S. 231–242.

Artikel „Philologie“. In: Sandkühler, H. J. (Hg.), Enzyklopädie Philosophie. Hamburg: Meiner, 1999, S. 1016–1020.

W. Virmond:

Schleiermachers Schlobittener Vorträge ‚Über den Stil‘ von 1791 in unbekanntem Nachschriften. In: Philosophisches Jahrbuch. Im Auftrag der Görresgesellschaft herausgegeben. Jg. 106 (1999), S. 159–185.

Kommission Protokolle des Preußischen Staatsministeriums

Bericht Jürgen Kocka

Im Berichtszeitraum sind die ersten Bände der Edition Acta Borussica, Neue Folge erschienen: Band 10, bearbeitet von Reinhold Zilch, stellt mit den Jahren von 1909 bis 1918 die letzten Jahre der preußischen Monarchie vor; Band 7, bearbeitet von Hartwin Spenkuch, umfaßt mit den Jahren 1870 bis 1890 die späte Bismarck-Zeit. Das Manuskript eines weiteren Bandes, Band 3 bearbeitet von Bärbel Holtz, wurde dem Verlag Olms-Weidmann übergeben. Mit seinem Erscheinen werden der Forschung für die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts über 120 außerhalb der Hauptserie gefundene und größtenteils bis-

lang unbekannte Protokolle zur Kenntnis gebracht. Für weitere drei Bände (Bde. 1, 5 und 11) wird die Drucklegung vorbereitet. Diese Bände haben die ersten Jahrzehnte des Staatsministeriums (1810/1817 bis 1829), die Jahre der „Neuen Ära“ bis zum Norddeutschen Bund (1858 bis 1866) sowie die ersten Jahre des republikanischen Preußens (1918 bis 1925) zum Inhalt.

Planmäßig begann die Arbeit an zwei weiteren chronologischen Regestenbänden (Stammreihe), nämlich zu Band 8 (1890 bis 1900) und Band 9 (1900 bis 1909). Mit rund 2.900 Regesten, einschließlich Sachregister und kommentierenden Personenregister, hatte die Arbeitsstelle zur Jahreswende 1999/2000 insgesamt etwa 56% der Staatsministerialprotokolle bearbeitet.

Die Manuskripte sind in Absprache mit dem Verlag durch die Arbeitsstelle zu lektorieren, das Layout herzustellen und als „ready for print-Exemplar“ zu liefern. Dazu wurde gemeinsam mit dem EDV-Berater der BBAW, Herrn Giorgio Giacomazzi, ein System von Formatvorlagen und Makros entwickelt, das Dateneingabe und Endredaktion, einschließlich Layout, erleichtert. Als Ergebnis liegt ein Modell für eine computergestützte Edition vor, das auch für andere verwandte Projekte der BBAW beispielgebend geworden ist.

Für alle neu gefundenen Protokolle bereitete die Arbeitsstelle im Berichtszeitraum für den Verlag die Nachverfilmung der Quellen vor und erstellte Gitterpläne sowie Kopfzeilen im drucktechnisch erforderlichen Layout.

Neben der Arbeit an den chronologischen Regestenbänden (Stammreihe), die gemäß den Vorgaben der Bund-Länder-Kommission absolute Priorität besitzt, wurde die Materialsammlung für die geplanten sachthematischen Bände weiter vorangetrieben; umfangreiche archivalische Sammlungen liegen bereits vor. Die ausführliche Arbeit an den Einleitungen für die einzelnen Regestenbände gaben Gelegenheit, Fragestellungen und Hypothesen für den „Seniorband“ (Das Preußische Staatsministerium. Zur Entstehung einer modernen Bürokratie, Beamtenschaft und Verwaltungspraxis) zu formulieren, der nach den chronologischen Regestenbänden als erster erscheinen soll. Die in den Vorjahren erarbeiteten Themenschwerpunkte haben sich bewährt.

Die technische Ausstattung des Vorhabens mußte im Berichtsjahr durch den Erwerb eines leistungsfähigeren Laserdruckers und eines 21"-Monitors modernisiert werden, um die druckfertigen Vorlagen herstellen zu können.

Publikationen:

Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38, Bd. 7: 8. Januar 1879 bis 19. März 1890, bearb. von Hartwin Spenkuch, Hildesheim/New York/Zürich 1999, 532 S.

Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38, Bd. 10: 14. Juli 1909 bis 11. November 1918, bearb. von Reinhold Zilch, Hildesheim/Zürich/New York 1999, 495 S.

Spenkuch, Hartwin: Herrenhaus und Rittergut. Die Erste Kammer des Landtags und der preußische Adel von 1854 bis 1918 aus sozialgeschichtlicher Sicht. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 25 (1999), H. 3, S. 375–403.

Ders.: „Pairs und Impairs“. Von der Ersten Kammer zum Herrenhaus (1849–1872). In: Reif, Heinz (Hg.), *Adel und Bürgertum in Deutschland. Entwicklungslinien und Wendepunkte im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 1999.

Kommission Nietzsche-Edition

Bericht Jürgen Mittelstraß

Im Januar 1999 konnte in Weimar mit privaten Stiftungsgeldern für ein Jahr eine halbe Wissenschaftlerstelle eingerichtet werden, die mit Thomas Riebe besetzt wurde. Gleichzeitig wurde einem Antrag an den Daimler-Benz-Fonds im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V. entsprochen, der Mittel für eine vierjährige Finanzierung einer halben Stelle zur Verfügung stellt. Somit ist es möglich, daß nunmehr dringend benötigte Arbeiten vor allem im Rahmen der Transkription nach den Originalmanuskripten über einen längeren Zeitraum finanziell gesichert erfolgen können.

Werkausgabe

Zur Koordinierung der Arbeitsgänge, zur Diskussion editorischer Fragen und zur Klärung drucktechnischer Probleme direkt in der Druckerei fanden Treffen der Mitarbeiter (neben regelmäßigen Arbeitsbesprechungen in Berlin) aus Basel, Berlin und Weimar im Februar, Juni, Juli und Dezember 1999 für jeweils 2 bis 3 Tage statt.

1999 wurde die Transkription der vier Hefte N VII 1 bis 4 weitgehend fertiggestellt, ebenso der philologisch-textkritische Fußnotenapparat sowie die ergänzenden Arbeiten (quellenkundliche Erläuterungen, Erstdrucknachweise, Konkordanz zu KGW und KSA, Namenindex etc.). Der Fortgang der Setzarbeiten in Basel wurde zeitweilig durch klärungsbedürftige Detailfragen (Farbwerte, Rasterungen, Strichstärken für Durch- bzw. Unterstreichungen im Verhältnis zur Schriftgröße, aufwendige Grafiken etc. betreffend) verzögert.

Da keine ausreichenden Erfahrungswerte zur Verfügung standen, mußte vieles auf seine endgültige Realisierbarkeit hin erst getestet werden. Insofern allerdings die Lösungen komplizierter, zeitaufwendiger Einzelentscheidungen für alle kommenden Bände gelten, kann der Zeitverzug schon mit der nächsten Lieferung eingeholt werden.

Von der 2. Lieferung (W I 3–8) liegen bereits die Hefte W I 3–7, also mehr als die Hälfte des betreffenden Materials (Publikationsdatum Ende 2000), vorläufig an Kopien transkribiert und teilweise in Weimar von Riebe am Original kollationiert, vor. Durch eine stärkere Verlagerung der Arbeit von Haase und Kohlenbach nach Weimar in das Goethe- und Schiller-Archiv in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 wurde gewährleistet, daß ein notwendiger Vorlauf bei den Transkriptionen den anderen Mitarbeitern genügend Zeit für ihre kommentierenden Arbeitsgänge läßt. Obwohl sich der Publikationstermin für die 1. Lieferung gegenüber der ursprünglichen Planung um ein paar Monate verschiebt, soll die 2. Lieferung wie vorgesehen zum Ende des Jahres 2000 erscheinen; der Editionsplan wird insofern eingehalten.

Briefausgabe

Für die Kommentierung von Nietzsches Briefwechsel aus der Basler Periode 1875–1879 wurden bereits der größte Teil der Handschriften von Nietzsche und ca. zwei Drittel der Briefe an Nietzsche erfaßt und kollationiert. Für den Erläuterungsteil werden laufend biographische und historische Fakten gesammelt und ausgewertet. Wie bei dem nun vorliegenden Nachberichtsband zu den Jahren 1872–1874 (KGB II/7.2) wird mit dem entstehenden Nachberichtsband KGB II/7.3 sowohl dem interessierten Leser als auch dem spezialisierten Nietzsche-Forscher ein Erläuterungsapparat an die Hand gegeben (zu den Briefen an Nietzsche erstmalig), durch den Briefinhalte und historischer Zeitraum zugänglich werden.

Die hauptsächliche Tätigkeit im Berichtszeitraum bestand in der Fortführung der Arbeit an KSB Band III/7 (Nachbericht zu III/1 und III/2), zeitlich aufgeteilt in 1880–82 (bearbeitet durch R. Müller-Buck) und 1882–84 (bearbeitet durch H. Schmid). Im November 1998 holte Renate Müller-Buck das Material für die 3. Abteilung aus dem Nachlaß Montinaris in Florenz ab; im Dezember verbrachte sie eine Woche in Weimar im wesentlichen damit, Signaturen zu erfassen und Texte zu kollationieren. Als Stipendiatin arbeitete sie von September bis November 1999 ebenfalls in Weimar. Im ersten Halbjahr 2000 plant Holger Schmid weitere Reisen nach Weimar und Basel, um verbleibende Aufgaben der Kollationierung, Lokalisierung etc. zu erledigen und zugleich die Nachlässe Gast und Overbeck nochmals auszuwerten.

Das Inhaltliche der Kommentierung betreffend sind die speziellen Materien dieser Lebensperiode Nietzsches – neben den markanten menschlichen Begegnungen (Lou von Salomé, Heinrich von Stein) – zum einen die verstärkte Zuwendung zur zeitgenössischen Naturwissenschaft (u. a. Helmholtz, Mayer, Büchner, Zöllner mit ihren philosophischen Auslegern wie Vaihinger und Wundt) Anfang der Achtzigerjahre, zum anderen die Entstehungsgeschichte der Zarathustra-Teile 1883–84 und die Komplikationen der Bemühung um Köselitzens Operschaffen in Dresden und Zürich, die stets weitergehende Detailstudien fordern. Vor allem im Austausch mit Köselitz, der quantitativ überwiegt, treten dabei die Probleme der Musikästhetik (intensiviert durch die Begegnung mit August Bungert) und, über eine längere Brieffolge hinweg, das philosophische Modell Epikurs mit eingehenden Untersuchungen in den Vordergrund.

Der Erläuterungsteil 1882–84 ist im Prinzip abgeschlossen. Es ergab sich, daß der geforderte Umfang die anfänglichen Schätzungen (auf etwa 200 Seiten) überschreiten wird. Zum philologischen Ertrag gehört auch eine gewisse Anzahl von Korrekturen bei Datierungen von Briefen und Vorfällen (sie betreffen u. a. den Besuch Heinrich von Steins und die Kontakte mit Paul Lanzky im Erläuterungszeitraum). Schließlich ist umfangreiches Material über Nietzsche erschlossen und transkribiert worden, vor allem aus Briefen Dritter an Dritte: so zwischen Peter Gast und Elisabeth Förster-Nietzsche; zwischen Malwida von Meysenbug, Siegfried Lipiner und Reinhart von Seydlitz; zwischen Elisabeth und Franziska Nietzsche, zwischen Paul Ree, Elisabeth und Franziska Nietzsche.

Publikationen:

Friedrich Nietzsche, Briefwechsel, Kritische Gesamtausgabe, Zweite Abteilung, Band 7.2: Nachbericht zu den Bänden 3 und 4 der zweiten Abteilung (1872–1874).

Kommission Wilhelm von Humboldt-Ausgabe

Bericht Jürgen Trabant

Die Kommission betreut die Herausgabe der Schriften zur Sprachwissenschaft von Wilhelm von Humboldt.

Die von Manfred Ringmacher betreute und vorbereitete Edition von Humboldts Wörterbuch der Mexikanischen Sprache wird im Jahr 2000 erscheinen. Ein DFG-Antrag zur Förderung der Humboldt-Ausgabe ist in Vorbereitung.

Joachim von Fiore: Opera omnia

Bericht Kurt-Victor Selge

Der Text der „Expositio in Apocalypsim“ ist inzwischen zu 75% kollationiert; für das letzte Viertel wurde mit der Kollationierung begonnen. Für einzelne kritische Passagen werden weitere Handschriften verglichen. Für den Abschluß der Edition dieses Mammutwerkes muß man etwa 5 Jahre rechnen.

Das Werk soll im Rahmen einer Reihe der Monumenta Germaniae Historica und zugleich als Band der in Rom erscheinenden Opera omnia erscheinen. Die Veröffentlichung wird drei Teilbände umfassen, deren erster die beiden Vorstufen der Einleitung sowie den endgültigen Liber introductorius Joachims enthalten soll. Die erste Vorstufe liegt bereits in einer kritischen Vor-edition des Herausgebers vor (Kurt-Victor Selge, Eine Einführung Joachims von Fiore in die Johannesapokalypse. In: Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters 46 (1990), S. 85–131; mit italienischer Übersetzung von G. L. Potestà und gekürzter, aber um weitere Textzeugen erweiterter Einleitung: Gioacchino da Fiore, Introduzione all'Apocalisse, Rom 1995).

Die „Tractatus super IV evangelia“ sind im Stadium der Endrevision und sollen Mitte 2000 dem Istituto Storico per il Medioevo (Rom) zum Druck übergeben werden.

Die Arbeit am „Psalterium decem cordarum“ wird am Ende des Winters nach Ende des Dekanats des Herausgebers wiederaufgenommen; der Text soll noch 2000 den Monumenta Germaniae Historica übergeben werden.

Die von der DFG finanzierte Mitarbeiterin, Frau Julia Wannemacher, hat aus ihrer im Entstehen begriffenen Dissertation über die Entwicklung der Vorstellung von den sieben Siegeln und ihrer Öffnung vor dem 5. Internationalen Kongress über Joachim von Fiore im September 1999 in S. Giovanni in Fiore (Kalabrien) erfolgreich vorgetragen.

Karl-Philipp-Moritz-Ausgabe

Die Ausgabe wird durch die DFG gefördert.

1999 hat die Arbeitsstelle den Informationspool für die Gesamtausgabe durch weitere umfangreiche Archiv- und Bibliotheksrecherchen vervollständigt. Das Werkverzeichnis des Dichters konnte durch einige bisher unbekannte Beiträge in Berliner Zeitungen ergänzt werden. Die elektronische Erfassung der Moritz-Texte wurde linear fortgesetzt; das Textkorpus liegt jetzt nahezu komplett digital vor.

Die im Internet publizierte Moritz-Bibliographie (eine Auswahl der in einer Datenbank gesammelten Sekundärliteratur zu Moritz) wurde aktualisiert und um eine neue Abfragemöglichkeit erweitert.

Für die vier in der Berliner Zentrale herausgegebenen Bände der Moritz-Ausgabe sind die Text- und Kommentaranbeiten fortgesetzt worden. Zwei Bände werden im Jahr 2000 voraussichtlich im Manuskript zum Abschluß kommen.

Anfang 1999 hat die DFG die zweite Förderungsphase des Projekts (2 Jahre) genehmigt. Es ist wieder gelungen, die weiterhin erforderlichen Zusatz-Drittmittel für die beiden Mitarbeiterinnen zu gewinnen.

Publikationen:

Pauly, Yvonne: Karl Philipp Moritz: „Ueber die bildende Nachahmung des Schönen“; „Versuch einer deutschen Prosodie“; „Götterlehre oder mythologische Dichtungen der Alten“; „ANTHUSA oder Roms Alterthümer“. In: Schuster, Gerhard & Caroline Gille (Hg.), Wiederholte Spiegelungen. Weimarer Klassik. 1759–1832. Ständige Ausstellung des Goethe-Nationalmuseums, Bd. 1, München: Hanser, 1999 (Stiftung Weimarer Klassik bei Hanser), S. 324–327.

Sedlarz, Claudia & Christof Wingertzahn: Moritz-Bibliographie (2. Aufl.). In: Homepage der Karl-Philipp-Moritz-Ausgabe, Berlin, Juli 1999: <http://www.bbaw.de/vh/moritz/bibliographie.html>.

Wingertzahn, Christof: Karl Philipp Moritz: Gedichte. Mit einem Nachwort hrsg. v. Christof Wingertzahn, St. Ingbert, Röhrig: Universitätsverlag, 1999 (Kleines Archiv des 18. Jahrhunderts; 36).

Ders.: Achim von Arnim (1781–1831). In: Max, Frank Rainer & Christine Ruhrberg (Hg.): Reclams Romanlexikon, Bd. 2: Von der Romantik bis zum Naturalismus, Stuttgart: Reclam, 1999 (Reclams UB 18002), S. 121–132.

Ders.: Poesie und Gerechtigkeit. Maler Müllers „Hoher Ausspruch“. In: Paulus, Rolf, Leuschner, Ulrike & Gerhard Sauder (Hg.): Maler Müller Almanach 1999, Bad Kreuznach 1999, S. 73–89.

Vortrags- und Veranstaltungsreihen

Akademievorlesungen

In den *Akademievorlesungen* präsentieren Akademiemitglieder einem breiten wissenschaftlich interessierten öffentlichen Publikum ihre Forschungsgebiete und Forschungen. Die Veranstaltungstermine orientieren sich an den Semestern. Neben disziplinenübergreifenden Serien einander unabhängiger Vorträge werden in der Reihe Arbeitsergebnisse interdisziplinärer Akademieprojekte öffentlich zur Diskussion gestellt oder aber die Vorträge eines Semesters folgen einer gemeinsamen Thematik.

1999 fanden folgende Veranstaltungen statt:

Sommersemester 1999

Randolf Menzel (Biowissenschaftlich-medizinische Klasse, 22. April 1999):

„Megaleistungen mit Minihirn: Neuronale Strategien kleiner Gehirne“

(ein Vortrag in der 1998 begonnenen Reihe „*Die Welt im Kopf*“, veröffentlicht in den Berichten und Abhandlungen der BBAW, Band 7)

Gerhard Ertl (Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse, 20. Mai 1999):

„Heterogene Katalyse: Von Goethe zum atomaren Verständnis“

Reinhard Kurth (Biowissenschaftlich-medizinische Klasse, 23. Juni 1999):

„Die Renaissance alter und neuer Seuchen als Konsequenz menschlichen Handelns“

Wintersemester 1999/2000

Zum Thema „*Individualität*“

Volker Gerhardt (Geisteswissenschaftliche Klasse, 28. Oktober 1999)

„Individualität. Das Element der Welt“

Bernd Seidensticker (Geisteswissenschaftliche Klasse, 25. November 1999)

„Ich bin Odysseus.‘ Zur Entstehung der Individualität bei den Griechen“

Weitere Vorlesungen zum Thema Individualität im Januar, Februar und März 2000 mit *Horst Bredekamp*: „Individualität im Mittelalter“, *Hermann Danuser*: „Individualität in romantischer Musik“ und *Werner Busch*: „Individualität und Typologie in der Handzeichnung um 1800“.

Die Besondere Vorlesung

Mit der *Besonderen Vorlesung* lädt die Akademie ein zu vornehmlich geistes- und sozialwissenschaftlichen Vorträgen. Sie stellt damit ein Pendant zur Ernst-Mayr-Lecture dar. Ebenso sollen in dieser Reihe aktuelle und gleichsam in aller Munde befindliche, aber noch nicht erschöpfte Themen Gegenstand öffentlicher Vorlesungen sein. Als Vortragende werden prominente Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland eingeladen. Die Reihe wurde am 29. April 1999 mit einem Vortrag von *Manfred Bierwisch* über „Probleme und Rätsel der natürlichen Sprache“ eröffnet.

(veröffentlicht in den Berichten und Abhandlungen der BBAW, Band 7)

Ernst-Mayr-Lecture

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und das Wissenschaftskolleg zu Berlin haben gemeinsam eine „Named-Lecture“ auf dem Gebiet der Biowissenschaften gestiftet. Die Vorlesung, die jährlich einmal – zu Beginn des Wintersemesters – stattfindet, ist nach dem führenden Ornithologen und Evolutionsbiologen und Ehrenmitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften Ernst Mayr benannt. Mit der jährlich einmal, jeweils zu Beginn des Akademischen Jahres, stattfindenden Vorlesung soll die Entwicklung des biologischen Denkens von führenden Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt werden. Ernst Mayr hat im Herbst 1997 die nach ihm benannte Vorlesungsreihe selbst eröffnet.

Michael F. Land, M.A., Ph.D., F.R.S., Zoologe an der University of Sussex, England, war der Einladung gefolgt, die Ernst-Mayr-Lecture 1999 zu übernehmen. Er sprach am 9. November 1999 über „The Evolution of Eyes“.

Lands Interesse gilt seit 1990 vornehmlich dem menschlichen Sehvermögen, nachdem er zuvor umfängliche Forschungen unter anderem zur Optik der Augen von Springspinnen, zur visuellen Kontrolle der Flugmanöver von Fliegen und zu optischen Spezialisierungen der Augen mariner Schnecken und Krebse durchgeführt hat.

Der Vortrag wird in den Berichten und Abhandlungen der Akademie, Band 8, veröffentlicht.

Akademische Causerie

Seit Frühjahr 1997 laden der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Vorsitzende des Förderkreises der BBAW in halbjährlichem Abstand zur *Akademischen Causerie* ein. Die Mitglieder, Freunde und Förderer der BBAW haben damit eine Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, die einen Rahmen für zwanglose und informelle Gespräche mit führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Hauptstadt und der Region Berlin/Brandenburg über gemeinsam interessierende Themen unserer Zeit bieten soll. Die 99er Veranstaltungen konnten Dank der großzügigen Unterstützung des Springer Verlages im Journalistenclub des Berliner Verlagshauses in der Axel-Springer-Straße stattfinden.

Bei der Veranstaltung am 27. Mai befaßte sich *Paul B. Baltes* mit der Frage „Lebenslanges Lernen: Das Zeitalter des unfertigen Menschen?“. Am 30. November sprach *Christian Tomuschat* in seinem Vortrag „Aussöhnung oder Sühne? Das Ende des dreißigjährigen Krieges in Guatemala“ über Erfahrungen und Ergebnisse seiner Tätigkeit als Koordinator der unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen gebildeten *Kommission zur Aufklärung der Vergangenheit* nach 36 Jahren Bürgerkrieg in Guatemala.

„Sonnenblau – Papier, Seide und Teppiche“ Eine Ausstellung von Johanna Kerwitz und Tomas Kerwitz

Im Juni eröffnete der Präsident der BBAW, Dieter Simon, im Foyer des Akademiegebäudes eine Ausstellung mit Werken von Johanna Kerwitz und Tomas Kerwitz. Max Görner, Prorektor an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee, stellte die Künstler und ihr bisheriges Schaffen vor. Danuta Jacobasch (Cello) und Michael Waterstradt (Kontrabaß) gaben der Veranstaltung eine ausgewogene musikalische Untermalung.

Johanna und Tomas Kerwitz, zwei junge Berliner Künstler und Designer, stellen die haptische und optische Wirkung ihrer Arbeiten in den Vordergrund. Auf charakteristischen Materialien entstehen künstlerische Einzelstücke, die durch Farbe, Grafik und Material in den Raum strahlen und Atmosphäre schaffen. Am deutlichsten zeigen dies die Teppiche, die unter dem Namen KULT CARPET angeboten werden.

Aber auch auf edlen Seiden, mit handgeschöpftem Papier kombiniert und mit verschiedensten Techniken bemalt, entstehen atmosphärische Bildwelten mit offenen Assoziationen. Die Ausstellung kann bis Ende Mai 2000 besucht werden.

250. Geburtstag von Johann Wolfgang von Goethe

Der 250. Geburtstag von Johann Wolfgang von Goethe war auch für die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften Anlaß, des früheren Auswärtigen Mitgliedes der Berliner Akademie zu gedenken.

Die Berliner Arbeitsstelle des Akademienvorhabens Goethe-Wörterbuch stellte im Rahmen einer Ausstellung von Mitte Juni bis Mitte Juli Gegenstand, Aufgaben, Ziele und Arbeitsweise des Projektes Goethe-Wörterbuch vor.

Für den Vorabend des Jubiläums, den 27. August, war auf Initiative der Geisteswissenschaftlichen Klasse der Akademie in Zusammenarbeit mit dem Archiv und der Bibliothek eine Reihe von öffentlichen Aktivitäten vorbereitet worden, die das Verhältnis von Akademie und Berliner Gelehrtenwelt zu Person und Werk Goethes dokumentierten. Im Rahmen der Eröffnung der Ausstellung „Goethe und die Berliner Wissenschaftsakademie: eine Spurensuche in Archiv und Bibliothek“ im Akademiegebäude wurde für den virtuellen Besucher ein die Ausstellung begleitendes Angebot im Internet präsentiert (Goethe-Server, <http://bbaw.de/goethe/home.htm>).

Mit einem auf große Resonanz gestoßenen öffentlichen Abendvortrag von Otto Krätz (München) zum Thema „... daß ich erkenne, was die Welt im Innersten zusammenhält.“ Goethe und die Naturwissenschaften“ fand der Vorabend des Goethe-Jubiläums seinen gebührenden Höhepunkt.

Balkan-Initiative der Berliner und Brandenburger Wissenschaft

Unmittelbar im Anschluß an die Festversammlung der Akademie am 25. Juni 1999, auf der die BBAW gemeinsam mit anderen Einrichtungen zur Gründung einer „*Balkan-Initiative der Berliner und Brandenburger Wissenschaft*“ aufgerufen hatte (siehe Jahrbuch 1999, Kapitel II, Plenarsitzungen), wurde zur Umsetzung dieser Initiative an der BBAW eine Geschäftsstelle eingerichtet, die von Ulrike Peter und Karin Elisabeth Becker geführt wird.

Aufgabe der Geschäftsstelle ist es, die verschiedenen Einzelinitiativen im Rahmen der „*Balkan-Initiative*“ zu koordinieren und die gezielte Unterstützung von Wissenschaftlern aus der betroffenen Region zu befördern. Darüber hinaus sollen vor allem Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden, die einen Dialog der Wissenschaftler in Südosteuropa untereinander initiieren und befördern können, denn eine friedliche Zukunft der Region wird in entscheidendem Maße von der Bereitschaft zur Kommunikation der Staaten untereinander abhängen.

Nach dem Kosovo-Krieg, der das politische, kulturelle und gesellschaftliche Selbstverständnis Europas erschüttert hat, geht es vor allem um den Aufbau einer neuen zivilen und demokratischen Gesellschaft, die maßgeblich zu einer dauerhaften Stabilisierung der Region beitragen kann. In diesem Zusammenhang ist nicht nur der Wiederaufbau des Bildungswesens im Kosovo unabdingbar, sondern es ist eine Intensivierung von Wissenschaft und Forschung in der gesamten Balkan-Region erforderlich. Von zukunftsweisender Bedeutung sind dementsprechend:

- die Optimierung der Lehrerausbildung,
- die Formulierung bzw. Reformierung von Curricula,
- die Schaffung attraktiver Forschungsbedingungen in den südosteuropäischen Ländern (einschließlich der Verbesserung der technischen Ausstattung und der Bibliothekssituation) sowie

- die Beförderung internationaler Kontakte und Kooperationen in Wissenschaft und Forschung.

Bedingt durch die Embargopolitik war und ist Serbien seit Jahren von westlicher Wissenschaftsentwicklung und Literatur abgeschnitten. Aber auch die angrenzenden Staaten sind durch verschiedenste Restriktionen struktureller und wirtschaftlicher Art in der Modernisierung und Weiterentwicklung ihres Wissenschafts- und Bildungsbereichs behindert worden. Um einer weiteren intellektuellen Auszehrung dieser Region entgegenzuwirken, sollte vor allem der Abwanderung von Wissenschaftlern aus diesen Ländern Einhalt geboten werden.

Eine grundlegende Intention der *„Balkan-Initiative der Berliner und Brandenburger Wissenschaft“* ist es daher, Hilfe bei der Wiederaufnahme von Lehre und Forschung in den südosteuropäischen Ländern anzubieten bzw. die dortige wissenschaftliche Arbeit unmittelbar zu unterstützen.

In der deutschen Wissenschaftslandschaft existieren bereits eine Reihe von Initiativen, welche der Unterstützung von Lehre und Forschung in Südosteuropa dienen. Dabei handelt es sich jedoch vornehmlich um Projekte einzelner Hochschullehrer bzw. um Hochschulpatenschaften. Die *„Balkan-Initiative der Berliner und Brandenburger Wissenschaft“* ist hingegen die bundesweit einzige Hilfsaktion, die auf regionalem Prinzip basiert. Dementsprechend soll das in der Region Berlin-Brandenburg vorhandene wissenschaftliche Potential optimal genutzt werden, wobei durch gemeinsames Handeln auch Synergieeffekte zu erwarten sind.

Die Geschäftsstelle hatte sich zunächst darauf konzentriert in systematischer Weise zu eruieren, welche der rund 100 wissenschaftlichen Einrichtungen in Berlin und Brandenburg bereit und in der Lage sind, die *„Balkan-Initiative“* zu unterstützen. Das Echo war insgesamt sehr positiv und ermutigend ausgefallen, denn die überwiegende Mehrheit der Institutionen ist zu entsprechenden Hilfsmaßnahmen bereit. Unabhängig von den Aktivitäten, welche seitens der Hoch- und Fachhochschulen und der Forschungsinstitute geplant sind, haben auch einzelne Forscher, Hochschullehrer und Akademiemitglieder ihre persönliche Bereitschaft zur Unterstützung der Initiative geäußert.

Die Angebote zur Hilfeleistung lassen sich wie folgt unterteilen:

- Einladung von Gastwissenschaftlern, Postdocs und Doktoranden,
- Durchführung von Konferenzen, Symposien, Workshops und Sommer-schulen,
- Organisation von Seminaren und Vorträgen in der Balkan-Region sowie
- Sachspenden.

Die meisten wissenschaftlichen Einrichtungen beabsichtigen, Wissenschaftler zu Gastaufenthalten nach Berlin und Brandenburg einzuladen, Stipendien auszuloben bzw. vorrangig an Bewerber aus Südosteuropa zu vergeben – eine Reihe von Wissenschaftlern konnte bereits diesen Einladungen folgen. Dies stellt eine sinnvolle Form der ersten Unterstützung dar, ermöglicht sie doch eine Intensivierung der Kontakte bzw. – in manchen Fällen – überhaupt erst eine Kontaktaufnahme der südosteuropäischen Partner mit ihren deutschen Kollegen. Zukünftig könnte damit auch eine weiterführende Zusammenarbeit einhergehen.

Um insbesondere auch den Dialog der südosteuropäischen Wissenschaftler untereinander zu fördern, wird die Geschäftsstelle die nach Berlin und Brandenburg eingeladenen Forscher auch zu Gesprächen in den Einrichtungen der einzelnen Träger der „*Balkan-Initiative*“ zusammenführen. Bei der Durchführung von Symposien und Konferenzen ist die Kommunikation von Wissenschaftlern unterschiedlicher Nationalitäten von selbst gegeben.

Das erste im Rahmen der „*Balkan-Initiative*“ vom Verbund Klinische Pharmakologie Berlin/Brandenburg organisierte Symposium zum Thema „*Clinical Pharmacology*“ hatte am 18. September 1999 im Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Biologie in Berlin-Buch stattgefunden. Eingeladen waren 20 Teilnehmer aus Rumänien, Mazedonien, Serbien und Moldawien; vier qualifizierten Wissenschaftlern wurde im Anschluß an die Veranstaltung außerdem ein jeweils dreimonatiges Stipendium für einen wissenschaftlichen Aufenthalt an den Einrichtungen des Verbundes gewährt.

Vom 30. November bis 1. Dezember 1999 fand in Tirana (Albanien) ein Workshop zur „Rekonstruktion ziviler Gesellschaft auf dem Balkan“ statt. Diese Veranstaltung wurde auf deutscher Seite gemeinsam vom Institut für Regionalplanung und Strukturplanung e.V. (IRS) Erkner, dem Institut für Genossenschaftswesen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder organisiert.

Weitere Veranstaltungen sind geplant. Gegenwärtig konzeptionell bereits weiter gediehen ist ein Workshop für junge Psychiater aus den Balkanländern, der im Sommer 2000 in Berlin stattfinden soll. Für das Frühjahr 2001 ist ein Symposium zu ausgewählten historischen Fragestellungen der römischen Provinzen an der unteren Donau in Bulgarien mit Wissenschaftlern aus Bulgarien, Deutschland, Rumänien und den Ländern des ehemaligen Jugoslawien vorgesehen; das Projekt wird gemeinsam von den Akademienvorhaben *Griechisches Münzwerk* und *Prosopographia Imperii Romani* wissenschaftlich vorbereitet.

Die im Rahmen der „*Balkan-Initiative*“ angebotenen Sachspenden stellen ebenfalls eine wichtige Unterstützung seitens der beteiligten wissenschaftlichen Einrichtungen dar: Bücher, Ausrüstungen und Geräte werden auf dem Balkan dringend benötigt, um bessere Voraussetzungen für die Forschung vor Ort zu schaffen bzw. diese überhaupt erst zu ermöglichen.

Nach Abschluß der Ermittlung des vorhandenen wissenschaftlichen Potentials konzentrierte die Geschäftsstelle ihre Bemühungen auf die Realisierung der von den einzelnen Berliner und Brandenburger Einrichtungen in Aussicht gestellten Hilfsangebote.

In diesem Zusammenhang wurde sie insbesondere von Wissenschaftseinrichtungen, die bereit sind, Wissenschaftler aufzunehmen, jedoch keine Kontakte nach Südosteuropa besitzen, um Vermittlung qualifizierter Wissenschaftler gebeten. Daher werden kontinuierlich Adressen von potentiellen Vermittlungspartnern gewonnen und gesammelt: Leitendes Ziel ist es dabei, adäquat ausgebildete Forscher und Forscherinnen aus dem Balkan-Raum für ein breites Spektrum von Disziplinen zu ermitteln, die sich gleichzeitig durch politische Integrität auszeichnen. Angesichts der brisanten Lage auf dem Balkan haben sich die Empfehlungen seriöser Vermittler und das Operieren auf Arbeitsebene als unabdingbare Voraussetzungen erwiesen: Um möglichst qualifizierten Wissenschaftlern aus Südosteuropa Unterstützung gewähren zu können, rekurriert die Geschäftsstelle bei ihren diesbezüglichen Bemühungen daher auf die Vermittlung durch verschiedene Partner und bereits bestehende Netzwerke.

Im Rahmen eines Treffens der Initiatoren der „*Balkan-Initiative*“, das am 26. Oktober 1999 im Akademiegebäude stattgefunden hatte, berichtete die Geschäftsstelle über ihre bisherigen Aktivitäten und die Ergebnisse des Sondierungsprozesses. Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion stand die Problematik, wie die zu fördernden Einzelpersonen und Einrichtungen zu identifizieren sind; darüber hinaus verständigten sich die Initiatoren über die einzuleitenden nächsten Schritte und die mittelfristige Zielsetzung der „*Balkan-Initiative*“.

Grundsätzlich wurde Übereinstimmung darin erzielt, daß – um auch dem „Brain drain“ in gewisser Weise Einhalt zu gebieten – Aktivitäten ‚vor Ort‘ als Hilfe zur Selbsthilfe Priorität genießen sollten. Unabhängig davon werden die in der Region Berlin-Brandenburg angelaufenen Hilfsprojekte, wie zum Beispiel die Einladung von Gastwissenschaftlern an hiesige Wissenschaftseinrichtungen, weitergeführt. Mittelfristig ist angestrebt, auf dem Balkan einen institutionellen Kristallisationskern zu schaffen, an dem in Zukunft wis-

senschaftliche Veranstaltungen – beispielsweise Workshops, Sommerschulen etc. – stattfinden könnten. Im Idealfall könnte sich daraus ein dauerhaftes Zentrum zur Förderung der Wissenschaft im Balkan-Raum entwickeln, das in besonderer Weise mit der Berliner und Brandenburger Wissenschaft verbunden ist. Ein solcher Ort sollte sich durch seine zentrale Lage, gute Erreichbarkeit und eine weitgehende Akzeptanz auszeichnen – unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen bietet sich ein solcher Standort in Montenegro an.

Nach wie vor sind Vorschläge und Angebote zur weiteren Umsetzung der „*Balkan-Initiative der Berliner und Brandenburger Wissenschaft*“ jederzeit willkommen. Darüber hinaus sind auch entsprechende Geldspenden zur Unterstützung der einzelnen Aktivitäten weiterhin erwünscht und notwendig. Zu diesem Zweck wurde ein Spendenkonto „*Balkan-Initiative*“ eingerichtet; die Bankverbindung lautet:

Spendenkonto Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
Deutsche Bank
BLZ 100 700 00
Konto-Nr.: 727 402 000
(Verwendungszweck „*Balkan-Initiative*“)

Geschäftsstelle

„*Balkan-Initiative der Berliner und Brandenburger Wissenschaft*“

Dr. Ulrike Peter

Dr. Karin Elisabeth Becker

c/o Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Jägerstr. 22/23, 10117 Berlin

Tel.: 0 30/20 37 06 44, Fax: 0 30/20 37 06 00

e-mail: balkan-initiative@bbaw.de